



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. Januar 2007 (29.01)
(OR. en)**

**5074/07
ADD 1**

**ECOFIN 5
UEM 4
AG 1
SOC 4
COMPET 2
RECH 2
ENER 4
MI 2
IND 2
EDUC 3
ENV 4**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des
Generalsekretärs der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 22. Dezember 2006

Empfänger: der Generalsekretär/Hohe Vertreter, Herr Javier SOLANA

Betr.: Umsetzung der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und
Beschäftigung – "Ein Jahr der Ergebnisse" – Bewertung der nationalen
Reformprogramme (TEIL II/IV)

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Kommissionsdokument - KOM(2006) 816 endgültig (Teil II).

Anl.: KOM(2006) 816 endgültig (Teil II)

5074/07 ADD 1

DG G I

DE



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 12.12.2006
KOM(2006) 816 endgültig
TEIL II

**UMSETZUNG DER ERNEUERTEN LISSABON-STRATEGIE FÜR WACHSTUM
UND BESCHÄFTIGUNG**

„Ein Jahr der Ergebnisse“

Bewertung der nationalen Reformprogramme

TEIL II

Statistischer Anhang zu den Länderübersichten – Erläuterungen

Der statistische Anhang umfasst eine Shortlist mit 14 Strukturindikatoren, die aus dem Europäischen Statistischen System abgeleitet und nach Möglichkeit nach Geschlecht aufgeschlüsselt wurden.

Die vollständige Strukturindikatoren-Datenbank, die Daten und Metadaten über die EU-Mitgliedstaaten, die Beitritts- und Kandidatenländer, die USA, Japan und die EFTA-Länder enthält, ist über die entsprechende Eurostat-Website öffentlich zugänglich unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/structuralindicators>. Die 14 Indikatoren werden für jeden Mitgliedstaat in einer Tabelle und zwei Schaubildern dargestellt.

Shortlist der 14 Strukturindikatoren

<i>BIP pro Kopf in KKS</i>	Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Kaufkraftstandards (KKS) (EU-25 = 100)
<i>Arbeitsproduktivität je Beschäftigten</i>	BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je Beschäftigten im Vergleich zur EU-25 (EU-25 = 100)
<i>Beschäftigungsquote*</i>	Erwerbstätige Personen im Alter von 15-64 Jahren im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse
<i>Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger*</i>	Erwerbstätige Personen im Alter von 55-64 Jahren im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse
<i>Bruttoinlandsausgaben für FuE</i>	Bruttoinlandsausgaben für FuE in Prozent des BIP
<i>Bildungsstand der Jugendlichen*</i>	Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss
<i>Vergleichende Preisniveaus</i>	Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern (EU-25 = 100)
<i>Unternehmensinvestitionen</i>	Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors in Prozent des BIP
<i>Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers*</i>	Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist
<i>Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten*</i>	Variationskoeffizient regionaler (NUTS-Ebene 2) Beschäftigungsquoten innerhalb der Länder
<i>Langzeitarbeitslosenquote*</i>	Anteil der Langzeitarbeitslosen (12 Monate und mehr) an den gesamten Erwerbspersonen
<i>Gesamtemissionen von Treibhausgasen</i>	Index der Treibhausgasemissionen und Zielvorgaben gemäß Kyoto-Protokoll / Entscheidung des Rates für den Zeitraum 2008-2012 (Basisjahr = 100).

Energieintensität der Wirtschaft	Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsverbrauch an Energie und dem BIP (zu konstanten Preisen, 1995 = 100), ausgedrückt in kg ROE (Kilogramm Rohöleinheiten) pro 1000 Euro
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	Index des innerstaatlichen Güterverkehrsvolumens im Verhältnis zum BIP, gemessen in Tonnenkilometern/BIP (zu konstanten Preisen, 1995 = 100)

* Indikatoren nach Geschlecht aufgeschlüsselt.

Tabelle

In der länderspezifischen Tabelle sind Daten des jeweiligen Landes sowie der EU-25-Durchschnitt für den Zeitraum 2000–2005 aufgeführt. Folgende „Flags“ werden in den Datentabellen verwendet:

b	Zeitreihenbruch	f	Prognose
e	Schätzungen	:	nicht verfügbar
p	vorläufiger Wert	-	entfällt

Schaubilder

Die 14 länderspezifischen Indikatoren sind in zwei Schaubildern jeweils im Vergleich zur EU-25¹ dargestellt; dadurch wird erkennbar, in welchen Bereichen der betreffende Mitgliedstaat besser oder schlechter als der EU-Durchschnitt abschneidet. Für die Darstellung in Schaubildern wurden die Indikatoren in zwei Gruppen unterteilt:

- Erstes Schaubild: Indikatoren, bei denen steigende Werte einen positiven Trend anzeigen (d. h. ein Wert von über 100 im Vergleich zur EU-25 stellt eine relativ gute Leistung dar).
- Zweites Schaubild: Indikatoren, bei denen fallende Werte einen positiven Trend anzeigen (d. h. ein Wert von unter 100 im Vergleich zur EU-25 stellt eine relativ gute Leistung dar).

Die Schaubilder veranschaulichen außerdem die zwei vorrangigen Ziele der EU, d. h. bis zum Jahr 2010 einen BIP-Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 3 % und eine Gesamtbeschäftigungsquote von 70 % zu erreichen. Ebenso wie beim Vergleich der Indikatoren mit dem EU-Wert wurden die Zielvorgaben in eine Verhältniszahl umgewandelt, die die EU-Ziele mit dem tatsächlichen EU-25-Wert des Jahres 2005 (oder des letzten verfügbaren Jahres) vergleicht.

Datenquellen

Alle Indikatoren wurden am 23. November 2006 der Eurostat-Datenbank entnommen. Die Informationsquelle ist Eurostat, außer im Falle der „Treibhausgasemissionen“ (Europäische Umweltagentur und Europäisches Themenzentrum für Luft- und Klimaänderung) und der „Bruttoinlandsausgaben für FuE“ (Eurostat und OECD).

¹ Werte im Schaubild = Aktueller nationaler Wert / Aktueller Wert für EU-25 * 100.

Der Indikator „Armutgefährdung“ misst die relative Armut in einem bestimmten Land; der EU-25-Durchschnitt wird als bevölkerungsgewichteter Durchschnittswert der nationalen Zahlen berechnet. Ein Vergleich der nationalen Werte mit dem EU-25-Durchschnitt ist daher nur begrenzt aussagekräftig und vermittelt möglicherweise einen anderen Eindruck als eine Berechnung der Armutgefährdungsquoten anhand eines gemeinsamen Schwellenwerts. Während der Anpassung der Datenproduktion aller Mitgliedstaaten an die neue EU-SILC-Verordnung (gültig ab 2005) werden die Indikatoren aus nationalen Quellen gewonnen, die nicht vollends harmonisiert sind; daher können die Zeitreihen vergleichbarer Daten Brüche aufweisen. Die Berechnung der Indikatoren erfolgt auf der Grundlage einer Einkommensdefinition, aus der unterstellte Mieteinnahmen und Hypothekenzinszahlungen bis 2007 ausgeklammert sind.

Der Europäische Rat hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Ziele für die Beschäftigungsquote und den Anteil der Bruttoinlandsausgaben für FuE am BIP festzulegen. Die Angaben entsprechen den Zielen, die daraufhin festgelegt wurden, und stammen aus den jeweiligen nationalen Reformprogrammen.

Abkürzungen

EU-25: Europäische Union (25 Länder)

Eurogebiet: Eurogebiet (12 Länder – EUR-11 plus GR bis 31.12.2000 und EUR-12 ab 1.1.2001)

Belgien

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Seit 2002 hat das Wachstum in Belgien nach einem früheren Abschwung wieder etwas kräftiger angezogen als im Durchschnitt des Eurogebiets. Das Pro-Kopf-BIP dürfte 2006 rund 118 % des EU-Durchschnitts erreichen. Die Arbeitsproduktivität ist im letzten Jahrzehnt etwas langsamer gestiegen als im EU-Durchschnitt, gehört aber dennoch zu den höchsten in der EU. Im Jahr 2000 konnte Belgien seinen Haushalt erstmals ausgleichen und bis 2004 ausgeglichen halten. Infolge der einmaligen Übernahme der Schulden der staatlichen Eisenbahngesellschaft im Umfang von 2,5 % des BIP entstand 2005 ein Defizit von 2,3 %, doch dürfte der gesamtstaatliche Haushalt 2006 wieder in etwa ausgeglichen sein. Die Schuldenquote blieb rückläufig und dürfte 2006 auf 89 % des BIP (gegenüber 108 % des BIP im Jahr 2000) sinken. Die Beschäftigungsquote (voraussichtlich 61,4 % im Jahr 2006) ist insbesondere bei jungen und älteren Menschen niedrig. Die Arbeitslosenquote dürfte der Prognose zufolge 2006 bei rund 8,6 % liegen.
2. Die Wirtschaftspolitik konzentriert sich auf die Eindämmung der Arbeitskosten, um den Arbeitsmarkt zu beleben und Innovationen zu fördern. Maßnahmen zur Abgabenteilung des Faktors Arbeit und zur Stärkung des sozialen Sicherungssystems müssen mit Haushaltszielen in Einklang gebracht werden, die einen Abbau des noch immer hohen Schuldenstands und eine Vorbereitung auf die Kosten der Bevölkerungsalterung ermöglichen. Eine Kombination aus Maßnahmen zur Senkung der Gesundheitsausgaben und einer beschäftigungsfördernden Politik könnte zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen. Die Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen auf dem Dienstleistungsmarkt (u.a. in einigen netzgebundenen Wirtschaftszweigen) würde die Wachstumsdynamik erhöhen.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im nationalen Reformprogramm (NRP) 2005-2008 wurden sechs große Prioritäten genannt: Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Senkung der Arbeitskosten, Dynamisierung des Arbeitsmarkts, Wirtschaftsanreize durch Investitionen und Reformen, Stärkung des sozialen Sicherungssystems und Stärkung der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum. Außerdem wurde im NRP die Verpflichtung auf mehr Investitionen in FuE unterstrichen. Die Kommission vertrat in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht 2006 die Auffassung, dass weitere Anstrengungen erforderlich sein würden, um die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit im Kontext einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung zu senken und das Beschäftigungsgefälle zwischen den Regionen zu verringern.
4. Der Umsetzungsbericht 2006 zeigt, dass Belgien bei der Umsetzung seines NRP generell gut vorankommt. Bei der Senkung der Schuldenquote, der Stabilisierung der tendenziell rückläufigen FuE-Intensität und der Verwaltungsvereinfachung wurden gute Fortschritte erzielt. Verschiedene Maßnahmen wurden eingeführt, um das Investitionsniveau anzuheben. Auch bei den Maßnahmen zur Erhöhung des

Arbeitsangebots wurden Fortschritte erzielt. Beim Wettbewerb in netzgebundenen Wirtschaftszweigen und bei der Bekämpfung der niedrigen Beschäftigungsquote bzw. der hohen Arbeitslosigkeit in benachteiligten Gruppen waren die Fortschritte weniger zufriedenstellend. Auch bei der Senkung der Schulabbruchquote und den Reformen zur Dynamisierung des Bildungssystems und des lebenslangen Lernens sind mehr Fortschritte vonnöten.

5. Belgien hat verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Zusagen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 zu erfüllen. In den meisten Fällen ist es für Ergebnisse noch zu früh. Zur Verbesserung der Rechtsetzung und zur Verringerung des Verwaltungsaufwands wurden ebenfalls weitere Maßnahmen eingeleitet. Bei der Verkürzung der Existenzgründungsverfahren wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Infolgedessen hat die Zahl der Existenzgründungen in Belgien von 2003 bis 2006 um 30 % zugenommen.
6. Um die Governance der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu stärken, hat die belgische Bundesregierung die Regionalregierungen in die Ausarbeitung des Fortschrittsberichts einbezogen. Die Sozialpartner und der Föderale Rat für Nachhaltige Entwicklung wurden ausführlich konsultiert und hatten Gelegenheit, Empfehlungen zu den Politikbereichen, zu einigen Umsetzungsmaßnahmen und zur Berichterstattung abzugeben. Die Umsetzung des NRP wird dadurch in weiten Teilen unterstützt. Der Bericht verweist an mehreren Stellen auf den Beitrag der EU-Strukturfonds. Im künftigen strategischen Rahmenplan Belgiens wird die Verknüpfung zwischen den Prioritäten der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, dem NRP und den Prioritäten der künftigen operationellen Strukturfonds-Programme in Belgien klar beschrieben.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Der belgische Haushalt war von 2000 bis 2004 ausgeglichen. Dies war auch 2005 geplant, doch führte die einmalige Übernahme der Schulden der Eisenbahngesellschaft SNCB zu einem Defizit von 2,3 % des BIP. Allerdings blieb die Schuldenquote rückläufig und sank 2005 auf 93 % des BIP. Im Umsetzungsbericht wird bestätigt, dass die Schuldenquote 2006 durch einen ausgeglichenen Haushalt und ab 2007 durch allmählich anwachsende Überschüsse weiter gesenkt werden soll. Mit den Reformen im Gesundheitssektor scheint es 2006 gelungen zu sein, das kräftige Wachstum der Gesundheitsausgaben einzudämmen. Die budgetären Auswirkungen der Maßnahmen zur Entlastung des Faktors Arbeit und zur Erhöhung der Renten scheinen durch Ausgabenzurückhaltung und neue Steuern auf arbeitsfremde Einkünfte teilweise kompensiert zu werden, doch greift die Regierung auch weiterhin auf einmalige Maßnahmen zurück. Der Haushaltsentwurf 2007 sieht einen Überschuss von 0,3 % des BIP vor, doch könnten im Laufe des Haushaltsjahrs weitere Schritte erforderlich werden, um dieses Ziel zu erreichen. Ab 2008 wird die Politik weitere Entscheidungen treffen müssen, um die geplanten Überschüsse tatsächlich zu erzielen. Eine Anhebung der Beschäftigungsquote würde sich positiv auf die öffentlichen Finanzen auswirken, doch werden die aktuellen Maßnahmen (der so genannte Generationenpakt) dem Haushalt nach Schätzungen der belgischen Regierung bis 2030 nur 0,3 % des BIP einbringen.

8. Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und Förderung der Beschäftigung wurden weitere Schritte unternommen, um die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter zu verbessern und die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit (42,6 % der Lohnkosten 2005) bis zum Jahr 2010 auf das durchschnittliche Niveau der Nachbarländer (38,4 %) zu senken. Allerdings gehört die Abgabenbelastung weiterhin zu den höchsten der EU. Die Umsetzung des Steuerreformprogramms von 2001 wurde 2006 abgeschlossen. Weitere Maßnahmen zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf den Faktor Arbeit wurden eingeführt und sollen 2006 und 2007 umgesetzt werden. Im Umsetzungsbericht wird auch noch einmal betont, wie wichtig die Eindämmung der Arbeitskosten für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ist. Ob dies erreicht werden kann, wird von der bevorstehenden sektorübergreifenden Tarifvereinbarung für den Zeitraum 2007-2008 abhängen.
9. Belgien hält an seinen recht ehrgeizigen makroökonomischen Zielen fest, doch haben die Maßnahmen der letzten Zeit die künftigen Haushaltslasten erhöht (Übernahme von Pensionsfonds, Immobilienverkauf mit gleichzeitiger Rückmiete, Maßnahmen zur Erhöhung der Sozialleistungen). Die tatsächliche Erzielung des 2007 geplanten Haushaltsüberschusses ist daher umso wichtiger, um sich auf die voraussichtlichen Alterungskosten vorzubereiten. Weitere Entscheidungen werden im Hinblick auf neue strukturelle Einnahmequellen und/oder spezifische Einsparungsmaßnahmen fallen müssen, um sicherzustellen, dass die Haushaltsziele mit der geplanten Abgabentlastung des Faktors Arbeit im Einklang stehen.

Mikroökonomische Politik

10. Das NRP enthält eine breite Palette von mikroökonomischen Prioritäten, u.a. Förderung von FuE und Innovation, Verbesserung der Funktionsweise der Märkte, Unterstützung des Unternehmertums, Infrastrukturinvestitionen und Förderung einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen.
11. Im Bereich FuE und Innovation wurden 2006 gewisse Fortschritte erzielt; der tendenzielle Rückgang der FuE-Intensität insgesamt scheint sich stabilisiert zu haben. Die öffentlichen Investitionen haben zugenommen und private Investitionen wurden weiter gefördert. Die Einrichtung von Clustern und Wettbewerbspolen wird als wichtige Politikmaßnahme zur engeren Verzahnung von Wissenschaftsbasis und industriellem Produktionssystem anerkannt. Das finanzielle Anreizsystem zur Senkung der Kosten für die Beschäftigung von Forschern wurde auf den privaten Sektor ausgedehnt und kommt nun auch jungen innovativen KMU zugute. Der Umsetzungsbericht lässt jedoch darauf schließen, dass die Erreichung des FuE-Ziels von 3 % des BIP bis 2010 mehr öffentliche Mittel, eine zukunftsorientiertere Strategie und ein koordinierteres Vorgehen auf föderaler und regionaler Ebene erfordern wird. Berichtet wird über verschiedene Maßnahmen im Bereich Netzwerkbildung, Internationalisierung, Wissens- und Humanressourcentransfer für FuE, Zugang zu Risikokapital und Verbesserungen am Patentwesen. Allerdings ist ein umfassenderer Ansatz erforderlich, wenn es darum geht, die internationale Zusammenarbeit zu fördern, grenzübergreifende Projekte und Cluster aufzubauen und ausländische Investitionen ins Land zu holen.
12. Belgien hat verschiedene IKT-Maßnahmen durchgeführt, vor allem um elektronische Behördendienste, das Vertrauen in die Sicherheit von Online-Vorgängen und die

IKT-Branche im Allgemeinen zu fördern. Mehr Informationen über eGesundheit und digitale Integration sowie über die Budget- und Zeitplanung für einzelne Maßnahmen würden die Fortschrittsbewertung erleichtern. Im Telekommunikationsbereich hat die Regulierungsbehörde dem etablierten Betreiber eine Reihe von Verpflichtungen auferlegt, die anderen Betreibern den Markteintritt ermöglichen werden. Bei den Märkten, die noch nicht notifiziert wurden, wird die komplexe institutionelle Situation eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Regulierungsinstanzen erfordern, die für bestimmte Aspekte der sowohl für die Telekommunikation als auch für den Rundfunk genutzten Infrastruktur zuständig sind.

13. In Bezug auf die Umsetzung der EU-Binnenmarktrichtlinien in nationales Recht hat Belgien zwar seine eigene Leistung verbessert, liegt mit seinem Umsetzungsdefizit aber immer noch leicht über dem Zwischenziel von 15 % und muss seine Anstrengungen fortsetzen. Auch die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des EU-Aktionsplans für Finanzdienstleistungen hat sich verbessert, doch ist Belgien hier immer noch erheblich im Rückstand. Das Maßnahmenpaket für die öffentliche Beschaffung sollte zügigst umgesetzt werden.
14. Im Umsetzungsbericht werden Maßnahmen zur weiteren Liberalisierung des Dienstleistungssektors (insbesondere in einigen netzgebundenen Wirtschaftszweigen) geschildert, die die Rolle der Wettbewerbsbehörden stärken und die Zuständigkeiten zwischen Regierungsbehörden und branchenspezifischen Regulierungsinstanzen neu verteilen sollen. Einige Märkte, auf denen die etablierten Anbieter noch immer eine beherrschende Stellung einnehmen, müssen stärker für den Wettbewerb geöffnet werden, indem der Markteintritt erleichtert wird. Dabei spielen die Anstrengungen zur Erhöhung der Markttransparenz eine große Rolle. Die Maßnahmen zur Sicherung unabhängiger Regulierungsinstanzen mit einem unmissverständlichen Auftrag und ausreichendem Personal müssen genauestens verfolgt und gegebenenfalls verstärkt werden. Auf dem Schienengütermarkt muss die Regierung weitere Maßnahmen ergreifen, um den Markteintritt zu erleichtern. Auf dem Gas- und Strommarkt sollten die Behörden mehr Anreize für Netzbetreiber schaffen, damit diese bessere, billigere und flexiblere Dienste anbieten. Ein erster Schritt zu besser funktionierenden Energiemärkten ist der Verhaltenskodex zum Schutz der Verbraucher. Eine bessere Umsetzung der vor kurzem festgelegten freiwilligen Leistungsstandards für die Betreiber von Verteilungsnetzen könnte den Netzkunden bessere Dienste beschern. Die Behörden sollten die Verwaltung der Gasinfrastruktur verbessern und die Regelungen für die Zuteilung von Lagerkapazitäten sowie die Ausgleichsregelungen für das Gasnetz überprüfen. Reformen zur Verschärfung des Wettbewerbs bei freiberuflichen Dienstleistungen sind notwendig, wobei die laufende Bewertung durch die Wettbewerbsinstanzen zugrunde gelegt werden sollte. Belgien fördert den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente, um die Energieeffizienz zu verbessern und zur Nutzung erneuerbarer Energien anzuregen. Das Land hat eine Nationale Strategie für die biologische Vielfalt entwickelt, um den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2010 zu stoppen.
15. Im mikroökonomischen Bereich wurden zahlreiche Initiativen ergriffen, um die Wirtschaft durch Investitionen und Reformen zu beleben. Einige dieser Maßnahmen sind durchaus vielversprechend, doch können ihre Auswirkungen noch nicht in vollem Umfang beurteilt werden. Bei der Verbesserung der Rechtsetzung und der Verwaltungsvereinfachung wurden bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Auf die

Einrichtung einer einzigen öffentlichen Anlaufstelle für die Einstellung des ersten Arbeitnehmers wird im Umsetzungsbericht nicht eingegangen, während der unternehmerischen Ausbildung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Bei FuE und Innovation wurden gewisse Fortschritte erzielt. Wenn das Ziel, 3% des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren, bis 2010 erreicht werden soll, muss sich die öffentliche Hand finanziell und strategisch stärker engagieren. Im Dienstleistungssektor, insbesondere in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen, wäre eine adäquate Umsetzung der beschlossenen Richtlinien ein erster Schritt zu besser funktionierenden Märkten. Auf den Elektrizitäts-, Gas- und Schienenverkehrsmärkten würden eine bessere Umsetzung der Vorschriften über die Entflechtung und den Netzzugang Dritter und eine Erhöhung der Markttransparenz für mehr Wettbewerb sorgen.

Beschäftigung

16. Als Ziel wird im NRP eine Hebung der Beschäftigungsquote, vor allem durch Senkung der Lohnnebenkosten, durch Förderung des aktiven Alterns und durch Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit genannt. Verschiedene Maßnahmen wurden ergriffen, um das Arbeitskräfteangebot an beiden Enden der Erwerbsaltersskala zu erhöhen. Die wichtigste Entwicklung ist der „Generationenpakt“ vom vergangenen Jahr, mit dem Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsquote der 55- bis 64jährigen (31,8 % 2005) eingeführt wurden. Dies ist ein erster wichtiger Schritt hin zu einem grundlegenden Einstellungswandel gegenüber der Frühverrentung. Dem Untersuchungsausschuss zur Bevölkerungsalterung zufolge wird die Beschäftigungsquote älterer Menschen bis 2030 jedoch möglicherweise nicht einmal 50 % erreichen. Also muss dafür gesorgt werden, dass die Beschäftigungsquote rascher steigt. Dies würde entscheidend dazu beitragen, auf lange Sicht eine adäquate Finanzierung der Renten und der öffentlichen Haushalte sicherzustellen. Ein Programm zur Förderung der aktiven Arbeitssuche wurde eingerichtet, das zusätzliche Unterstützung und Weiterbildung, aber auch eine restriktivere Anwendung der Anspruchsvoraussetzungen vorsieht. Die Anstrengungen sollten verstärkt werden, um sicherzustellen, dass alle Regionen das EU-Ziel erreichen, arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von sechs Monaten einen Ausbildungsplatz, eine Umschulung, ein Praktikum, einen Arbeitsplatz oder eine andere Beschäftigungsmaßnahme anzubieten. Einige Maßnahmen wurden ergriffen, um das wachsende regionale Gefälle bei der Arbeitslosigkeit – das zweitgrößte innerhalb der EU – zu verringern. Die regionalen Arbeitsvermittlungsagenturen haben eine Stellenvermittlungsbörse aufgebaut, über die Stellenangebote ausgetauscht werden. Auch im Bildungsbereich bestehen besorgniserregende Unterschiede zwischen den Regionen; auch hier sind größere Anstrengungen erforderlich. Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote von EU- und Drittstaatsangehörigen klaffen sehr weit auseinander. Es sollte dringend darauf hingewirkt werden, dass Bildungsabschlüsse und Sprachkenntnisse verbessert, Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik besser genutzt, die Vielfalt am Arbeitsmarkt vergrößert und Antidiskriminierungsmaßnahmen durchgeführt werden.
17. Was die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen angeht, so gibt es zwar kein umfassendes Flexicurity-Konzept, doch immerhin eine klare Verpflichtung zur Lösung des Qualifikationsproblems, insbesondere bei Geringqualifizierten. Im Falle von Unternehmensumstrukturierungen verfolgt Belgien einen aktiveren Ansatz: Bei massiven Entlassungen muss eine

„Beschäftigungszelle“ eingerichtet werden. Die Regierung hat steuerliche Maßnahmen eingeführt, um einen flexibleren Einsatz von Arbeitskräften, z.B. in Schichtarbeit und Überstunden, zu fördern.

18. Das von den Sozialpartnern vereinbarte Ziel, 2004 1,9 % der privatwirtschaftlichen Lohnsumme in die Ausbildung zu investieren, wurde nicht erreicht (der Anteil lag bei 1,25 %). Die Zahl der Teilnehmer an Berufsbildungsmaßnahmen ging 2005 geringfügig auf 8,4 % zurück. Belgien muss seine Anstrengungen im Bereich lebenslanges Lernen daher verstärken, wenn es das EU-Ziel einer Teilnahme von 12,5 % und sein eigenes Ziel, die Teilnahme Geringqualifizierter an Programmen zum lebenslangen Lernen mindestens zu verdoppeln, erreichen will. Abgesehen von den Anreizen für Unternehmen, mehr Ausbildungsplätze anzubieten, gibt es kein klares Konzept für die Erhöhung der Teilnahme an Bildungsmaßnahmen bzw. für die Förderung entsprechender Investitionen. Im Bereich der Anerkennung von Fertigkeiten wurden Maßnahmen ergriffen. Die Regierung setzt bei der Bildungsagenda auf die bevorstehenden Verhandlungen der Sozialpartner über eine neue sektorübergreifende Vereinbarung. In letzter Zeit wurden wichtige Reformen, etwa zur Verbesserung des Ansehens und der Qualität der technischen Ausbildung, auf den Weg gebracht, doch ist es noch zu früh für Ergebnisse. Die Maßnahmen zur Senkung der Schulabbruchquote müssen verstärkt werden, damit junge Menschen die Schule nicht mit geringen Fertigkeiten verlassen.
19. Das NRP zeigt, dass die beschäftigungspolitischen Herausforderungen klar erkannt werden und die Regierung entschlossen ist, die Beschäftigungsquote anzuheben. Die Umsetzung der Maßnahmen trägt zwar zu einem höheren Beschäftigungswachstum bei, doch liegt die Arbeitslosenquote nach wie vor bei etwa 8,4 %. Daher muss weiterhin darauf geachtet werden, dass das Beschäftigungspotenzial benachteiligter Gruppen, Jugendlicher und älterer Menschen genutzt wird. Energische Anstrengungen sind nötig, um die Schulabbruchquote in Grenzen zu halten und um dem Bildungssystem sowie dem lebenslangen Lernen neue Impulse zu geben, damit auf dem Arbeitsmarkt hinreichende Qualifikationen angeboten werden.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

20. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
21. Belgien macht bei der Umsetzung und Verschärfung seines nationalen Reformprogramms 2005-2008 gute Fortschritte. Wenngleich vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung ein gewisses Risiko für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen besteht, ist der Politikrahmen insgesamt doch angemessen. Auch wenn die Fortschritte bei FuE nur verhalten sind, setzt Belgien die auf der mikroökonomischen Ebene angekündigten Maßnahmen doch um und verschärft die eingeleiteten Reformen zur Steigerung der Investitionen. Im Bereich der Beschäftigung ergibt sich eher ein gemischtes Bild; dort müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die EU-weiten Beschäftigungsziele, insbesondere bei älteren Menschen, zu erreichen. Belgien hat verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Zusagen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 zu erfüllen.

22. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms Belgiens und seiner Umsetzung gehören: der stetige Abwärtstrend der Schuldenquote; die Stabilisierung der tendenziell rückläufigen FuE-Intensität; die Entwicklung von Clustern und Wettbewerbspolen; die Verbesserung bei der Umsetzung der Binnenmarktrichtlinien; weitere Maßnahmen im Bereich bessere Rechtssetzung und Verwaltungsvereinfachung; die Politik zur Förderung von Existenzgründungen; die Maßnahmen zur Verbesserung des alternativen Bildungssystems; und die förmliche Anerkennung erworbener Fertigkeiten und der Qualität des technischen Bildungssystems.
23. In folgenden Bereichen des belgischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Abgabentlastung des Faktors Arbeit und Verringerung des regionalen Gefälles der Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Belgien:
- weitere Anstrengungen unternimmt, um die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit in Richtung auf den Durchschnitt der Nachbarländer zu senken, und seine öffentlichen Finanzen weiter verbessert;
 - weitere Maßnahmen ergreift, um das regionale Gefälle der Arbeitslosigkeit durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie durch Wiedereingliederungs- und Bildungsprogramme zu verringern.
24. Außerdem muss sich Belgien während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms auf Folgendes konzentrieren: Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen; Festlegung weiterer Strategien und Maßnahmen zur Emissionssenkung; Stärkung des Wettbewerbs auf den Gas- und Strommärkten, unter anderem durch unabhängige und effiziente Regulierungsinstanzen und zusätzliche Maßnahmen für die Übertragungs- und Verteilungsnetzbetreiber; und Hebung der Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitskräften und benachteiligten Gruppen, insbesondere durch Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für Vorruhestandsregelungen und durch Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

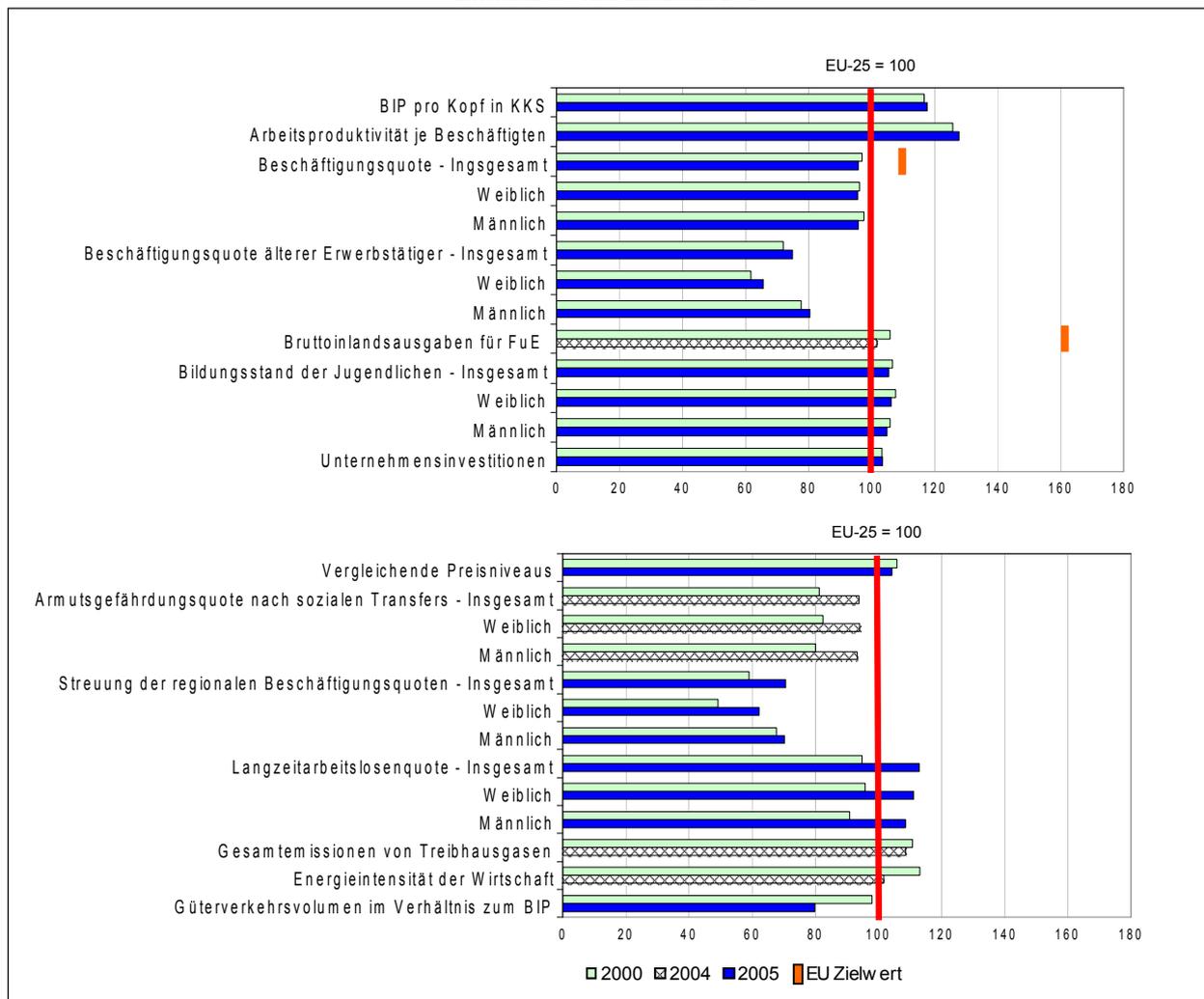
TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

BELGIEN

	BE							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	116.7	117.2	117.5	117.9	118.7	117.7		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	125.8	126.2	127.5	128.3	129.0	127.8		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	60.5	59.9	59.9	59.6	60.3	61.1	70.0*	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	51.5	51.0	51.4	51.8	52.6	53.8		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	69.5	68.8	68.3	67.3	67.9	68.3		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	26.3	25.1	26.6	28.1	30.0	31.8		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	16.6	15.5	17.5	18.7	21.1	22.1		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	36.4	35.1	36.0	37.8	39.1	41.7		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.97	2.08	1.94	1.89	1.89p	:		3.0	1.86e	1.86e	:	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	81.7	81.7	81.6	81.2	81.8	81.8		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	85.6	85.2	84.8	84.6	84.8	85.3		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	78.0	78.3	78.5	77.9	78.9	78.4		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	105.8	102.8	102.3	104.0	104.2p	104.3p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	18.9	18.7	17.5	17.2	17.8	18.0		100.0	100.0p	100.0p		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	13.0	13.0	:	15.0b	15.0	:		16.0e	16.0e	:	
	Weiblich	14.0	15.0	:	16.0b	16.0	:		17.0e	17.0e	:	
	Männlich	12.0	12.0	:	14.0b	14.0	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	7.9	8.0	8.0	7.7	8.7	8.4		13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	10.1	10.4	10.2	9.1	10.7	10.5		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	6.7	6.4	6.6	6.9	7.2	6.8		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	3.7	3.2	3.7	3.7	4.1	4.4		3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	4.6	3.5	4.3	4.2	4.7	5.0		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	3.0	2.9	3.2	3.3	3.7	3.8		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	100.4	100.0	98.8	100.4	100.7	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	236.1	228.1	213.6	217.4	208.2	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	98.0	100.1	99.1	95.0	89.3	83.7		100.1e	104.6be	104.7e		

* Nationaler Zielwert: 70% frühestmöglich

ENTWICKLUNG VERGLICHEN MIT EU-25



Tschechische Republik

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Zwischen 2001 und 2005 erlebte die Tschechische Republik ein kräftiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,6 % des BIP. Für das Jahr 2006 wird ein Wachstum von 6 % erwartet. Das Pro-Kopf-BIP erreicht gegenwärtig 76,2 % des EU-Durchschnitts. Dieses starke Wachstum hat den Arbeitsmarkt positiv beeinflusst, so dass die Beschäftigungsquote im Jahr 2006 67,4 % betragen und damit oberhalb des EU-Durchschnitts liegen soll. Die Arbeitslosigkeit soll in diesem Jahr auf 2,4 % zurückgehen. Die Arbeitsproduktivität hat weiter zugenommen und 68 % des EU-Durchschnitts erreicht.
2. Die Arbeitslosigkeit ist zwar zurückgegangen, der Anteil der langfristig Arbeitslosen bleibt jedoch hoch, wobei ein weiterer Rückgang durch strukturelle Faktoren wie z.B. die hohe Steuerlast der Beschäftigung gehemmt wird. Die gegenwärtigen makroökonomischen Bedingungen bieten Spielraum, um die wichtigsten steuerpolitischen Herausforderungen anzugehen, nämlich die Fortführung der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung und die Erzielung langfristig finanzierbarer Staatsfinanzen. Es wurden zwar Maßnahmen ergriffen, um die Besteuerung zur Begünstigung der Beschäftigung und Verbesserung der Haushaltskontrolle umzustrukturieren, eine Erhöhung der Flexibilität der Haushaltsausgaben und die Einhaltung von Haushaltsobergrenzen wären aber ein wichtiger Beitrag zur mittelfristigen Konsolidierung. Umfangreiche Reformen der Pensions- und Gesundheitssysteme würden zur langfristigen Nachhaltigkeit beitragen.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. In dem Nationalen Reformprogramm (NRP) 2005-2008 wurden folgende Herausforderungen ausgewiesen: Fortführung der Reform der öffentlichen Finanzen, Stärkung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei Wahrung der Nachhaltigkeit der Ressourcen und Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität. Die Kommission stimmt mit diesen Schwerpunkten überein, ist jedoch der Auffassung, dass folgenden Bereichen ebenfalls Aufmerksamkeit geschenkt werden müsste: Sicherung der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, vor allem durch Reformen an den Pensions- und Gesundheitssystemen, Verbesserung des Humankapitals durch lebenslanges Lernen unter Berücksichtigung der schwächsten Gruppen und der regionalen Abweichungen bei der Arbeitslosigkeit und Maßnahmen zur Verbesserung von FuEuI und dabei insbesondere zur Entwicklung des Humankapitals für das FuE-System.
4. Der Umsetzungsbericht 2006 weist Erfolge in einigen Gebieten, jedoch einen ungleichmäßigen Fortschritt aus. Positiv zu bewerten sind die Fortschritte bei der Verbesserung des unternehmerischen Umfeldes und den Reformen im Schulbereich hinsichtlich Lehrplänen in den Primarschulen und Ausbau der höheren Bildung. Erste Fortschritte wurden bei der Verbesserung der Haushaltskontrolle und der Verlagerung der Steuerlast von direkten auf die indirekten Steuern, bei der Durchführung von Maßnahmen für eine bessere Regulierung, der Arbeitsentlohnung

und regionalen Mobilität, bei der Förderung benachteiligter Gruppen und der Anerkennung, Validierung und Zertifizierung von Qualifizierungen erzielt. Es wurde jedoch keine große Reform der Staatsfinanzen unternommen oder geplant. Die geplante Erhöhung der FuE-Ausgaben wird wahrscheinlich nicht vollständig durchgeführt. Die Entwicklung von ausreichendem Humankapital für das FuE-System hängt von den Finanzmitteln der Strukturfonds 2007-2013 ab. Außerdem wurden begrenzte Fortschritte in folgenden Bereichen erzielt: Erhöhung des Einsatzes von IKT einschließlich e-Regierung, Erfüllung der besonderen Herausforderung der Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität und der Modernisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsdienste, Entwicklung einer umfassenden Strategie für Bildung und lebenslanges Lernen.

5. Die Fortschritte bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen waren ungleich. Die einzigen Anlaufstellen für die Unternehmensgründung waren im August 2006 betriebsbereit und es gibt Pläne, bis Ende des Jahres 2007 zu gewährleisten, dass junge Arbeitslose innerhalb von sechs Monaten nach Verlust ihres Arbeitsplatzes neue Startmöglichkeiten erhalten. Der Umsetzungsbericht enthält jedoch keine Angaben über die Fortschritte bei der Errichtung einer einzigen Kontaktstelle für die Einstellung des ersten Arbeitnehmers und bei der Ausbildung in Unternehmensführung.
6. Bei der Durchführung der Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze wurden einige Fortschritte im Governance-Bereich gemacht. Zur Governancestruktur gehören die betroffenen Ministerien und Sozialpartner, während das Parlament, die Regionen und Gemeinden zu dem Umsetzungsbericht konsultiert wurden. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Kommunikation und die Konsultierung der Öffentlichkeit zu verbessern. Die Fortschrittsbegleitung ist noch nicht voll entwickelt, weitere Auswertungsergebnisse werden in den nächsten Jahren vorliegen. Die Mittel für die Kohäsionspolitik werden im Zeitraum 2007-2013 3,3 % des BIP ausmachen.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Der Umsetzungsbericht nennt 5 Bereiche der Steuerpolitik, die zur Stabilität und langfristigen Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen beitragen. Es wurden zwar Maßnahmen in mehreren Bereichen ergriffen oder geplant, gegenwärtig ist jedoch keine umfassende Reform der öffentlichen Finanzen im Gespräch.
8. Das gesamtstaatliche Defizit stieg von 2,9 % des BIP im Jahr 2004 auf 3,6 % im Jahr 2005, was jedoch niedriger als erwartet ausfiel, vor allem wegen des die Erwartungen übertreffenden Wachstums und des Übertrags nicht ausgegebener Mittel. Im Jahr 2006 wurden keine größeren Ausgabenkürzungen vorgenommen. Der Haushaltsplan für das Jahr 2007 geht von einer Steigerung des Defizits auf rund 3,8 % des BIP aus, was gegen die genehmigten Ausgabenobergrenzen verstoßen würde. Dies geht überwiegend auf die Zunahmen der Sozialausgaben zurück, deren Auswirkung mit rund 1,2 % des BIP anzusetzen sind. Andererseits wurden Maßnahmen ergriffen, um die Steuerlast umzuschichten und die Kontrolle über die öffentlichen Finanzen zu verbessern. Hierzu zählt die Senkung der

Körperschaftsteuer einschließlich Steuervorteile für FuE-Investitionen und der Einkommensteuer. Auch wurde die Anzahl der haushaltsexternen Fonds und Einrichtungen gekürzt, was die Transparenz und die Zurechenbarkeit der öffentlichen Finanzen verbessern wird. Im Jahr 2005 wurde ein Allparteien-Rentenbericht mit einer Reihe von Reformvorschlägen und deren ausführliche Bewertung durch eine unabhängige Sachverständigengruppe zusammengestellt, dem jedoch keine konkreten Maßnahmen seitens der Regierung folgten.

9. Die Tschechische Republik hat eine der am schnellsten alternden Bevölkerungen in der EU, so dass die öffentlichen Finanzen einem zunehmenden Druck seitens der Pensions- und Gesundheitsdienste ausgesetzt sein werden. Umfassende Reformen dieser Systeme sind deshalb für die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen unerlässlich.

Mikroökonomische Politik

10. Kernpunkt des Umsetzungsberichts sind die vier im NRP ausgewiesenen großen mikroökonomischen Bereiche FuE, unternehmerisches Umfeld, Modernisierung und Entwicklung von Verkehr und IKT-Netzen und nachhaltige Ressourcennutzung.
11. Im Bereich von FuE wurden einige Erfolge erzielt, vor allem aufgrund der zunehmenden FuE-Ausgaben des Privatsektors. Die öffentlichen FuE-Aufwendungen haben zwar zugenommen, jedoch langsamer als im NRP vorgesehen. Es könnte schwierig werden, das für 2010 gesetzte Ziel einer FuE-Intensität von 2,06 % zu erreichen, wenn die öffentlichen FuE-Aufwendungen aus inländischen Quellen auf 0,6 % des BIP im Jahr 2009 begrenzt bleiben. Die Erhöhung der FuE-Ausgaben wird sich auf eine Reihe langfristiger Schwerpunkte konzentrieren, die Bestandteil der nationalen FuE-Politik sind. Gegenwärtig werden Änderungen an der Struktur der öffentlichen FuE-Ausgaben zugunsten einer zielgerichteten Forschungsfinanzierung vorgenommen. Steueranreize für private Forschungsaufwendungen wurden im Jahr 2005 eingeführt, eine erste Bewertung ihrer Auswirkungen soll im ersten Halbjahr 2007 vorlegt werden. Die Entwicklung der Humanressourcen für FuE ist als Priorität eingestuft. Das Augenmerk muss auf die Entwicklung der Innovationsinfrastruktur (Gründungszentren, Wissenschafts- und Technologieparks, Zentren für Technologietransfer) gerichtet werden, um die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und dem Privatsektor zu fördern. Dabei verdient der Aufbau von Verbindungen zwischen Unternehmen im ausländischen und im inländischen Eigentum stärkere Beachtung. Die Patenterteilung und der Schutz der geistigen Eigentumsrechte bleiben trotz der unternommenen Anstrengungen eine Herausforderung. Ein neues Programm zur Bereitstellung von Mitteln für die Anlauffinanzierung zugunsten von KMU einschließlich Maßnahmen zur Bereitstellung von Wagniskapital und Kleinstdarlehen an innovative Unternehmen ist in Vorbereitung.
12. Gegenwärtig werden die Maßnahmen zur Verbesserung des unternehmerischen Umfeldes durchgeführt. Für alle neuen Rechtsvorschriften soll im Verlauf des Jahres 2007 eine integrierte Folgenabschätzung eingeführt werden. Die Untersuchung der für die Unternehmen zu tragenden Verwaltungskosten wurde abgeschlossen, jedoch noch nicht von der Regierung genehmigt. Dadurch könnte die versprochene Senkung der Verwaltungslasten um 20 % bis zum Jahr 2010 in Verzug kommen. Die neuen Insolvenzvorschriften, mit denen die Stellung der Gläubiger gestärkt wird, werden

im Juli 2007 in Kraft treten. Das System der zentralen Anmeldestellen (einzige Anlaufstelle für die Gründung eines Unternehmens) war im August 2006 betriebsbereit. Die von der Wettbewerbsbehörde ergriffenen Maßnahmen, um die bestehenden Vorschriften in Bezug auf bestimmte freie Berufe zu überprüfen und die Bereiche zu ermitteln, in denen Änderungen vorzunehmen sind, sind ermutigend. Die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften in tschechisches Recht muss noch verbessert werden, da trotz der erzielten Fortschritte das Umsetzungsdefizit weiterhin oberhalb der Zielvorgabe von 1,5 % liegt.

13. Die Fortschritte bei der Modernisierung und Entwicklung von IKT, Verkehrsnetzen und der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen waren ungleich. Es ist geplant, Investitionen in die Breitbandinfrastruktur vorzunehmen, die aus Strukturfondsmitteln und den Einnahmen aus der Privatisierung von *Cesky Telecom* finanziert werden sollen. Damit soll das im NRP gesetzte Ziel erreicht werden, bis zum Jahr 2010 50 % der Bevölkerung an die Breitbandinfrastruktur anzuschließen. Es sind einige Projekte im Bereich der elektronischen Behördendienste (*eGovernment*) angelaufen und einige Rechtsvorschriften in Kraft getreten, um weitere Fortschritte in diesem Bereich zu ermöglichen, wobei die Gesetzgebung bei der entscheidenden Vorschrift über die gemeinsame Datennutzung in der öffentlichen Verwaltung zum Stillstand gekommen ist. Es sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die erzielten Fortschritte bei der Erhöhung der EDV-Kenntnisse fortzuführen. Der Ausbau der Straßen- und Eisenbahninfrastruktur geht weiter.
14. Ein Programm zur nachhaltigen Nutzung und Effizienz der Ressourcen ist in Vorbereitung, die Energieintensität ist jedoch hoch. Die in dem Umsetzungsbericht aufgeführten Maßnahmen sollten entschlossen durchgeführt und gestärkt werden, damit die Tschechische Republik das gesetzte Ziel erreichen kann, 8 % ihres Stroms aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen. Die Zukunft der aufkommensneutralen Reform der Umweltsteuer ist noch offen.
15. Die Fortschritte im mikroökonomischen Bereich waren insgesamt ungleich. Es wurden Maßnahmen zur Verbesserung des unternehmerischen Umfeldes ergriffen, doch eine Reihe von wichtigen Elementen des NRP in anderen Kernbereichen, nämlich die Ausgabenpläne für die öffentliche Forschung und Entwicklung und die Vorschriften für die e-Regierung sind noch nicht vollständig durchgeführt.

Beschäftigungspolitik

16. Ein Kernpunkt des Umsetzungsberichts sind die Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität ergänzt durch eine umfassendere Einbeziehung der jungen Frauen, älteren Arbeitnehmer und Einwanderer sowie die Verbesserung von Bildung und Ausbildung.
17. Durch das Wirtschaftswachstum konnten mehr junge Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden, die Langzeitarbeitslosigkeit besteht jedoch fort. Die Jugendarbeitslosigkeit hat vor allem als Folge strengerer Zulässigkeitskriterien abgenommen, doch die Maßnahmen zur Lösung dieses Problems müssen kohärenter und innovativer werden. Bis zum Jahr 2007 soll allen jungen Menschen innerhalb von sechs Monaten nach Verlust ihres Arbeitsplatzes ein neuer Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsmaßnahme angeboten werden. Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

hat zwar zugenommen, doch wären hier größere Fortschritte wünschenswert. Dies erfordert die vollständige Durchführung der Strategie für das aktive Altern mit stärkeren Anreizen, länger zu arbeiten und einen Arbeitsplatz anzunehmen, besserem Zugang zur Ausbildung, um die Qualifizierung zu erhöhen, und Einstellungsanreizen für die Arbeitgeber. Es wurden Maßnahmen zur Frauenbeschäftigung insbesondere die Förderung der Wiedereingliederung von Frauen nach dem Mutterschaftsurlaub und die Verbesserung des Zugangs zu Kinderbetreuungseinrichtungen vorgeschlagen. Diese Maßnahmen, die das Problem der unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen nicht angehen, müssen jedoch noch angenommen und umgesetzt werden. Die Arbeitslosigkeit von Behinderten nimmt ständig zu und mehr Beachtung verdient auch die Lage der Roma-Minderheit. Die ergriffenen Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, müssen jedoch verstärkt werden. Die angenommenen Reformen zur Verhinderung des Missbrauchs von Gesundheitsleistungen müssen noch umgesetzt werden. Es wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, um Arbeit lohnend zu machen, einschließlich einer Steuersenkung für Bezieher niedriger Löhne, Änderungen an den beiden untersten Klassen der Einkommensteuer, Erhöhung des Mindestlohnes und eine Reform des Sozialleistungssystems, um die Aktivierung zu ermuntern. Die Wirkungen der sich daraus ergebenden Anreize sollten gründlich untersucht werden. Das regionale Gefälle bei der Arbeitslosigkeit bleibt bestehen, während die Modernisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsdienste langsam Fortschritte macht. Die aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen sind unterfinanziert.

18. Um die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Unternehmen zu erhöhen, wurden Maßnahmen zur Verbesserung der räumlichen Mobilität (Liberalisierung der Mieten und Anreize für Pendler) ergriffen. Das neue Arbeitsgesetz sieht größere Flexibilität bei der Arbeitsorganisation (Einführung von Arbeitszeitkonten) und eine größere Vertragsfreiheit im Beschäftigungsverhältnis vor. Die Reform erstreckt sich nicht auf die Arbeitsplatzsicherheit bei dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen. Eine Mischung aus Flexibilität und Arbeitsplatzsicherheit sollte deshalb die weitere Reform begleiten, die in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern durchgeführt werden muss und keine negativen Auswirkungen auf die Maßnahmen haben darf, die ergriffen wurden, um Arbeit lohnend zu machen und die räumliche Mobilität zu fördern.
19. Bei der Erhöhung der Investitionen in Humankapital wird der begonnenen Lehrplanreform für die Primar- und Sekundarschulen Vorrang eingeräumt. Fortschritte bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Beschäftigten und den Bildungseinrichtungen sind weniger offenkundig. Es sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die Verknüpfung zwischen dem Sekundar- und Tertiärbereich einschließlich der Berufsausbildung zu verbessern, einen breiteren Zugang zur allgemeinen Ausbildung herzustellen und die sich ändernde Nachfrage nach Qualifikationen besser zu befriedigen. Die Teilhabe an der Universitätsausbildung hat zugenommen (neue Universitäten, Fakultäten und Studienprogramme), doch zusätzliche Ressourcen und bessere Anreize für Studenten und die tertiären Bildungseinrichtungen sind weiterhin erforderlich. Die Teilnahme am lebenslangen Lernen bleibt niedrig, vor allem für ältere Arbeitnehmer (1,9 % im Jahr 2005 mit abnehmender Tendenz) und die Geringqualifizierten (0,9 % im Jahr 2005). Das neue Gesetz zur Überprüfung und Anerkennung der Weiterbildung (Inkrafttreten im Jahr 2007) und das nationale Qualifizierungssystem sind positiv zu

bewerten. Es sollte einhergehen mit einer umfassenden Strategie zur Erhöhung des Zugangs zum lebenslangen Lernen. Besonderer Nachdruck sollte den Geringqualifizierten und den älteren Arbeitnehmern und der Erhöhung der Anreize für Arbeitnehmer und Arbeitgeber für Investitionen in die Ausbildung geschenkt werden; hinzu kommen Anstrengungen zum Ausbau der Lehreinrichtungen.

20. Im Beschäftigungsbereich wurden Fortschritte erzielt, die Tschechische Republik muss jedoch das günstige Wirtschaftsklima besser nutzen, um die Reformen fortzusetzen. Für die besondere Herausforderung, mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt einzuführen, ist ein integriertes Vorgehen Flexibilität-Sicherheit mit der aktiven Einbeziehung der Sozialpartner erforderlich, das zur weiteren Modernisierung und Umsetzung des Arbeitsgesetzes, zur Überarbeitung der mit den Steuer- und Leistungssystemen geschaffenen Anreize, zur Modernisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsdienste und zur Stärkung der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen führen sollte. Damit einher gehen muss die Entwicklung einer umfassenden Strategie für Ausbildung und lebenslanges Lernen und das Angehen des Problems der geringen Qualifizierung insbesondere der älteren Arbeitnehmern.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

21. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
22. Die Tschechische Republik macht bei der Umsetzung ihres nationalen Reformprogramms nur begrenzte Fortschritte: In einigen Bereichen ist der Fortschritt nicht eindeutig, einige Reformen wurden verschoben, während andere nicht in Gang gesetzt wurden. Das starke Wirtschaftswachstum sollte jedoch Reformen erleichtern. Auf makroökonomischen Gebiet bestehen einige Risiken insbesondere für die mittelfristige Haushaltskonsolidierung und die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung. Während die Tschechische Republik im mikroökonomischen Bereich relativ gute Fortschritte macht, ist der Fortschritt im Bereich von Forschung und Entwicklung mäßig. Auf dem Gebiet der Beschäftigung sind größere Anstrengungen erforderlich, um sich der besonderen Herausforderung der Verbesserung der Arbeitsmarktflexibilität zu stellen. Die Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtungen, die auf der Frühjahrstagung 2006 des Rates eingegangen wurden, sind ebenfalls ungleich.
23. Zu den Stärken der Durchführung des Nationalen Reformprogrammes zählen die Maßnahmen zur Erhöhung der Kontrolle und Transparenz der öffentlichen Finanzen, zur Verbesserung der Regulierung und des unternehmerischen Umfeldes, zur Reform der Lehrpläne in den Primarschulen und zur Schaffung von Anreizen für die Teilnahme an der Universitätsausbildung.
24. In folgenden Bereichen des tschechischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, da der Haushalt 2007 ein Überschreiten der Ausgabenobergrenzen und ein höheres Defizit vorsieht; Erhöhung des Betrages und der Wirksamkeit der öffentlichen FuE-Ausgaben; Erhöhung von Sicherheit und Flexibilität im Arbeitsmarkt; Verbesserung

von Bildung und Ausbildung und Erhöhung der Teilnahme am lebenslangen Lernen. Vor diesem Hintergrund wird der Tschechischen Republik Folgendes empfohlen:

- im Hinblick auf die Verbesserung der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen Maßnahmen zu ergreifen, um die Reform der Pensions- und Gesundheitssysteme insbesondere auf der Grundlage des Allparteien-Pensionsberichtes aus dem Jahr 2005 durchzuführen und dafür einen Zeitplan festzusetzen;
- die Bemühungen zu verstärken, um die Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen FuE-Einrichtungen zu verbessern, und gleichzeitig die Erhöhung der öffentlichen FuE-Investitionen im gleichen Rhythmus fortzusetzen;
- den Beschäftigungsschutz einschließlich der einschlägigen Rechtsvorschriften und der Steuer- und Leistungssysteme zu modernisieren;
- die Bildungs- und Ausbildungssysteme und Einrichtungen zu verbessern und Anreize für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen, in die Ausbildung insbesondere von älteren Arbeitnehmern und Geringqualifizierten zu investieren.

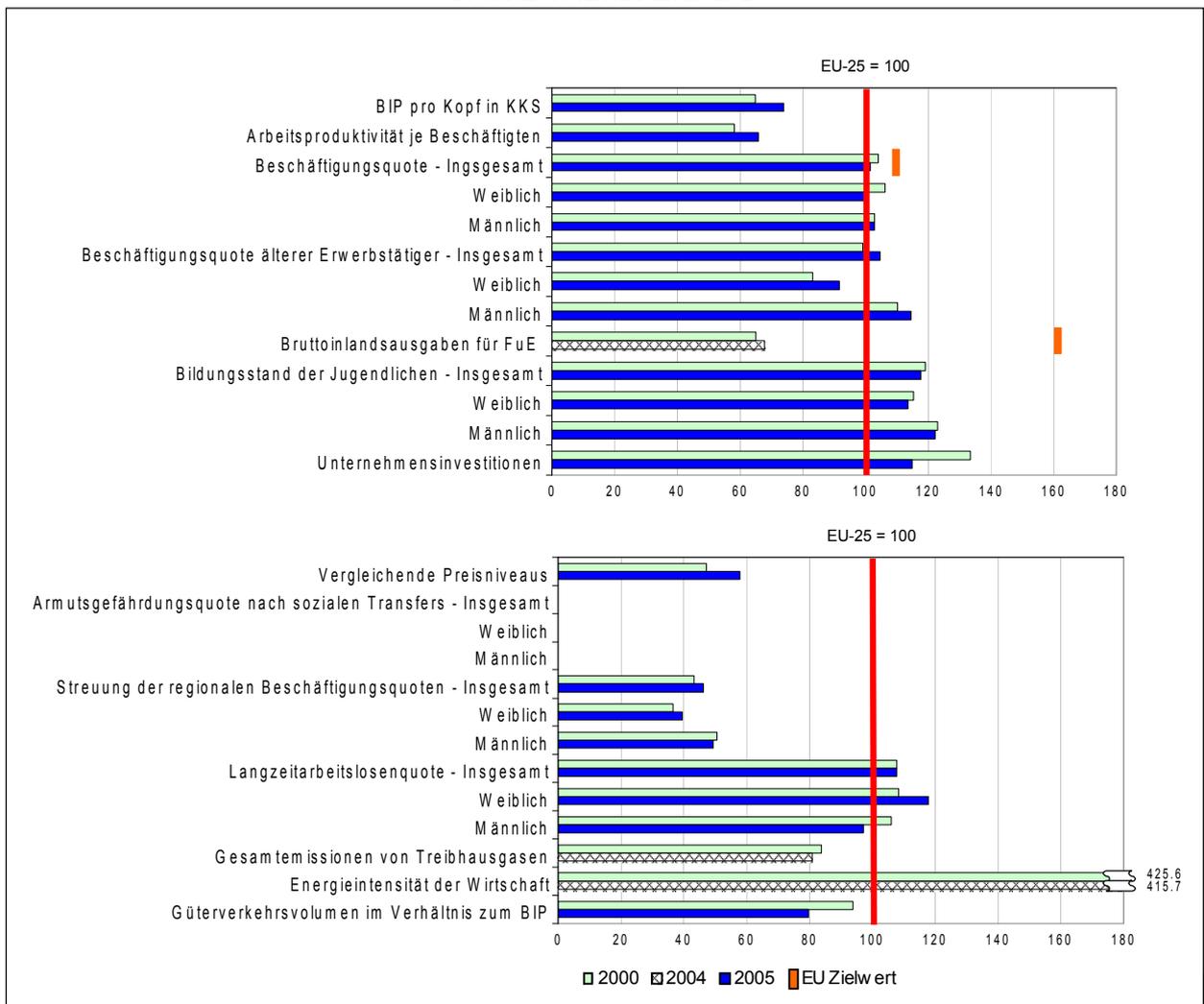
25. Außerdem wird es für die Tschechische Republik wichtig sein, sich in der Geltungsdauer des nationalen Reformprogrammes auf Folgendes zu konzentrieren: Verbesserung des Systems der Patenterteilung und des Schutzes der geistigen Eigentumsrechte; Beschleunigung des Fortschritts im IKT-Bereich auch durch die Umsetzung und Überwachung der Entwicklung umfassender rechtlicher Rahmenbedingungen für das elektronische Regieren; Erfüllung der Zielvorgaben zur Verringerung der Verwaltungslasten für die Unternehmen; weiterer Ausbau des Zugangs zu Finanzmitteln für innovative Unternehmen; Aufbau von Verbindungen zwischen Unternehmen im ausländischen und inländischen Besitz; Einführung des Unterrichts in Unternehmensführung in die Lehrpläne; bessere Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt; Abbau der regionalen Beschäftigungsungleichgewichte; bessere Abstimmung von Arbeit und Familienleben; Inangriffnahme des Lohngefälles zwischen den Geschlechtern und Durchführung der Strategie für ein aktives Altern.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

TSCHECHISCHE REPUBLIK

	CZ							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	64.9	65.8	67.7	68.3	70.5	73.8		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	58.1	59.0	60.2	61.5	63.5	65.8		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	65.0	65.0	65.4	64.7	64.2	64.8	66.4 (2008)	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	56.9	56.9	57.0	56.3	56.0	56.3		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	73.2	73.2	73.9	73.1	72.3	73.3		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	36.3	37.1	40.8	42.3	42.7	44.5		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	22.4	23.1	25.9	28.4	29.4	30.9		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	51.7	52.6	57.2	57.5	57.2	59.3		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.21	1.20	1.20	1.25	1.26	1.42		1.86e	1.86e			
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	91.2	90.6	92.2	92.1	91.4	91.2	2.06	76.6	77.1	77.5	3.0
	Weiblich	91.7	91.3	92.0	91.5	91.8	91.1		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	90.7	89.8	92.4	92.8	91.0	91.3		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	47.2	50.3	54.7	55.5	55.0p	57.8p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	24.4	24.5	23.6	22.1	21.3	20.0		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	:	8.0	:	8.0	:	:	16.0e	16.0e	:		
	Weiblich	:	8.0	:	9.0	:	:	17.0e	17.0e	:		
	Männlich	:	7.0	:	7.0	:	:	15.0e	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	5.8	5.7	5.6	5.8	5.6	5.5	13.4	12.2	11.9		
	Weiblich	7.5	7.7	7.0	7.4	6.6	6.7	20.5	17.3	16.9		
	Männlich	5.0	4.7	5.1	4.9	5.1	4.8	9.9	10.2	9.7		
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	4.2	4.2	3.7	3.8	4.2	4.2	3.9	4.1	3.9		
	Weiblich	5.2	5.1	4.6	5.0	5.3	5.3	4.8	4.7	4.5		
	Männlich	3.5	3.4	3.0	2.9	3.4	3.4	3.3	3.6	3.5		
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	76.0	76.2	73.4	75.2	74.9	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	888.4	883.9	875.8	891.2	851.8	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	93.9	93.5	97.5	98.7	92.8	83.4		100.1e	104.6be	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Dänemark

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. In Dänemark liegen Pro-Kopf-BIP (124,6% des EU-Durchschnitts 2006), Produktivität und Beschäftigung auf hohem Niveau. Das jährliche reale BIP-Wachstum betrug im letzten Jahrzehnt durchschnittlich rund 2 %, während das Produktivitätswachstum je Beschäftigten in etwa dem EU-Durchschnitt entsprach. Die Beschäftigungsquote ist die höchste in der EU (76,6 % 2006). Die Beschäftigung ist in den letzten Jahren kräftig gewachsen und die weiter rückläufige Arbeitslosenquote (3,8 % 2006) ist inzwischen die niedrigste in der EU.
2. Die dänische Wirtschaft verzeichnet gegenwärtig ein kräftiges Wachstum. Dank einer gesunden makroökonomischen Politik und einer auf langfristige Tragfähigkeit angelegten Finanzpolitik, die 2006 weiter gestärkt wurde, ist Dänemark außerdem gut aufgestellt, um die langfristige Herausforderung der Bevölkerungsalterung zu bewältigen. Grundlage für diesen Erfolg sind eine hohe gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsquote und der Flexicurity-Ansatz am Arbeitsmarkt, bei dem flexible Einstellungs- und Kündigungsregelungen mit Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, vergleichsweise hohen Leistungen bei Arbeitslosigkeit und einer rigorosen Umsetzung der Anspruchskriterien verknüpft werden. Allerdings liegen die Beschäftigungsquoten bei älteren Arbeitskräften und Einwanderern wesentlich niedriger als in der Gesamtwirtschaft. Auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist im Vergleich zum EU-Durchschnitt immer noch vergleichsweise niedrig, und die Produktivität könnte verbessert werden.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das nationale Reformprogramm (NRP) Dänemarks für 2005-2008 nennt vier Hauptaufgaben, die sich für das Land stellen: die Bevölkerungsalterung bewältigen, Nutzen aus der Globalisierung ziehen, die Rahmenbedingungen für Produktivitätssteigerungen verbessern und für die Nutzer öffentlicher Dienstleistungen einen Mehrwert schaffen. Davon ausgehend wird eine Reihe von Aktionsschwerpunkten gesetzt: die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sichern, in bestimmten Sektoren den Wettbewerb stärken, die Effizienz im öffentlichen Sektor steigern, die Wissensgesellschaft weiterentwickeln, die ökologische Nachhaltigkeit und die Energieversorgung sichern, das Unternehmertum stärken und das Arbeitskräfteangebot erweitern. Diese Herausforderungen und Aktionsschwerpunkte behalten ihre Gültigkeit und werden im Umsetzungsbericht 2006 wiederholt. Handlungsbedarf sah die Kommission in ihrem Jahresfortschrittsbericht 2006 bei konkreteren und spezifischeren Maßnahmen zur Erweiterung des Arbeitskräfteangebots und bei der Stärkung des Wettbewerbs.
4. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass Dänemark bei der Umsetzung und Verschärfung seiner Reformstrategie 2006 in sämtlichen Politikbereichen, namentlich bei der Vorbereitung auf die Bevölkerungsalterung und der Nutzung der Globalisierung, sehr gute Fortschritte erzielt hat. Die öffentlichen Finanzen befinden sich auf einem gesunden Pfad. Im Juni 2006 wurde eine Vereinbarung über die Reform des

Sozialstaats erzielt (siehe unten im Abschnitt „Beschäftigungspolitik“), die sich insbesondere auf die Erhöhung des langfristigen Arbeitsangebots, auf die qualitative Verbesserung des Bildungswesens sowie eine quantitative und qualitative Verbesserung bei FuE konzentriert. Auch bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und beim Umweltschutz wurden gute Fortschritte erzielt. Die bereits umfassenden Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und des lebenslangen Lernens wurden weiter ausgebaut. Bei der Förderung des Wettbewerbs und der Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung wurden vielversprechende erste Fortschritte erzielt, doch befindet sich die Umsetzung noch im Anfangsstadium. Bescheidene Fortschritte gab es hingegen bei der Beseitigung der zunehmenden Arbeitskräfteengpässe und bei der mittelfristigen Erhöhung des Arbeitskräfteangebots.

5. Die Zusagen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 werden von Dänemark gut umgesetzt. Beispielsweise wurden Ziele für die öffentlichen und die gesamten FuE-Investitionen gesetzt, die bis 2010 erreicht werden sollen (1 % bzw. über 3 % des BIP). Das unternehmerische Umfeld wurde durch die Einrichtung von zentralen Anlaufstellen verbessert, und die Maßnahmen zur Förderung der unternehmerischen Ausbildung werden ausgebaut.
6. Erhebliche Anstrengungen wurden unternommen, um die Identifizierung mit der Reformstrategie Dänemarks zu fördern. Die Vereinbarung über die Reform des Sozialstaats stützt sich auf den Bericht der so genannten Wohlfahrtskommission, einer unabhängigen Sachverständigengruppe, die im Dezember 2005 Vorschläge vorgelegt hat. Sozialpartner, Kommunen und Vertreter der Zivilgesellschaft wurden konsultiert, und die an der Vereinbarung beteiligten Parteien stellen eine große Mehrheit im dänischen Parlament. Im Rahmen eines ständigen Dialogs über Fragestellungen im Zusammenhang mit der Reformagenda für Wachstum und Beschäftigung führt die Regierung außerdem regelmäßig Gespräche über aktuelle Themen mit dem Lissabon-Koordinierungsausschuss, in dem Angehörige verschiedener Ministerien und Stakeholder-Organisationen vertreten sind und der letztlich für die Koordinierung zuständig ist. Der nationale strategische Rahmenplan für die Strukturfondsinvestitionen steht weitgehend im Einklang mit dem NRP und zielt auf zentrale Themenkomplexe wie Innovation, Wissenstransfer, Nutzung neuer Technologien und Humanressourcenentwicklung.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Als zentrale Herausforderungen im makroökonomischen Bereich werden im NRP gesunde öffentliche Finanzen, ein stabiler Wechselkurs, Preisstabilität und ein hohes Beschäftigungsniveau genannt. Um diese Ziele zu erreichen, konzentriert sich die makroökonomische Strategie auf die Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, wobei Haushaltsüberschüsse zur Bildung öffentlicher Reserven herangezogen werden sollen und die Beschäftigung bis 2010 um rund 2 % der Erwerbsbevölkerung erhöht werden soll. Die Politikmaßnahmen zur Sicherung langfristig tragfähiger öffentlicher Finanzen sind weiterhin auf die Erzielung eines jährlichen Haushaltsüberschusses von durchschnittlich 0,5-1,5 % des BIP bis zum Jahr 2010 ausgerichtet. Auf der Ausgabenseite wird die Obergrenze für den

jährlichen realen Anstieg des Staatsverbrauchs ab 2007 auf 1,0 % und damit auf das Doppelte angehoben, was sich auf den angestrebten Haushaltsüberschuss auswirken könnte. Um das Wachstum des Verbrauchs, insbesondere auf der kommunalen Ebene, einzudämmen, hält die Regierung an ihrem „Steuerstopp“ fest, der ein Verbot von Steuersatzanhebungen und die nominale Einfrierung bestimmter Einzelsteuern beinhaltet. Die Geldpolitik zielt darauf ab, die Krone in der engen Bandbreite im WKM2 zu halten und so im Gleichklang mit dem Eurogebiet die Grundlage für Preisstabilität zu schaffen.

8. Der Umsetzungsbericht deutet auf erhebliche Fortschritte bei der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen unter Einhaltung der Ziele hin. Einzige Ausnahme ist das Regierungsziel für den Anstieg des öffentlichen Verbrauchs. Die in der Vereinbarung über die Reform des Sozialstaats enthaltenen Maßnahmen sind gut durchdacht und erfolgversprechend und werden Dänemark in die Lage versetzen, die makroökonomischen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung noch besser zu bewältigen, indem ein besseres Gleichgewicht zwischen der Dauer des Erwerbslebens und der Dauer der Ausbildung bzw. des Rentenalters geschaffen wird. Dies wird die Nachhaltigkeit verbessern, da eine Verlängerung des Erwerbslebens auch zu einer Verbreiterung der Steuerbasis und zu einer Eindämmung der künftigen Rentenausgaben führt.
9. Die makroökonomische Strategie zahlt sich für Dänemark aus. Dank mehrjähriger Haushaltsüberschüsse und einer raschen Rückführung des öffentlichen Schuldenstands besteht für Dänemark im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nur ein geringes Risiko. Durch die Auswirkungen der Vereinbarung über die Reform des Sozialstaats wird sich die Lage in dieser Hinsicht noch weiter verbessern. Auf mittlere Sicht bis 2015 scheint der Effekt der Reformmaßnahmen auf die Erhöhung des Arbeitsangebots und somit das Wachstumspotenzial der Wirtschaft jedoch eher begrenzt zu sein und hinter dem im NRP genannten Ziel zurückzubleiben.

Mikroökonomische Politik

10. Dänemark hat in seinem NRP vom vergangenen Jahr fünf große Herausforderungen genannt: in bestimmten Sektoren den Wettbewerb stärken, die Effizienz im öffentlichen Sektor steigern, eine Wissensgesellschaft entwickeln, die ökologische Nachhaltigkeit sichern und das Unternehmertum fördern. Die Kommission hat sich dieser Analyse angeschlossen.
11. Dänemark hat ermutigende Fortschritte bei der Stärkung des Wettbewerbs erzielt. Das Ziel, die Zahl der Sektoren mit mangelndem Wettbewerb bis 2010 zu halbieren, scheint realistisch. Die im NRP angekündigte Änderung des Wettbewerbsrechts läuft. Die Wettbewerbsbehörde und die zuständigen Ministerien haben vorgeschlagen, die zur Verfügung stehenden Mittel für Ermittlungen in Kartellsachen, wie etwa die Kronzeugen- bzw. Bonusregelung und die Möglichkeit zur Verhängung von Geldbußen durch die Wettbewerbsbehörde, auszubauen. Wenngleich konkrete Maßnahmen im Kartellbereich durchgeführt werden, wären ausführlichere Informationen zu anderen Initiativen doch wünschenswert. So werden beispielsweise bestimmte sektorale Steuerpraktiken, die den Wettbewerb und eine effiziente Allokation beeinträchtigen könnten, nicht angesprochen.

12. Im Bereich FuE und Innovation schneidet Dänemark sehr gut ab. Die FuE-Ausgaben beliefen sich 2004 auf insgesamt 2,5% des BIP und lagen damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 1,9 % des BIP. Um die öffentliche FuE anzukurbeln, hat Dänemark sein öffentliches Forschungssystem konsolidiert und einen Finanzrahmen für die Durchführung verschiedener geplanter Maßnahmen beschlossen. In diesem Zusammenhang sind eine Reihe von Maßnahmen geplant, um eine Hochschulforschung von hoher Qualität sicherzustellen, etwa eine gezielte Finanzierung und die Zusammenlegung einiger Universitäten mit branchenspezifischen Forschungsinstituten zwecks Steigerung der Effizienz. Zur Förderung privater FuE hat Dänemark Maßnahmen angekündigt, die den Technologietransfer von der öffentlichen Forschung an die Privatwirtschaft ankurbeln, das Zusammenwirken von öffentlichem und privatem Sektor verbessern und die politische Steuerung der Hochschulen verstärken sollen. Außerdem wurden neue Maßnahmen zur Innovationsförderung bei Umwelttechnologien lanciert. Vielversprechende Schritte werden angekündigt, um den IKT-Zugang für alle und IKT-induzierte Innovationen im gesamten privaten und öffentlichen Sektor zu fördern. Führt Dänemark seine derzeitige Strategie fort, so dürfte es das 3 %-Ziel für die FuE-Investitionen bis 2010 erreichen.
13. Neue Initiativen wurden angekündigt, um die Effizienz des öffentlichen Sektors zu verbessern. Öffentliche Dienstleistungen werden dem Wettbewerb geöffnet und die leistungsbezogene Entlohnung wird ausgeweitet. Außerdem wird die Zahl der Stadtverwaltungen ab 1. Januar 2007 verringert. Dadurch sollen Effizienz und Qualität der Dienste steigen.
14. Als Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen sind die Einrichtung von zentralen Anlaufstellen für Unternehmen und von regionalen Unternehmerzentren sowie eine Erhöhung des Risikokapitalangebots vorgesehen. Die meisten dieser Maßnahmen müssen noch umgesetzt werden. Dänemark hat seine Anstrengungen zugunsten der unternehmerischen Ausbildung verstärkt, macht aber keine Angaben zum Stand der Aufnahme unternehmerischer Inhalte in die Lehrpläne der Schulen. Bei der Vereinfachung der Rechtsvorschriften konzentriert sich Dänemark ganz klar auf den Abbau der Verwaltungsaufgaben. Nach Angaben der Regierung wurde der Verwaltungsaufwand für Unternehmen von 2001 bis 2005 um 5,1 % reduziert. Dänemark führt zu allen neuen Rechtsvorschlügen Folgenabschätzungen durch; Konsultationen mit den Sozialpartnern haben lange Tradition.
15. Der Wettbewerb im Energiesektor hat sich verschärft, da die Märkte über mehrere Jahre hinweg schrittweise liberalisiert wurden. Um die Funktionsweise des Energiemarkts weiter zu verbessern, sind Maßnahmen zum Ausbau der (grenzübergreifenden) Verbundstromversorgung erforderlich. Die Fortschritte bei Umwelttechnologien, Wasserverbrauch und Energieeinsparung sind ermutigend. Die geplanten Maßnahmen wie das Entwicklungs- und Demonstrationsprogramm für effizientere Energietechnologien sind verheißungsvoll. Positiv ist auch, dass über den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente zur Förderung des Energiesparens und der nachhaltigen Energie nachgedacht wird. Allerdings muss Dänemark weitere Strategien und Maßnahmen zur weiteren Senkung der Emissionen festlegen, um sein Lastenteilungsziel zu erreichen.

16. Alles in allem hat Dänemark bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Bewältigung der wichtigsten mikroökonomischen Herausforderungen gute Fortschritte erzielt. Durch diese Maßnahmen werden sich das Geschäftsklima in Dänemark und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft weiter verbessern.

Beschäftigungspolitik

17. Als wichtigste Herausforderung für die Beschäftigungspolitik wird im dänischen NRP eine Erhöhung des Arbeitsangebots durch eine höhere Erwerbsbeteiligung genannt. Hervorgehoben werden auch die Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen, die Verbesserung des Grundschulwesens und die Erhöhung der Schüler- und Studentenzahl in der Sekundarstufe II bzw. an den Hochschulen. Die Kommission hat sich dieser Analyse der wichtigsten Herausforderungen und Prioritäten angeschlossen.
18. Dänemark geht die zentrale Herausforderung einer Erhöhung des Arbeitsangebots entschieden an. Die im Juni 2006 erzielte Vereinbarung über die Reform des Sozialstaats sieht unter anderem eine spätere Überprüfung der freiwilligen Frühverrentung vor, wobei das Vorruhestandsalter von 2019-2022 schrittweise um zwei Jahre angehoben werden soll. Mit der Reform wird das gesetzliche Renteneintrittsalter um zwei Jahre angehoben und sowohl für den Vorruhestand als auch den gesetzlichen Ruhestand ein Indexierungsmechanismus auf Basis der Lebenserwartung eingeführt. Außerdem sieht die Vereinbarung Sofortmaßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie der allgemeinen und beruflichen Bildung vor. Mit diesen Reformmaßnahmen dürfte der bis 2040 erforderliche langfristige Anstieg der Erwerbsbevölkerung weitenteils gesichert sein. Allerdings werden die Maßnahmen das Arbeitsangebot kurz- und mittelfristig nur in bescheidenem Maße erhöhen und die gemeldeten wachsenden Arbeitskräfteengpässe nicht wirksam beseitigen. Zwar wurden einige Maßnahmen ergriffen, um hier Abhilfe zu schaffen, doch sind weitere Initiativen erforderlich, um den Arbeitsanreiz zu erhöhen, namentlich Maßnahmen zur Erhöhung der durchschnittlichen Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und zur Erschließung des beträchtlichen Arbeitskräftepotenzials bei Älteren und Immigranten.
19. Die in der Vereinbarung über die Reform des Sozialstaats angekündigten Reformen werden das bereits ausgefeilte Flexicurity-Konzept Dänemarks weiter verbessern. Um die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken, hat Dänemark die Anspruchsvoraussetzungen für das Arbeitslosengeld weiter verschärft, indem strengere Auflagen für die aktive Arbeitssuche eingeführt wurden. Um das lebenslange Lernen weiter zu fördern, sollen 2007 in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern vielversprechende Reformen der Berufs- und Erwachsenenbildung durchgeführt werden, wobei man sich insbesondere auf die Probleme Geringqualifizierter konzentrieren will.
20. Zur Verbesserung des Schulwesens in der Primar- und Sekundarstufe wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet. Die Gesamtausgaben für Bildung liegen immer noch rund 50 % über dem EU-Durchschnitt, auch wenn die Bildungsergebnisse laut internationalen Untersuchungen bei verschiedenen Indikatoren nur durchschnittlich sind. Zu den Maßnahmen zählen mehr Tests, eine bessere Lehrerbildung und ein Aktionsplan zur Verbesserung der Lesefertigkeiten. Die wichtigsten Initiativen zur Erhöhung der Schüler- und

Studentenzahlen in der Sekundarstufe II bzw. an den Hochschulen wurden verstärkt. Außerdem wurden Maßnahmen ergriffen, um die Zahl der Hochschulstudenten zu erhöhen. Bisher haben die Maßnahmen noch keine sichtbaren Ergebnisse gebracht, und es bleibt abzuwarten, ob der Wirkungsradius ausreichen wird, um die ehrgeizigen mittelfristigen Ziele zu erreichen.

21. Alles in allem ist die Beschäftigungsstrategie umfassend, ehrgeizig, langfristig und realistisch. Die neue Vereinbarung über die Reform des Sozialstaats dürfte wirksam dazu beitragen, die alterungsbedingten langfristigen Herausforderungen zu einem Großteil anzugehen, auch wenn ihre vollständige Umsetzung einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Um das Wachstumspotenzial der Wirtschaft zu erhöhen und Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden, sind Politikmaßnahmen zur mittelfristigen Erhöhung des Arbeitsangebots erforderlich. Diese müssen auf das Arbeitskräfteangebot bei Älteren und Immigranten abstellen und Arbeitsanreize schaffen, die zu einem Anstieg der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden führen.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

22. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
23. Dänemark macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms und der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 sehr gute Fortschritte. Mit der Vereinbarung über die Reform des Sozialstaats vom Juni 2006 hat Dänemark seine Reformstrategie sowohl im Hinblick auf die makroökonomische als auch die Beschäftigungspolitik weiter ausgebaut und bei der Bildung eines nationalen Reformkonsenses sehr gute Fortschritte erzielt. Auch bei der mikroökonomischen Politik, unter anderem im Wettbewerbsbereich, ist Dänemark vorangekommen.
24. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms Dänemarks und seiner Umsetzung gehören: der umfassende und integrierte Charakter der Reformstrategie, der anderen Mitgliedstaaten als Vorbild dienen kann; die Kombination aus einem mittel- und langfristigen Ansatz, der durch die konsequente Einbeziehung der Stakeholder noch verstärkt wird; das „Flexicurity“-Konzept für den Arbeitsmarkt; die makroökonomische Gesamtstrategie, die auf die Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, unter anderem durch Ausgabenzurückhaltung, Haushaltsüberschüsse und einen zügigen Abbau der öffentlichen Schulden, ausgerichtet ist; und die soliden Maßnahmen zur langfristigen Erhöhung des Arbeitsangebots, insbesondere die Vereinbarung zur Anhebung des Vorruhestandsalters.
25. Dänemark muss sich während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms auf Folgendes konzentrieren: Maßnahmen zur mittelfristigen Erhöhung des Arbeitskräfteangebots bis 2015, einschließlich weiterer Initiativen zur Erhöhung des Arbeitsanreizes sowie weiterer Schritte zur Eingliederung von älteren Arbeitskräften und Immigranten in den Arbeitsmarkt; Umsetzung der Reformvorschläge für das Wettbewerbsrecht und Gewährleistung, dass neue wettbewerbsrechtliche Befugnisse

von den betreffenden Behörden rigoros ausgeübt werden; weitere Maßnahmen bei der Verbundenergieversorgung, um die Funktionsweise der Strom- und Gasmärkte zu verbessern; Festlegung weiterer Strategien und Maßnahmen zur Emissionssenkung; Intensivierung der Maßnahmen zur Verbesserung der Primar- und Sekundarausbildung und zur Erhöhung der Zahl der Absolventen der Sekundarstufe II und der Hochschulbildung, da die bestehenden zielgerichteten Maßnahmen möglicherweise nicht ausreichen werden, um die ehrgeizigen Ziele zu erreichen.

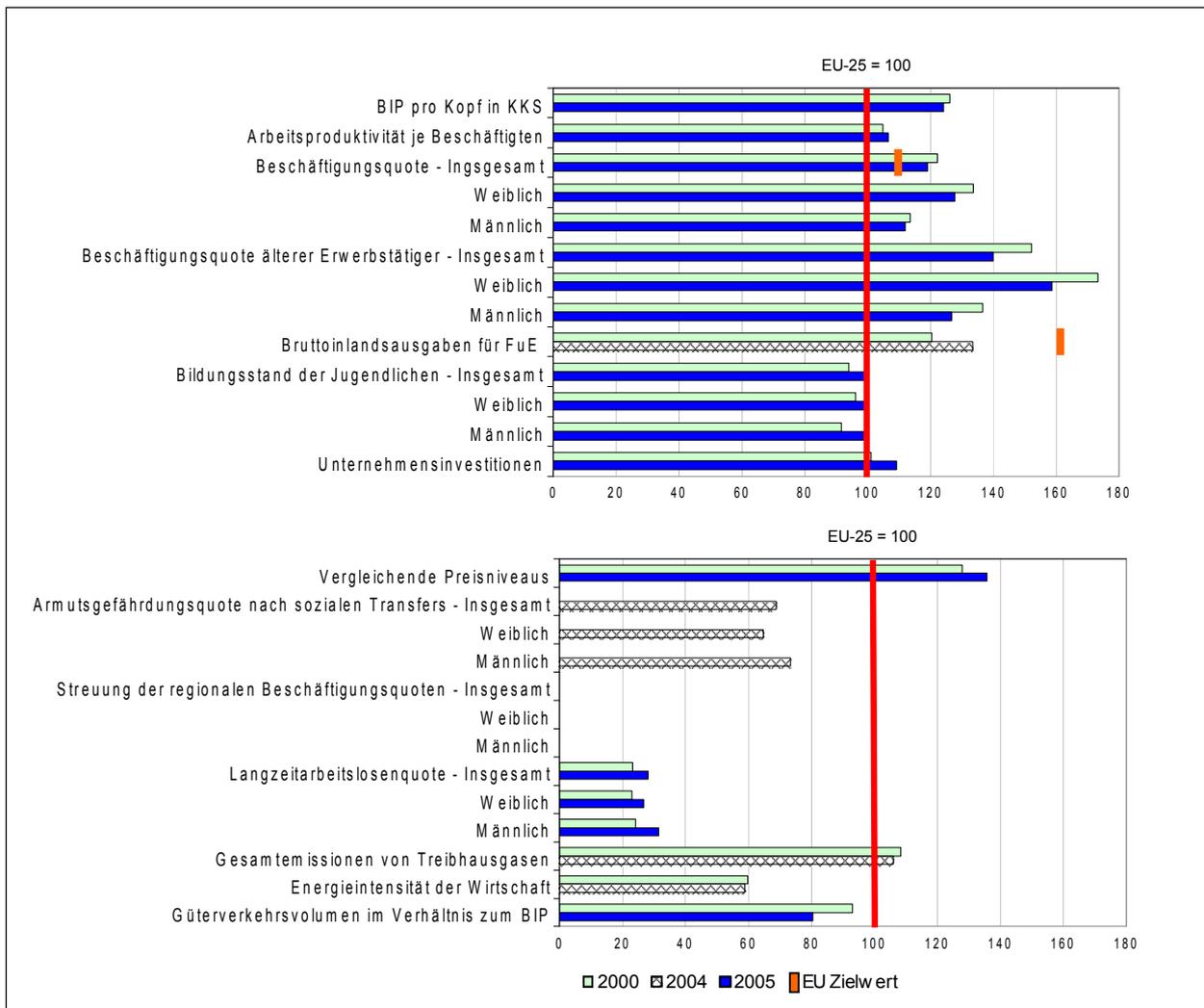
TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

DÄNEMARK

	DK							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	126.2	124.9	121.4	120.8	121.5	124.2		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	104.9	104.4	102.0	103.2	104.2	106.5		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote											
Insgesamt	76.3	76.2	75.9	75.1	75.7	75.9	:	62.4	63.3	63.8	70.0
Weiblich	71.6	72.0	71.7	70.5	71.6	71.9		53.6	55.7	56.3	
Männlich	80.8	80.2	80.0	79.6	79.7	79.8		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	55.7	58.0	57.9	60.2	60.3	59.5		36.6	41.0	42.5	
Weiblich	46.6	49.7	50.4	52.9	53.3	53.5		26.9	31.7	33.7	
Männlich	64.1	65.5	64.5	67.3	67.3	65.6		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	2.24	2.39	2.51	2.56	2.48p	2.44p	3.0	1.86e	1.86e	:	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	72.0	78.4b	78.6	76.2b	76.2	77.1		76.6	77.1	77.5	
Weiblich	76.5	81.7b	82.6	78.5b	78.1	80.5		79.5	80.1	80.3	
Männlich	67.5	74.8b	74.3	73.8b	74.3	73.8		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	127.8	130.7	135.6	138.8	137.0p	135.8p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	18.5	17.9	17.8	17.9	17.9	19.0		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers*											
Insgesamt	:	10.0	:	12.0b	11.0	:		16.0e	16.0e	:	
Weiblich	:	:	:	12.0b	11.0	:		17.0e	17.0e	:	
Männlich	:	:	:	11.0b	11.0	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	13.4	12.2	11.9	
Weiblich	-	-	-	-	-	-	-	20.5	17.3	16.9	
Männlich	-	-	-	-	-	-	-	9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	0.9	0.9	0.9	1.1	1.2	1.1		3.9	4.1	3.9	
Weiblich	1.1	1.0	1.0	1.0	1.3	1.2		4.8	4.7	4.5	
Männlich	0.8	0.8	0.7	1.2	1.1	1.1		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	98.3	100.5	99.4	106.8	98.2	:		90.7	92.7	:	
Energieintensität der Wirtschaft	125.0	126.6	123.8	126.1	120.3	:		208.8	204.9	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	93.0	85.5	86.2	87.6	86.9	84.3		100.1e	104.6be	104.7e	

* Alternative Berechnung für Dänemark mit einer Einkommensdefinition einschließlich unterstellter Mieteinkünfte und Zinszahlungen für Hypotheken: 2003 10.0b und 2004 10.0

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Deutschland

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Im Zeitraum 1996-2000 betrug das reale Wachstum des BIP in Deutschland durchschnittlich 2 %. Bis 2005 ging es auf 1 % zurück, bevor es sich erholte und im Jahr 2006 wieder auf erwartete 2,4 % anstieg. Im letzten Jahrzehnt lag der Zuwachs der Arbeitskräfteproduktivität leicht über dem EU-Durchschnitt, und in den letzten Jahren war eine Verbesserung festzustellen. Das Pro-Kopf-BIP dürfte 2006 bei 109 % des EU-Durchschnitts liegen. Für die Beschäftigungsquote wird im Jahr 2006 ein Anstieg auf 65,8 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erwartet. Die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer ist weiter gestiegen und lag im Jahr 2005 mit 45,4 % über dem EU-Durchschnitt. Für die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2006 ein Rückgang auf 8,9 % erwartet.
2. Die Wirtschaftsleistung Deutschlands wird durch die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit und den nur langsamen Produktivitätszuwachs gebremst. Um das Wachstum und die Arbeitsplatzschaffung zu erhalten, muss im Rahmen der Wirtschaftspolitik versucht werden, diese strukturbedingten Hindernisse zu beseitigen und gleichzeitig die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren, um ihre Tragfähigkeit auf lange Zeit sicherzustellen.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im nationalen Reformprogramm (NRP) 2005-2008 werden sechs zentrale Herausforderungen genannt: Wissensgesellschaft, Funktionsfähigkeit der Märkte und Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmensumfeld, Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (einschließlich nachhaltigen Wachstums und sozialer Sicherheit), ökologische Innovation und Reform des Arbeitsmarkts. Die Kommission hat in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht für 2006 betont, dass in Bezug auf den Wettbewerb im Dienstleistungssektor, die Eingliederung gering qualifizierter Arbeitskräfte und die Ausweitung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten eine stärkere Antwort erforderlich ist.
4. Deutschland hat bei der Umsetzung seines NRP gute Fortschritte erzielt, vor allem im makro- und im mikroökonomischen Bereich. Besonders gut vorangeschritten ist die Verbesserung des Unternehmensumfelds dank verbesserter Regulierungsmaßnahmen. Auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik, die eine zentrale Herausforderung darstellt, ist die Umsetzung einschlägiger Maßnahmen gut vorangeschritten, wenngleich weiter an der Bekämpfung der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den vorrangigen Kategorien, gearbeitet werden muss. Bedenken bestehen nach wie vor in Bezug auf den Zugang zu bestimmten Telekommunikationsmärkten, die Eingliederung gering qualifizierter Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt und die Kinderbetreuung.
5. Insgesamt kommt Deutschland seinen auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 gemachten Zusagen gut nach. Für die Investitionen in Forschung und Entwicklung hat man sich ein ehrgeiziges aber durchaus realistisches Ziel (3 % des

BIP bis 2010) gesetzt. So wurden erste Schritte zur Errichtung einer zentralen Anlaufstelle für junge Unternehmen und zur Ausweitung der Erziehung zum Unternehmertum ergriffen. Im Durchführungsbericht werden jedoch keine Fortschritte bei der Errichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Anstellung des ersten Beschäftigten genannt. Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, dafür zu sorgen, dass kein Jugendlicher länger als drei Monate arbeitslos bleibt, was weiter geht als die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates eingegangene Verpflichtung, aber noch nicht in vollem Umfang erreicht ist.

6. Die Zuständigkeit für das NRP und seine Umsetzung liegt nunmehr auf Ministerebene, und die Konsultation ist dahingehend verbessert worden, dass nun eine große Zahl Betroffener hinzugezogen wird. Der Durchführungsbericht 2006 enthält die meisten Informationen, die benötigt werden, um die Umsetzung der deutschen Reformpläne bewerten zu können. Allerdings werden nicht in allen Fällen die Budgets und die Fristen genannt, und die Nennung von Gesamtbudgets für die regionale Ebene wäre ebenfalls nützlich gewesen. Die Reduzierung der Zahl der Gesetze, die der gemeinsamen Zustimmung von Bundestag und Bundesrat bedürfen, könnte die Reform vereinfachen und beschleunigen, falls sie durch die angekündigte Änderung der steuerpolitischen Beziehungen zwischen Bundes- und Länderebene ergänzt wird. Laut dem Entwurf des nationalen strategischen Rahmenplans für den Zeitraum 2007-2013 stehen die Strukturfondsausgaben Deutschlands im Einklang mit der erneuerten Strategie für Wachstum und Beschäftigung.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Im NRP wird die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (einschließlich nachhaltigem Wachstum und sozialer Sicherheit) als größte Herausforderung vorgegeben. Die im NRP angekündigten Maßnahmen sind umgesetzt worden, und dank des starken wirtschaftlichen Aufschwungs wird das Staatsdefizit bereits im Jahr 2006 (also ein Jahr vor der vom Rat gesetzten Frist) unter 3 % des BIP liegen. Ohne weitere Maßnahmen werden jedoch wahrscheinlich nur langsame Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung des mittelfristigen Ziels eines ausgeglichenen Staatshaushalts erzielt werden.
8. Mit dem NRP soll die Qualität der öffentlichen Finanzen verbessert werden, durch eine Verlagerung von Konsum zu Investitionen auf der Ausgabenseite und von direkter zu indirekter Besteuerung auf der Einnahmenseite. Eine Senkung der Körperschaftssteuer ist angekündigt worden. Auf der Ausgabenseite macht die Bundesanstalt für Arbeit Fortschritte bei der effizienteren Verwendung ihrer Mittel.
9. Im November 2006 hat die Regierung einen Gesetzesentwurf angenommen, durch den das gesetzliche Renteneintrittsalter ab dem Jahr 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben wird. Obschon in beträchtlichem Maße Ausnahmen von dieser höheren Altersgrenze gewährt werden, wird diese Maßnahme der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen förderlich sein. Einige im Durchführungsbericht genannte Haushaltsposten und Fristen sind nicht klar genug, insbesondere in Bezug auf das Gesundheitssystem, für das im NRP vorgesehen war, eine Finanzreform durchzuführen und durch mehr Wettbewerb eine höhere Effizienz der

Dienstleistungen zu erreichen. Die Hauptpunkte der Reform des Gesundheitswesens, die im Umsetzungsbericht und in dem einschlägigen Gesetzesentwurf aufgeführt sind, zielen darauf ab, die Effizienz zu verbessern und den Wettbewerb anzukurbeln, doch sind weitere Klarstellungen erforderlich, um beurteilen zu können, wie diese Ziele mit dem vorgeschlagenen Gesundheitsfonds erreicht werden sollen. Die im NRP für Sommer 2006 angekündigten Maßnahmen zur Anpassung der gesetzlichen Langzeitpflegeversicherung an den demografischen Wandel durch Elemente eines Deckungssystems sind noch nicht in einen entsprechenden Gesetzesentwurf umgesetzt worden, sollen aber im Laufe von 2007 vorgelegt werden. Die Minderung der Lohnnebenkosten durch Senkung des Arbeitgeberbeitrags zur Arbeitslosenversicherung wird teilweise durch eine Anhebung der Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge aufgehoben werden, so dass die Auswirkungen auf die Beschäftigungslage geringer als erwartet sein werden. Die deutsche Regierung hat unlängst Maßnahmen ergriffen, um die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung unter das im NRP angekündigte Niveau zu senken.

10. Im Durchführungsbericht werden mehrere Maßnahmen aufgeführt, die den Aufholprozess der ostdeutschen Bundesländer unterstützen sollen. Nähere Einzelheiten über Maßnahmen zur Steigerung der Wirksamkeit der bereits laufenden Initiativen würden begrüßt.
11. Insgesamt hat Deutschland gute Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung seiner größten makroökonomischen Herausforderung erzielt. Es ist noch zu früh für eine Bewertung der Ergebnisse (insbesondere in Bezug auf das Gesundheitssystem) sowie der Frage, ob diese Ergebnisse ausreichen werden, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten und die Lohnnebenkosten zu senken.

Mikroökonomische Politik

12. Zentrale Herausforderungen waren laut NRP die Wissensgesellschaft, die Funktionsfähigkeit der Märkte und die Wettbewerbsfähigkeit, das Unternehmensumfeld und die ökologische Innovation.
13. Es sind gute Fortschritte in den Bereichen F&E und Innovationspolitik erzielt worden, insbesondere bei der „Exzellenzinitiative“ zur Förderung von Spitzenuniversitäten, dem „Pakt für Forschung und Innovation“ (2006-2010) und der im August 2006 angenommenen „Hochtechnologiestrategie“. Der Bund hat zusätzliche Mittelbindungen vorgenommen, um das F&E-Investitionsziel von 3 % des BIP bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Die Erreichung dieses Ziels wird hauptsächlich von der Hebelwirkung abhängen, die von den Bundesausgaben für F&E auf die Ausgaben der Unternehmen und der Bundesländer ausgehen wird. Im Durchführungsbericht werden des weiteren neue Maßnahmen auf regionaler Ebene erwähnt, durch die Innovationen im Wege einer engeren Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (besonders im IKT-Bereich) gefördert werden sollen. Im November 2006 wurde eine Informationsgesellschaftsinitiative iD2010 beschlossen.
14. Erhebliche Fortschritte sind bei der Verbesserung des Unternehmensumfelds durch eine bessere Regulierung erzielt worden. Rechtsvorschriften, die im Jahr 2006 angenommen werden sollen, werden die Verwaltungskosten besonders für KMU

senken. Gegenwärtig wird ein Standardkostenmodell eingeführt, anhand dessen bis Mitte 2007 weitere Ziele für eine Minderung der Verwaltungskosten festgelegt werden. Nach einer Sichtung der Bundesgesetze hat der Normenkontrollrat als unabhängige Instanz für Folgenabschätzungen seine Arbeit aufgenommen. Die Berichterstattungspflichten der KMU werden zurzeit auf Bundesebene reduziert. Ein internetbasiertes Informationswerkzeug („Startothek“) ist als ein erster Schritt zur Errichtung einer zentralen Anlaufstelle für junge Unternehmen geschaffen worden. Die Themen „Anstellung des ersten Beschäftigten“ und „Verkürzung der Dauer einer Unternehmensgründung“ sind teilweise behandelt worden. Auf dem Gebiet der Erziehung zum Unternehmertum sind gewisse Fortschritte erkennbar. Die Vereinfachung der Vorschriften über die Infrastrukturplanung läuft bereits und kommt dem Investitionsklima zugute.

15. Der Bundesnetzagentur wurden zusätzliche Befugnisse zur Verbesserung der Anreize, zur Änderung der Preisfestsetzung und zur Behandlung offener Probleme wie der hohen Marktkonzentration, dem Mangel an Transparenz und der vertikalen Konstellation auf den Energiemärkten übertragen. Seit Januar 2006 ist die Agentur auch für den Schienenverkehr zuständig und stellt einen gleichberechtigten Zugang zur Schieneninfrastruktur sicher. Bedenklich stimmen nach wie vor die Absicht, keine Regulierung einzuführen, durch die bestimmte neue Märkte (z.B. moderne Breitbandnetze) für den Wettbewerb geöffnet würden sowie die bestehenden Verzögerungen bei einer wirksamen Regulierung von Engros-Bitstrom-Zugangsdiensten (spricht: die Möglichkeit der Wettbewerber, ihren Kunden Breitbanderprodukte auf der Grundlage des Engros-Bitstrom-Zugangs zu bestimmten vom Großanbieter bereitgestellten digitalen Diensten anzubieten). Auf dem Wege zu einem einfacheren und moderneren Rahmen für das öffentliche Beschaffungswesens in Deutschland ist die unlängst erfolgte Umsetzung der einschlägigen EU-Richtlinien in innerstaatliches Recht ein erster Schritt gewesen. Auf dem Gebiet der professionellen Dienstleistungen hat Deutschland Maßnahmen zur Lockerung der Vorschriften für Rechtsanwälte und Architekten ergriffen, aber sowohl auf diesem Gebiet als auch bei anderen stark regulierten professionellen Dienstleistungen und im Handwerksbereich bestehen nach wie vor große Restriktionen.
16. Die Bewältigung der Schlüsselherausforderung „ökologische Innovation“ war ein zentraler Punkt des NRP, und bei der Verwirklichung der präzise definierten Ziele sind gute Fortschritte erzielt worden. Die in Bezug auf die Treibhausgasemissionen gesetzten Ziele dürften erreicht werden, wenn auch die verbleibenden Maßnahmen noch umgesetzt werden. Die im NRP erwähnten marktorientierten Ansätze zur Verbesserung der Energieeffizienz und –diversität werden allerdings im Durchführungsbericht nicht beschrieben.
17. Insgesamt hat Deutschland gute Fortschritte bei der Bewältigung der wichtigsten mikroökonomischen Herausforderungen erzielt, insbesondere in den Bereichen Wissensgesellschaft, Unternehmensumfeld und ökologische Innovation. Die im Fortschrittsbericht 2006 genannten Schwachstellen in Bezug auf das Funktionieren der Märkte und des Wettbewerbs sind gleichwohl noch nicht gänzlich beseitigt worden.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen

18. Das NRP konzentriert sich auf das Bildungssystem und auf das lebenslange Lernen im Kontext der Förderung der Wissensgesellschaft. Es fordert die Anpassung des Arbeitsmarkts an den demografischen Wandel durch Strukturreformen der Arbeitsmarktinstitutionen, eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung, Verbesserung von Anpassungsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Durchführungsbericht 2006 wird an den im NRP genannten Herausforderungen festgehalten.
19. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit unter den gering qualifizierten Arbeitskräften werden in dem Bericht weitere Qualifikationsmaßnahmen für diese Zielgruppe sowie eine Revision des Steuer- und Sozialleistungssystems angekündigt. Im NRP wurde eine Verlängerung der Probezeit neuer Beschäftigter vorgeschlagen, doch dieser Vorschlag wurde mit dem Vorschlag verbunden, einfache, bedingungslose befristete Arbeitsverträge abzuschaffen, und später wurden dann beide Vorschläge fallengelassen.
20. Große Probleme bestehen nach wie vor in Bezug auf die Effizienz der Arbeitsvermittlungen bei der Vermittlung von schwer vermittelbaren Personen und insbesondere von Langzeitarbeitslosen. Das im NRP genannte Ziel, dass kein Jugendlicher länger als drei Monate ohne Arbeit bleiben sollte, wurde noch nicht erreicht, und die Nachfrage nach Lehrstellen übersteigt das Angebot bei Weitem. Die Maßnahmen zur Erreichung einer höheren Beschäftigungsquote unter den Älteren sind konzeptionell verbessert worden, sollten sich jedoch stärker auf die Verhütung von Arbeitslosigkeit konzentrieren. Aus der angekündigten Einigung mit den Sozialpartnern über eine Verbesserung der Qualifikation älterer Arbeitnehmer ist eine Einigung über die Sensibilisierung und den Austausch empfehlenswerter Praktiken im Hinblick auf die Beschäftigung älterer Arbeitskräfte geworden. Was die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben anbelangt, wurden zwar gewisse Fortschritte bei der Bereitstellung von Kindertagesstätten erzielt, aber die Zahl der Kindergartenplätze ist noch immer zu niedrig. Dringende Probleme wie die großen geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsunterschiede werden nicht direkt angegangen. Erhöhte Aufmerksamkeit wurde der Integration von Zuwanderern gewidmet, wozu u.a. ein „nationaler Integrationsplan“ angekündigt wurde, durch den die schulische und die berufliche Ausbildung junger Zuwanderer verbessert werden soll.
21. Im Durchführungsbericht werden verschiedene Initiativen zur Verbesserung des Bildungswesens angesprochen. Das diesbezügliche Konzept erscheint angemessen und sollte in enger Zusammenarbeit mit den Ländern genauestens überwacht werden, da diese für den Bildungsbereich zuständig sind. Es wird die Einsetzung eines neuen Sachverständigenremiums angekündigt, das Empfehlungen für ein besseres lebensbegleitendes Lernen ausarbeiten soll, aber auf die im NRP genannten Pläne, die Erwachsenenfortbildung zur vierten Säule des deutschen Bildungssystems zu machen und einen Rechtsrahmen für eine bessere Finanzierung von Berufsbildungsmaßnahmen für Erwachsene einzuführen, wird nicht ausdrücklich eingegangen.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

22. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
23. Deutschland macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms alles in allem gute Fortschritte, was insbesondere für die Bewältigung der makro- und mikroökonomischen Schlüsselherausforderungen und vorrangigen Maßnahmen gilt. Im Bereich Beschäftigung schreitet das Land allerdings etwas langsamer voran. Auch kommt Deutschland den Verpflichtungen, die auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangen wurden, im Großen und Ganzen gut nach.
24. Zu den Stärken der im Jahr 2006 durchgeführten Reformen zählen die Fortschritte bei der Konsolidierung und der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sowie bei der Umsetzung verschiedener Maßnahmen für eine bessere Regulierung (z.B. das internetbasierte Informationswerkzeug „Startothek“ für junge Unternehmen und die Einsetzung des unabhängigen Normenkontrollrats für Folgenabschätzungen auf Bundesebene). Weitere Pluspunkte sind auf dem Gebiet der Wissensgesellschaft (FuE und Innovation) sowie in Form der erhöhten Sichtbarkeit der Maßnahmen zur Integration älterer Arbeitsloser zu verzeichnen.
25. In folgenden Bereichen des deutschen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Verbesserung des Wettbewerbs (insbesondere bei den professionellen Dienstleistungen und den neuen Breitbandmärkten) sowie Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Deutschland:
- die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen durch fortgesetzte Haushaltskonsolidierung und damit verbundenen Schuldenabbau sowie durch Umsetzung der Gesundheitsreform und damit verbundene Kontrolle des Ausgabenwachstums und Steigerung der Effizienz des Gesundheitswesens verbessert;
 - den Wettbewerb auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten verbessert, indem es insbesondere die restriktiven Vorschriften für viele freie Berufe weiter lockert und die Engros-Bitstrom-Zugangsdienste wirksam reguliert;
 - gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit vorgeht, indem es unter anderem gering qualifizierte Arbeitskräfte im Wege eines besseren Zugangs zu Qualifikationen in den Arbeitsmarkt eingliedert, die vorgeschlagene Reform des Steuer- und Sozialleistungssystems weiterverfolgt und effektivere Arbeitsvermittlungen für Lanzeitarbeitslose und junge Arbeitslose einrichtet.
26. Während der Laufzeit seines nationalen Reformprogramms wird es für Deutschland außerdem darauf ankommen, sich auf folgende Maßnahmen zu konzentrieren: Sicherstellung, dass das Gesundheitswesen durch die Gesundheitsreform effizienter wird, Verbesserung der Verfahren im öffentlichen Beschaffungswesen, Beseitigung von Wettbewerbsschranken im Schienenverkehr sowie bei den Gas- und Stromnetzen, wo die Entbündelungsmaßnahmen bisher ineffizient gewesen sind,

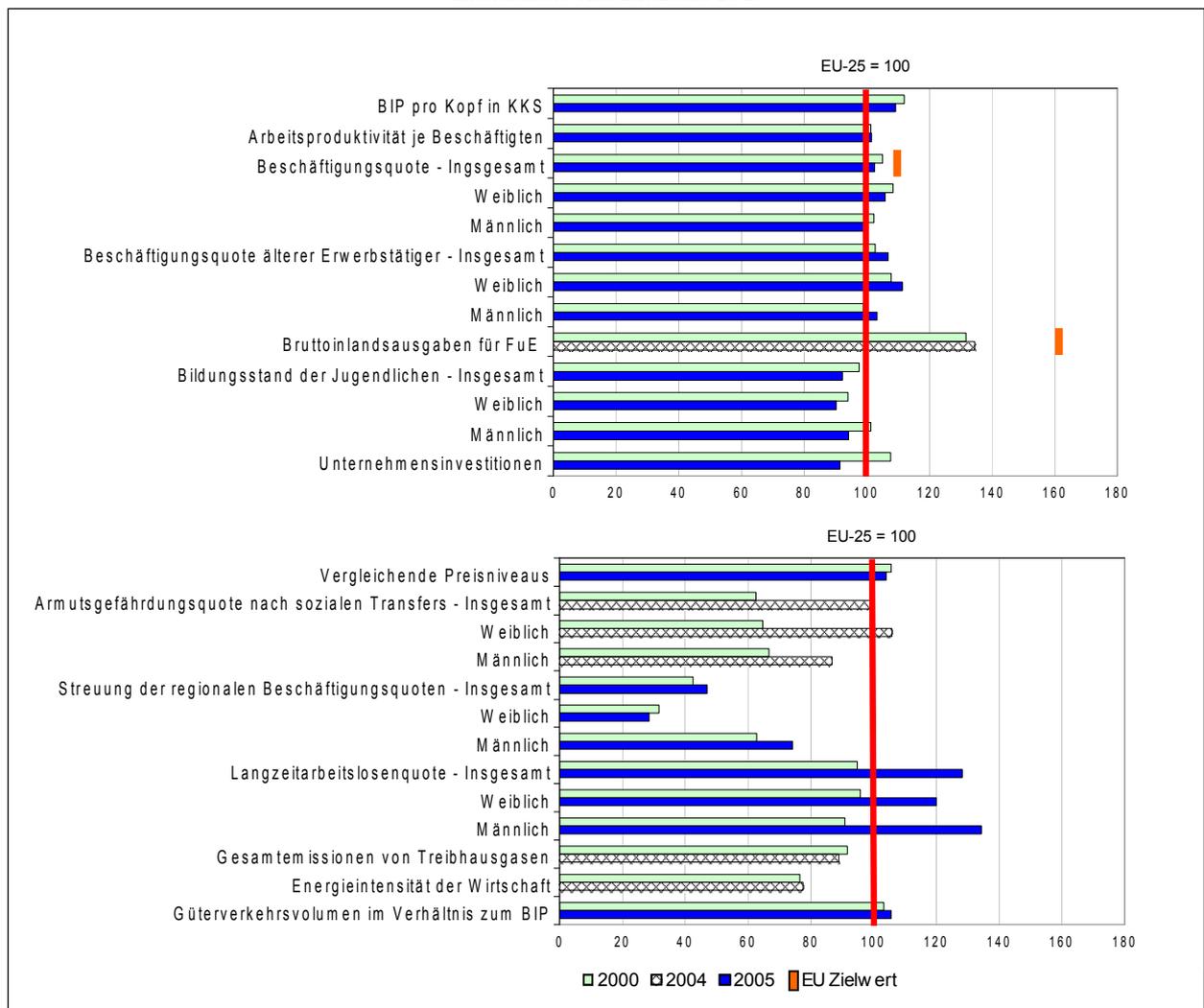
Beschleunigung des Prozesses der Gründung junger Unternehmen und Vereinfachung der Anstellung des ersten Beschäftigten, Verbesserung des lebensbegleitenden Lernens auf der Grundlage der bestehenden Maßnahmen (einschließlich Weiterentwicklung der Erwachsenenfortbildung zur vierten Säule des Bildungssystems) sowie verstärkte Bereitstellung von Kindertagesstätten.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

DEUTSCHLAND

	DE							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	111.9	110.0	108.5	108.1	108.0	109.3		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	101.2	100.1	99.6	100.2	99.7	101.4		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	65.6	65.8	65.4	65.0	65.0	65.4b	:	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	58.1	58.7	58.9	58.9	59.2	59.6b		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	72.9	72.8	71.8	70.9	70.8	71.2b		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	37.6	37.9	38.9	39.9	41.8	45.4b		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	29.0	29.4	30.6	31.6	33.0	37.5b		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	46.4	46.5	47.3	48.2	50.7	53.5b		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	2.45	2.46	2.49	2.52	2.50	2.51e	3.0	1.86e	1.86e	:	3.0	
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	74.7	73.6	73.3	72.5	72.8	71.5b		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	74.8	73.6	73.8	73.4	74.2	72.5b		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	74.6	73.6	72.6	71.6	71.5	70.4b		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	105.6	107.1	107.5	108.7	106.6p	104.1p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	19.7	18.3	16.7	16.2	16.0	15.9		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	10.0	11.0	15.0b	15.0	16.0	:	16.0e	16.0e	:		
	Weiblich	11.0	:	18.0b	17.0	18.0	:	17.0e	17.0e	:		
	Männlich	10.0	:	13.0b	13.0	13.0	:	15.0e	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	5.7	6.1	5.9	6.0	6.2	5.6		13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	6.5	6.5	5.9	5.7	5.9	4.8		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	6.2	6.8	7.0	7.1	7.6	7.2		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	3.7	3.7	3.9	4.5	5.4	5.0b		3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	4.6	4.6	4.8	5.2	6.1	5.4b		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	3.0	3.0	3.3	3.9	4.8	4.7b		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	83.2	84.1	82.8	83.3	82.5	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	159.7	162.5	158.7	161.0	158.8	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	103.3	103.3	102.3	103.2	108.0	110.6		100.1e	104.6be	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Estland

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Beim Übergang zur Marktwirtschaft war die Ausgangslage Estlands hinsichtlich Pro-Kopf-BIP und Produktivität sehr ungünstig. Die Beschäftigung ging in dieser Phase stark zurück, doch drastische Wirtschaftsreformen haben zu einem realen Wachstum des BIP von 7 % jährlich im vergangenen Jahrzehnt geführt. Das schnelle Wachstum der Produktivität schlug sich in stürmischen Lohnzuwächsen nieder. Das Pro-Kopf-BIP stieg im Jahr 2006 steil auf 65,3 % des EU-Durchschnitts an. Die Beschäftigungsquote soll in diesem Jahr auf 68 % zunehmen, die Arbeitslosigkeit von 7,9 % im Jahr 2005 auf 5,4 % im Jahr 2006 fallen.
2. In Estland tragen nun die kühnen und umfassenden Strukturreformen der ersten Jahre des Übergangs ihre Früchte, die die Empfänglichkeit der Wirtschaft für die Marktkräfte und ihre Öffnung zum Weltmarkt bewirkt haben. Durch eine solide Haushaltspolitik konnte ein wachstums- und beschäftigungsfreundliches Umfeld geschaffen werden, was auch umfangreiche Investitionen aus dem Ausland angezogen hat. Die grundlegenden Reformen der Anfangsjahre haben zwar ganze Beschäftigungsgruppen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, was zu niedrigen Teilhabequoten und einer erheblichen Unterbeschäftigung geführt hat, die zurückliegenden Jahre waren jedoch durch die Schaffung einer großen Anzahl an Arbeitsplätzen und einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. In einigen Sektoren herrscht bereits Arbeitskräftemangel, der durch die Auswanderung verschärft wird, so dass das Angebot an Arbeitskräften zu einem Engpass für die weitere Verkürzung des Abstands zum Durchschnitts-BIP der EU geworden ist. Die lebhafte Wirtschaftstätigkeit hat das Leistungsbilanzdefizit in die Höhe getrieben und zu einem zunehmenden Inflationsdruck geführt.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Die beiden Schwerpunkte des nationalen Reformprogramms (NRP) für die Jahre 2005-2008 sind FuE und Innovation sowie Beschäftigung. Im Fortschrittsbericht der Kommission für das Jahr 2006 (APR) wurden diese Schwerpunkte bestätigt, jedoch auf einen zusätzlichen Handlungsbedarf hingewiesen, um die nichtstaatlichen FuE-Investitionen insbesondere durch ausländische Direktinvestitionen zu erhöhen, weitere Arbeitsmarktmaßnahmen aktiv zu entwickeln und den Ausbildungsstand zu verbessern, um die angestrebten, ehrgeizigen Beschäftigungsziele zu verwirklichen.
4. Vor dem Hintergrund eines stabilen makroökonomischen Umfeldes macht Estland gute Fortschritte bei der Umsetzung seines NRP und der Bewältigung seiner hauptsächlichen Herausforderungen. Im Jahr 2006 haben sich nicht nur die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, sondern auch die Aufwendungen der Privatwirtschaft erheblich erhöht. Obwohl die richtigen Maßnahmen ergriffen wurden, wird es angesichts des hohen BIP-Wachstums schwierig sein, die FuE-Ausgaben stärker zu steigern als das BIP, weshalb das für das Jahr 2010 gesetzte Ziel von 1,9 % des BIP eine große Herausforderung bleibt. Mit dem Anschluss an das finnische Stromversorgungsnetz soll die Liefersicherheit

erhöht und ein effizienterer Strommarkt geschaffen werden. Im Bereich des Umweltschutzes wurden gute Fortschritte erzielt. Einige Verbesserungen wurden auch für das unternehmerische Umfeld erreicht, es wird jedoch wichtig sein, die dafür vorgesehenen weiteren Maßnahmen zu vervollständigen. Im Jahr 2007 soll eine proaktive Wettbewerbspolitik zum Einsatz kommen, es bleibt jedoch unklar, inwieweit Fortschritte bei den Aufsichtsstrukturen erzielt worden sind. Estland hat eine große Palette an Beschäftigungsmaßnahmen durchgeführt, die zu der günstigen Lage des Arbeitsmarktes beigetragen haben. Die Beschäftigungsquote hat zugenommen und Estland in die Lage versetzt, sich für das Jahr 2010 ehrgeizigere Ziele zu setzen. Einige Fortschritte wurden auch bei der Erhöhung des Qualifizierungsniveaus der Arbeitskräfte erzielt, angesichts der niedrigen Arbeitsproduktivität sind jedoch weitere Maßnahmen erforderlich, um die vorhandenen Anstrengungen zur Stärkung von Ausbildung, lebenslangem Lernen und die Arbeitsmarktpolitik zu intensivieren. Estland hat Schwierigkeiten bei der Durchführung von Maßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität im Arbeitsmarkt.

5. Estland hat die Verpflichtungen positiv aufgenommen, die auf der Frühjahrstagung des Jahres 1906 eingegangen wurden. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Gründung und Finanzierung von innovativen KMU zu erleichtern, die zwar noch nicht vollständig sind, aber zur Verbesserung des unternehmerischen Umfeldes beitragen werden. Im Bereich der Beschäftigung wurden die relevanten Zielvorgaben angepasst und Maßnahmen auf den Gebieten Erziehung, Soziales und Arbeitsmarkt durchgeführt. Die neuen Arbeitsmarktdienstleistungen und das neue Sozialleistungsgesetz sehen vor, dass arbeitslose Jugendliche innerhalb von sechs Monaten Anspruch auf einen Arbeitsplatz, eine Lehre, eine Fortbildung oder eine sonstige Beschäftigungsmaßnahme haben. Die Verringerung des vorzeitigen Schulabbruchs wurde in das NRP als Ziel eingeschrieben, was bei der Ausbildung älterer Arbeitnehmer nicht der Fall ist. Im Energiebereich wurden mehrere wichtige Maßnahmen ergriffen.
6. Im Bereich der Governance werden gute Fortschritte erzielt. In der Staatskanzlei wurde eine neue strategische Stelle eingerichtet, um die Durchführung des NRP zu überwachen. Um die Eigentumsbildung zu stärken, hat die Regierung ihre umfassenden Konsultationen mit allen Interessierten fortgeführt. Der Umsetzungsbericht wurde dem Parlament zur Information übersandt und von der Regierung angenommen. Im Gegensatz zum NRP enthält er eingehende Angaben zu den Haushaltskosten der Maßnahmen für die Jahre 2005, 2006 und 2007. In dem Bericht wird systematisch auf die Inanspruchnahme der kohäsionspolitischen Instrumente Bezug genommen, was besonders wichtig ist, da die große Mehrheit der darin beschriebenen Aktivitäten über die Kohäsionsinstrumente (ko)-finanziert werden. Hierin zeigt sich, dass man bemüht war, die einzelstaatlichen strategischen Rahmenpläne für Investitionen aus Mitteln der Strukturfonds mit dem NRP abzustimmen, was anderen als Vorbild dienen könnte. Es fehlen jedoch Angaben zur Durchführung des allgemeinen Programms für Verwaltungskapazität, was für die anstehende Bereitstellung von Strukturfondsmittel von Bedeutung ist. Die Mittel für die Kohäsionspolitik werden sich im Zeitraum 2007-2013 auf 3,3 % des BIP belaufen.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Die Aufrechterhaltung solider öffentlicher Finanzen und der Voraussetzungen für niedrige Inflation und Preisstabilität sind die Kernaufgaben der makroökonomischen Politik. Die Anhebung der Beschäftigungsquote gilt als Schlüssel für die Fortsetzung eines starken Wirtschaftswachstums in der Zukunft und die Hebung des Lebensstandards. Die Kommission hat diesen Ansatz im APR bekräftigt.
8. Der Umsetzungsbericht hebt eine vorsichtige Steuerpolitik als Schlüsselement für makroökonomische Stabilität im Rahmen der Geldpolitik der Währungsbehörde hervor, mit der die Krone an den Euro gebunden wird. Bei den meisten der im NRP des vergangenen Jahres gesetzte Ziele konnten gute Fortschritte gemacht werden. Die Staatsfinanzen sind weiterhin solide und wiesen im Jahr 2005 einen Überschuss von 2,3 % des BIP auf. Die Inflation ist im Jahr 2005 auf leicht über 4 % auf Jahresbasis und auch im Jahr 2006 bisher gestiegen, sie soll in den Jahren 2007-2008 oberhalb von 4 % liegen. Externe Ungleichgewichte in Form großer Handels- und Leistungsbilanzdefizite dauern an und haben nach einem Rückgang im Vorjahr im Jahr 2006 wieder leicht zugenommen. Diese Entwicklungen sollten jedoch im Zusammenhang des kräftigen Wachstums und eines schnellen Aufholprozesses gegenüber der EU insgesamt gesehen werden.
9. Mit einem Wachstum des BIP von 10,5 % im Jahr 2005 und noch höheren Annahmen für das Jahr 2006 ist ein vorsichtiges fiskalpolitisches Vorgehen angezeigt, um eine Zunahme des Nachfragedrucks zu verhindern, mit der das Risiko einer Überhitzung der Volkswirtschaft steigen würde. Deshalb wurden, wie im Programm ausgeführt, die fiskalpolitischen Zielvorgaben zu Recht verändert: nach einem ausgeglichenen Haushalt im vergangenen Jahr wurde für 2006 ein Haushaltsüberschuss angestrebt. Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen ist der gegenwärtige Überschuss ein erster Schritt hin zur Begrenzung der angenommenen Auswirkungen einer alternden Bevölkerung auf den Haushalt. Die Strategie Estlands, Nachhaltigkeitserwägungen zum Kern der Fiskalpolitik zu machen, was die Durchführung einer umfassenden Pensionsreform mit Ansammlung von Vermögenswerten und einer allmählichen Erhöhung des Rentenalters einschließt, beeinflusst die langfristigen Aussichten für die öffentlichen Finanzen positiv. Weitere Reformmaßnahmen sind in Vorbereitung.
10. Die im NRP zur langfristigen fiskalischen Nachhaltigkeit und Schaffung günstiger Bedingungen für ein weiteres Wachstum der Beschäftigung gesetzten makroökonomischen Schwerpunkte und Maßnahmen sind angemessen. Diese Schwerpunkte haben sich im vergangenen Jahr als erfolgreich erwiesen. Die angestrebten steuerpolitischen Überschüsse waren gemäß dem Umsetzungsbericht insgesamt ausgeprägter, was zur Aufrechterhaltung der makroökonomischen Stabilität und Verbesserung der langfristigen fiskalischen Nachhaltigkeit beitragen sollte.

Mikroökonomische Politik

11. Estland hat Forschung, Entwicklung und Innovation als besondere Schwerpunkte für die Aufrechterhaltung eines starken Wirtschaftswachstums und die Stärkung der

Wettbewerbsfähigkeit gemacht. Im Jahresfortschrittsbericht der Kommission des vergangenen Jahres wurde eine stärkere Konzentrierung auf die Erhöhung der privatwirtschaftlichen FuE-Investitionen und die Rolle der ausländischen Direktinvestitionen in diesem Zusammenhang vorgeschlagen. Außerdem wurden im NRP Maßnahmen vorgesehen, um das unternehmerische Umfeld und die Funktionsweise der Märkte und Infrastrukturen zu verbessern.

12. Estland macht gute Fortschritte bei der Inangriffnahme von FuE und Innovation als Schlüsselschwerpunkte. Die Regierung hat im Jahr 2006 die öffentlichen Ausgaben dafür um 50 % erhöht. Auch die privatwirtschaftlichen FuE-Aufwendungen nehmen zu. Außerdem hat Estland die bereits verwirklichten Zielvorgaben z.B. hinsichtlich der Anzahl der innovativen Unternehmen und des FuE-Personals erhöht. Das Angebot an Arbeitskräften könnte sich sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor zu einem Engpass entwickeln. Es muss auch gewährleistet werden, dass die Ergebnisse von FuE in innovative Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Eine klare Festlegung von Schwerpunkten bei den Forschungssektoren und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Ministerien sind unabdingbar. Besondere Aufmerksamkeit wird der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und Unternehmen zu widmen sein, um die Anzahl an Wissenschaftlern und Ingenieuren zu erhöhen und attraktivere Bedingungen für FuE-intensive ausländische Direktinvestitionen zu schaffen. Die Regierung hat vor kurzem eine neue Strategie für FuE und Innovation angenommen, mit der Problempunkte angegangen werden sollen.
13. Der Umsetzungsbericht erwähnt Maßnahmen zur Verbesserung des unternehmerischen Umfeldes einschließlich der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen. Im Hinblick auf eine bessere Regulierung soll ein System der Abschätzung von Regulierungsfolgen und ein Aktionsplan zur Verringerung der Verwaltungslasten für die Unternehmen eingeführt werden, die genaue Ausgestaltung und Umsetzung dieser Maßnahmen bleibt jedoch unklar. Die staatlichen Gebühren auch für die Gründung neuer Unternehmen sollen grundsätzlich gesenkt werden. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Schaffung von zentralen Anlaufstellen zur Begleitung bei der Gründung neuer Unternehmen sind inzwischen vorhanden; so sind die Notare jetzt befugt, alle für eine Unternehmensgründung erforderlichen Verfahrensschritte einzuleiten. Ein neuer Zeitrahmen für die Gründung eines Unternehmens (7 anstatt 25 Tagen bis zum Jahr 2008) wurde angesetzt. Um den Zugang der Unternehmen zu den Finanzmitteln zu verbessern, hat die Regierung jüngst ein Gesetz verabschiedet, durch das ein estländischer Entwicklungsfonds zur Förderung innovativer Neugründungen eingerichtet wird, der Anfang 2007 operationell sein soll. Außerdem wird das von Enterprise Estonia verwaltete Programm für Unternehmensgründungen umorganisiert, um den Bedürfnissen der KMU besser zu entsprechen. Das neue Programm sollte ab 2007 einsatzbereit sein. Bei dem geplanten Netzwerk von Management-Experten wurden offenbar keine Fortschritte erzielt.
14. Eine proaktive Wettbewerbspolitik soll im Jahr 2007 beginnen. Es ist jedoch unklar, welche Fortschritte bei der Stärkung der estnischen Wettbewerbsbehörde und der Verbesserung ihrer Zusammenarbeit mit den sektoralen Aufsichtsbehörden gemacht wurden, um den Wettbewerb in den regulierten Sektoren wie z.B. den netzgebundenen Wirtschaftszweigen zu erhöhen. Die Möglichkeit der Durchsetzung der Wettbewerbsregeln durch die Strafverfolgungsbehörden steht noch aus.

15. In den Jahren 2007 und 2008 sind erhebliche Investitionen für die Entwicklung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur von Schiene und Straße und die Verwirklichung des landesweiten Breitbandzugangs geplant. Die Maßnahmen zur Verbesserung der e-Dienstleistungen im öffentlichen Sektor und zur Stärkung der IKT-Ausbildung auf Universitätsebene werden fortgesetzt. Das Estlink-Unterwasserkabel zwischen Estland und Finnland zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und Schaffung eines effizienteren Strommarktes sollte bis Ende 2006 fertig gestellt sein.
16. Fortschritte werden in einer Vielzahl von Umweltfragen insbesondere ökologische Steuerreform, Energie, Abfallwirtschaft, Wasser und Naturschutz erzielt. Die ökologische Steuerreform wurde durch die Erhöhung der Verschmutzungsabgaben eingeleitet. Die Durchführung des Energieeinsparungsprogrammes stärkt die Energieeffizienz und die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen.
17. Insgesamt wurden gute Fortschritte bei den Herausforderungen im Bereich FuE und Innovation erzielt, in allen übrigen wichtigen mikroökonomischen Bereichen werden angemessene Maßnahmen ergriffen, die sich jedoch in verschiedenen Stufen der Umsetzung befinden.

Beschäftigungspolitik

18. Im NRP wird die Beschäftigung hinsichtlich Erhöhung der Beschäftigungsquote, Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Qualifikationen durch lebenslanges Lernen als große Herausforderung ausgewiesen. Im APR des vergangenen Jahres hat die Kommission die Entwicklung weiterer aktiver arbeitsmarktpolitischer Instrumente und die Verbesserung der Qualifikationen als erforderlich bezeichnet, um das Arbeitskräfteangebot weiter zu erhöhen und die ehrgeizigen Beschäftigungsziele zu verwirklichen.
19. Zur Erhöhung der Beschäftigungsquote wurde eine große Anzahl von Maßnahmen ergriffen. Viele Kennziffern des Arbeitsmarktes einschließlich der langfristigen Arbeitslosenquote haben sich verbessert. Die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt hat die Festlegung ehrgeizigerer Beschäftigungsziele und -fristen ermöglicht. Die Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit und die Vermittlung von Nichterwerbspersonen in den Arbeitsmarkt bleiben wichtige Aufgaben, um das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen. Ein Arbeitskräftemangel herrscht in einigen Wirtschaftszweigen zum Teil aufgrund der Auswanderung. Estland hat jüngst seine Ziele für die Verbesserung der Unterstützung der Arbeitslosen durch aktive Arbeitsmarktmaßnahmen nach unten revidiert, wobei die Zahl der Arbeitslosen, die derzeit an solchen Maßnahmen teilnehmen, sehr gering ist. Deshalb ist eine effizientere und aktivere Arbeitsmarktunterstützung für eine Reihe benachteiligter Gruppen erforderlich. Mit einem neuen, wichtigen Gesetz über Arbeitsmarktdienste und Leistungen wird ein *Case Management*-System eingeführt, das gewährleisten soll, dass die empfangenen Leistungen enger an die Teilnahme der Arbeitslosen an Aktivierungsmaßnahmen geknüpft werden. Die Regierung entwickelt gegenwärtig ihr zukünftiges Vorgehen hinsichtlich einer zielgerichteten Arbeitskräfteeinwanderung.
20. Die Regierung hat ihr Vorhaben angekündigt, im Jahr 2007 ein aktualisiertes Arbeitsgesetz vorzulegen, um die Flexibilität im Arbeitsmarkt zu verbessern. Da lediglich 16,5 % der Beschäftigten in Estland im Jahr 2005 frei oder unabhängig

beschäftigt waren (EU-25=39,6 %), sollte die Förderung flexibler Arbeitsformen weiter verfolgt werden, um das Arbeitsangebot zu verbessern. Grundsätze für die Regulierung der Teilzeitarbeit sollen bis Ende 2006 vorgelegt werden. Ein verstärkter Dialog der Sozialpartner könnte zu Fortschritten in diesem Bereich beitragen.

21. Estland wendet einen hohen Anteil seines BIP für Erziehung und Bildung auf. Der allgemeine Bildungsstand ist hoch, die Erziehungs- und Ausbildungssysteme könnten aber noch besser auf die Marktnachfrage abgestimmt werden. In verschiedenen Wirtschaftszweigen mangelt es an qualifizierten Arbeitnehmern. Die Mehrzahl der Maßnahmen war der beruflichen Ausbildung und Erziehung gewidmet. Für die allgemeine Schulbildung stehen eine Reform des Lehrplanes und eine neues Finanzierungsmodell in Aussicht. Die „Jugendarbeitsstrategie“ für die Jahre 2006-2013 ist angesichts der Tatsache von Bedeutung, dass die Erfüllung der Bildungsvorgaben durch die Schüler in jüngster Zeit zurückgegangen ist. Eine Strategie für lebenslanges Lernen wurde im Jahr 2005 angenommen, diese erfasst jedoch nicht alle Systeme und Ebenen von Bildung und Ausbildung. Ein Problem ist der geringe Anteil der Erwachsenen am lebenslangen Lernen, der in jüngster Zeit auf etwas mehr als die Hälfte des EU-Durchschnitts zurückgegangen ist. Ein neues Finanzierungssystem für das lebenslange Lernen wird gegenwärtig entwickelt.
22. Das starke Wirtschaftswachstum hat Fortschritte bei der Erhöhung der Beschäftigungsquote ermöglicht, in mehreren Bereichen sind jedoch weitere Stärkungsmaßnahmen erforderlich. Um das Arbeitsangebot und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, wäre es erforderlich, den Qualifizierungsstand der Arbeitnehmer durch verstärkte Reformanstrengungen bei Bildung und Ausbildung, lebenslanges Lernen und aktive Arbeitsmarktmaßnahmen zu erhöhen. Hierzu wären Fortschritte bei der Erneuerung der Arbeitsgesetze erforderlich, um einen flexibleren Arbeitsmarkt zu schaffen.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
24. Estland macht sehr gute Fortschritte bei der Durchführung von Maßnahmen, die eine Antwort auf die großen Herausforderungen des Landes in den Bereichen FuE und Innovation, Beschäftigung sowie auf die vier vorrangigen auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates formulierten Aktionen sind. Das Land erzielt auch eindrucksvolle Fortschritte bei der Abstimmung zwischen dem nationalen Reformprogramm und der Kohäsionspolitik; der Durchführungsbericht kann in dieser Hinsicht als Modell gelten.
25. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms und seiner Umsetzung zählen: die Erhöhung mehrerer politischer Zielvorgaben, die auf ein angemessenes, ehrgeiziges Vorgehen hindeutet; die Eröffnung des neuen strategischen Büros zur Verbesserung der Durchführung, die ein gutes Beispiel für Andere ist; die im nationalen Reformprogramm vorgesehenen erfolgreichen makroökonomischen Maßnahmen zur fiskalischen Nachhaltigkeit und Schaffung günstiger Bedingungen für das

Beschäftigungswachstum; die erheblichen Anstrengungen, um die öffentlichen und privaten FuE-Aufwendungen zu erhöhen und die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung durch die Unternehmen zu verbessern; die Maßnahmen zur Erleichterung von Unternehmensgründungen und der Finanzierung von innovativen KMU und schließlich die erzielten Fortschritte bei der ökologischen Steuerreform in einer Reihe von Umweltfragen.

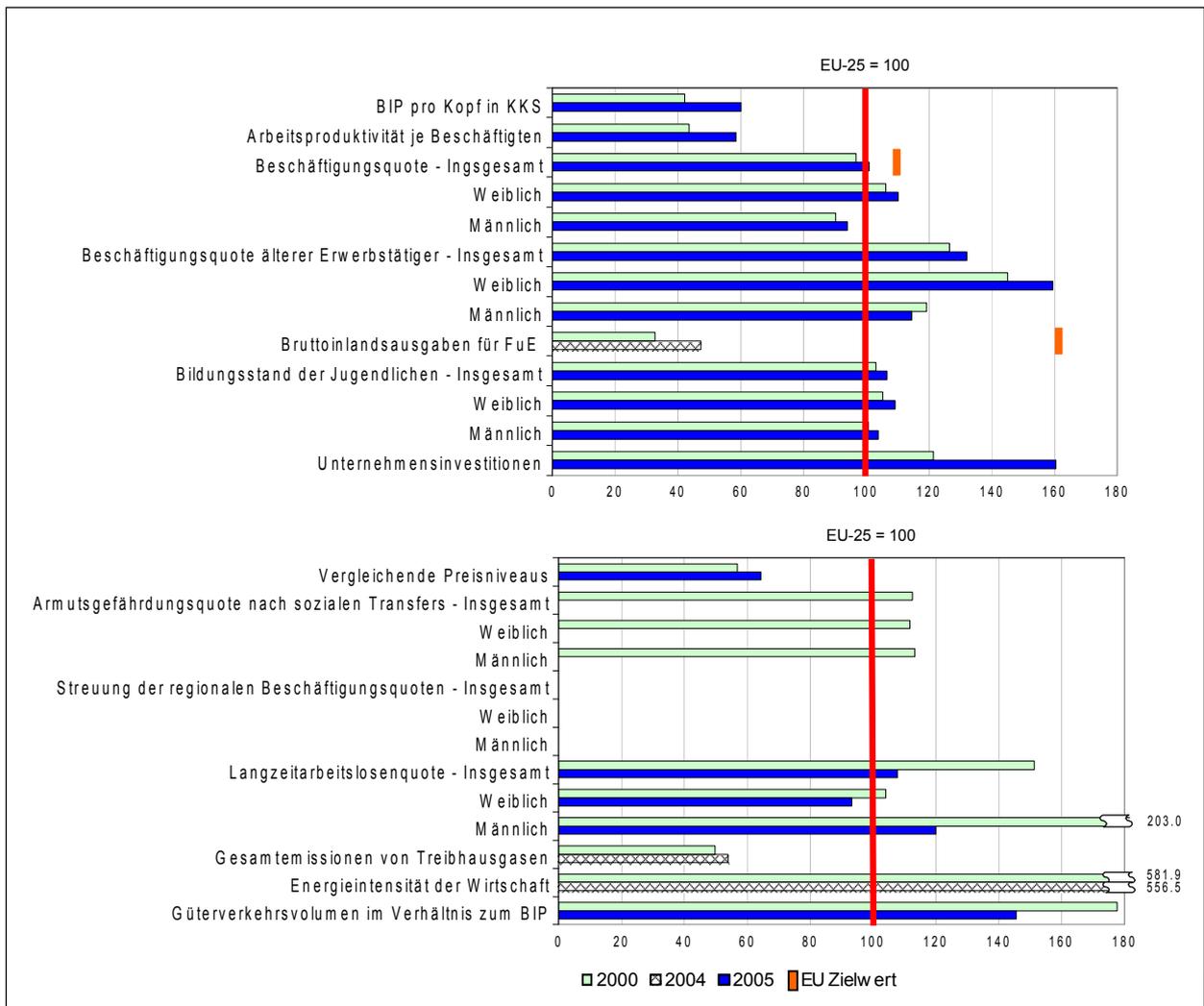
26. Estland muss sich während der Laufzeit seines nationalen Reformprogramms unbedingt darauf konzentrieren, klarere Prioritäten zu setzen und die interministerielle Zusammenarbeit im Interesse eines wirkungsvollen Einsatzes der FuE- und Innovationsausgaben zu verbessern; seine Bemühungen um Umsetzung der FuE-Ergebnisse in innovative Produkte und Dienstleistungen zu intensivieren; eine engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen zu fördern; die geplanten offensive Wettbewerbspolitik entschlossen umzusetzen; die Flexibilität im Arbeitsmarkt durch weitere Fortschritte bei der Erneuerung des Arbeitsrechts und Stärkung der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen zu verbessern und den Qualifikationsstand seiner Arbeitnehmer durch verstärkte Reformen im Bildungswesen und beim lebenslangen Lernen zu erhöhen.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

ESTLAND

	EE							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	42.1	43.7	46.8	50.3	53.0	60.1		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	43.5	45.0	47.4	50.0	52.8	58.6		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	60.4	61.0	62.0	62.9	63.0	64.4	70.0	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	56.9	57.4	57.9	59.0	60.0	62.1		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	64.3	65.0	66.5	67.2	66.4	67.0		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	46.3	48.5	51.6	52.3	52.4	56.1		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	39.0	42.1	46.5	47.3	49.4	53.7		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	55.9	56.7	58.4	58.9	56.4	59.3		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.61	0.71	0.72	0.79	0.88	0.94p	1.9	1.86e	1.86e		3.0	
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	79.0	79.8	81.4	81.5	80.3	82.6		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	83.7	85.2	85.8	85.1	87.5	87.6		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	74.2	74.7	77.1	77.9	73.2	77.6		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	56.8	59.7	62.1	63.2	62.9p	64.2p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	22.2	22.5	24.9	25.1	28.4	27.9		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	18.0	18.0	18.0	18.0				16.0e	16.0e		
	Weiblich	19.0	19.0	19.0	20.0				17.0e	17.0e		
	Männlich	17.0	17.0	17.0	17.0				15.0e	15.0e		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	-	-	-	-	-	-	-	20.5	17.3	16.9	
	Männlich	-	-	-	-	-	-	-	9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	5.9	6.0	5.4	4.6	5.0	4.2		3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	5.0	5.4	4.4	4.4	4.4	4.2		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	6.7	6.6	6.3	4.8	5.6	4.2		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	45.2	45.2	45.4	49.7	50.0			90.7	92.7			
Energieintensität der Wirtschaft	1214.8	1273.0	1153.2	1179.1	1140.2			208.8	204.9			
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	177.9	159.0	164.7	150.8	159.5	152.5		100.1e	104.6e	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Griechenland

Bewertung der nationalen Reformprogramme

1. Griechenland verzeichnet seit 1999 ein kräftiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4,4 %, mit einem Wachstum der Arbeitskräfteproduktivität, das deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Das Pro-Kopf-BIP wird auf 83 % des EU-Durchschnitts für 2006 geschätzt. Die für 2006 vorhergesehene Beschäftigungsquote (60,7 %) bleibt weit unter dem EU-Ziel, insbesondere bei Frauen und älteren Arbeitskräften, und die Arbeitslosigkeit ist mit 9,3 % weiterhin hoch. Nach vielen Jahren eines hohen Staatsdefizits wird damit gerechnet, dass Griechenland das Defizit 2006 erheblich reduziert (2,6 % des BIP), während die Staatsverschuldung weiterhin eine der höchsten in der EU bleibt (mit 104,8 % des BIP).
2. Griechenland hat kürzlich ein starkes Wachstum des BIP und der Beschäftigung, zurückgehende Arbeitslosigkeit und eine gewisse Erholung der Wettbewerbsfähigkeit erlebt. Das Staatsdefizit liegt schon seit einigen Jahren über 3 % des BIP, und gleichzeitig besteht eine hohe Verschuldung. Der Wirtschaftspolitik stellt sich die Aufgabe, einen Circulus virtuosus zu schaffen – mit makroökonomischer Stabilität, mikroökonomischen Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Stärkung der Effizienz und Innovationsfähigkeit des griechischen Produktionssystems sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsmarktbeteiligung und der Beschäftigung und auch zur Sicherstellung der sozialen Kohäsion. Eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, um ihre langfristige Tragfähigkeit zu erreichen, würde dazu beitragen, die wirtschaftliche Unsicherheit zu verringern, sie würde günstigere Bedingungen für private Investitionen schaffen und Spielraum bieten für verstärkte Ausgaben für Humankapital und Infrastrukturen.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das Nationale Reformprogramm (NRP) Griechenlands 2005-2008 hat Schlüsselherausforderungen in den Bereichen öffentliche Finanzen, Beschäftigung, Bildung und lebenslanges Lernen sowie bei einer großen Bandbreite mikroökonomischer und umweltrelevanter Politikbereiche identifiziert. Die Kommission teilte diese Auffassung weitgehend; im jährlichen Fortschrittsbericht 2006 forderte sie Griechenland auf, sich stärker mit den Themen Haushaltskonsolidierung, FuE und Innovation, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Reform der allgemeinen und beruflichen Bildung zu befassen. Die Kommission drückte auch ihre Besorgnis darüber aus, dass in dem NRP Ziele, Zeitpläne und finanzielle Folgen nicht angegeben sind.
4. Im Durchführungsbericht für 2006 werden die im letztjährigen NRP aufgeführten Problembereiche behandelt. Griechenland kommt im makroökonomischen Bereich verhältnismäßig gut voran, wohingegen bei der Umsetzung der mikroökonomischen und beschäftigungspolitischen Reformen nur begrenzte Fortschritte erzielt worden sind.

5. Bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wurden beachtliche Fortschritte erreicht. Es gibt viel versprechende Anzeichen für Fortschritte bei der Verbesserung des Unternehmensumfelds, bei FuE und Innovation, bei Verbesserungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung sowie bei der allgemeinen und beruflichen Bildung, wobei allerdings Aktionen hier verstärkt und mit Nachdruck umgesetzt werden müssen. Auf folgenden Gebieten sind begrenzte Fortschritte verzeichnet worden: Reform des Rentensystems, Umweltmanagement und Infrastruktur, öffentliches Beschaffungswesen, Bekämpfung der nicht gemeldeten Erwerbstätigkeit, Umfang und Effizienz der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Steigerung der Beteiligung von Erwachsenen am lebenslangen Lernen.
6. Griechenland ist den auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates auferlegten Verpflichtungen zum Teil nachgekommen. Fortschritte wurden erreicht bei der Verstärkung von Anreizen für Unternehmer, der Verbesserung des Regelungsumfelds für Unternehmen, der Stärkung des Wettbewerbs und der Verbesserung der Funktionsweise netzgebundener Wirtschaftszweige und von Unternehmen des öffentlichen Sektors. Allerdings ist für eine Unternehmensgründung weiterhin viel Zeit und ein großer finanzieller Aufwand erforderlich, während keine Angaben darüber vorliegen, wie viele Verfahren für die Einstellung des ersten Beschäftigten erforderlich sind. Außerdem muss der Aspekt Jugendbeschäftigung stärker betont werden.
7. Die Kommunikation über die Strategie für Wachstum und Beschäftigung mit einem breiteren Spektrum von interessierten Kreisen und Bürgern hat sich verbessert. Die Koordinierung verbleibt aber auf der politischen Ebene. Es hat sich eine konstruktive Zusammenarbeit von Staat und Sozialpartnern herausgebildet, und die von dem griechischen Wirtschafts- und Sozialausschuss eingerichtete Lissabon-Beobachtungsstelle bewertet die Umsetzung. Es ist noch weitere Arbeit zu leisten, um die Kooperation von zentraler, regionaler und lokaler Ebene zu intensivieren. In dem Durchführungsbericht wird zum Teil die von der Kommission geäußerte Besorgnis darüber aufgenommen, dass Ziele, Zeitpläne und finanzielle Folgen nicht angegeben worden sind. Der Nationale Strategische Rahmenplan für Investitionen der Strukturfonds enthält eine 60 %-Zuweisung für Wachstum und Beschäftigung. Allerdings müssen die beiden Prozesse sinnvoller integriert werden und man muss die Inanspruchnahme der Mittel der Struktur- und Kohäsionsfonds verbessern. Die Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik wird 1,3 % des BIP im Zeitraum 2007-2013 ausmachen.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

8. Es wird damit gerechnet, dass das staatliche Defizit 2006 und 2007 auf unter 3 % des BIP zurückgeht, wobei die Haushaltskonsolidierung sich eher auf dauerhafte und weniger auf einmalige Maßnahmen stützt. Auf der Ausgabenseite wurden die staatlichen Nominalausgaben 2006 um 1,7 % reduziert. Eine weitere Verringerung, die durch Effizienzsteigerungen erreicht werden soll, ist für 2007 eingeplant. Allerdings haben sich wegen mangelnder Kontrolle laufender Ausgaben, wie der Ausgaben für den Verbrauch der öffentlichen Hand sowie für Renten und Gesundheitsversorgung, die laufenden Primärausgaben fast gar nicht verändert, was

nach wie vor eine der Hauptursachen für die haushaltspolitische Fehlentwicklung darstellt. Hinter der beträchtlichen Abweichung von den finanzpolitischen Zielen, die für 2006 mit 8,5 % des BIP angesetzt wird, steht das Defizit des öffentlichen Sektors. Auf der Einnahmenseite sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht und zur Ausweitung der Besteuerungsgrundlage angekündigt, außerdem eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Mittelzuweisung sowie zur Steigerung von Leistungsfähigkeit und Effizienz öffentlicher Unternehmen.

9. Der Durchführungsbericht geht davon aus, dass die erwartete Zunahme des Beschäftigungsniveaus – mit ehrgeizigen Zielen – einen wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, dass tragfähige öffentliche Finanzen erreicht werden. Weiter stellt er eine Reihe von Reformen im Gesundheitssektor vor, wobei allerdings über die quantitativen und finanziellen Auswirkungen der entsprechenden Maßnahmen auf die Staatsausgaben keine Angaben gemacht werden. Der Durchführungsbericht präsentiert keine Strategie zur Reform des Rentensystems. Immerhin wurden im Frühjahr 2006 eine öffentliche Anhörung eingeleitet und ein beratender Ausschuss eingerichtet, der das System der sozialen Sicherheit und die Probleme des Rentensystems untersuchen soll. Die Regierung hat angekündigt, dass die Reform des Rentensystems nach den nächsten Wahlen eingeleitet werden soll.
10. Die Regierung hat große Anstrengungen unternommen, um kurzfristig wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, jetzt steht sie aber vor der Aufgabe, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen langfristig zu gewährleisten. Die erheblichen Auswirkungen der Alterung auf den Haushalt erfordern besondere Aufmerksamkeit und müssen als vorrangiges Problem angesehen werden.

Mikroökonomische Politik

11. Im NRP werden die folgenden Themenbereiche als Schlüsselherausforderungen angesehen: Strukturreformen in Produktmärkten zur Stärkung von Unternehmensumfeld, Wettbewerb und Exportförderung, Entwicklung der Wissensgesellschaft, Verbesserung der Kapitalmärkte, Umwelt und nachhaltige Entwicklung sowie Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Im jährlichen Fortschrittsbericht 2006 hat die Kommission dieses umfassende Spektrum mikroökonomischer Maßnahmen gebilligt.
12. In den letzten beiden Jahren hat Griechenland eine Reihe von Maßnahmen zur Verstärkung von Anreizen für Unternehmer durchgeführt, zum Beispiel Reduzierungen bei der Körperschaftsteuer. Griechenland hat Schritte zur Verbesserung des Regelungsumfelds für Unternehmen unternommen, wie zum Beispiel Reformen der Ladenöffnungszeiten, eine Vereinfachung der Lizenzerteilungsverfahren und die Festlegung eines Rechtsrahmens für zentrale Anlaufstellen für Unternehmensgründungen. Es wurden auch Maßnahmen durchgeführt, um den Wettbewerb zu stärken und die Funktionsweise von netzgebundenen Industriezweigen (Energie und Telekommunikation) sowie von Unternehmen des öffentlichen Sektors zu verbessern. Allerdings ist für eine Unternehmensgründung weiterhin viel Zeit und ein großer finanzieller Aufwand erforderlich, während keine Angaben darüber vorliegen, wie viele Verfahren für die Einstellung des ersten Beschäftigten nötig sind. Das NRP enthielt eine ganze Palette von Aktionen mit Schwerpunkt auf KMU, Verarbeitungsindustrie, Tourismus, Landnutzung, Umwelt und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Im

Durchführungsbericht werden die Pläne zur Einführung sinnvollerer Regulierungsverfahren im Zuge der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung beschrieben. Ende 2005 wurde eine umfassende digitale Strategie lanciert, mit der die IKT-Nutzung verbreitet werden soll, da Griechenland in diesem Bereich nicht auf dem letzten Stand ist.

13. Die Fortschritte bei der Produktmarktreform sind am deutlichsten im Energiesektor zu erkennen, wo man den europäischen Rechtsrahmen in nationales Recht umgesetzt hat, um die Märkte für Stromversorgung, Erdgas und Biokraftstoffe zu öffnen und zu organisieren. Hier kommt es darauf an, die Unabhängigkeit der Regulierungsstelle zu gewährleisten, da der etablierte Versorger über eine starke Stellung auf dem Markt verfügt. Projekte zur Energieinfrastruktur werden vorangetrieben, insbesondere bei den grenzüberschreitenden Verbindungen. Die Umsetzung des Regelungsrahmens für elektronische Kommunikation ist abgeschlossen, es sind jedoch Vorschriften des abgeleiteten Rechts erforderlich.
14. Bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften ist einiges erreicht worden. Allerdings weist Griechenland auf diesem Gebiet nach wie vor eine der schlechtesten Bilanzen in der EU auf. Trotz Änderungen bei den Rechtsvorschriften ist das Beschaffungswesen weiterhin problematisch; bei der Kommission sind zahlreiche Beschwerden eingereicht worden. Zwar sind die Befugnisse der Wettbewerbsbehörde dadurch verstärkt worden, dass man ein Programm für Erlass und Ermäßigung von Geldbußen (Kronzeugenbehandlung) für Firmen eingeführt hat, die Kartelle aufdecken, es sind aber noch weitere Maßnahmen erforderlich, um den Wettbewerb in dem stark reglementierten Sektor für freiberufliche Dienstleistungen zu verstärken.
15. Ein Konsultationspapier zum Thema Entwicklung von Forschung, Technologie und Innovation im Programmplanungszeitraum 2007-2013 wurde 2006 veröffentlicht. Es enthält Vorschläge zur Einrichtung von Innovationszentren, Clustern und Gründungszentren sowie Maßnahmen, um KMU zu größerer Innovationsfähigkeit zu verhelfen. Das ehrgeizige Ziel einer Steigerung der FuE-Ausgaben auf 1,5 % des BIP bis 2010 (von 0,6 % im Jahre 2004) wird bekräftigt. Die Vorschläge für einen neuen Rechtsrahmen, durch den die FuE-Governance verbessert und ein stärker systemischer Ansatz bei FuE und Innovationen ermöglicht würde, zeigen eine positive Entwicklung auf. Ob diese Maßnahmen sich als wirksam erweisen, steht noch nicht fest, angesichts der Tatsache, dass man sich noch in einem frühen Stadium befindet, und eingedenk der begrenzten Fähigkeit der Wirtschaft, weitere FuE-Finanzierung in marktgesteuerte Innovationen umzusetzen.
16. Bei der Festlegung des Regelungsrahmens für den Umweltschutz und die nachhaltige Ressourcennutzung sind einige Fortschritte zu verzeichnen. Allerdings hat Griechenland immer noch mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Umweltinfrastruktur zu kämpfen, insbesondere bei der Schließung illegaler Deponien und/oder der Beseitigung von Bodenaltlasten sowie der Funktionsweise von Abwasseraufbereitungsanlagen. Es werden erhebliche Investitionen vonnöten sein, um die Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung umzusetzen. Was die Nutzung erneuerbarer Energiequellen angeht, so haben administrative und technische Probleme sowie Hindernisse, wie zum Beispiel komplizierte Genehmigungsverfahren, zu einer verlangsamten

Übernahme dieser Technologie geführt, obwohl einige positive Initiativen ergriffen worden sind.

17. In den meisten mikroökonomischen Bereichen ist die Umsetzung weiter gediehen, aber die Mehrzahl der Maßnahmen befindet sich in einer frühen Phase oder es sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, damit eine Wirkung erzielt wird. Die Entwicklung angemessener wirtschaftlicher und ökologischer Infrastrukturen und kostengünstiger öffentlicher Versorgungsanlagen ist weiterhin von größter Wichtigkeit für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Sollen Fortschritte bei der Festsetzung und Vervollständigung des ökologischen Regelungsrahmens erreicht werden, so sind angemessene Infrastrukturen und eine nachdrückliche Durchsetzung erforderlich. Investitionen in die Forschung müssen gesteigert werden und es gilt, rasch eine umfassende Forschungs- und Innovationsstrategie festzulegen. Von wesentlicher Bedeutung für die erfolgreiche Umsetzung von Reformen ist eine Verstärkung der Regelungs- und Durchsetzungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung – insbesondere benötigt man eine Reform des Beschaffungswesen, der Raumplanung, der Steuerdienste, des Umweltmanagements sowie des Managements der Strukturfonds und staatlicher Beihilfen.

Beschäftigungspolitik

18. Das NRP hat die Notwendigkeit hervorgehoben, die niedrigen Beschäftigungsquoten zu steigern, insbesondere bei Frauen, die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Bildung und lebenslanges Lernen als zentrale Prioritäten im Bereich Beschäftigung zu beachten. Das Programm hat dabei betont, dass die Funktionsweise des Arbeitsmarktes sowie die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen verbessert werden müssen und dass man das Problem der nicht gemeldeten Erwerbstätigkeit angehen muss. Die Kommission schloss sich dieser Auffassung an, gab aber zu bedenken, dass es darauf ankommt, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu verstärken, die allgemeine und berufliche Bildung zu reformieren sowie den regionalen und sozialen Zusammenhalt auszubauen.
19. Die geschlechtsspezifische Lücke bei der Beschäftigung ist weiterhin groß, wobei die strukturelle Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch und auf Frauen konzentriert ist. Es sind einige Maßnahmen eingeführt worden, um Familien- und Berufsleben besser vereinbaren zu können. Besonders hoch ist immer noch die Arbeitslosigkeit junger Menschen. Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind eingeleitet worden; sie sollen bis Ende 2007 abgeschlossen sein. Die Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind niedrig und gehen noch zurück. Ein Bericht über eine wie auch immer geartete Prüfung der Wirkung des Steuer- und Leistungssystems und seiner Wechselwirkung mit den aktiven Maßnahmen ist nicht vorhanden. Eine eindeutige Strategie des aktiven Alterns, um ältere Arbeitskräfte in einer Beschäftigung zu halten, fehlt ebenfalls. Um Angebot und Nachfrage bei den Arbeitskräften besser in Übereinstimmung zu bringen, hat man die Entwicklung eines Netzes von Arbeitsvermittlungsdiensten vorgesehen, darunter auch von privaten Dienstleistern.
20. Man hat einige Maßnahmen eingeführt, um die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen zu verbessern, die Mobilität zu unterstützen und nicht gemeldete Erwerbstätigkeit zu bekämpfen. Allerdings sind die

Lohnnebenkosten immer noch hoch und man hat sich mit dieser Problematik nicht ausreichend auseinandergesetzt. Des weiteren müssen die Arbeitszeitregelungen weiter diversifiziert werden, und die Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Sektor ist zu fördern. Durch eine zweckmäßigere Gestaltung der Vorschriften für den Beschäftigungsschutz und erneute Bemühungen, Arbeitnehmern in Übergangssituationen auf dem Arbeitsmarkt eine glaubwürdige Unterstützung zukommen zu lassen, ließe sich die „Flexicurity“ verbessern und ein Beitrag zur Verringerung des informellen Sektors leisten, der beträchtliche Ausmaße erreicht hat.

21. Den im NRP eingegangenen wichtigen Verpflichtungen in Bezug auf mehr Investitionen in Humankapital durch Verbesserung der Qualität der Bildung und eine beträchtliche Steigerung der Teilnahme am lebenslangen Lernen (derzeit 1,8 % der Erwerbsbevölkerung) muss man jetzt dringend nachkommen. Besonders bedeutsam sind Anstrengungen zur Steigerung der staatlichen Ausgaben im Bildungsbereich, um das nationale Ziel von 5 % des BIP anzusteuern und um eine effiziente und wirksame Nutzung dieser zusätzlichen Finanzmittel zu gewährleisten, um die Rahmengesetze für lebenslanges Lernen durchzuführen, um Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Schulabbrecher und zur Bekämpfung des Analphabetismus bei Erwachsenen umzusetzen sowie Maßnahmen zur Qualifikationsentwicklung in der öffentlichen Verwaltung zu entwickeln. Besonderes Augenmerk sollte der Erleichterung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt und der besseren Anpassung von allgemeiner und beruflicher Bildung an Bedürfnisse des Arbeitsmarkts gelten. Es liegen keine Informationen darüber vor, wie ein besserer Zugang für Schulabgänger, gering qualifizierte Arbeitskräfte, ältere Arbeitnehmer und KMU-Beschäftigte zur Berufsbildung gewährleistet werden soll.
22. Der Durchführungsbericht befasst sich mit eine Reihe von Bereichen, in denen wichtige Maßnahmen eingeführt werden, um die in Griechenland gegebenen Beschäftigungsherausforderungen in Angriff zu nehmen. Dazu sind ein nachhaltiges Engagement sowie eine bessere Überwachung in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern erforderlich. Durch eine höhere Flexibilität im ersten Arbeitsmarkt wird die Umwandlung nicht gemeldeter Erwerbstätigkeit in eine reguläre Beschäftigung erleichtert, was, in Verbindung mit strengeren Kontrollen, die Beschäftigungssicherheit für Arbeitnehmer verbessern sollte, die derzeit im informellen Sektor tätig sind. Von gleicher entscheidender Bedeutung ist es, dass aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen als Teil der Modernisierung der Arbeitsvermittlungsdienste wirksam durchgeführt werden und dass die Reformen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung erfolgreich sind. Dem Problem der Beschäftigung Jugendlicher muss ständige Aufmerksamkeit gewidmet werden.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
24. Griechenland macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms nur begrenzt Fortschritte. Im makroökonomischen Bereich kommt Griechenland relativ zügig voran, während bei den mikroökonomischen und beschäftigungspolitischen Reformen die Fortschritte nach wie vor unzureichend sind. Den auf der

Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates auferlegten Verpflichtungen ist man zum Teil nachgekommen. Was die Governance anbelangt, sind bessere Koordinierung und stärkere Identifizierung auf den verschiedenen Verwaltungsebenen gefordert.

25. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms Griechenlands und seiner Umsetzung gehören die beachtlichen Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Viel versprechende Anzeichen für Fortschritte gibt es auch in folgenden Bereichen: Verbesserung der Zuteilung öffentlicher Ressourcen, Verbesserung des Unternehmensumfelds, FuE und Innovation, IKT sowie allgemeine und berufliche Bildung.
26. In folgenden Bereichen des griechischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: die Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch Reformierung des Rentensystems, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, durchgreifendere Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsquoten, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und nicht gemeldeter Erwerbstätigkeit, Modernisierung des Beschäftigungsschutzes und Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte sowie die Erhöhung der Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung und deren Eignung für den Arbeitsmarkt. Angesichts dieser Voraussetzungen wird empfohlen, dass Griechenland:
- sicherstellt, dass Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau fortgeführt werden, und einen Zeitplan für die Rentenreform im Hinblick auf eine Verbesserung der langfristigen fiskalischen Tragfähigkeit festsetzt;
 - die öffentliche Verwaltung durch den Aufbau wirksamer Regelungs-, Kontroll- und Durchsetzungskapazitäten modernisiert, darunter auch durch Verbesserung der Qualifikationen, um eine wirksame Nutzung der Strukturfonds zu gewährleisten;
 - den Beschäftigungsschutz einschließlich der dazugehörigen Rechtsvorschriften modernisiert, die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit verringert und aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen intensiviert, um Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu fördern und nicht gemeldete Erwerbstätigkeit in eine offizielle Beschäftigung umzuwandeln;
 - Investitionen in die Pflichtschul- und weiterführende Bildung erhöht, die Reform des lebenslangen Lernens umsetzt und Qualität und Anpassung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu verbessern, die Zahl der Schulabbrecher zu verringern und die Beteiligung von Erwachsenen zu steigern.
27. Außerdem muss sich Griechenland während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms unbedingt auf folgende Aufgaben konzentrieren: verstärkte Bemühungen um Festlegung einer Forschungs- und Innovationsstrategie und Steigerung der FuE-Investitionen; verbesserte Umsetzung von Binnenmarkttrichtlinien; Sicherstellen einer wirksamen Nutzung der Strukturfonds als Grundlage für die griechischen Reformmaßnahmen, u.a. im Bereich Umweltschutz; intensiveres Bemühen um Fortschritte bei der Erreichung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates von 2006 gesetzten Ziele für die KMU-

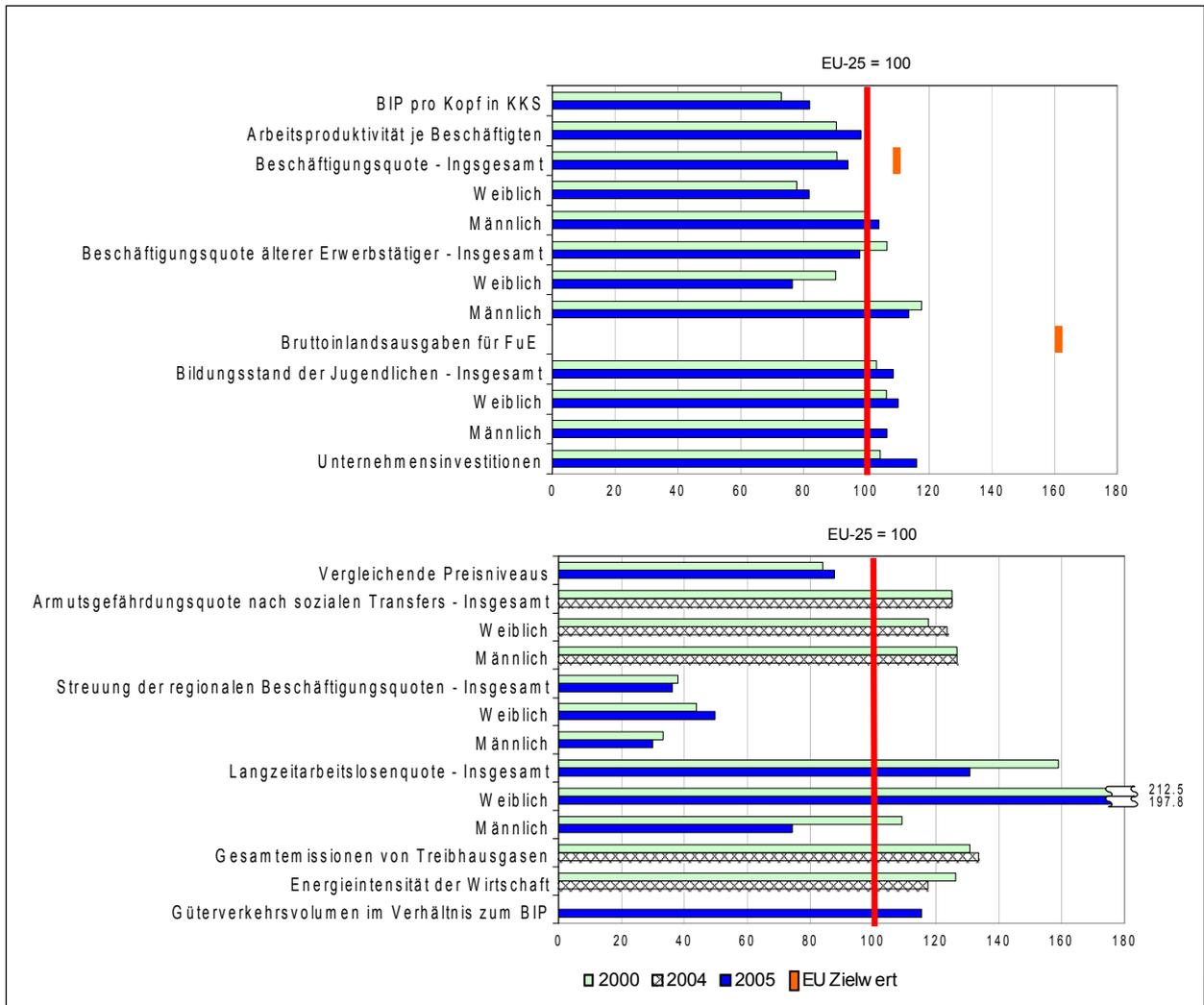
Politik; Durchführung von Maßnahmen, um die Beschäftigungsquote von Frauen zu erhöhen; Festlegung einer kohärenten Strategie für aktives Altern.

TEIL IV - SCHAUILLDER UND STATISTISCHE DATEN

GRIECHENLAND

	GR							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	72.9	73.2	77.2	80.9	81.8	82.0		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	90.4e	91.8e	96.9e	100.4e	98.6e	98.4e		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote							64.1				70.0
Insgesamt	56.5	56.3	57.5	58.7	59.4	60.1		62.4	63.3	63.8	
Weiblich	41.7	41.5	42.9	44.3	45.2	46.1		53.6	55.7	56.3	
Männlich	71.5	71.4	72.2	73.4	73.7	74.2		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	39.0	38.2	39.2	41.3	39.4	41.6		36.6	41.0	42.5	
Weiblich	24.3	22.9	24.0	25.5	24.0	25.8		26.9	31.7	33.7	
Männlich	55.2	55.3	55.9	58.7	56.4	58.8		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	:	0.64	:	0.63	:	:	1.5	1.86e	1.86e	:	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	79.2	80.2	81.1	81.7	83.0	84.1		76.6	77.1	77.5	
Weiblich	84.6	84.8	86.0	86.8	86.8	88.5		79.5	80.1	80.3	
Männlich	73.6	75.3	76.1	76.6	79.2	79.7		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	84.0	84.5	82.2	84.5	85.1p	87.8p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	19.1	19.6	19.9	21.2	21.0	20.2		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	20.0	20.0	:	21.0b	20.0	:		16.0e	16.0e	:	
Weiblich	20.0	22.0	:	22.0b	21.0	:		17.0e	17.0e	:	
Männlich	19.0	19.0	:	20.0b	19.0	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	5.1	4.3	3.8	3.2	4.1	4.3		13.4	12.2	11.9	
Weiblich	9.0	8.6	8.2	6.5	8.3	8.4		20.5	17.3	16.9	
Männlich	3.3	2.6	2.0	2.1	2.5	2.9		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	6.2	5.5	5.3	5.3	5.6	5.1		3.9	4.1	3.9	
Weiblich	10.2	9.1	8.6	8.9	9.4	8.9		4.8	4.7	4.5	
Männlich	3.6	3.3	3.1	3.0	3.0	2.6		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	118.6	120.0	119.8	123.6	123.9	:		90.7	92.7	:	
Energieintensität der Wirtschaft	263.6	260.6	258.0	247.8	240.4	:		208.8	204.9	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	:	:	:	108.0	:	120.8		100.1e	104.6be	104.7e	

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-25



Spanien

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. In den letzten zehn Jahren hat Spanien im Jahresdurchschnitt eine reale BIP-Wachstumsrate von mehr als 3,7 % verzeichnet und beim Pro-Kopf-BIP stetig aufgeholt, so dass dieses 2006 bei 99 % des EU-Durchschnitt liegen könnte. Die Inflation dürfte nach wie vor rund einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt des Euro-Gebiets liegen. Infolge eines großen Beschäftigungszuwachses ist die Beschäftigungsquote stark angestiegen und dürfte am Ende des laufenden Jahres 66 % erreichen, was zwar unter dem im Rahmen der Strategie für Wachstum und Beschäftigung für die gesamte EU festgelegten Ziel von 70 % liegt, sich diesem jedoch annähert. Die Arbeitslosigkeit hat erheblich abgenommen und nähert sich mit Wert von unter 8,5 % dem EU-Durchschnitt an.
2. Nachdem das EU-Niveau beim Pro-Kopf-BIP nahezu erreicht wird, steht Spanien vor der Aufgabe, gleichzeitig für ein starkes und ausgewogenes Wachstum mit einer Verringerung externer Unausgewogenheiten zu sorgen sowie Arbeitsplätze zu schaffen und die Produktivität zu steigern. Darüber hinaus geht der große Beschäftigungszuwachs einher mit einer anhaltend starken Segmentierung des Arbeitsmarktes. Strukturelle Determinanten wie der unzureichende Wettbewerb in bestimmten Sektoren, insbesondere im Versorgungs- und einigen Dienstleistungssektoren, erklären zum Teil das anhaltende Inflationsgefälle. Damit die Produktivität ausreichend wächst, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, muss das materielle, Human- und Wissenskapital quantitativ und qualitativ zunehmen.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im nationalen Reformprogramm (NRP 2005-2008) werden folgende zentrale Herausforderungen genannt: Haushaltsstabilität, FuE-Strategie, ein besseres Unternehmensumfeld, Förderung des Wettbewerbs, Modernisierung der Infrastruktur, ein besser funktionierender Arbeitsmarkt sowie Verbesserungen bei der Ausbildung und Qualifizierung des Humankapitals. Die Kommission teilte diese Analyse, war aber im Fortschrittsbericht 2006 der Auffassung, dass weitere Aufmerksamkeit notwendig ist, um den Wettbewerb im Einzelhandel und im Elektrizitätssektor zu verbessern, der Segmentierung des Arbeitsmarktes zu begegnen (wo eine Vielzahl der Arbeitnehmer befristete Arbeitsverträge haben und nur für wenige die Möglichkeit besteht, unbegrenzte Arbeitsverträge zu erhalten) sowie die Erwerbstätigkeit der Frauen zu steigern.
4. Insgesamt sind die Fortschritte bei der Umsetzung des NRP gut. In allen wichtigen Politikbereichen wurden Maßnahmen beschlossen. Eine Verbesserung der makroökonomischen und der Haushaltsstabilität wird fortgeführt. Das Ziel einer vollständigen Konvergenz des Pro-Kopf-BIP mit den EU-25 ist nahezu erfüllt. Die vorgeschlagene Rentenreform wird den erheblichen projizierten Anstieg der altersbezogenen Ausgaben nicht vollständig ausgleichen. Viele positive mikroökonomische Maßnahmen werden ergriffen, um die niedrige Produktivität zu

verbessern. Ein Schwerpunkt könnte insbesondere die Umsetzung von politischen Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Innovation und zur Verbesserung des Unternehmensumfelds sein. Es gibt einige Fortschritte bei der Schaffung von Wettbewerb im Einzelhandel und dem Energiesektor, weitere Maßnahmen sind jedoch notwendig, damit der Inflationsdruck abnimmt. Ein neues Abkommen mit den Sozialpartnern soll dazu beitragen, eine Reihe von Arbeitsmarktproblemen zu bewältigen, aber insgesamt gibt es nur teilweise Fortschritte im Bereich Beschäftigung, wo besondere Aufmerksamkeit der Umsetzung eines neuen Schulgesetzes gewidmet werden sollte, das darauf abzielt, einen frühzeitigen Schulabbruch zu verhindern und das allgemeine Bildungsniveau zu erhöhen. Verstärkte Maßnahmen sind notwendig, um die Segmentierung des Arbeitsmarktes zu verringern. Die Fortschritte bei der Verbesserung des Angebots an Kinderfürsorge entsprechen zwar dem NRP-Ziel, reichen jedoch nicht aus.

5. Spanien reagiert angemessen auf die bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen. So wurde ein ehrgeiziges aber realistisches Ziel für FuE-Ausgaben festgelegt. Zentrale Anlaufstellen für Unternehmensgründungen werden im ganzen Land eingerichtet. Spanien will sicherstellen, dass alle Arbeitslosen innerhalb von sechs Monaten einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildung erhalten.
6. Die Governance der Strategie für Wachstum und Beschäftigung wurde verbessert. Allerdings ist lediglich im Bereich FuE eine regere Beteiligung der Regionalregierungen festzustellen. Die regionalen FuE-Ziele müssen dem im NRP festgelegten allgemeinen FuE-Investitionsziel angepasst werden. Die Beteiligung von Interessengruppen ist nach wie vor beschränkt, mit Ausnahme des Bereichs Beschäftigung, wo das Abkommen für mehr Wachstum und Beschäftigung die gute Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern unterstreicht und eine gute Grundlage für weitere Fortschritte bildet. Die Instrumente zur Überwachung der Umsetzung sind angemessen und beinhalten eine große Reihe von Indikatoren. Zusätzliche Anstrengungen sind notwendig, um ein Beurteilungssystem zur Folgenabschätzung von Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung zu entwickeln. Angaben zu Zeitplänen und Haushaltsauswirkungen sind nach wie vor begrenzt, wodurch es schwierig ist, die Praktikabilität der Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Haushaltsstabilität zu beurteilen. Eine klare Verbindung zwischen den NRP-Zielen und den Prioritäten für die Investition von Strukturfondsmitteln des strategischen Referenzrahmens wurde hergestellt und an die strategischen Leitlinien der Kohäsionspolitik für 2007 bis 2013 angepasst. Dies zeigt sich ebenfalls in der Zweckbindung dieser Mittel für Prioritäten im Rahmen der Strategie für Wachstum und Beschäftigung, die die vom Rat in diesem Zusammenhang eingegangene Verpflichtung erfüllt.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Das NRP hat als Hauptaufgabe die Stärkung der makroökonomischen und der Haushaltsstabilität festgelegt, um eine Konvergenz des realen BIP (im Hinblick auf das Erreichen des EU-25-Durchschnitts bis zum Jahre 2010) zu unterstützen. Anhaltende Anstrengungen im Hinblick auf das Erreichen einer größeren

Haushaltsstabilität wurden auch im Fortschrittsbericht 2006 empfohlen. Eine nachhaltige reale Konvergenz soll durch ein verstärktes Produktivitätswachstum gefördert werden. Ein wichtiges Ziel im Bereich der öffentlichen Finanzen ist die Reduzierung des gesamtstaatlichen Defizits auf 34 % des BIP bis 2010 (38 % des BIP im Jahre 2008).

8. Die stabilisierende Rolle der Finanzpolitik wurde auf nationaler und regionaler Ebene verstärkt. Insbesondere wurde eine Reform des Haushaltsstabilitätsgesetzes verabschiedet, wonach Haushaltsziele konjunkturbereinigt anzugeben sind. Die Reform beabsichtigt auch eine Verbesserung der Transparenz der öffentlichen Konten sowie die Verbesserung der Koordinierung mit den regionalen und kommunalen Verwaltungen. Ferner wurde eine Reform des Rentensystems angekündigt, die vor allem eine bessere Abstimmung zwischen Beiträgen und Leistungen anstrebt. Allerdings dürfte die Reform nicht ausreichen. Zusätzliche Informationen über die Haushaltsauswirkungen sind nötig, um ihre Angemessenheit und die Folgen für die langfristige Tragfähigkeit besser beurteilen zu können.
9. Insgesamt gibt es zufrieden stellende Fortschritte im makroökonomischen Bereich. Weiterhin ist ein starkes Wachstum zu verzeichnen. Spanien dürfte weiterhin die volle Konvergenz mit der EU-25 anstreben. Ein geschätzter Haushaltsüberschuss von rund 1,5 % des BIP im Jahre 2006 bedeutet, dass die Bruttoschulden rascher als vorgesehen verringert werden. Grund hierfür sind die guten Leistungen in jüngster Zeit, insbesondere im Hinblick auf die Finanzkonsolidierung. Allerdings stützt sich das Wachstum nach wie vor hauptsächlich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, während es bei der Steigerung der Produktivität keine Zeichen für die erforderliche Erholung gibt, um eine weitere Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit zu verhindern, die durch die anhaltend höhere Inflation gegenüber dem Euro-Gebiet insgesamt verursacht wird. Dieses konjunkturell und strukturell bedingte Inflationsgefälle trägt zur Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits bei. Eine Verbesserung der Haushaltsdisziplin und eine Verbesserung des unzureichenden Wettbewerbs in einigen Versorgungs- und Dienstleistungsbereichen (siehe unten) beseitigt dieses anhaltende Problem nur zum Teil. Eine erhebliche Steigerung der Immobilienpreise und der Privatverschuldung kann Auswirkungen auf die mittelfristigen Wachstumsaussichten haben, wenn ihr nicht angemessen begegnet wird.

Mikroökonomische Politik

10. In Bezug auf die mikroökonomische Politik setzt das Programm vier strategische Schwerpunkte: FuE und Innovation; Unternehmensumfeld; Wettbewerb, Effizienz der öffentlichen Verwaltung und bessere Rechtsetzung; sowie Infrastruktur. Im Fortschrittsbericht 2006 wurde darauf hingewiesen, dass die Verbesserung des Wettbewerbs weitere Aufmerksamkeit verdient, insbesondere im Einzelhandel und im Elektrizitätssektor.
11. Der umfassende FuE- und Innovationsplan war eine Stärke des NRP. Spanien kommt mit seiner Umsetzung gut voran. Es gibt Bemühungen, die öffentlich-private Zusammenarbeit zu stärken, die Forschungskompetenz zu verbessern und die Informationsgesellschaft auszuweiten. Bisher gibt es gute Ergebnisse im Hinblick auf die wesentliche Erhöhung und bessere Ausrichtung der Mittel sowie im Hinblick auf die verbesserten Rahmenbedingungen. Hauptaufgabe bleibt jedoch nach wie vor

die Mobilisierung privater Mittel. Ob das Ziel der Investitionen in die Forschung (2 % des BIP bis 2010) erreicht werden kann, hängt davon ab, ob die erheblichen Investitionen der öffentlichen Hand auch zu Investitionen der Unternehmen führen. Die Koordinierung zwischen den Regierungen auf nationaler und regionaler Ebene ist von entscheidender Bedeutung und die meisten Regionen haben Abkommen zur Umsetzung von Programmen geschlossen. Angesichts der vorgesehenen Erhöhung der Mittel müssen Koordinierung, Qualität und Effizienz sorgfältig überwacht werden, um sicherzustellen, dass die Mittel vollständig und wirksam in weniger entwickelten Regionen eingesetzt werden können und die Bedingungen verbessert werden, unter denen Forschungszentren und Unternehmen zusammenarbeiten. Initiativen zur Ausweitung der IT-Nutzung haben zu einer wesentlichen Erhöhung der Investitionen geführt. Fortschritte gibt es auch bei den öffentlichen e-Services.

12. Reformen zur Verbesserung des Unternehmensumfelds sind auf dem Weg. Die Aufmerksamkeit, die die KMU erfahren, wird begrüßt. Der Umfang der beschlossenen Finanzinstrumente dürfte die Zahl der Unternehmensneugründungen erhöhen und den Zugang zu Finanzmitteln verbessern. Die erweiterte geografische Abdeckung zentraler Anlaufstellen und die Ausweitung der Möglichkeit einer Schnellregistrierung für alle Aktiengesellschaften sind begrüßenswerte Maßnahmen zur Vereinfachung, obwohl eine angemessene Umsetzung dieser Maßnahmen nach wie vor erforderlich ist. Eine neue staatliche Evaluierungsagentur nimmt am 1. Januar 2007 ihre Arbeit im Bereich der besseren Rechtsetzung auf, es gibt jedoch nur wenig Informationen über ihre besonderen Aufgaben oder darüber, ob sie systematisch Folgenabschätzungen bei neuen Rechtsetzungsvorschlägen durchführt. Die Einführung des Fachs Betriebsführung kommt auf allen Bildungsebenen gut voran.
13. Obwohl einige Maßnahmen ergriffen wurden, um den Wettbewerb im Einzelhandel zu verbessern, sind mehr und weiterreichende Maßnahmen erforderlich. Der Wettbewerb auf dem Elektrizitätsmarkt führt zu bescheidenen Fortschritten. Das gegenwärtig regulierte Stromtarifsystem hat negative Effekte für die Marktstruktur, indem etablierte Betreiber bevorzugt werden. Eine allmähliche Abschaffung wird vorgeschlagen (mit einer Liberalisierung bis 2011), jedoch erheblich später als in der einschlägigen EU-Richtlinie vorgeschrieben. Die Freigabe der Gaspreise kommt rascher voran und soll bis 2008 abgeschlossen sein. Es gibt Bedenken im Hinblick auf die neuen Kompetenzen der Regulierungsbehörde für den Elektrizitätsmarkt. Spanien hat verschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit ergriffen. Darüber hinaus gibt es eine starke Verpflichtung zur Umsetzung von Verbindungsprojekten, die entscheidend sind für mehr Wettbewerb und Versorgungssicherheit auf dem spanischen Markt. Die auf dem jüngsten französisch-spanischen Gipfel erzielten Vereinbarungen dürften in diesem Zusammenhang hilfreich sein. Positiv ist zu vermerken, dass ein regionaler Markt mit Portugal entstanden ist. Neue Normen für die Auktion von Verbindungskapazitäten erscheinen vielversprechend. Die Verabschiedung neuer Wettbewerbsvorschriften ist eine positive Entwicklung, und die eingeleiteten Maßnahmen zur Einführung einer Kronzeugenregelung werden begrüßt. Schließlich sollten aufgrund einer anstehenden Studie des "Tribunal de Defensa de la Competencia" Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs bei den freien Berufen ergriffen werden. Spanien sollte ferner ermutigt werden, weitere Anstrengungen zur Umorientierung staatlicher Beihilfen zu

unternehmen, da die Höhe der geplanten sektoralen Beihilfen nach wie vor Anlass zu Bedenken gibt.

14. Die Umsetzung des Infrastrukturplans kommt gut voran. Maßnahmen zum Umweltschutz sind vielversprechend, verlangen jedoch eine vollständige Umsetzung, da Spanien zu den EU-Ländern gehört, die am weitesten von ihrem Kyoto-Ziel entfernt sind. Der spanische Aktionsplan zur Energieeffizienz könnte dazu beitragen, den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen zu senken. Der Plan für erneuerbare Energien ist vielversprechend im Hinblick auf die Verringerung der CO₂-Emissionen und dürfte dazu beitragen, dass Spanien seine Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien für 2010 erreicht. Trotz dieser vielversprechenden Schritte sind zusätzliche Maßnahmen und die Nutzung des in Kyoto vereinbarten Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Rechteerwerb im Ausland) notwendig, um den Abstand zu verringern.
15. Insgesamt kommt Spanien bei der Bewältigung seiner wichtigsten mikroökonomischen Probleme gut voran. Es gibt umfassende Umsetzungsbemühungen im Bereich FuE und Infrastruktur und in geringerem Ausmaß im Bereich Unternehmensumfeld. Im Bereich Wettbewerb werden nur bescheidene Fortschritte verzeichnet, obwohl weiterreichende Maßnahmen erforderlich sind, um die Verschlechterung bei wettbewerbsfähigen Preisen aufzuhalten.

Beschäftigungspolitik

16. Das NRP benannte zwei wichtige Aufgaben im Bereich Beschäftigung: Verbesserung der Funktionsweise des Arbeitsmarkts sowie Verbesserungen bei der Ausbildung und Qualifizierung des Humankapitals. Es legt auch quantitative Ziele für 2010 fest: Eine Gesamtbeschäftigungsquote von 66 %, eine Beschäftigungsquote für Frauen von 57 % sowie die Verringerung der Schulabbrecherquote auf 15 %. Die Kommission teilte diese Analyse und vertrat die Auffassung, dass größere Anstrengungen erforderlich sind, um die Segmentierung des Arbeitsmarktes zurückzudrängen. Trotz jüngster Fortschritte ist es ebenfalls notwendig, die Beschäftigungsquote der Frauen weiter zu erhöhen.
17. Eine größere Flexibilität der unbefristeten Arbeitsverträge würde zu einer reibungslosen Umstrukturierung des Arbeitsmarktes beitragen. Die wichtigste Maßnahme, die der Umsetzungsbericht erwähnt, ist das Abkommen für mehr Wachstum und Beschäftigung, das 2006 von der Regierung und den Sozialpartnern unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen beinhaltet Maßnahmen zur Förderung unbefristeter Arbeitsverträge mit Hilfe eines neuen Förderplans sowie die Möglichkeit, bis Ende 2007 befristete Arbeitsverträge in unbefristete Arbeitsverträge mit niedrigeren Abgangsgeldern als für normale unbefristete Verträge umzuwandeln. Obwohl dies ein Schritt in die richtige Richtung ist, wird der öffentliche Sektor hiervon nicht erfasst. Dort nimmt die Zahl der befristeten Arbeitsverträge zu. Darüber hinaus wird die Teilzeitarbeit nicht behandelt und die Anwendung bestimmter Maßnahmen befristet. Beim Beschäftigungsschutz werden nur kurzfristige Änderungen eingeführt. Dies hat positive kurzfristige Wirkungen, aber die mittelfristigen Aussichten scheinen ungewiss. Das Abkommen für mehr Wachstum und Beschäftigung sieht vor, dass die Regierung gewährleistet, dass alle Arbeitslosen innerhalb der ersten sechs Monate eine Ausbildung oder ein

Arbeitsplatzangebot erhalten, obwohl der Umsetzungsbericht keine konkreten Maßnahmen in diesem Zusammenhang benennt. Das Abkommen beinhaltet einen Aktionsplan zur Modernisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlungen, was besonders zeitgerecht erscheint, da der Anteil der von ihnen verwalteten Verträge abzunehmen scheint. Trotz der Bemühungen um eine Legalisierung der Schwarzarbeit von Einwanderern durch eine Amnestie und ein besonderes Regularisierungsverfahren dürften sich neue Probleme im Zusammenhang mit der Regulierung der aktuellen Migrantenströme und der Eingliederung der Migranten ergeben.

18. Das geplante Gesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein positiver Schritt. Es soll die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Beschäftigungsquote verringern und dazu führen, dass Frauen verstärkt in Führungspositionen gelangen. Allerdings müssen die Anstrengungen zur Bereitstellung von Kinderfürsorgeeinrichtungen verstärkt werden. Dort gibt es nur äußerst bescheidene Fortschritte. Ein neues Gesetz soll im Januar 2007 vorgeschlagen werden, um die Lebensqualität von hilfsbedürftigen Personen zu verbessern. Hierdurch sollen innerhalb von zehn Jahren 300 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und der Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt erleichtert werden.
19. Spanien verfügt über einen segmentierten Arbeitsmarkt mit unbefristeten Arbeitsverträgen, die ein hohes Maß an Arbeitsplatzsicherheit bieten, während andererseits befristete Arbeitsverträge nahezu keinen Kündigungsschutz bieten. Im Jahre 2005 waren nahezu ein Drittel aller Beschäftigungsverträge Zeitarbeitsverträge (mehr als doppelt so viel wie im EU-Durchschnitt). Obwohl diese Verträge eine Möglichkeit sind, die Flexibilität zu erhöhen, lösen sie nicht das Grundproblem der unflexiblen unbefristeten Verträge (die keine Möglichkeit für eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, die interne Mobilität oder eine größere Nutzung der Teilzeitarbeit bieten). Die hohe Zahl befristeter Arbeitsverträge, die einhergeht mit einer hohen Fluktuation bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen, bietet sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer nur wenig Anreize zur Investition in Humankapital. Ein umfassendes langfristiges Konzept zur Neuausrichtung von Flexibilität und Sicherheit, um die strukturelle Segmentierung des Arbeitsmarktes zurückzudrängen, dürfte weitere Maßnahmen erforderlich machen.
20. Investitionen in Humankapital sind besonders wichtig. Allerdings gibt es kaum Fortschritte bei der Verringerung der Schulabbrecherquote (30,8 % im Jahre 2005, doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt) und zur Erhöhung des Anteils der 20-24-Jährigen, der einen Sekundarstufenabschluss erreicht. Ein neues Bildungsgesetz sieht zusätzliche Mittel vor, um die Qualität zu verbessern und die Chancengleichheit im Bildungswesen zu erhöhen. Hierzu gehören Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Schulabbrecher und zur Verbesserung der Eingliederung von Zuwandererkindern in die Schule sowie die kostenlose Vorschulerziehung für Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Die wirksame Umsetzung der Bildungsreformen, insbesondere auf regionaler Ebene, ist ebenso entscheidend wie die vorgeschlagene Integration der Berufsausbildungssysteme, die eine bessere Berücksichtigung des Arbeitsmarktbedarfs ermöglicht.
21. Eine Reihe wichtiger Beschäftigungsmaßnahmen, die in die richtige Richtung gehen, wurden verabschiedet oder geplant. Allerdings gibt es weiterhin Schwierigkeiten, da die Zunahme der Arbeitsproduktivität und das allgemeine Bildungsniveau nach wie

vor erheblich dem EU-Durchschnitt hinterher hinkt. Weitere Fortschritte in Richtung auf ein „Flexicurity-Konzept“, das einen Ausgleich zwischen Flexibilität und Arbeitsplatzsicherheit für Arbeitnehmer schafft, verlangt zusätzliche Maßnahmen zur Verringerung der Segmentierung des Arbeitsmarktes. Zusätzliche Anstrengungen sind notwendig, um die Beschäftigung von Frauen zu fördern und eine bessere Vereinbarkeit zwischen Beruf und Privatleben zu gewährleisten. Weitere Anstrengungen sind ebenfalls notwendig, um die jüngste Zuwanderergeneration regulären Beschäftigungsverhältnissen zuzuführen. Intensivere Reformen sind notwendig, um die Zahl der Schulabbrecher zu verringern. Die Umsetzung des jüngsten Bildungsgesetzes sollte genau überwacht werden, insbesondere auf regionaler Ebene.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

22. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
23. Spanien macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms und der Einhaltung der beim Frühjahrsgipfel 2006 des Europäischen Rats eingegangenen Verpflichtungen gute Fortschritte. Die weitere Umsetzung neuer Gesetze und Maßnahmen in den sieben wichtigen Politikbereichen ist nun notwendig, um mehr Arbeitsplätze und eine höhere Produktivität zu erzielen sowie Fortschritte in Richtung auf eine vollständige Konvergenz des Pro-Kopf-BIP mit der EU-25 zu erzielen.
24. Zu den größten Stärken bei der Umsetzung und Verstärkung des nationalen Reformprogramms Spaniens gehören die rascher als geplante Senkung der Staatsverschuldung, gute Fortschritte bei der Umsetzung des FuE- und Innovationsplans, die Einbeziehung des Fachs Betriebsführung in die nationalen Lehrpläne auf allen Bildungsebenen sowie zufrieden stellende Fortschritte in Richtung auf die quantifizierten Ziele, insbesondere bei der Beschäftigung von Frauen.
25. In folgenden Bereichen des spanischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Intensivierung des Wettbewerbs auf dem Elektrizitätsmarkt sowie Verringerung der Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt; weitere Verbesserungen bei allgemeiner und beruflicher Bildung. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Spanien:
 - weitere Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs im Energiesektor trifft, vor allem durch Erhöhung der grenzüberschreitenden Verbindungskapazitäten, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten;
 - den Beschäftigungsschutz einschließlich der dazugehörigen Rechtsvorschriften modernisiert, um die Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen; der Segmentierung entgegenwirkt und die Attraktivität von Teilzeitarbeit erhöht;
 - für eine wirksame Umsetzung der Bildungsreformen auch auf regionaler Ebene sorgt, um die Zahl der Schulabbrecher zu verringern und die Ausbildungssysteme

zu integrieren, um den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts besser gerecht werden zu können.

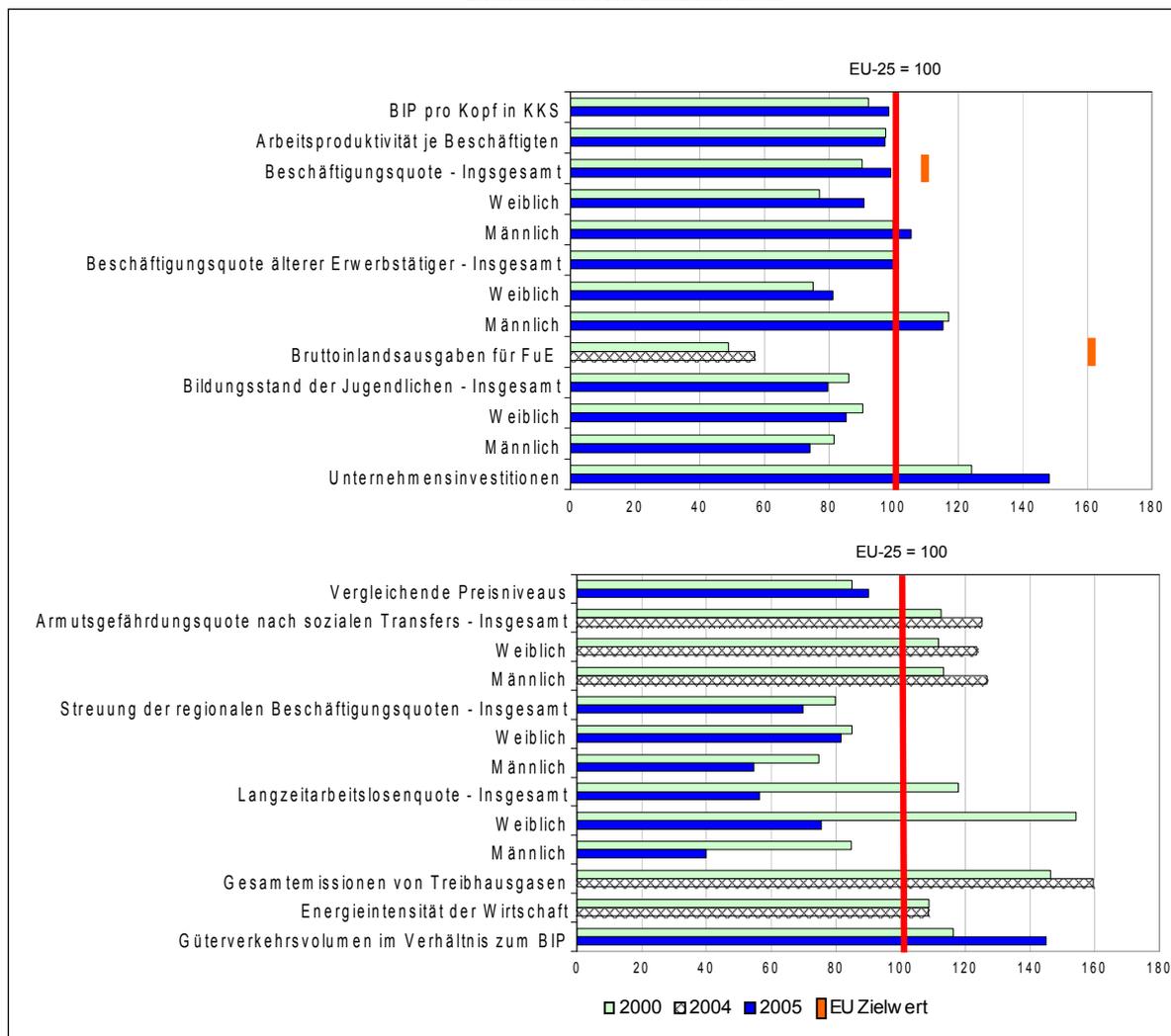
26. Darüber hinaus wird es für Spanien während der Laufzeit seines nationalen Reformprogramms wichtig sein, sich auf folgende Bereiche zu konzentrieren: die mittelfristige Eindämmung der Inflation, die Erhöhung des Wettbewerbs bei den freien Berufen und im Einzelhandel, die Verbesserung des Regelungsrahmens, die Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen, insbesondere zur Verringerung der CO₂-Emissionen, die Erhöhung von Bildungsniveau und Produktivität, die Eingliederung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt und die Verbesserung des Zugangs zu Kinderbetreuung. Die beträchtlichen Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt könnten sich auf die mittelfristigen Wachstumsaussichten auswirken.

TEIL IV - SCHAUILLDER UND STATISTISCHE DATEN

SPANIEN

	ES							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	92.3	93.2	95.2	97.4	97.7	98.6		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	97.5	97.5	98.7	99.6	98.1	97.3		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	56.3	57.8	58.5	59.8	61.1	63.3b	66.0	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	41.3	43.1	44.4	46.3	48.3	51.2b		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	71.2	72.5	72.6	73.2	73.8	75.2b		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	37.0	39.2	39.6	40.7	41.3	43.1b		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	20.2	21.7	21.9	23.3	24.6	27.4b		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	54.9	57.7	58.4	59.2	58.9	59.7b		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.91	0.91	0.99	1.05	1.06	1.12ep	2.0	1.86e	1.86e	:	3.0	
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	66.0	65.0	63.7	62.2	61.2	61.8		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	71.9	71.4	70.3	69.2	68.4	68.5		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	60.1	58.8	57.4	55.5	54.4	55.4		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	85.0	85.1	85.0	86.6	87.4p	90.0p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	22.7	22.7	22.7	23.6	24.7	25.8		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	18.0	19.0	19.0b	19.0	20.0b	:		16.0e	16.0e	:	
	Weiblich	19.0	20.0	21.0b	20.0	21.0b	:		17.0e	17.0e	:	
	Männlich	17.0	17.0	18.0b	18.0	19.0b	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	10.7	10.0	9.3	9.0	8.7	8.3		13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	17.4	16.3	15.1	14.5	14.8	13.8		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	7.4	6.9	6.4	6.1	5.5	5.3		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	4.6	3.7	3.7	3.7	3.4	2.2b		3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	7.4	6.0	5.9	5.7	5.1	3.4b		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	2.8	2.3	2.3	2.4	2.2	1.4b		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	132.8	132.9	138.9	141.0	147.9	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	227.0	225.4	226.3	219.7	222.5	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	116.4	121.0	133.8	135.3	149.2b	151.7		100.1e	104.6be	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Frankreich

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Nach einer Phase schwachen Wachstums hat sich die Wirtschaft spürbar erholt und das Wachstum 2006 zu einem leicht unter seinem Potenzial liegenden Tempo zurückgefunden. Das Produktivitätswachstum pro Kopf liegt knapp unter dem europäischen Schnitt der vergangenen zehn Jahre, während das Produktivitätswachstum pro Arbeitsstunde den europäischen Durchschnitt übertrifft. Das Pro-Kopf-BIP beträgt 2006 108 % des EU-Durchschnitts. Die Beschäftigungsquote hat sich mit 63,5 % im Jahr 2006 seit 2002 nur geringfügig erhöht. Die Arbeitslosenquote ist seit Juni 2005 deutlich zurückgegangen, bleibt aber mit 9,3 % im Jahr 2006 auf hohem Niveau.
2. Die Haushaltskonsolidierung sollte mit einer Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben auf die für die Wirtschaftsentwicklung zentralen Faktoren einher gehen. Die über mehrere Konjunkturzyklen anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zeigt, dass die Beschäftigungsprobleme im Wesentlichen strukturell sind. Die Intensivierung des Wettbewerbs auf den Dienstleistungsmärkten dürfte sich im Übrigen positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken.

TEIL I – ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im Umsetzungsbericht wird auf die drei Prioritäten des mit dem nationalen Reformprogramm (PNR) 2005-2008 verfolgten Konzepts des „sozialen Wachstums“ eingegangen, d.h. Schaffung der Voraussetzungen für ein starkes Wirtschaftswachstum, Abbau der Arbeitslosigkeit und Erhöhung des Beschäftigungsstands sowie Schaffung einer wissensbasierten Wirtschaft. In ihrem Fortschrittsbericht 2006 hatte die Kommission unterstrichen, dass weitere Anstrengungen notwendig sind, um das Staatsdefizit dauerhaft zu korrigieren, die Rechtsetzung zu verbessern und die Märkte zu öffnen sowie die beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu intensivieren.
4. Der Umsetzungsbericht zeugt von gewissen Fortschritten bei der Umsetzung des NRP. So zeigt der Rückgang des strukturellen Defizits, dass die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen weitergeht. Diese Konsolidierung geht mit wachstumsfördernden Maßnahmen einher. Die in den Bereichen, Forschung, Innovation, Energie und Entwicklung von KMU eingeleiteten Initiativen dürften eine solide Grundlage für die Stärkung der Industriepolitik darstellen. Zwar wurden Maßnahmen zur Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte und zur stärkeren Öffnung dieser Märkte für den Wettbewerb eingeleitet, doch sind diese nach wie vor begrenzt. Angesichts der schwachen Zunahme der Erwerbsbevölkerung haben die getroffenen Wiedereingliederungsmaßnahmen zu einem merklichen Rückgang der Arbeitslosenquote beigetragen. Dennoch haben sich Beschäftigungsstand und Beschäftigungsquote nur geringfügig erhöht, was insbesondere auf die fortdauernde Segmentierung des Arbeitsmarkts zurückzuführen ist.

5. Auch den vom Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung 2006 in Bezug auf Forschung und Innovation, Energie und Unternehmensförderung eingegangenen Verpflichtungen wird im Umsetzungsbericht Rechnung getragen. Für private und öffentliche Forschungsinvestitionen wurde mit 3 % des BIP für 2010 ein ehrgeiziges, aber realistisches Ziel gesetzt.
6. Die Umsetzung des NRP wird von mehreren Ministerien unter Federführung der Dienststellen des Premierministers (Generalsekretariat für Europäische Angelegenheiten) überwacht, und der Umsetzungsbericht wurde vom interministeriellen Europa-Ausschuss, in dem der Premierminister den Vorsitz führt, gebilligt. Frankreich hat einige wichtige Maßnahmen getroffen, um die Identifizierung mit dem PNR, dessen Sichtbarkeit und dessen programmatische Rolle zu verstärken. So haben die französischen Behörden bei der Ausarbeitung des Fortschrittsberichts eine Konsultation der Sozialpartner veranstaltet und planen eine konzertierte Bewertung der Umsetzung des NRP sowie Maßnahmen, die die Identifizierung mit der Lissabon-Strategie auf nationaler Ebene verstärken sollen. Die Sichtbarkeit der Lissabon-Strategie wurde insbesondere dadurch erhöht, dass die Zuständigkeit für diese Strategie dem Finanzminister übertragen wurde und ebenfalls auf Ministerialebene ein regelmäßiger Dialog mit den Sozialpartnern stattfindet. Auch die Zivilgesellschaft ist über den Wirtschafts- und Sozialrat während der gesamten Laufzeit des Reformprogramms an dessen Umsetzung und der Überwachung dieser Umsetzung beteiligt. Neuerdings weist die französische Regierung bei Haushaltsdebatten im Parlament ferner auf Zusammenhänge mit dem PNR hin und konsultiert die Gebietskörperschaften. Darüber hinaus hat Frankreich eine großangelegte öffentliche Internetkonsultation zur Lissabon-Strategie durchgeführt. Der strategische Rahmenplan Frankreichs für die Strukturfonds weist Synergien mit dem PNR auf, und Frankreich legt für die Lissabon-Prioritäten Ausgabenziele fest (60 % für das Ziel Konvergenz und 75 % für das Ziel regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung).

TEIL II – BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Angesichts der alternden Bevölkerung wird im Umsetzungsbericht bekräftigt, dass die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen eine Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum ist. Den mittelfristigen Projektionen des Entwurfs des Finanzgesetzes 2007 zufolge soll im Jahr 2010 ein ausgeglichener Haushalt, je nach Szenario sogar ein Haushaltsüberschuss erreicht werden. Der Schuldenstand soll bis 2008 um 3 % des BIP auf 63,6 % zurückgeführt werden, womit er aber immer noch über dem im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Referenzwert von 60 % läge. Die zum nationalen Ziel erklärte Entschuldung soll zum einen durch Veräußerung von Vermögensgegenständen und zum anderen durch ein verbessertes Schuldenmanagement aller öffentlichen Stellen erreicht werden.
8. Die im NRP enthaltenen Maßnahmen zum Abbau des Haushaltsdefizits werden durch neue Initiativen gestärkt. In ihrer Herbstprognose 2006 geht die Kommission weiterhin von einem schrittweisen Rückgang des Haushaltsdefizits und dem nahezu vollständigen Wegfall außergewöhnlicher Faktoren aus, was von der Nachhaltigkeit der französischen Haushaltskonsolidierung zeugt.

9. Diese Konsolidierung ist fraglos auf die konjunkturelle Erholung zurückzuführen, zeugt aber auch von einer besseren Kontrolle der öffentlichen Ausgaben. So wird im Haushalt 2007 an restriktiveren Ausgabennormen für den Staat festgehalten, wonach die staatlichen Ausgaben nicht stärker ansteigen sollten als die Inflation. Durch die Rentenreform des Jahres 2003 sind die Ausgaben erheblich niedriger ausgefallen als erwartet, doch bleibt aufgrund der Bevölkerungsalterung bis zum Jahr 2050 eine Finanzierungslücke von rund 3 % des BIP. 2008 wollen die Sozialpartner erneut zusammenkommen, um für die Zeit nach 2012 die Parameter des Rentensystems neu festzulegen. Die nächste Stufe der Gesundheitsreform und der Ausgabenrückgang bei der Arbeitslosenversicherung dürften trotz gestiegener Ausgaben der Gebietskörperschaften ebenfalls zur Haushaltssanierung beitragen. Diese Reformen gehen in die richtige Richtung, auch wenn sie allein wahrscheinlich nicht ausreichen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern.
10. Durch die Anwendung der verfassungsergänzenden Gesetze für die öffentlichen Finanzen auf die Haushalte 2006 und 2007 und durch die Einberufung einer nationalen Konferenz und eines Rats zur Ausrichtung der öffentlichen Finanzen wurde der Regulierungsrahmen grundlegend reformiert. Die Anwendung der Ausgabennormen auf die einzelnen Teilspektoren der öffentlichen Verwaltung scheint sich jedoch zu verzögern, da die Ausgabenziele nach wie vor nicht verbindlich sind.
11. Alles in allem werden die in den letzten Jahren eingeleiteten Bemühungen um Haushaltskonsolidierung und Abbau des öffentlichen Defizits fortgesetzt, doch ist dieses Defizit nach wie vor relativ hoch. Eine Verbesserung hängt nach wie vor von der Ausgabenentwicklung bei den Gebietskörperschaften und den Zweigen der Sozialversicherung ab, bei denen die Kontrolle noch immer unzureichend ist. Auch das strukturelle Defizit ist bei seinem derzeitigen Stand weit vom mittelfristigen Ziel der französischen Regierung entfernt, bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Mikroökonomische Politik

12. Im Umsetzungsbericht werden die zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Förderung einer wissensbasierten Wirtschaft getroffenen Maßnahmen beschrieben. Im Bereich Forschung, industrielle Innovation und Entwicklung der KMU wurden zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, auf die in dem Bericht ausführlich eingegangen wird. Weniger wurde in den Bereichen Vereinfachung und Qualität der Rechtsetzung sowie zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors unternommen. Auch auf die Themen Umwelt und Energie wird in dem Bericht ausführlich eingegangen.
13. Bemerkenswerte Fortschritte sind im Bereich Forschung zu verzeichnen, für den im Jahr 2010 3 % des BIP (1 % aus öffentlichen und 2 % aus privaten Quellen) aufgewandt werden sollen. Es wurden mehrere Pilot- und Koordinierungsgremien geschaffen: die nationale Forschungsagentur, die Agentur für Forschungsbewertung und der Hohe Rat für Wissenschaft und Technologie. Es wurden Maßnahmen zur Förderung der projektbasierten Forschung, der Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Forschungsträgern, der internationalen Zusammenarbeit und der Attraktivität einer wissenschaftlichen Laufbahn eingeleitet. Diese Maßnahmen können wohl als solide Basis für die Zukunft angesehen werden, wenngleich die Funktionsweise der bestehenden öffentlichen Einrichtungen und ihre Zusammenarbeit mit den neuen Gremien nach wie vor Sorge bereiten.

14. Im Bereich Innovation und Industriepolitik ist die Tatsache, dass die Agentur für industrielle Innovation und die 66 „Wettbewerbszentren“ ihre Tätigkeit aufgenommen haben, und die Einleitung neuer Maßnahmen zur Unterstützung innovativer Unternehmen ein vielversprechendes Signal. Bedeutende Fortschritte wurden auch in den Bereichen Telekommunikation (ultraschnelle Ausstrahlung von Breitbanddiensten), elektronischer Handel und elektronische Verwaltung erzielt. Doch müssen darüber hinaus noch weitere Anstrengungen zur Innovationsförderung unternommen werden, insbesondere durch bessere Nutzung öffentlicher Aufträge und wirksamere Vorschriften zum Schutz geistigen Eigentums.
15. Am zahlenmäßigen Anstieg der Unternehmensneugründungen lässt sich ablesen, dass die angekündigten KMU-Fördermaßnahmen in die richtige Richtung gehen. Da die Formalitäten für eine Unternehmensgründung bereits stark vereinfacht wurden, zielen die Initiativen in der Hauptsache auf die Verbesserung der rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen, die Entwicklung von KMU mit Wachstumspotenzial und die Exportförderung ab. Um den Zugang von KMU zu öffentlichen Aufträgen zu verbessern, scheinen indes noch größere Anstrengungen erforderlich. Auch zur Förderung von Jungunternehmen und Unternehmergeist in Gesellschaft und Hochschulen müssen Initiativen eingeleitet werden.
16. Auch bei der Verfolgung des Ziels einer besseren Rechtsetzung wurden Fortschritte erzielt und Rechtsvorschriften vereinfacht, wie nicht zuletzt die Entwicklung der Rahmenvorschriften für die öffentlichen Finanzen, der Ausbau der elektronischen Verwaltung und die derzeitige Bewertung des durch Rechtsvorschriften verursachten Verwaltungsaufwands zeigen. Es könnte in stärkerem Maße auf Folgenabschätzungsstudien zurückgegriffen werden, wie auch bei der Vereinfachung von Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren noch weitere Fortschritte möglich sind. Die französischen Behörden haben sich kein generelles quantitatives Ziel für die Verringerung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen gesetzt.
17. Auch die im Bereich Umwelt und Energieeinsparungen getroffenen Maßnahmen werden vorgestellt: Bekämpfung des Klimawandels, Verringerung der Treibhausgasemissionen durch die Industrie, neues Gesetz, mit dem bis 2015 "ein guter ökologischer Zustand" der Gewässer erreicht werden soll, ein nationaler Plan für Gesundheit/Umwelt, der insbesondere auf eine Verringerung der Luftschadstoffe abzielt, Anstrengungen in den Bereichen Umweltforschung und Öko-Innovation, neues Energierahmengesetz. Letzteres sieht eine Senkung der Energieintensität und der Treibhausgasemissionen bis 2050 vor, was insbesondere durch einen stärkeren Rückgriff auf Energie aus Windkraftanlagen und Biomasse und die weitere Nutzung der Kernenergie erreicht werden soll.
18. Im Umsetzungsbericht wird ferner auf die weitere Liberalisierung der netzgebundenen Wirtschaftszweige und die Bemühungen um Modernisierung des Finanzsektors eingegangen, die Frage der staatlichen Beihilfen allerdings ausgeklammert. Bei Gas, Strom und im Schienengüterverkehr gibt es trotz Umsetzung der einschlägigen Richtlinien und der verbesserten Anfechtbarkeit von Verträgen nach wie vor Wettbewerbshindernisse, nämlich die lückenhafte Entflechtung von Produktion, Übertragung und Verteilung und den hohen Grad an Konzentration auf den Gas- und Strommärkten. Bei den reglementierten Berufen und im Finanzdienstleistungssektor bestehen in Frankreich trotz einiger positiver Entwicklungen nach wie vor zahlreiche Beschränkungen.

19. Alles in allem dürften die mikroökonomischen Maßnahmen, die der Bericht in den Bereichen FuE, Innovation und Entwicklung von KMU auflistet, eine solide Grundlage für die Stärkung der französischen Wirtschaft schaffen. Um das Ziel einer besseren Rechtsetzung zu erreichen und die Liberalisierung entschlossener voranzutreiben, könnten sich jedoch zusätzliche Maßnahmen als nützlich und notwendig erweisen.

Beschäftigungspolitik

20. Um mehr Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten, wurden mehrere Maßnahmen getroffen, die darauf abzielen, die finanziellen Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu erhöhen, die Betreuung Arbeitssuchender zu verbessern und deren Mitverantwortung zu steigern und Arbeitsplätze im Bereich der Personaldienstleistungen zu schaffen. Die Senkung der Sozialabgaben bei geringen Verdiensten (1,1 % des BIP im Jahr 2006) hat den Anteil der Arbeitsplätze ohne Qualifikationserfordernisse an den Beschäftigungsverhältnissen insgesamt stabilisiert, auch wenn die Arbeitslosenquote in diesen Segmenten in den letzten Jahren angestiegen ist. Um die Wirksamkeit der Beschäftigungsprämie zu erhöhen, wurden die Beträge angehoben und die Regelung reformiert. Die Regelung zur vorübergehenden Beibehaltung der sozialen Mindestleistungen bei Personen, die ins Arbeitsleben zurückkehren, wurde reformiert, um die Anreizwirkung zu erhöhen. Die Arbeitsämter wurden umstrukturiert und die Bemühungen der Arbeitssuchenden, eine neue Stelle zu finden, werden verstärkt kontrolliert.
21. Angesichts der beunruhigenden Situation der Jugendlichen wurden mehrere Maßnahmen verlängert bzw. eingeleitet: die subventionierten Arbeitsverträge (*contrats aidés*), die dualen Ausbildungsgänge und die Förderung der Einstellung Jugendlicher (*contrats "jeune en entreprise"*) wurden verlängert, Junior-Lehrlingsverträge, ein freiwilliger Zivildienst, Maßnahmen zur Heranführung an das Erwerbsleben und neue Ausbildungspraktika eingeführt. Besondere Anstrengungen werden im Hinblick auf ältere Arbeitnehmer eingeleitet: mit dem konzertierten Aktionsplan 2006-2010 zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer soll bei den 55 bis 64-Jährigen bis 2010 eine Erwerbstätigenquote von 50 % erreicht werden. In diesem Zusammenhang sind mehrere Maßnahmen vorgesehen: Einführung eines Arbeitsvertrags für ältere Arbeitnehmer (*contrat senior*), schrittweise Einstellung der systematischen Verrentung vor 65 und der Förderung der Entlassung älterer Arbeitnehmer, Ausweitung der Möglichkeiten eines gleichzeitigen Bezugs von Rente und Arbeitseinkommen, Informationskampagnen zur Änderung der Mentalitäten. Dieser Aktionsplan stellt die notwendige Ergänzung zur Rentenreform von 2003 und einen ersten Schritt in Richtung einer globalen Strategie für aktives Altern dar.
22. Die Flexibilität der Arbeitnehmer und die Flexibilität der Unternehmen miteinander in Einklang zu bringen, stellt für Frankreich insbesondere wegen der Segmentierung seines Arbeitsmarkts nach unterschiedlichen Arbeitsverträgen eine besondere Herausforderung dar. Wenngleich die überwiegende Mehrheit der Beschäftigungsverhältnisse auf unbefristeten Arbeitsverträgen beruht, wurden 2005 bei 78 % der Neueinstellungen nur befristete Arbeitsverträge geschlossen. Für Kleinstunternehmen wurde mit dem NRP der "contrat nouvelles embauches" (CNE) eingeführt, der eine Entlassung in den ersten beiden Jahren der Betriebszugehörigkeit erleichtert. Eine Bewertung des CNE ist für Ende 2008 vorgesehen. Den Angaben

Frankreichs zufolge soll dieser zwischen 50 000 und 150 000 Neueinstellungen ermöglichen. Damit so viel Arbeitsplätze wie möglich geschaffen werden und so viele Menschen wie möglich in Beschäftigungsverhältnisse zurückkehren, sollte bewertet werden, ob zwischen dem Abschluss unbefristeter und anderer Arbeitsverträge noch ein Gleichgewicht besteht. Diese Bewertung muss auch darauf abzielen, den Wechsel zwischen unterschiedlichen Vertragsarten zu erleichtern.

23. Der Notwendigkeit stärkerer Investitionen in das Humankapital wurde im NRP nur indirekt Rechnung getragen. Im Umsetzungsbericht wird nun sowohl in Bezug auf die eigentliche Ausbildung als auch in Bezug auf die kontinuierliche Weiterbildung eingehender auf die französische Strategie eingegangen. Wenngleich für diesen Bereich erhebliche Haushaltsmittel (2005 1,4 % des BIP allein für die kontinuierliche Weiterbildung) aufgewandt werden, liegt die Beteiligung an der Berufsausbildung nach wie vor unter dem europäischen Durchschnitt (7,6 % der Arbeitnehmer im Jahr 2005). Auch wäre es vorteilhafter, wenn die Berufsausbildung stärker auf die am schwächsten eingegliederten Kategorien ausgerichtet würde.
24. Alles in allem liegt der Schwerpunkt der jüngsten Maßnahmen darauf, die am schwersten vermittelbaren Personen wieder in Arbeit zu bringen, insbesondere die Empfänger sozialer Mindestleistungen, Geringqualifizierte, Behinderte, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

25. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
26. Frankreich macht bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms und der beim Frühjahrsgipfel 2006 des Europäischen Rates vereinbarten Maßnahmen sichere Fortschritte. Es setzt seine Bemühungen um Haushaltskonsolidierung innerhalb eines tragfähigen wirtschaftlichen Rahmens fort und bemüht sich gleichzeitig um Steigerung seines Wachstumspotenzials, Letzteres insbesondere durch neue Verpflichtungen bei Forschung und Innovation. Die Erfolgsbilanz im Bereich Beschäftigung bleibt insgesamt gesehen gemischt.
27. Die Schaffung von Wettbewerbszentren und neuer Gremien für Forschung und Innovation sowie das Ziel, im Jahr 2010 3 % des BIP für Forschung aufzuwenden, scheinen von den Ergebnissen des Reformprogramms die vielversprechendsten zu sein. Die jüngste Reform der Rahmenbestimmungen für die öffentlichen Finanzen dürfte entscheidend zu einer besseren Kontrolle der öffentlichen Ausgaben beitragen. Die seit 2001 erstmals rückläufige Arbeitslosigkeit stellt eine positive Entwicklung dar, wie auch die jüngsten Maßnahmen zugunsten junger Arbeitssuchender in die richtige Richtung zu weisen scheinen.
28. In folgenden Bereichen des französischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: so muss die Situation der öffentlichen Finanzen dauerhaft verbessert und zu diesem Zweck über die Einhaltung der vom Staat eingegangenen Verpflichtungen gewacht und die Entwicklung der Finanzen der Gebietskörperschaften und die Ausgaben der Sozialversicherung verfolgt werden,

muss der derzeit unzureichende Wettbewerb in bestimmten netzgebundenen Wirtschaftszweigen und bestimmten Verkehrssegmenten gesteigert werden und muss eine Gesamtstrategie, die eine größere Flexibilität des Arbeitsmarkts gewährleistet und unter anderem durch Verbesserung des lebenslangen Zugangs zu Fortbildungsmaßnahmen dafür sorgt, dass ältere Arbeitnehmer im Erwerbsleben verbleiben, entwickelt werden. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Frankreich

- durch verstärkte Haushaltskonsolidierung und Schuldenstandabbau die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen gewährleistet. Auch ist zu gewährleisten, dass bei den für 2008 geplanten Beratungen über die Rentensysteme die mit der Reform von 2003 erzielten Einsparungen erhalten bleiben;
- Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs in den Bereichen Gas, Strom und Schienengüterverkehr trifft;
- seinen Beschäftigungsschutz modernisiert und das lebenslange Lernen verstärkt, um Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu fördern und den Wechsel von befristeten zu unbefristeten Arbeitsverhältnissen zu erleichtern und so der Segmentierung des Arbeitsmarkts entgegenzuwirken.

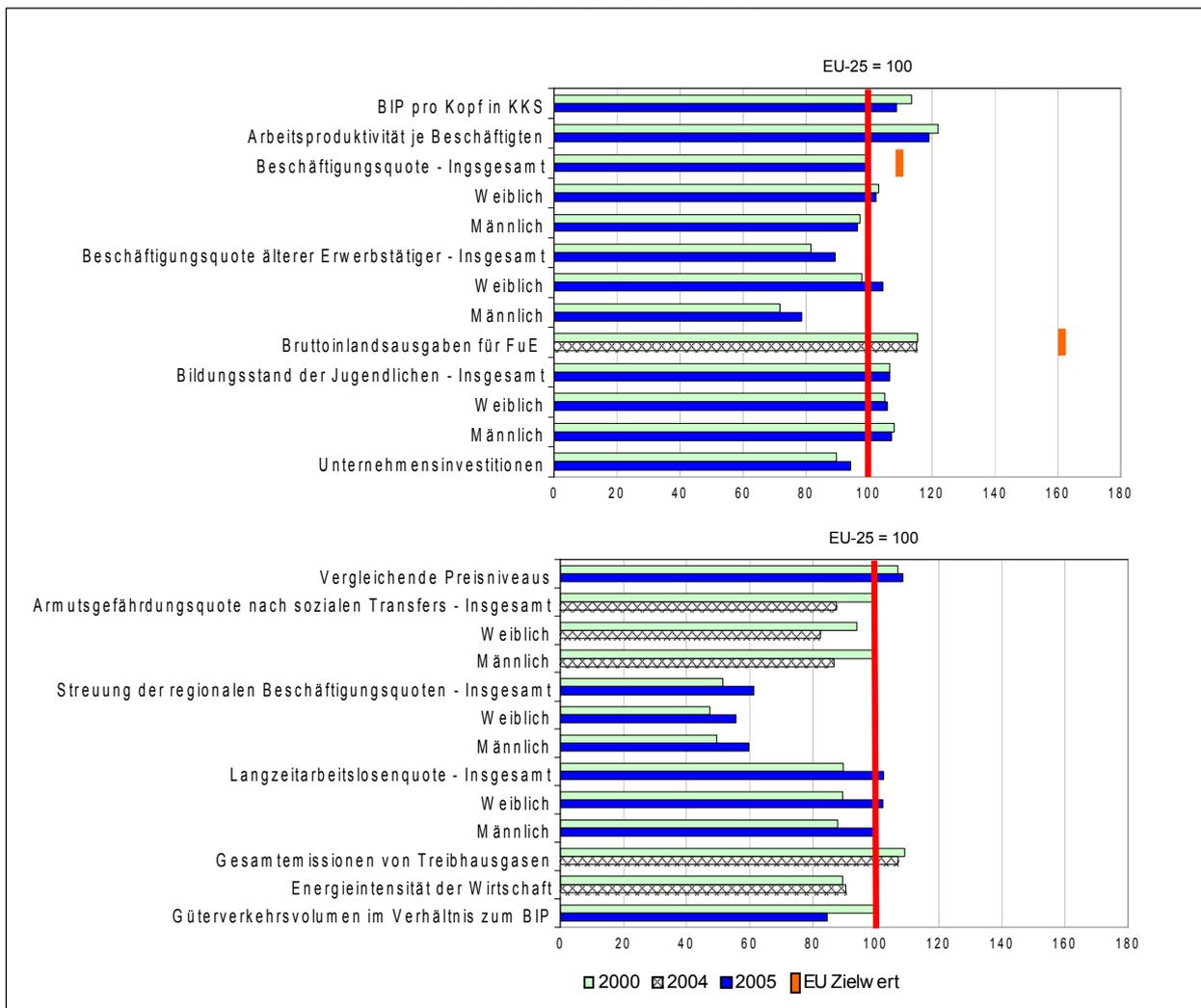
29. Darüber hinaus sollte sich Frankreich während der gesamten Laufzeit seines nationalen Reformprogramms unbedingt darauf konzentrieren, den hohen Schuldenstand abzubauen, der insbesondere in Anbetracht der Bevölkerungsalterung ein Risiko für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen darstellt und bei Ausbleiben einer verstärkten Haushaltskonsolidierung neue Reformen erforderlich machen könnte; den Wettbewerb in den reglementierten Berufen zu verstärken; die Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsetzung und zur Unternehmensförderung zu intensivieren, was insbesondere die Unterstützung von Jungunternehmen und die Förderung des Unternehmergeists in der Gesellschaft betrifft.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

FRANKREICH

	FR							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	113.6	113.9	112.0	111.6	109.5	108.8		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	122.0	122.2	120.3	120.4	119.0	119.0		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	62.1	62.8	63.0	63.3	63.1	63.1	:	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	55.2	56.0	56.7	57.3	57.4	57.6		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	69.2	69.7	69.5	69.4	69.0	68.8		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	29.9	31.9	34.7	36.8	37.3	37.9		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	26.3	27.8	30.8	32.9	33.8	35.2		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	33.6	36.2	38.7	40.9	41.0	40.7		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		2.15	2.20	2.23	2.17	2.14	2.13p	3.0	1.86e	1.86e	:	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	81.6	81.8	81.7	80.4b	80.7	82.6		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	83.5	83.2	82.8	82.1b	82.4	85.0		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	79.6	80.3	80.5	78.6b	78.9	80.1		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus		107.0	105.5	106.1	105.8	108.0p	108.5p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen		16.4	16.5	15.8	15.8	16.1	16.4		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	16.0	13.0b	12.0	12.0	14.0b	:		16.0e	16.0e	:	
	Weiblich	16.0	13.0b	13.0	13.0	14.0b	:		17.0e	17.0e	:	
	Männlich	15.0	12.0b	12.0	12.0	13.0b	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	6.9	8.3	8.0	7.2	7.1	7.3		13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	9.7	10.8	10.6	8.9	8.7	9.4		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	4.9	6.6	6.1	6.2	5.9	5.8		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	3.5	3.0	3.1	3.7	3.9	4.0		3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	4.3	3.6	3.5	4.1	4.3	4.6		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	2.9	2.4	2.6	3.4	3.5	3.5		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		99.0	99.0	98.1	98.9	99.2	:		90.7	92.7	:	
Energieintensität der Wirtschaft		186.6	188.3	186.1	188.5	185.5	:		208.8	204.9	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		100.4	97.5	95.4	92.9	93.3	88.5		100.1e	104.6be	104.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Irland

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Das reale Pro-Kopf-BIP Irlands ist in den letzten Jahrzehnten rapide gestiegen und war mit 138 % des EU-Durchschnitts im Jahr 2006 EU-weit eines der höchsten. Auch die Beschäftigungsquote hat rasch zugenommen, und die Arbeitsproduktivität lag deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die jüngste Zunahme der Beschäftigung ist auf die gestiegene Erwerbsbeteiligung und den Zustrom von Zuwanderern aus den neuen Mitgliedstaaten zurückzuführen. Insgesamt wird für das Jahr 2006 eine Beschäftigungsquote von 68,5 % und eine Arbeitslosenquote von 4,3 % erwartet.
2. Irland kombiniert eine in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung starke Wirtschaftsleistung mit soliden Plänen für weitere Reformen, die schwerpunktmäßig auf den Abbau des Aufholbedarfs in Bereichen wie der Bereitstellung von Infrastrukturen, Humankapital (allgemeine und berufliche Bildung), FuE und Innovation sowie inländische Wettbewerbsbedingungen und Alterssicherung abzielen und gleichzeitig einen kontinuierlichen Anstieg der Erwerbsbeteiligung sicherstellen sollen. Für die irische Wirtschaft bestehen allerdings gewisse Risiken, insbesondere in bezug auf den überdimensionierten Wohnungsbausektor, und es gibt erste Anzeichen für eine Abnahme der externen Wettbewerbsfähigkeit. Durch eine umsichtige Prioritätensetzung bei den Ausgaben müßten diese Risiken gemindert und Reformen gefördert werden, die die Aussicht auf ein weiteres nachhaltiges Wachstum und eine Zunahme der Produktivität durch Ausweitung des physischen Kapitals und des Humankapitals bei gleichzeitiger Senkung des Inflationsdrucks fördern.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im nationalen Reformprogramm (NRP) Irlands für den Zeitraum 2005-2008 wird festgestellt, dass Irland nun vor allem vor der Herausforderung steht, seine jüngsten wirtschaftlichen Erfolge fortzusetzen und zu verbessern, auf zwar durch Nutzung der durch die Globalisierung und den Binnenmarkt gebotenen Möglichkeiten. Diesbezüglich nennt das NRP zahlreiche vorrangige Ziele, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: Aufrechterhaltung stabiler makroökonomischer Bedingungen, Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur, Verbesserung des Arbeitskräfteangebots, bessere Rechtsetzung, Förderung von FuE, Innovation und Unternehmergeist, Unterstützung der sozialen Eingliederung und der nachhaltigen Entwicklung. Die Kommission hat in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht 2006 den im Allgemeinen starken politischen Rahmen und die sehr gute wirtschaftliche Leistung herausgestellt, Irland jedoch auch aufgefordert, stärker dafür Sorge zu tragen, dass die Politik für die Bereiche FuE, Wissenschaft und Investitionen in Innovation robust genug ist, um die ehrgeizigen Ziele zu erreichen und dass die Alterssicherung verbessert wird. Die Kommission stellte zudem fest, dass der Wettbewerb im Dienstleistungssektor von den irischen Behörden nicht als Schlüsselherausforderung gesehen wird.

4. Aus dem von Irland vorgelegten Durchführungsbericht 2006 geht hervor, dass Irland im Allgemeinen sehr gute Fortschritte bei der Umsetzung seines NRP macht. In dem Bericht werden neue Strategien und politische Vorschläge aufgeführt, die dazu geeignet sind, viele der von der Kommission angesprochenen Schwierigkeiten zu beseitigen. In folgenden Bereichen sind beträchtliche Fortschritte bei der Umsetzung der im irischen NRP genannten Maßnahmen erzielt worden: Liberalisierung im Energiebereich und verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen, weitere Verbesserung des Unternehmensumfelds (insbesondere für KMU) sowie Verminderung der Schulabbrecherquote. Ermutigende erste Fortschritte sind in folgenden Bereichen gemacht worden: Infrastrukturverbesserung, Umkehr der zu geringen Investitionen in FuE, Innovationsförderung, Verstärkung der Rentenpolitik, Erhöhung des Wettbewerbs (auch bei den professionellen Dienstleistungen), bessere Umsetzung der EU-Richtlinien in innerstaatliches Recht, Einführung umfassender Folgenbewertungen für geplante Rechtsvorschriften, Eingliederung benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt, Berufsförderung und verbesserter Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Diese Fortschritte müssen beibehalten und einige Maßnahmen weiter verstärkt werden.
5. Irland hat bei der Umsetzung der auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen zwar gewisse Fortschritte erzielt, doch um diese umfassend bewerten zu können, hat es nicht genügend Informationen vorgelegt. Im Bericht ist kein Ziel für die Investitionen in FuE bis 2010 angegeben, obschon eine neue, umfassende Strategie für die Bereiche Wissenschaft, Technik und Innovation angenommen wurde. Der Bericht besagt, dass Irland das Ziel, eine Unternehmensgründung binnen einer Woche über eine zentrale Anlaufstelle zu ermöglichen, bereits erfüllt. Es wurden Maßnahmen zur Ausweitung der Erziehung zum Unternehmertum ergriffen, doch diese ist noch nicht Bestandteil der Lehrpläne für alle Schüler. Zwar wird auf die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Jugendliche einen Arbeitsplatz finden oder binnen sechs Monaten nach Verlust ihres Arbeitsplatzes Fortbildungsmaßnahmen erhalten können, nicht direkt eingegangen, aber durch die frühzeitige Umsetzung von Plänen zur Ausdehnung der Unterstützung von Arbeitslosen zwischen 16 und 24 Jahren dürften Fortschritte möglich werden.
6. Im Jahr 2006 sind wirksame Anstrengungen (einschließlich parlamentarische Debatten) unternommen worden, um die bereits bestehende feste soziale Partnerschaft in Irland mittels eines auf 10 Jahre ausgelegten Rahmens bis zum Jahr 2016 weiter zu stärken. Bezüglich des geplanten nationalen Entwicklungsplans für den Zeitraum 2007-2013, der die Umsetzung großer Teile des NRP unterstützen soll, ist eine umfassende Konsultation aller Betroffenen erfolgt. Gleichwohl wurde der Durchführungsbericht als solcher im Gegensatz zum NRP vor seiner Fertigstellung nicht im Parlament erörtert. Die Kohärenz zwischen dem NRP und dem nationalen strategischen Rahmenplan für die Strukturfonds erscheint angemessen. Bei der Umsetzung seines NRP legt Irland weiterhin (gemeinsam mit dem VK) das Schwergewicht auf die grenzübergreifende Zusammenarbeit auf der gesamten irischen Insel, was für alle Beteiligten von großem zusätzlichen Nutzen ist.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Die Kommission teilt die im Durchführungsbericht zum Ausdruck gebrachte Einschätzung, dass die makroökonomische Leistung insgesamt beeindruckend gewesen ist und die mittelfristigen Aussichten nach wie vor gut sind. Die große, noch anhaltende Nettozuwanderung dürfte dazu beitragen, dass die Arbeitskosten moderat gehalten und das Angebotpotenzial der Wirtschaft erhöht werden können. Die Kommission teilt allerdings auch die im Durchführungsbericht geäußerten Bedenken in Bezug auf die zunehmenden Ungleichgewichte. Die Zunahme der Wirtschaftsleistung und der Arbeitsplätze gründet sich zunehmend auf die Tätigkeit im Wohnungsbausektor, deren derzeitiges, zu großes Ausmaß nicht zukunftsfähig ist, den Inflationsdruck erhöht und das Risiko mit sich bringt, dass es zu einer starken Abwärtsentwicklung der gesamten Wirtschaft kommt. Der erhebliche Anstieg der Wohnungspreise und der Verschuldung der privaten Haushalte könnte sich auf die mittelfristigen Wachstumsaussichten auswirken. Auch die jüngste Verschlechterung der externen Wettbewerbsfähigkeit ist nicht förderlich. Daher sollte durch umsichtige makroökonomische Steuermaßnahmen eine größere Ausgewogenheit der Wirtschaft angestrebt und den genannten Risiken entgegengewirkt werden.
8. Eine weitere Schlüsselpriorität sind laut dem NRP die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur sowie sonstige wachstumsfördernde Ausgaben. Zu den jüngsten Entwicklungen, die in diesem Zusammenhang im Durchführungsbericht erwähnt werden, zählen das Verkehrsinfrastrukturprogramm „Transport 21“ und der neueste mehrjährige Kapitalinvestitionsplan (bis 2010). Der neue nationale Entwicklungsplan für den Zeitraum 2007-2013 wird die Strategie für die Investitionen in Infrastrukturen, Humankapital und FuE vorgeben. Wie die unlängst zutage getretenen Mängel bei der Umsetzung zeigen, ist die Steuerung des sehr umfassenden Kapitalprogramms eine große Herausforderung für Irland. Die wichtigen jüngsten Initiativen zur Verbesserung der Bewertung, Verwaltung und Rechnungsführung im Zusammenhang mit umfangreichen Kapitalvorhaben dürften zur Bewältigung dieser Herausforderung beitragen. Es bestehen Bedenken, dass die sich auf das Baugewerbe beziehenden Teile des aktuellen NDP insofern den Inflationsdruck erhöht haben, als die Preise knapper Ressourcen erhöht wurden und dadurch das Risiko gestiegen ist, dass derartige Kapitalinvestitionen geringere Erträge abwerfen. Dies macht eine wohlüberlegte Prioritätensetzung für die Zukunft um so wichtiger.
9. Bezüglich der Tragfähigkeit der Wirtschaft und des Haushalts hat die Kommission festgestellt, dass der Alterssicherung und insbesondere der Angemessenheit des von ihr erfassten (noch immer unter den Zielen der Regierung liegenden) Bereichs größere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Im Durchführungsbericht werden im Haushaltsplan 2006 angekündigte Anreize erwähnt, die Personen mit geringem Einkommen aus besonderen fällig werdenden Sparanlagekonten oder Personen, die bisher nur wenig für ihre spätere Rente eingezahlt haben, veranlassen sollen, eine zusätzliche Rentenversicherung abzuschließen. Bei den politischen Fortschritten ist die „National Pensions Review“ zu erwähnen, die der *Pensions Board* im Oktober 2005 der Regierung vorgelegt hat, sowie der diesbezüglich im August 2006 vorgelegte Follow-up-Bericht, in dem Möglichkeiten für die Einführung einer

obligatorischen oder quasi obligatorischen Rentenversicherung geprüft werden, und die von der Regierung in dem Programm „Towards 2016“ gemachte Zusage, im Jahr 2007 ein Gröndbuch zur Rentenpolitik vorzulegen. Obschon sich die Rentenreform noch in einem fröhen Stadium befindet, wird das Gröndbuch einen wichtigen Beitrag zu einem Konsens über das weitere Vorgehen leisten.

10. Insgesamt dürfte die Schwerpunktlegung auf wachstumsfördernde Ausgaben und auf die Tragfähigkeit der Wirtschaft und des Haushalts einem weiteren Wachstum und der Schaffung weiterer Arbeitsplätze förderlich sein und die Umsetzung der geplanten Strukturreformen erleichtern.

Mikroökonomische Politik

11. Im NRP sind folgende vorrangigen mikroökonomischen Ziele vorgesehen: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Infrastruktur, der Rechtsetzung und der sozialen Eingliederung, Steigerung der Investitionen und der Effizienz im FuE-Bereich, Ermutigung zu mehr Innovation und Unternehmertum sowie nachhaltige Entwicklung.
12. In den Bereichen FuE und Innovation hat Irland gute Fortschritte erzielt. Der Anteil der Bruttoausgaben für FuE am BIP erhöhte sich von 1,35 % im Jahr 2002 auf 1,43 % im Jahr 2004. Aufgrund des starken Wirtschaftswachstums stiegen die Ausgaben der Unternehmen absolut betrachtet, blieben relativ gesehen jedoch stabil (0,93 % des BIP). Das für den Bereich FuE vorgegebene Ziel (2,5 % des BIP bis 2013) scheint erreichbar zu sein, wenngleich die diesbezügliche Bewertung dadurch erschwert wird, dass keine Zwischenziele (beispielsweise für das Jahr 2010) vorgesehen wurden. Die unlängst angenommene Strategie für Wissenschaft, Technik und Innovation bildet einen angemessenen Rahmen für einen Spitzenforschungsbereich, bei dem das Schwergewicht auf die Hochschulbildung und die Verbindungen zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen gelegt und das Engagement einheimischer Unternehmen (einschließlich KMU) im FuE-Bereich verstärkt wird. So ist geplant, eine Förderregelung für den Wissenserwerb und ein Innovationsvouchersystem einzuföhren. Darüber hinaus sollten weitere Maßnahmen ergriffen werden, die den Unternehmen dabei helfen, aus ihren Investitionen in FuE verstärkten Nutzen in Form von Innovationen zu ziehen und die Innovationen fördern und belohnen. Dazu beitragen könnte der vorgeschlagene Kommerzialisierungsfonds zur gewerblichen Verwertung der Grundlagenforschung ebenso wie vorgeschlagene Fonds für geistiges Eigentum, mit dem Einrichtungen und Unternehmen beim Erwerb und Umgang mit Patenten unterstützt werden sollen. Die Regierung hat Indikatoren für die Überwachung der Umsetzung dieser Strategie festgelegt, doch bisher wurden nur unzureichende Informationen über die Haushaltsmittelzuweisung, über die Fristen, über die möglichen Hebelwirkungen in bezug auf die Investitionen des Privatsektors und über die bisher erzielten Fortschritte übermittelt.
13. Im Durchführungsbericht wird eine breite Palette von Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit genannt, von denen einige erhebliche Folgen für die KMU mit sich bringen. Zu den politischen Maßnahmen zugunsten der KMU und zum Thema Erziehung zum Unternehmertum werden hingegen nur wenige Angaben gemacht, wenngleich gewisse Fortschritte erkennbar sind. Auch das Thema Gründung junger Unternehmen wird nicht ausführlich behandelt. Allerdings besteht

in Irland eine Regelung, die eine Unternehmensgründung innerhalb von fünf Tagen ermöglicht. Im Durchführungsbericht wird lediglich erwähnt, dass zentrale Anlaufstellen für junge Unternehmen eingerichtet worden sind und es nunmehr möglich ist, binnen einer Woche ein Unternehmen zu gründen. Es wurde eine Beratergruppe für Unternehmen eingesetzt, die sich aus erfahrenen Unternehmern zusammensetzt und eine willkommene neue institutionelle Vorkehrung darstellt. Des Weiteren wurden mehrere Initiativen für eine bessere Rechtsetzung ergriffen, die unter anderem Folgenabschätzungen zu neuen Rechtsvorschriften einschließen. Auch wurden Maßnahmen zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften auf den Weg gebracht. Allerdings wird im Durchführungsbericht nicht ausführlich auf die Frage der Verringerung des Bürokratieaufwands der Unternehmen eingegangen. Im IKT-Bereich wurden gute Fortschritte beim Ausbau der Breitbandnetze, bei der Einbeziehung in die Informationstechnologie und beim elektronischen Geschäftsverkehr erzielt, wengleich es noch an spezifischen Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der IKT-Industrie mangelt. Die Regierung plant, spätestens Ende 2006 einen Aktionsplan zur Wissensgesellschaft anzukündigen. Im März wurde ein neues Wettbewerbsgesetz erlassen. Die Wettbewerbsbehörde hat drei umfangreiche Studien über das Versicherungswesen, das Bankenwesen und die freien Berufe durchgeführt. In Bezug auf die Industriepolitik steht der Durchführungsbericht im Einklang mit dem NRP, dessen Umsetzung voranschreitet.

14. Irland hat seine Umsetzung der EU-Binnenmarktvorschriften in innerstaatliches Recht verbessert, und das Defizit liegt nunmehr unter den als Zwischenziel angestrebten 1,5 %. Das Maßnahmenpaket zum öffentlichen Beschaffungswesen ist nur teilweise umgesetzt worden; die restlichen Maßnahmen sollten dringend nachgeholt werden.
15. Was die Deregulierung des Elektrizitätsmarktes anbelangt, so werden inzwischen 42 % der Gesamtnachfrage durch unabhängige Lieferanten gedeckt. Als weitere Fortschritte auf diesem Gebiet sind das unlängst eingeführte unabhängige Stromnetz und die gegenwärtige Elektrizitätsmarktzusammenlegung mit Nordirland zu nennen. Es werden Fortschritte bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung von erneuerbaren Elektrizitätsquellen und Biokraftstoffen gemeldet. Es ist zu begrüßen, dass das Ziel für das Jahr 2010 nach oben (auf 15 %) korrigiert wurde. Der Revision der irischen Strategie für die Anpassung an den Klimawandel wird entscheidende Bedeutung zukommen, da Irland, um seine Ziele zu erreichen, weitere politische Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung wird festlegen müssen. Bezüglich der Einführung einer Straßenmaut oder von verkehrsabhängigen Straßennutzungsgebühren werden keine Fortschritte vermeldet, obschon diese Fragen im NRP erwähnt werden.
16. Insgesamt hat Irland gute Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung seiner mikroökonomischen Schlüsselherausforderungen erzielt.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen

17. Wichtigste Arbeitsmarktherausforderungen im jährlichen Fortschrittsbericht 2006 waren die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und die Entwicklung hoch qualifizierter und anpassungsfähiger Arbeitskräfte.

18. Die neuen Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots beinhalten Verbesserungen bei den Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitslosigkeit, ihre Ausdehnung auf Personen zwischen 55 und 64 Jahren sowie die Zusage, diese aktive Unterstützung auf Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und Arbeitslose zwischen 16 und 24 Jahren auszudehnen. Für den Zeitraum 2006 bis 2010 wurde ein neues nationales Programm für Investitionen in die Kinderbetreuung aufgelegt, in dessen Rahmen 50.000 Kindergartenplätze geschaffen werden sollen, und es wurde eine Beihilfe für die Betreuung kleiner Kinder in Höhe von 1.000 € jährlich eingeführt. Bezüglich der geplanten Reformmaßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, die sich auf die Beihilfen für Alleinerziehende auswirken würde, wurde eine Konsultation in Gang gesetzt.
19. Die Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots sind im Großen und Ganzen positiv zu bewerten. Große Aufmerksamkeit wird auch dem erfolgreichen Übergang nicht erwerbstätiger und marginalisierter Gruppen wie Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und Nichtseßhafte („travellers“) von der Erwerbslosigkeit zur nachhaltigen Beschäftigung gewidmet. Dieser Übergang setzt jedoch voraus, dass die hierfür notwendigen Dienstleistungen (z.B. eine umfassende Kinderbetreuung und marktgesteuerte Schulungsmaßnahmen) auf die Bedürfnisse der betroffenen Gruppen zugeschnitten werden. Derart effiziente Dienstleistungen werden auch von wesentlicher Bedeutung für eine größere Geschlechtergleichheit auf dem irischen Arbeitsmarkt sein, wenngleich die unlängst erfolgte Minderung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles begrüßt wird. Die Umsetzung der nationalen Strategie zur Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen und die einschlägigen sektorspezifischen Pläne des zuständigen Ministeriums (mit Vorschlägen für eine umfassende Beschäftigungsstrategie für Menschen mit Behinderungen) ist ein positiver Schritt. Die immer wichtiger werdende Rolle der Zuwanderer (derzeit rund 10 % aller Arbeitskräfte) macht es erforderlich, verstärkt auf ihre wirksame Eingliederung in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu achten.
20. Derzeit laufen Studien zur Vorbereitung der nationalen Qualifikationsstrategie, die im Jahr 2007 eingeführt werden soll, und es wurden zusätzliche Mittel für die laufenden Programme zur Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte bereitgestellt. Wie dringend dieses Problem ist, zeigt sich in der Tatsache, dass rund 38 % der 25- bis 64jährigen einen Bildungsabschluss unterhalb des Sekundarbereichs II haben (Stand: 2003) und die Teilnahmequote an Maßnahmen zum lebensbegleitenden Lernen nur bei 8 % und damit weit unter dem EU-Durchschnitt (11 %) liegt. Die neue Strategie dürfte die Ausarbeitung eines kohärenten Ansatzes zur Anpassung der allgemeinen und beruflichen Bildungsmaßnahmen auf die Erfordernisse des Marktes weiter erleichtern. Es ist deutlich der Wille zu erkennen, stärker auf die Bedürfnisse der gering qualifizierten Arbeitskräfte (einschließlich der älteren Arbeitskräfte) einzugehen, doch es dürfte zusätzlich erforderlich sein, mit neuen Ansätzen dafür Sorge zu tragen, dass diesen Gruppen Möglichkeiten bzw. stärkere Anreize zur Teilnahme an weiteren Maßnahmen zur allgemeinen oder beruflichen Bildung geboten werden.
21. Es wurden weitere Fortschritte bei der Senkung der Schulabbrecherquote erzielt (Rückgang auf 12,3 % im Jahr 2005), und inzwischen haben 86,1 % der 20- bis 24jährigen zumindest die Sekundarstufe II abgeschlossen. Durch die schrittweise

Einführung des Aktionsplans zur Eingliederung in das Bildungswesen dürften weitere Fortschritte erzielt werden.

22. Die bisher ergriffenen Maßnahmen zeugen insgesamt von einem hohen Engagement in Bezug auf die Bewältigung der zentralen Fragen, die sich im Hinblick auf die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und der Qualifikationen stellen.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
24. Irland macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms und der Verwirklichung der auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen sehr gute Fortschritte. Zudem ist die Umsetzung der Strategie für Wachstum und Beschäftigung vor allem durch das Sozialpartnerschaftsabkommen „Towards 2016“ politisch sichtbar geworden.
25. In positiver Hinsicht sind, was das nationale Reformprogramm Irlands und seine Umsetzung anbelangt, folgende Punkte hervorzuheben: die unlängst angenommene Strategie für Wissenschaft, Technik und Innovation im Zeitraum 2007-2013 und die beträchtliche Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung, die Anerkennung der Notwendigkeit, den öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und anderen wachstumsfördernden Ausgaben vorrangige Bedeutung beizumessen sowie die zur Senkung der Schulabbrecherquote und zur Verbesserung der Qualifikationen ergriffenen Maßnahmen einschließlich der begrüßenswerten Zusage, bis 2007 eine langfristige nationale Qualifikationsstrategie auszuarbeiten.
26. Während der Laufzeit seines nationalen Reformprogramms wird es für Irland darauf ankommen, sich auf folgende Ziele zu konzentrieren: schnellere Fortschritte bei der Konzipierung von konkreten Maßnahmen zur Reform der Altersversorgungsvereinbarungen, weitere Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung sowie raschere Fortschritte bei der Steigerung der Erwerbsbeteiligung (insbesondere durch Aufbau einer umfassenden Kinderbetreuungsinfrastruktur, Weiterentwicklung einer geeigneten Zuwanderungspolitik und besondere Gewichtung der Unterstützung älterer und gering qualifizierter Arbeitskräfte). Bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung sollte ein Zwischenziel für das Jahr 2010 gesetzt werden, und die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt sollte, da sie die mittelfristigen Wachstumsaussichten trüben könnte, eng überwacht werden.

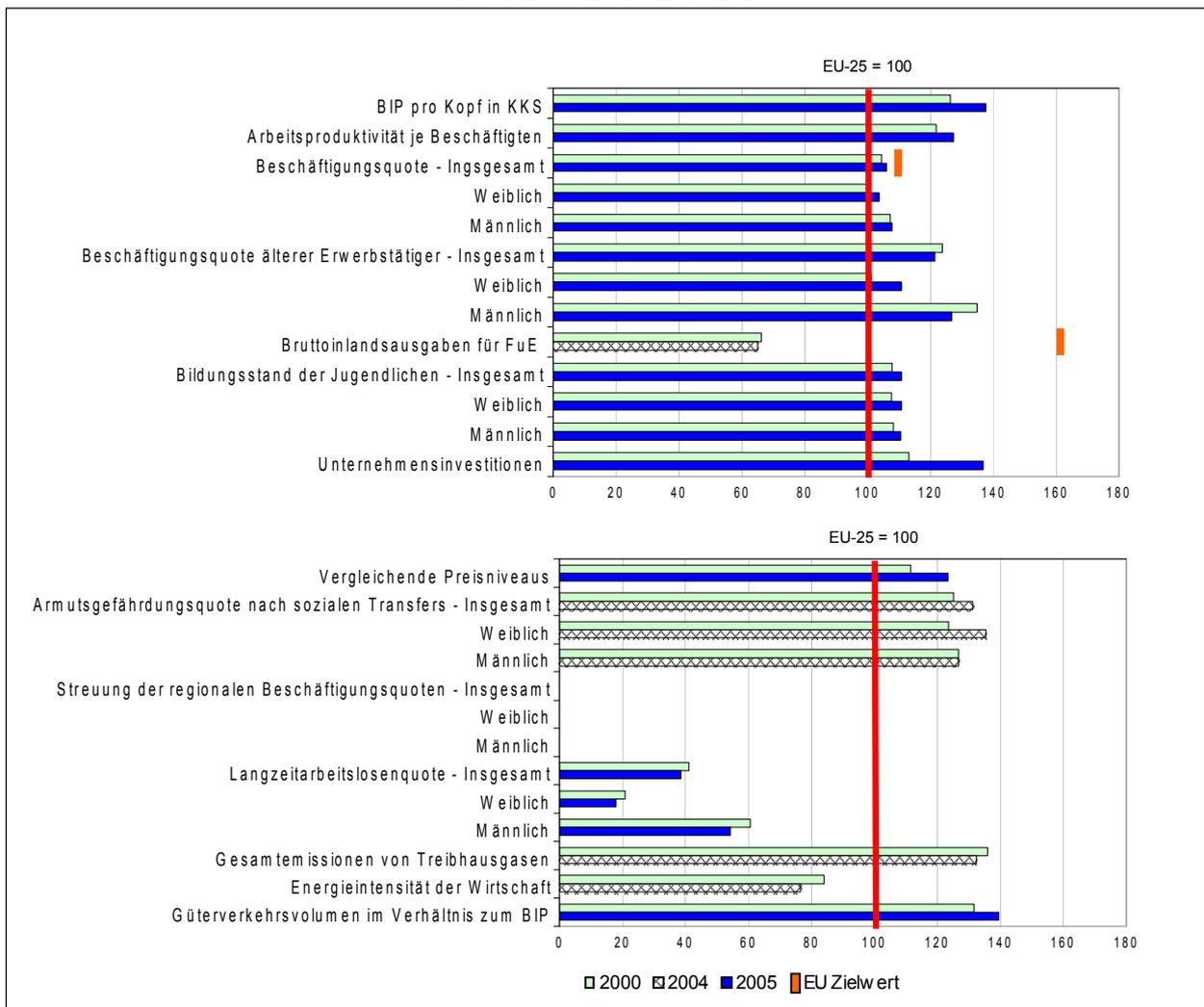
TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

IRLAND

	IE							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	126.3	128.5	132.3	133.7	135.8	137.5		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	121.8	123.3	127.1	127.9	128.3	127.4		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote							:				70.0
Insgesamt	65.2	65.8	65.5	65.5	66.3	67.6		62.4	63.3	63.8	
Weiblich	53.9	54.9	55.4	55.7	56.5	58.3		53.6	55.7	56.3	
Männlich	76.3	76.6	75.4	75.2	75.9	76.9		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	45.3	46.8	48.0	49.0	49.5	51.6		36.6	41.0	42.5	
Weiblich	27.2	28.7	30.8	33.1	33.7	37.3		26.9	31.7	33.7	
Männlich	63.2	64.6	65.0	64.6	65.0	65.7		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.23e	1.10e	1.10e	1.16e	1.21ep	1.25ep	*	1.86e	1.86e		3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	82.6	83.9	84.0	85.1p	85.3p	85.8p		76.6	77.1	77.5	
Weiblich	85.6	87.4	87.3	88.5p	88.4p	88.9p		79.5	80.1	80.3	
Männlich	79.7	80.4	80.7	81.6p	82.3p	82.6p		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	111.6	116.0	122.4	126.6	123.1p	123.4p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	20.7	18.8	18.1	19.2	20.9	23.8		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	20.0	21.0		21.0b	21.0			16.0e	16.0e		
Weiblich	21.0	23.0		22.0b	23.0			17.0e	17.0e		
Männlich	19.0	20.0		20.0b	19.0			15.0e	15.0e		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	13.4	12.2	11.9	
Weiblich	-	-	-	-	-	-	-	20.5	17.3	16.9	
Männlich	-	-	-	-	-	-	-	9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	1.6	1.3	1.4	1.6	1.6	1.5		3.9	4.1	3.9	
Weiblich	1.0	0.8	0.8	1.0	1.0	0.8		4.8	4.7	4.5	
Männlich	2.0	1.7	1.8	1.9	2.0	1.9		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	123.2	126.5	123.7	122.6	122.7			90.7	92.7		
Energieintensität der Wirtschaft	175.1	172.5	166.1	155.2	156.9			208.8	204.9		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	131.8	125.3	135.3	141.6	148.4	146.0		100.1e	104.6be	104.7e	

* Nationaler Zielwert: 2,5% (2013) des Bruttonationalprodukt (BNP)

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Italien

Bewertung des Nationalen Reformprogramms

1. Das Wirtschaftswachstum in Italien lag seit Beginn der 90er Jahre ständig unter dem EU-Durchschnitt. Demzufolge dürfte das Pro-Kopf-BIP Italiens im Jahre 2006 auf unter 102 % des EU-Durchschnitts gefallen sein, gegenüber mehr als 116 % im Jahre 1995. Die Prognosen für 2006 deuten auf eine Verbesserung der Wirtschaftssituation hin, das Wachstum des realen BIP dürfte jedoch weiterhin unter dem EU-Durchschnitt liegen. Der öffentliche Schuldenstand liegt seit 2003 über 3 % des BIP. Der Schuldenstand ist nach wie vor sehr hoch und hat seit 2005 wieder zugenommen. Positiv ist anzumerken, dass Italien im letzten Jahrzehnt ein kräftiges Beschäftigungswachstum zu verzeichnen hatte, und die Arbeitslosenquote im ersten Halbjahr 2006 auf 7 % der Erwerbstätigen gefallen ist, d.h. unter den EU-Durchschnitt. Gleichwohl liegt die auf 58,6 % für das Jahr 2006 projizierte Beschäftigungsquote deutlich unter dem EU-Durchschnitt - und im Süden noch niedriger.
2. Strukturelle Schwächen, die zu einem niedrigen Produktivitätswachstum und nachlassender Wettbewerbsfähigkeit führen, sind der Grund für die schwache Wachstumsleistung Italiens in den letzten Jahren. Eine Umkehr dieses Trends erfordert eine wirtschaftspolitische Strategie mit makroökonomischer Stabilität, mikroökonomischen Reformen zur Steigerung des Wettbewerbs und zur Verbesserung der organisatorischen Effizienz sowie der Fähigkeit zur Innovation des italienischen Produktionssystems. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Anhebung der Arbeitsmarktbeteiligung und der Beschäftigung erforderlich, wobei regionale Ungleichgewichte auszugleichen sind. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen im Hinblick auf ihre langfristige Tragfähigkeit ist eine notwendige Vorbedingung für diese Strategie, die wirtschaftliche Unsicherheiten verringert, günstigere Investitionsbedingungen sowie Spielraum für zusätzliche Ausgaben für Humankapital und Infrastrukturmaßnahmen schafft.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Die sechs Schwerpunkte des Nationalen Reformprogramms (NRP) für 2005-2008 wurden in diesem Jahr weitgehend bestätigt. Hierzu gehören die Gewährleistung einer langfristigen finanziellen Tragfähigkeit, die Erweiterung der Wahlfreiheit für Bürger und Unternehmen, die Schaffung von Anreizen für wissenschaftliche Forschung und technologische Innovation, die Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung, die Modernisierung der Infrastruktur und der Umweltschutz. In ihrem Fortschrittsbericht für 2006 deutete die Kommission darauf hin, dass stärkere Maßnahmen notwendig sind: finanzpolitische Nachhaltigkeit, Stärkung des Wettbewerbs, insbesondere in netzgebundenen Wirtschaftszweigen, Erweiterung des Arbeitskräfteangebots und Steigerung der Beschäftigungsquoten, einschließlich der Behandlung regionaler Ungleichgewichte.
4. Der von der neuen Regierung vorgelegte Umsetzungsbericht für 2006 bemüht sich um eine Beseitigung der von der Kommission aufgezeigten Schwächen,

insbesondere durch Einbeziehung makroökonomischer und beschäftigungspolitischer Maßnahmen, die im Jahre 2005 weitgehend getrennt vom NRP behandelt worden waren, sowie durch Bereitstellung detaillierterer Informationen über konkrete und zeitgerichtete Maßnahmen, insbesondere im mikroökonomischen Bereich. Gegenüber dem letzten Jahr gab es eine erhebliche Straffung des NRP. Wirksame Maßnahmen müssen nun den ehrgeizigen Ansprüchen entsprechen, um die genannten Maßnahmen umzusetzen, damit die Wettbewerbslücke zwischen der italienischen Wirtschaft und den Volkswirtschaften der anderen Länder des Eurogebiets geschlossen werden kann.

5. Gute Fortschritte bei der Umsetzung des gestrafften nationalen Reformprogramms wurden im Hinblick auf die Verbesserung des Wettbewerbs und die Vereinfachung der Rechtsvorschriften für freie Berufe sowie im Hinblick auf die Ausweitung des IT-Einsatzes erzielt. Es gab ermutigende Fortschritte bzw. eine eindeutige Verpflichtung zur Fortführung der finanzpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen, zur Festlegung von Zielen und Maßnahmen zur Förderung der FuE-Investitionen, zur fristgerechten Umsetzung von EU-Richtlinien in einzelstaatliches Recht, zur Liberalisierung der Energiemärkte, zur besseren Rechtssetzung, einschließlich der Einrichtung einer dem Premierminister zugeordneten Zentralstelle, zur Einrichtung einer kohärenten Strategie für Infrastrukturinvestitionen, zur Verbesserung des Umweltschutzes, zur Berücksichtigung von "flexicurity", zur Integration benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt und zur Reduzierung der Lohnnebenkosten. In allen genannten Bereichen müssen die geplanten Maßnahmen vollständig und unverzüglich verwirklicht werden. Weitere Fortschritte sind notwendig in folgenden Bereichen: Umsetzung der Rentenreform und Kontrolle der Gesundheitsausgaben, wirksamere Arbeitsvermittlung im ganzen Land, verbesserter Zugang zur Kinderfürsorge, Verringerung der Schulabbrecherquote, Universitätsreform sowie Entwicklung einer umfassenden Strategie für das lebenslange Lernen.
6. Unterschiedliche Fortschritte wurden bei der Verwirklichung der bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Sonderverpflichtungen erzielt. Für FuE-Investitionen wurde ein Ziel festgelegt und Maßnahmen ergriffen, um die Wirksamkeit zentraler Anlaufstellen für Geschäftsgründungen zu erhöhen. Allerdings macht der Umsetzungsbericht keine Angaben über die Ausbildung im Fach "Betriebsführung", Maßnahmen zur Gewährleistung, dass arbeitslose Jugendliche innerhalb von sechs Monaten einen Arbeitsplatz oder eine ordentliche Ausbildung erhalten, bzw. Maßnahmen, die es Unternehmen ermöglichen, ihren ersten Beschäftigten über eine einzige Kontaktstelle einzustellen.
7. Anhörungen und Bemühungen um Berücksichtigung des Nationalen Reformprogramms auf nationaler und kommunaler Ebene sowie durch die Sozialpartner wurden verstärkt. Die neue italienische Regierung hat die Praxis der Vorgängerregierung, einen nationalen Koordinator auf höherer Ministerebene einzusetzen, fortgeführt. Die Einrichtung eines ministeriumsübergreifenden technischen Ausschusses, um die Umsetzung des NRP anzuschieben, ist im Hinblick auf die Koordination ebenfalls positiv anzumerken. Weitere positive Maßnahmen wurden ergriffen, um die Überwachung und die öffentliche Sensibilisierung für den Reformprozess zu verbessern. Der Umsetzungsbericht verweist auf die notwendigen Verbindungen zwischen der Strategie für Wachstum und Beschäftigung sowie dem

nationalen strategischen Rahmenplan zur Investition der EU-Strukturfondsmittel im Zeitraum 2007-2013.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

8. Der Umsetzungsbericht bestätigt und betont die Konsolidierung und langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als Kernpunkt einer umfassenden Strategie zur Beseitigung der Schwächen der italienischen Wirtschaft und zur Stärkung ihres Wachstumspotenzials.
9. Die gegenwärtig hohe Verschuldung und die Haushaltsschwächen bergen ein Risiko für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, das durch die Auswirkungen einer alternden Bevölkerung auf die öffentlichen Ausgaben verschärft wird. Die Strategie zur Finanzkonsolidierung bestätigt die Verpflichtung zum Abbau des gesamtstaatlichen Defizits auf unter 3 % des BIP bis zum Jahre 2007. Die im Haushaltsentwurf für 2007, der bis Ende des Jahres vom Parlament verabschiedet werden soll, vorgesehenen Korrekturmaßnahmen für 2007 scheinen angemessen, um dieses Ziel zu erreichen. Somit ist die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes für 2007 entsprechend den angegebenen Zielen und seiner rigorosen Verwirklichung ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die langfristige finanzielle Tragfähigkeit. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes sieht ebenfalls Maßnahmen im Umfang von 1,3 % des BIP vor, um wachstumsfördernde und Umverteilungsmaßnahmen zu finanzieren, wozu auch die Verringerung der Ausgaben für Beschäftigung gehören. Auch nach 2007 will die Regierung die finanzielle Konsolidierung fortsetzen, um die Schulden auf unter 100 % des BIP bis 2011 zu senken. Die Verwirklichung dieses Ziels erfordert glaubwürdige Haushaltsstrategien in den betreffenden Jahren und ihre rigorose Anwendung.
10. Der Umsetzungsbericht anerkennt, dass die vollständige Umsetzung der laufenden Rentenreformen entscheidend ist, um die Steigerung der alterungsbedingten öffentlichen Ausgaben langfristig zu begrenzen. In diesem Zusammenhang gibt die wiederholte Verschiebung der Anpassung der versicherungsmathematischen Koeffizienten an die Lebenserwartung Anlass zur Sorge. Der Bericht weist darauf hin, dass die Regierung und die Sozialpartner demnächst Verhandlungen aufnehmen, um das Rentensystem weiter zu verbessern: Es ist wichtig, dass seine langfristige Tragfähigkeit gewahrt bleibt. Der Erfolg der Rentenreformen im Hinblick auf die finanzielle Tragfähigkeit und die soziale Gerechtigkeit hängt auch von weiteren Fortschritten bei der Erhöhung der Erwerbsquote, insbesondere bei Frauen und älteren Arbeitnehmern, ab. Die Erhöhung der finanziellen Tragfähigkeit der Gesundheitssysteme, wobei gleichzeitig der Zugang zu einem hochwertigen Angebot gewahrt werden soll, ist eine große Herausforderung. Maßnahmen zur Stärkung der Tragfähigkeit wurden ergriffen. Einige Regionen überschreiten jedoch nach wie vor die Ausgabenobergrenzen.
11. Italien verpflichtet sich eindeutig zu langfristiger finanzieller Tragfähigkeit, es gibt jedoch erhebliche Risiken. Entscheidend ist die vollständige Umsetzung des für 2007 vorgeschlagenen Haushalts einhergehend mit einer noch rigoroseren Konsolidierung in den nächsten Jahren. Die Umsetzung der Rentenreform und die Intensivierung der

vorgeschlagenen Maßnahmen für die Renten und das Gesundheitswesen sind ebenfalls unerlässlich.

Mikroökonomische Politik

12. Das italienische NRP betont vier mikroökonomische Prioritäten: FuE, "Wahlfreiheit für Bürger und Unternehmen", Infrastruktur und Umweltschutz. Der Bericht hebt insbesondere die Stärkung des Wettbewerbs und die Vertiefung des Binnenmarktes hervor.
13. Durch neue Initiativen und die Verstärkung vorhandener Instrumente soll nach Angaben des Berichts das ehrgeizige Ziel, bis 2010 2,5 % des BIP in FuE zu investieren, verwirklicht werden. Mit Hilfe von Sondermaßnahmen sollen öffentlich-private Partnerschaften gefördert werden, wozu auch eine neue Steuergutschriftregelung zur Förderung der Kooperation zwischen Unternehmen und Forschungsinstitutionen gehört. Ferner soll die öffentliche Förderung der Innovationen verschlankt und vereinfacht werden. Darüber hinaus soll die Zahl der Forscher an Universitäten und Forschungsinstituten erhöht werden. Die Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, sind jedoch nicht Teil eines umfassenden strategischen Rahmenplans, was die Beurteilung, inwieweit sie die gegenwärtig stabilen Trends bei den FuE-Ausgaben verändern können, schwierig macht. Um die Effizienz der öffentlichen FuE-Ausgaben zu verbessern, sieht der Bericht die Einrichtung einer unabhängigen Bewertungsagentur für Universitäten und Forschungseinrichtungen vor, die die Effizienz der öffentlichen FuE-Ausgaben verbessern helfen soll. Allerdings werden keine Einzelheiten genannt, wie beispielsweise die Mobilität der Forscher verbessert bzw. die Reform und Internationalisierung der Hochschulen vorangebracht werden kann.
14. Maßnahmen zur Verbesserung und Ausweitung der IT-Nutzung wurden rationalisiert. Fortschritte werden erzielt. Der Bericht beschreibt die innovative Nutzung von IT im Zusammenhang mit der Bewahrung des kulturellen Erbes, der Digitalisierung der Justiz- und Polizeibehörden und der Ausweitung von e-governance für KMU. Der Bericht behandelt Themen der elektronischen Kommunikation (digitales Fernsehen, Breitband), die im ursprünglichen NRP weitgehend fehlten, wozu auch Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Breitbandabdeckung in ländlichen Gebieten gehören.
15. Der Umsetzungsbericht misst der Verbesserung des Wettbewerbs und der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften großen Wert bei. Ein ministeriumsübergreifender Ausschuss wurde eingerichtet, um die Umsetzung der EU-Vorschriften zu überwachen, zu beschleunigen und zu verbessern. Interne Vorschriften werden geändert, damit Italien Richtlinien rascher in nationales Recht umsetzen kann. Obwohl es in jüngster Zeit Fortschritte gegeben hat, liegt der Anteil der nicht rechtzeitig umgesetzten Richtlinien deutlich über dem Ziel von 1,5 %. Die Regierung hat kürzlich weitreichende Reformen beschlossen, um wettbewerbsbeschränkende Vorschriften bei den freien Berufen und in anderen Dienstleistungsbereichen, einschließlich Banken und Versicherungen, Taxidienste und Einzelhändler, zu beseitigen. Gesetzesentwürfe hinsichtlich der Liberalisierung der Energiemärkte und der kommunalen öffentlichen Dienste wurden dem Parlament vorgelegt. Dieser Prozess muss fortgesetzt und ordnungsgemäß umgesetzt werden. Die ergriffenen Maßnahmen zur Einführung eines Programms zum Erlass oder zur

Verminderung von Geldbußen (Kronzeugenregelung) für Unternehmen, die Kartelle offenlegen, werden begrüßt.

16. Es gibt eine eindeutige Verpflichtung zur Verbesserung des Unternehmensumfelds. Eine Task Force für bessere Rechtsetzung wurde eingerichtet. Mehrere Initiativen laufen bereits, zum Beispiel die Studie empfehlenswerter Verfahren zur Vereinfachung, das Pilotprojekt zur Ermittlung der Verwaltungskosten (das auch KMU betrifft) und der Erlass zur Aufhebung aller überflüssigen Gesetze aus der Zeit vor 1970. Eingeführt wurde ein neues Konkursgesetz. Das Programm sieht auch neue Maßnahmen vor, unter anderem die Einführung von Gruppenklagen in das Rechtssystem, die Ausweitung und Verstärkung zentraler Anlaufstellen und die Vereinfachung der Verfahren zur Unternehmensgründung. Diese Initiativen sollen dazu beitragen, die Belastung der Unternehmen zu senken. Das NRP erwähnt eine Folgenabschätzung, allerdings werden nur wenig Informationen über künftige Maßnahmen gegeben.
17. Der Umsetzungsbericht beschreibt einen strategischen Rahmen und vorrangige Vorhaben zur Verbesserung der Straßen-, Schifffahrts- und Schieneninfrastruktur sowie der IT-Nutzung zur Überwachung und Steuerung des Verkehrs. Diese Infrastrukturverbesserungen werden dringend benötigt. Der Umsetzungsbericht erörtert weder die Möglichkeiten öffentlich-privater Partnerschaften noch die einer Anlastung der Infrastrukturkosten zur Beschleunigung der Umsetzung und zur Gewährleistung der Effizienz und Nachhaltigkeit.
18. Der Umsetzungsbericht betont in gewisser Weise den Umweltschutz. Haushaltsauswirkungen und weitergehende Folgen für die Umwelt und die Wirtschaft werden jedoch nicht umfassend bewertet. Die Notwendigkeit, die gegenwärtige Politik zu ändern, um den Klimawandel zu bekämpfen, wird anerkannt; allerdings werden nur begrenzt Einzelheiten angegeben, wie dies erreicht werden soll. Eine Überprüfung des nationalen Plans zur Reduzierung der CO₂-Emissionen wird gegenwärtig durchgeführt.
19. Die im Umsetzungsbericht genannten mikroökonomischen Maßnahmen haben, sofern sie rasch und wirksam synergetisch mit makroökonomischer Stabilität und Arbeitsmarktreformen umgesetzt werden, das Potenzial, die Abhängigkeit Italiens von traditionellen Sektoren zu verringern, den KMU zu Wachstum zu verhelfen sowie zur Gründung neuer Unternehmen beizutragen und somit die italienische Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Allerdings steckt die Umsetzung noch in den Anfängen, und es verbleiben noch große Probleme.

Beschäftigungspolitik

20. Der Umsetzungsbericht bestätigt, dass Aus- und Fortbildung Vorrang haben, und die Herausforderung zur Steigerung des Arbeitsangebots und zur Erhöhung der Erwerbstätigenquoten in das Zentrum des Reformprogramms gerückt werden, wodurch ein kohärenterer und umfassenderer politischer Rahmen geschaffen wird.
21. Bei der Umsetzung der NRP-Maßnahmen gibt es Unterschiede: Obwohl sich die Leistung der Arbeitsvermittlungen durchschnittlich verbessert hat, weisen sie im Süden deutliche Rückstände auf. Das landesweite EDV-System für den Arbeitsmarkt ist noch nicht vollendet. Einige Maßnahmen zur Förderung der

Arbeitskräftemobilität in Italien kommen voran, obwohl das geänderte Berufsbildungssystem noch nicht vollständig eingerichtet ist. Der Bericht kündigt neue Maßnahmen zur Bewältigung der Beschäftigungsunterschiede zwischen Nord und Süd und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie an, allerdings sind weitere Verbesserungen der Kinderfürsorge notwendig. Die Finanzierung von Hilfen, damit Benachteiligte einen Arbeitsplatz erhalten, wird ausgeweitet. Die Verbindung mit der nationalen Strategie für sozialen Schutz und soziale Eingliederung wird hervorgehoben.

22. Die Senkung der Lohnnebenkosten für Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen sowie für einige Sonderkategorien (wie FuE-Personal und Lehrlinge) soll stabile Beschäftigungsverhältnisse und die Wettbewerbsfähigkeit fördern. Die vorgeschlagene Absenkung ist für unbefristet Beschäftigte in südlichen Regionen höher und fällt für benachteiligte Frauen in diesen Regionen noch umfangreicher aus, wodurch regionale Unterschiede und die niedrige Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen im Süden ausgeglichen werden sollen.
23. Es gibt Initiativen zur Kombination von Arbeitsmarktflexibilität mit erhöhtem Sozialschutz durch ausgeweitete soziale Rechte für Zeitarbeiter und die Erhöhung ihrer Sozialversicherungsbeiträge, was zu höheren Rentenansprüchen führt. Weitere Maßnahmen sind notwendig. Der Bericht verkündet die Absicht, ein neues System der Arbeitslosenversicherung einzurichten. Bisher nicht näher beschriebene neue Maßnahmen sind im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vorgesehen.
24. Die Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung von Humankapitalinvestitionen kommt voran, allerdings in einigen Bereichen nur schleppend. Beispiele sind Beratungs- und Orientierungssysteme, die Transparenz von Ausbildungsmöglichkeiten und die Validierung erworbener Kenntnisse. Wenig Informationen gibt es zu den jüngsten Reformen im Bereich Aus- und Fortbildung, unter anderem auch bei den Hochschulen, die anscheinend unterbrochen wurden. Dem Bericht täten nähere Angaben zu den stark benötigten Maßnahmen gegen einen frühzeitigen Schulabbruch und zur Verbesserung der Bildung im ganzen Land gut. Trotz einiger Fortschritte müssen im Bereich der Fortbildung der Arbeitnehmer weitere erhebliche Anstrengungen im Zusammenhang mit der Entwicklung einer umfassenden Strategie für lebenslanges Lernen unternommen werden.
25. Insgesamt wird auf einige Fortschritte in einer Reihe von Bereichen der Beschäftigungspolitik hingewiesen. Die Beschreibung der verschiedenen Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf Inhalte, Zeitpläne und Ergebnisse, reicht häufig nicht aus, um zu beurteilen, ob sie angemessen sind.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

26. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
27. Im Vergleich zum nationalen Reformprogramm des letzten Jahres verfolgt der italienische Umsetzungsbericht eine klarere Strategie und befasst sich mit allen

Politikbereichen und den Synergien zwischen ihnen. Somit ist er ehrgeiziger. Die größten Fortschritte gibt es im mikroökonomischen Bereich. Die im Makrobereich vorgeschlagenen Strategien und Maßnahmen sind im allgemeinen angemessen, aber entscheidend ist die Umsetzung. Die Beschäftigungspolitik muss in einigen Schlüsselbereichen verstärkt werden. Die Fortschritte beim Erreichen der bei der Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr 2006 vereinbarten Verpflichtungen waren durchwachsen.

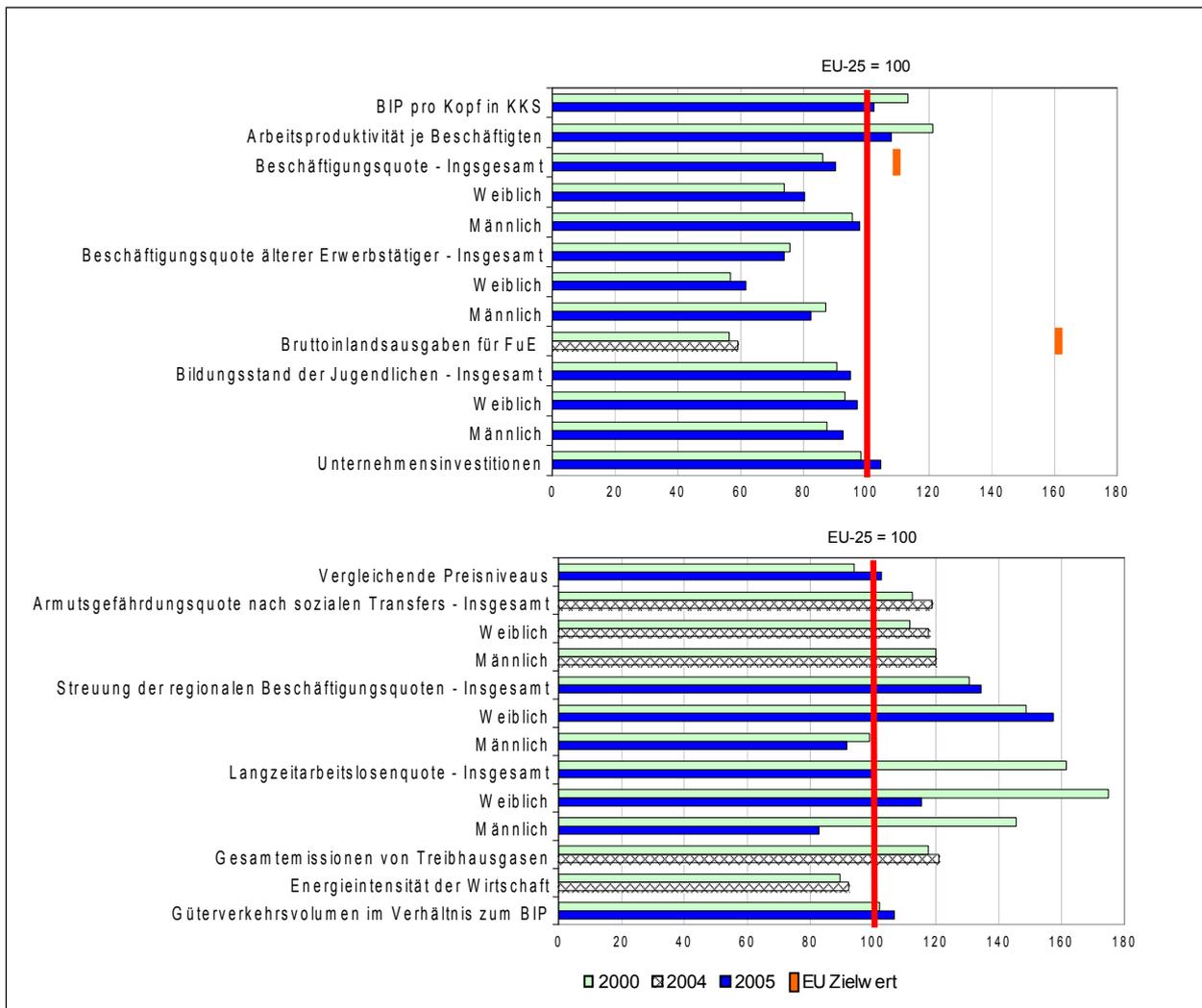
28. Zu den Stärken des italienischen Umsetzungsberichts gehören Maßnahmen zur Verbesserung des Wettbewerbs bei den freiberuflichen und anderen Dienstleistungen, Initiativen für eine stärkere IT-Nutzung sowie Maßnahmen zur Intensivierung der Koordinierung der Maßnahmen zur Verbesserung des Unternehmensumfelds.
29. In folgenden Bereichen des italienischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: haushaltspolitische Nachhaltigkeit, in deren Rahmen Verpflichtungserklärungen in wirksames Handeln umgesetzt werden müssen, Wettbewerb auf dem Produkt- und Dienstleistungsmarkt, wo die konsequente Umsetzung der vorgeschlagenen Reformen eine erste Grundlage für Fortschritte bieten sollte; Erhöhung der regulären Beschäftigung sowie Verbesserung von Bildung und lebenslangem Lernen. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Italien:
- die Haushaltskonsolidierung rigoros fortsetzt, um die Schuldenquote abzubauen, und die Rentenreform vollständig umsetzt, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern;
 - die Umsetzung der unlängst angekündigten Reformen fortsetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit auf den Produkt- und Dienstleistungsmärkten zu erhöhen;
 - die regionalen Unterschiede in der Beschäftigung verringert, indem die Schwarzarbeit bekämpft wird, die Kinderfürsorge verbessert und eine wirksame Arbeit der Arbeitsvermittlungen im ganzen Land gewährleistet wird;
 - eine umfassende Strategie für lebenslanges Lernen entwickelt und die Qualität sowie die Relevanz der allgemeinen Bildung für den Arbeitsmarkt verbessert.
30. Darüber hinaus wird es für Italien während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms wichtig sein, sich auf folgende Bereiche zu konzentrieren: FuE, wo trotz begrüßenswerter politischer Entwicklungen in bestimmten Bereichen die Gesamtstrategie nach wie vor unvollständig ist: wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Tragfähigkeit des Gesundheitssystems unter gleichzeitiger Wahrung der Qualität und der Zugänglichkeit, die nachhaltige Nutzung von Ressourcen, wobei die Umsetzung und später die weitere Verstärkung von Maßnahmen wesentlich sind; die Umsetzung von Plänen zur Verbesserung der Infrastruktur sowie Einrichtung eines umfassenden Systems zur Folgenabschätzung bei geplanten Rechtsvorschriften.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

ITALIEN

	IT							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	113.3	112.0	110.0	107.6	105.5	102.6		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	121.2	118.6	115.0	111.6	110.3	108.0		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote											
Insgesamt	53.7	54.8	55.5	56.1	57.6b	57.6	:	62.4	63.3	63.8	70.0
Weiblich	39.6	41.1	42.0	42.7	45.2b	45.3		53.6	55.7	56.3	
Männlich	68.0	68.5	69.1	69.6	70.1b	69.9		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	27.7	28.0	28.9	30.3	30.5b	31.4		36.6	41.0	42.5	
Weiblich	15.3	16.2	17.3	18.5	19.6b	20.8		26.9	31.7	33.7	
Männlich	40.9	40.4	41.3	42.8	42.2b	42.7		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.05	1.09	1.13	1.11	1.10		2.5	1.86e	1.86e		3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	69.4	67.9	69.6	71.0	73.4	73.6		76.6	77.1	77.5	
Weiblich	74.2	73.0	74.3	75.1	78.6	78.1		79.5	80.1	80.3	
Männlich	64.5	62.7	64.8	66.8	68.2	69.2		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	94.0	95.5	97.9	102.3	102.7p	102.6p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	18.0	18.0	19.2	17.9	18.2	18.2		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	18.0	19.0	:	:	19.0b	:		16.0e	16.0e	:	
Weiblich	19.0	20.0	:	:	20.0b	:		17.0e	17.0e	:	
Männlich	18.0	19.0	:	:	18.0b	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	17.5	17.1	16.7	17.0	15.6	16.0		13.4	12.2	11.9	
Weiblich	30.5	29.6	29.1	29.7	25.7	26.6		20.5	17.3	16.9	
Männlich	9.8	9.4	8.9	9.1	8.7	8.9		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	6.3	5.7	5.1	4.9	4.0	3.9		3.9	4.1	3.9	
Weiblich	8.4	7.6	6.9	6.6	5.5	5.2		4.8	4.7	4.5	
Männlich	4.8	4.4	4.0	3.8	2.9	2.9		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	106.7	108.0	108.1	111.1	112.1			90.7	92.7		
Energieintensität der Wirtschaft	186.9	184.0	184.1	189.2	189.1			208.8	204.9		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	102.2	100.9e	102.7e	93.7e	104.9be	111.9e		100.1e	104.6be	104.7e	

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-25



Zypern

Bewertung der nationalen Reformprogramme

1. Im Jahr 2006 erreicht das zyprische Pro-Kopf-BIP voraussichtlich 84 % des EU-Durchschnitts. In den letzten zehn Jahren verzeichnete Zypern ein solides Wirtschaftswachstum mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des realen BIP von 3½ % und lag damit um mehr als 1 % über dem EU-Durchschnitt von 2¼%. Seit Mitte der 90er Jahre hat das reale Lohnwachstum den Produktivitätsanstieg überholt, wobei der Produktivitätsgewinn leicht über dem EU-Schnitt lag. Dies führte zu Einbußen bei der Preiswettbewerbsfähigkeit. Es wird eine Gesamtbeschäftigungsquote von 68 % angesetzt, die nahe an der EU-weiten Zielvorgabe liegt, während die Arbeitslosenquote trotz eines mäßigen Anstiegs mit voraussichtlich 5,4 % (im Jahre 2006) niedrig bleiben wird. Die Arbeitsproduktivität pro Beschäftigten wird voraussichtlich weiter unter dem EU-Durchschnitt liegen.
2. Zypern verzeichnet ein lebhaftes Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigungsquoten, aber die langfristigen steuerlichen Probleme aufgrund der alternden Bevölkerung sind groß. Eine Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen durch die Verlagerung der Ausgaben auf Humankapital, moderne Infrastruktur, FuE und Innovation würde ein gesundes Wachstum fördern und zur Diversifizierung der Wirtschaft beitragen. Eine Reform des Gesundheitswesens und des Rentensystems bei weiterer Verringerung der Staatsverschuldung würde die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern. Die Verzahnung der Löhne mit der Produktivitätsentwicklung würde zu mehr Flexibilität und zur Eindämmung der Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im zyprischen Nationalen Reformprogramm (NRP) 2005 - 2008 wird das Bestreben deutlich, das Wachstumspotenzial der Wirtschaft und den Lebensstandard der Bürger anzuheben. Handlungsbedarf besteht in folgenden Bereichen: fiskalische Nachhaltigkeit, Qualität der öffentlichen Finanzen, FuE, Innovation und IKT, stärkere Diversifizierung der Wirtschaft, Wettbewerb und Unternehmensumfeld, ökologische Nachhaltigkeit, Infrastruktur, Humankapital und sozialer Zusammenhalt. In ihrem jährlichen Fortschrittsbericht für das Jahr 2006 machte die Kommission darauf aufmerksam, dass eine Verstärkung der Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen unter anderem durch Reformen der Sozialversicherungen und Maßnahmen zur Senkung des Anteils der vorzeitigen Schulabgänger erforderlich ist.
4. Der Durchführungsbericht 2006 zeigt, dass Zypern bei der Durchführung seines NRP generell gut vorankommt. Das NRP gibt einen klaren und umfassenden Überblick über die zahlreichen Einzelmaßnahmen und fügt diese sinnvoll in die Gesamtziele ein. Bei Verwirklichung der überwiegenden Mehrzahl der FuE- und Beschäftigungsziele des NRP wurden Fortschritte erzielt. Überdies wurden allgemein gute Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung, der Verbesserung der Qualität und des Zugangs zu IKT, der Verbesserung des Unternehmensumfelds und der

Optimierung der Basisinfrastruktur erzielt. Wenngleich weitere Maßnahmen erforderlich sind, wurden zufriedenstellende erste Fortschritte auf folgenden Gebieten erzielt: Verbesserung der Umsetzung des EU-Rechts in innerstaatliches Rechts, Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit, Liberalisierung der Energieversorgung, Verbesserung der Energieeffizienz und Versorgungssicherheit und Ausbau der öffentlichen Arbeitsvermittlungsdienste. Begrenzte Fortschritte wurden auf folgenden Gebieten erzielt: Reform der Gesundheitsversorgung und der Systeme der sozialen Sicherheit, bessere Regulierung, Abschaffung wettbewerbswidriger Vorschriften bei Berufsdienstleistungen und Reformen in der beruflichen Bildung und den Fortbildungssystemen.

5. Die Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtungen der Frühjahrstagung des Europäischen Rats 2006 waren insgesamt recht gut, wie beispielsweise bei der Beschleunigung der Unternehmensgründungsverfahren und der Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle für Unternehmensgründer.
6. Die Maßnahmen zur konkreten Verwirklichung der Strategie für Wachstum und Beschäftigung wurden erheblich ausgeweitet. Es wurde wiederholt hervorgehoben, dass die Strategie für Wachstum und Beschäftigung und das Konvergenzprogramm die Grundpfeiler der Wirtschaftspolitik bilden. Der Durchführungsmechanismus und der Konsultationsprozess sind recht umfassend und beziehen alle Interessengruppen ein, einschließlich des Ministerrats, eines parlamentarischen Ausschusses, der Einsetzung eines nationalen Beratenden Ausschusses (in dem alle Interessengruppen und Sozialpartner vertreten sind) und anderer Ausschüsse. Um das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verstärken, führte die Regierung eine Reihe von Seminaren und öffentlichen Veranstaltungen in Verbindung mit anderen Aktivitäten durch, über die in den Medien umfassend berichtet wurde. Der effiziente und wirksame Einsatz der Strukturfonds und der Mittel zur Stärkung des Zusammenhalts ist ein wesentlicher Faktor zur Förderung von Investitionen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, und es ist daher wichtig, dass die Ausweitung der Finanzierung durch eine vergleichbare große Aufnahmefähigkeit ergänzt wird.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Makroökonomischer Schwerpunkt im NRP ist die Haushaltskonsolidierung durch Ausgabenbeschränkungen und Einnahmenerhöhungen. Ein Ziel des NRP ist auch die Verbesserung der Steuerverwaltung durch die schrittweise Einführung eines dreijährigen mittelfristigen Haushaltsrahmens ab 2007, um die Ausgabenkontrolle zu verbessern und gleichzeitig die mittelfristigen Ziele mit dem jährlichen Haushaltsverfahren zu verbinden. Außerdem sollen die Staatsausgaben zugunsten der Kapitalinvestitionen umgeschichtet und die Transparenz verbessert werden. Das NRP enthält auch Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, zu denen auch das Arbeitskräfteangebot und Reformen der Gesundheitsversorgung und Sozialversicherung, insbesondere des Rentensystems gehören. Auch auf die Flexibilität des Arbeitsmarkts und die Maßnahmen zur Lohnmäßigung wird eingegangen.

8. Bei der Haushaltskonsolidierung wurden gute Fortschritte erzielt. Im Jahre 2005 sank das allgemeine Staatsdefizit auf 2,3 % des BIP von 4,1 % im Vorjahr, während die Bruttoverschuldung auf 69,25 % des BIP gegenüber 70,25 % im Jahre 2004 gesenkt wurde. Die wirtschaftlichen Vorausschätzungen deuten überdies auf eine weitere Senkung im Jahre 2006 hin. Im Bereich des Gesundheitsversorgungssystems werden 2007 voraussichtlich praktische Maßnahmen zu der lange verzögerten Reform durchgeführt. Von der Krankenversicherung, die für die Funktionsweise des nationalen Krankenversicherungssystems zuständig ist, wird ein Aktionsplan zur Durchführung der Reform ausgearbeitet. Zur Reform der sozialen Sicherung wurden Regierungsvorschläge eingebracht, doch ist die Feinjustierung noch mit den Sozialpartnern zu vereinbaren, wobei die Auswirkungen auf den Haushalt offen sind. Zielvorgabe für die Durchführung der ersten Maßnahmen ist das Jahr 2007.
9. Insgesamt wurden bei den im NRP dargelegten makroökonomischen Reformmaßnahmen gute Fortschritte erzielt. Konkrete Maßnahmen zur Sicherung der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sind besonders dringend erforderlich, und Fortschritte beim Abbau der Staatsverschuldung zur Vorbereitung auf die künftigen Kosten einer alternden Bevölkerung wären erforderlich. Im Durchführungsbericht wird auf die Verbindungen und die Vereinbarkeit zwischen den Zielen des NRP und den Prioritäten des einzelstaatlichen strategischen Rahmenplans für die Investitionen der Strukturfonds eingegangen, insbesondere bei den Verkehrs- und Umweltschutzinfrastrukturprojekten und den strategischen Investitionen zur Erleichterung des internationalen Handels (d.h. Häfen, Zugang zu Häfen) sowie der Maßnahmen zur Förderung der IKT-Prioritäten. Es ist daher wichtig, dass die erhebliche Aufstockung der verfügbaren Mittel der Strukturfonds ab 2007 durch eine vergleichbare Verbesserung der Aufnahmefähigkeit ergänzt wird. Zu diesem Zweck könnte eine weitere Stärkung der Verwaltungsstrukturen erforderlich sein.

Mikroökonomische Politik

10. Das NRP nennt vier große mikroökonomische Prioritäten: Förderung von FuE, Innovation und IKT, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit / Verbesserung des Wirtschaftsumfelds, ökologische Nachhaltigkeit und Optimierung der Basisinfrastruktur. Der Durchführungsbericht enthält eine umfassende, detaillierte und präzise Liste von Initiativen, um diesen Herausforderungen zu begegnen, sowie der nationalen Prioritäten auf anderen Gebieten der mikroökonomischen Politik.
11. Im Durchführungsbericht wird auf zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Forschungspolitik und Forschungskapazität eingegangen, die für die zyprischen Behörden Vorrang haben. Die Strategie auf diesem Gebiet besteht darin, ein neues System von Grund auf zu errichten, und dabei die Institutionen und Infrastruktur zur Durchführung der Forschung zu entwickeln und zu verbessern, statt Lücken zu schließen oder bestimmte Schwachpunkte zu beseitigen. Es kann deshalb noch nicht beurteilt werden, ob die Anstrengungen ausreichend sind. Hinsichtlich der neuen FuE-Zielvorgabe von 1 % des BIP bis 2010 (0,4 % des BIP im Jahre 2005) ist das Drittel der öffentlichen Mittel leicht erreichbar, aber der Beitrag der Privatwirtschaft wird einer Aufstockung bedürfen. Zu diesem Zweck wird die Regierung die Mittel zur Förderung gemeinsam betriebener privater und öffentlicher Forschung aufstocken und der Einsatz von Steueranreizen erwogen. Die Gründung von Risikokapitalfonds ist jedoch nicht vorgesehen.

12. Zypern widmet dem Bereich IKT besondere Aufmerksamkeit. Es konzentriert sich auf die e-Regierung, die digitale Kompetenz und die Verwendung von IKT durch Unternehmen. Die im NRP vorgesehenen Maßnahmen wurden sorgfältig und fristgerecht durchgeführt. Einige interessante neue Projekte wurden aufgenommen, z.B. Maßnahmen für ein besseres Verständnis der Netzsicherheit, ein System von Helpdesks für öffentliche Dienstleistungen und Kostendämpfungsprojekte im Gesundheitswesen. Die Zahl der Breitbandanschlüsse ist jedoch trotz der allgemeinen Verfügbarkeit und erschwinglicheren Preisen noch niedrig. Die Marktuntersuchung gemäß dem europäischen Regulierungsrahmen begann mit einigen Verzögerungen, macht aber jetzt beständige Fortschritte.
13. Die Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas und des Wettbewerbs sind vor dem Hintergrund allgemein günstiger Rahmenbedingungen und eines starken Wettbewerbs in weiten Teilen der Wirtschaft zu sehen. Eine Ausnahme sind die beruflichen Dienstleistungen, wo Beschränkungen wie Preisregulierungen und Werbeverbote verbreitet sind. Die Durchführung der verschiedenen Maßnahmen verläuft offenbar planmäßig. Im Bereich der besseren Regulierung wurden bisher nur sehr vorläufige und unvollständige Maßnahmen durchgeführt. Einige im NRP angekündigte interessante Maßnahmen (Einführung umfassender Bewertungen der staatlichen Beihilfen, Schaffung einer Darlehensbürgschaftsfazilität und elektronisches Beschaffungswesen) werden später durchgeführt. Zypern konnte seinen Rückstand bei der Umsetzung des EU-Rechts in innerstaatliches Recht weiter abbauen. Dieser liegt nun deutlich unter 1,5 %, aber Zypern sollte in der Frage der Qualität der Umsetzung wachsam bleiben.
14. Die Bedeutung der ökologischen Nachhaltigkeit für Wachstum und Beschäftigung wurde im NRP deutlich herausgestellt. Dies gilt insbesondere für die Auswirkungen von Umweltschäden auf den Fremdenverkehr. Die Durchführung der im NRP aufgeführten Infrastrukturprojekte wird fortgesetzt. Zypern wird Großinvestitionen Vorrang einräumen müssen, um die Umweltnormen der EU innerhalb der im Beitrittsprotokoll vorgesehenen Fristen, insbesondere im Bereich der Behandlung fester Abfälle und der Wasseraufbereitung, erfüllen zu können.
15. Die Modernisierung der grundlegenden Infrastruktur wird mit einer Reihe laufender oder geplanter Vorhaben vor allem im Bereich der Straßen, Häfen und Flughäfen aktiv verfolgt, um Verkehrsstaus abzubauen und die Zugangswege aus dem Ausland zu verbessern. Viele Vorhaben werden in Partnerschaft von der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft finanziert. Die Durchführung der im NRP aufgeführten Projekte scheint planmäßig zu verlaufen.
16. Um seine Zielvorgaben im Bereich der erneuerbaren Energiequellen und der Energieeinsparung zu erreichen, hat Zypern im Jahre 2006 seine Fördermaßnahmen verstärkt und unter anderem eine einzige Anlaufstelle für Großinvestitionen in erneuerbare Energiequellen geschaffen. Die Pläne für ein neues Energiezentrum, das zur Versorgungssicherheit beitragen wird, befinden sich in der Untersuchungsphase. Das Zentrum wird unter anderem einen Flüssiggasterminal und strategische Öllagerstätten umfassen. Die Liberalisierung des Energiemarkts begann in Zypern mit dem Beitritt zur EU im Jahre 2004. Eine Reihe von Lizenzen für die Stromerzeugung wurde bereits vergeben, weitere werden geprüft. Neue private Anbieter werden voraussichtlich bis 2008 in den Markt eintreten.

17. Insgesamt geht die Durchführung der überwiegenden Mehrheit der Maßnahmen planmäßig voran. Der Durchführungsbericht enthält auch eine Reihe neuer Maßnahmen. Die Wirksamkeit der Politik ist jedoch nur längerfristig zu beurteilen. Der Bericht geht nicht auf die Förderung von Risikokapitalinvestitionen und die Abschaffung wettbewerbswidriger Vorschriften im Bereich der beruflichen Dienstleistungen ein.

Beschäftigungspolitik

18. Das NRP konzentriert sich auf Vollbeschäftigung, Verbesserung von Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts. Im Durchführungsbericht 2006 werden folgende Hauptprioritäten im Beschäftigungsbereich ausgewiesen: das inländische Arbeitskräftepotenzial effektiver nutzen, die Wirtschaftsmigration besser beherrschen, die Arbeitsmarktflexibilität steigern, das Humankapital entwickeln und die soziale Eingliederung stärken. Die Kommission wies im APR auch auf die Bedeutung des lebenslangen Lernen und der beruflichen Qualifikation hin.
19. Ehrgeizige, aber realistische Beschäftigungsziele wurden festgelegt und ein breites Spektrum zielgerichteter Arbeitsmarktmaßnahmen durchgeführt. Eine Modernisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung, zu der auch ein Bewerbervermittlungssystem zählt, mit dem das Arbeitsangebot auf die Nachfrage durch personenbezogene Dienstleistungen abgestimmt werden soll, macht ebenfalls Fortschritte. Die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen ist jedoch nicht eindeutig, insbesondere für Jugendliche. Die Frauenbeschäftigungsquote ist hoch, und ein breites Spektrum von Fördermaßnahmen macht Fortschritte. Wichtige geschlechtsspezifische Ungleichgewichte gibt es nach wie vor bei der Beschäftigung und beruflichen Qualifizierung sowie der Arbeitsmarkteteiligung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Die einzige Initiative zur Abhilfe ist eine Studie im Jahre 2007, in der politische Maßnahmen zum Abbau des sehr hohen Lohngefälles vorgeschlagen werden sollen. Während die Gesamtbeschäftigungsquote für ältere Arbeitnehmer über der EU-Zielvorgabe für 2010 liegt, wurden weitere Maßnahmen eingeleitet, wie unter anderem die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 63 Jahre bis 2008. Die Einführung und Umsetzung einer ökonomisch orientierten Migrationsstrategie und das Inkrafttreten eines geänderten Einwanderungsgesetzes haben sich verzögert.
20. Die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen, die Teilzeitbeschäftigung und die befristete Beschäftigung ist im Jahre 2005 zwar leicht gestiegen, aber trotz eines angemessenen rechtlichen Rahmens nach wie vor niedrig. Der Bericht konzentriert sich auf aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und die Modernisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung, um die Flexibilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen. Ein kleines Pilotprojekt, das mehr Frauen zum Eintritt ins Erwerbsleben ermutigen soll, wurde eingeleitet. Bei den Initiativen zur sozialen Sicherheit ist die Transparenz, insbesondere bezüglich der geplanten Reformen des Systems, jedoch begrenzt.
21. Zypern verfolgt eine Strategie des lebenslangen Lernens, die auf folgendes abzielt: Förderung des Zugangs zum lebenslangen Lernen für Alle, Stärkung von Infrastruktur und Systemen, Förderung des lebenslangen Lernens zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung und Förderung des wirksamen Regierens. Inhalt

und zeitlicher Rahmen für die Durchführung sind unklar, Kenngrößen und Referenzen für die Praxis werden nicht genannt. Die Fortschritte bei der Durchführung der Reformen der beruflichen Aus- und Weiterbildung, wie unter anderem des veralteten Systems der Lehrlingsausbildung, sind langsam. Sie sollen wirklichkeitsnäher gestaltet und besser auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abgestimmt werden. Die für diesen Zweck vorgesehenen Haushaltsmittel sind begrenzt. Politische Maßnahmen zur weiteren Senkung der Schulabbruchquote wurden eingeleitet. Die Entwicklung eines Qualitätssystem für Ausbildungsanbieter wird für das Jahr 2007 erwartet. Das System der beruflichen Qualifizierung sieht bereits fünf Standards für Berufsqualifikationen vor, es soll im Zeitraum 2007 bis 2013 schrittweise vervollständigt werden.

22. Insgesamt ist die Beschäftigungssituation in Zypern recht gut. Im Durchführungsbericht wird sorgfältig auf die laufenden politischen Maßnahmen eingegangen, die in die richtige Richtung gehen. Dazu zählen Maßnahmen, um Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen und die Schwierigkeiten und Hindernisse beim Berufseinstieg zu überwinden. Bildung und Ausbildung sind zwar auf vielen Gebieten gut, aber es gibt Spielraum für erhebliche Verbesserungen, insbesondere bei der Verbesserung von Anpassungsfähigkeit und Berufsbefähigungen. Die vollständige Umsetzung einer umfassenden Strategie für das lebenslange Lernen mit einer stärkeren Verknüpfung von technischer/beruflicher und allgemeiner Ausbildung wird die Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen insbesondere für junge, wenig qualifizierte und ältere Arbeitnehmer verbessern und zu Fortschritten beim sozialen Dialog über Flexibilität und Sicherheit ermutigen.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
24. Zypern macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms und bei den vom Europäischen Rat im Frühjahr 2006 genannten vier Bereichen für vorrangige Maßnahmen gute Fortschritte. Alles in allem geht die Umsetzung bei den meisten Maßnahmen planmäßig voran.
25. Die Stärken des nationalen Reformprogramms und seiner Durchführung im Jahre 2006 sind unter anderem: Fortschritte auf dem Gebiet der Haushaltskonsolidierung, eine neue Politik zur Entwicklung eines umfassenden Forschungs- und Innovationssystems und die Stabilisierung einer insgesamt guten Beschäftigungslage durch ein breites Spektrum aktiver Arbeitsmarktmaßnahmen.
26. In folgenden Bereichen des zyprischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Angehen der Ausgaben aufgrund der alternden Bevölkerung, wo keine Fortschritte festzustellen sind und Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für junge Menschen. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Zypern:

- Schritte zur Umsetzung von Reformen des Renten- und Gesundheitsversorgungssystems unternimmt und einen Zeitplan für die Durchführung zur Verbesserung der langfristigen Nachhaltigkeit festlegt;
- die Förderung des lebenslangen Lernens verbessert und die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen durch Beschleunigung der Reformen der allgemeinen und beruflichen Bildung, der beruflichen Fortbildung und der Lehrlingsausbildung erhöht.

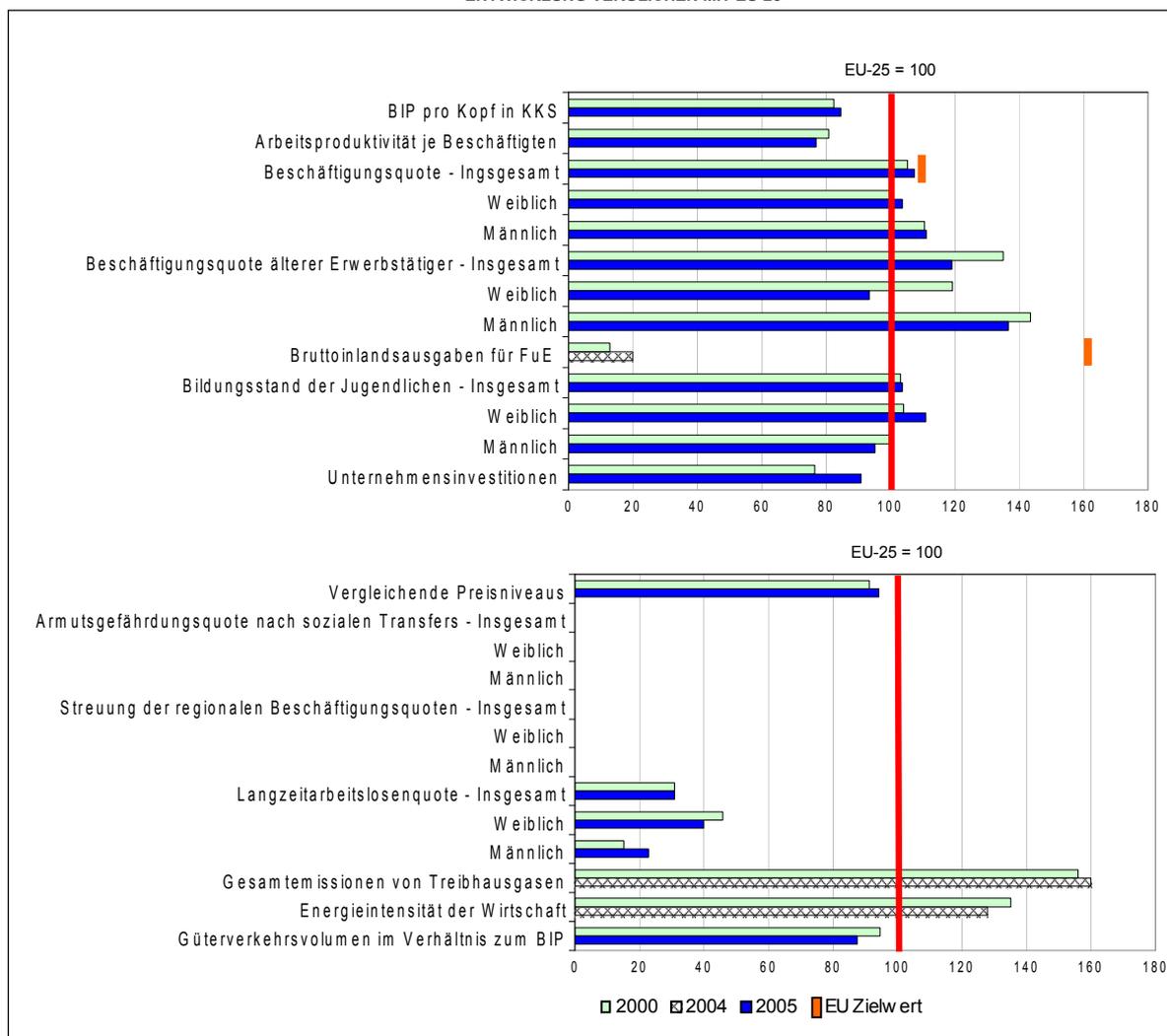
27. Außerdem wird es wichtig sein, dass sich Zypern während der Laufzeit des Nationalen Reformprogramms konzentriert auf: Maßnahmen zur Förderung von Risikokapitalinvestitionen und zur Belebung des Wettbewerbs im Bereich der freien Berufe.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

ZYPERN

	CY							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	82.4	84.4	82.6	80.4	84.1	84.6		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	80.7	80.1	77.8	74.2	76.7	76.8		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote							71.0				70.0
Insgesamt	65.7	67.8	68.6	69.2	68.9	68.5		62.4	63.3	63.8	
Weiblich	53.5	57.2	59.1	60.4	58.7	58.4		53.6	55.7	56.3	
Männlich	78.7	79.3	78.9	78.8	79.8	79.2		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	49.4	49.1	49.4	50.4	49.9	50.6		36.6	41.0	42.5	
Weiblich	32.1	32.2	32.2	32.7	30.0	31.5		26.9	31.7	33.7	
Männlich	67.3	66.9	67.3	68.9	70.8	70.8		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.24	0.25	0.30	0.35	0.37	0.40p	1.0	1.86e	1.86e		3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	79.0	80.5	83.5	79.5	77.6	80.4		76.6	77.1	77.5	
Weiblich	82.8	84.9	89.5	87.0	83.8	89.1		79.5	80.1	80.3	
Männlich	74.4	75.4	76.7	71.3	70.7	71.1		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	91.3	91.9	90.9	96.5	93.3p	94.3p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	14.0	13.8	15.1	14.3	14.7	15.8		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	:	:	:	15.0	:	:		16.0e	16.0e	:	
Weiblich	:	:	:	17.0	:	:		17.0e	17.0e	:	
Männlich	:	:	:	14.0	:	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	13.4	12.2	11.9	
Weiblich	-	-	-	-	-	-	-	20.5	17.3	16.9	
Männlich	-	-	-	-	-	-	-	9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	1.2	0.8	0.8	1.0	1.2	1.2		3.9	4.1	3.9	
Weiblich	2.2	1.1	1.0	1.3	1.6	1.8		4.8	4.7	4.5	
Männlich	0.5	0.6	0.5	0.7	0.9	0.8		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	141.6	140.7	145.1	152.8	148.2	:		90.7	92.7	:	
Energieintensität der Wirtschaft	282.3	274.4	269.9	287.9	261.8	:		208.8	204.9	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	94.6e	93.9e	95.7	99.5	76.5	91.7		100.1e	104.6be	104.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Letland

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Letland gehört zu den EU-Ländern mit dem größten Produktivitätswachstum, was sich auch auf sein Bruttoinlandsprodukt auswirkt: Letlands reales BIP steigt seit dem Jahr 2000 jährlich um ca. 8 %. Sein Pro-Kopf-BIP wird 2006 auf 51,3% des EU-Schnitts geschätzt, gehört also noch immer zu den niedrigsten Werten der EU. Nachdem sich die Beschäftigungszahlen jahrelang nur schleppend entwickelten, erreichte die Beschäftigungsquote 2006 über 65 % und strebt nun rasch der 67 %-Marke entgegen, die sich Letland für 2010 zum Ziel gemacht hat. Das begrenzte Arbeitskräfteangebot (bedingt durch Auswanderung und die rückläufige Entwicklung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter) führt zu Lohnsteigerungen und gefährdet das Gleichgewicht zwischen Nominallohnerhöhungen und Produktivität. Gleichzeitig bestehen weiterhin Ungleichgewichte, wie eine hohe Inflationsrate und ein hohes Zahlungsbilanzdefizit.
2. Im Bereich Wachstum und Beschäftigung besteht für Letland die größte Herausforderung darin, angesichts des anhaltenden Inflationsdrucks, des übermäßigen Leistungsbilanzdefizits und des starken Kreditwachstums die makroökonomische Stabilität zu wahren und die Wirtschaft aus der Fertigung von arbeitsintensiven Low-Tech-Gütern herauszuführen. Die Wirtschaftspolitik des Landes muss also darauf abstellen, den Staatshaushalt stärker zu konsolidieren, um den Nachfragedruck zu drosseln, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen und die Produktivität zu steigern.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das nationale Reformprogramm (NRP) Letlands 2005-2008 nennt fünf vorrangige Aktionsbereiche der Wirtschaftspolitik: Sicherung der makroökonomischen Stabilität; Förderung von Wissen und Innovation; Entwicklung eines attraktiven Umfelds für Investition und Arbeit; Beschäftigungsförderung; Verbesserung von Bildung und Qualifikationen. In ihrem Fortschrittsbericht für das Jahr 2006 schloss sich die Kommission dieser Analyse an und empfahl Letland insbesondere folgende Maßnahmen: ein klareres, stärkeres Engagement für makroökonomische Stabilität, u. a. durch eine stärkere Konsolidierung der Staatsfinanzen, Strategien zur Anregung von Partnerschaften zwischen Forschungs-/Bildungseinrichtungen und Unternehmen, verstärkte Maßnahmen zur Anpassung der allgemeinen und beruflichen Bildung an den Bedarf des Arbeitsmarktes und zur Entwicklung und Umsetzung einer kohärenten Strategie für lebenslanges Lernen.
4. Der lettische Umsetzungsbericht 2006 zeigt, dass das Land bei der Umsetzung seines NRP generell etwas vorankommt. Im Jahr 2006 erzielte Letland bei der Umsetzung seiner Reformstrategie im Bereich Makroökonomie unterschiedliche Erfolge; stärkere Anstrengungen sind erforderlich, um die Stabilitätsrisiken in den Griff zu bekommen. Im mikroökonomischen und Beschäftigungsbereich ist die Umsetzung der Reformen noch nicht in vollem Gange. Im Bereich Forschung und Innovation, insbesondere in punkto wirksame Partnerschaften zwischen Forschungs-/

Bildungseinrichtungen und Unternehmen, wurden erste Maßnahmen eingeleitet, deren Umsetzung aber zum Großteil erst 2007 anlaufen wird. Bei den Eisenbahn-Infrastrukturinvestitionen, beim öffentlichen Auftragswesen und bei den erneuerbaren Energien sind ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen. Aus dem Umsetzungsbericht geht hervor, dass im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz Fortschritte gemacht wurden und dass weitere Anstrengungen zur Nivellierung des Stadt-Land-Gefälles erforderlich sind. Im Bereich bessere Rechtsetzung wurden einige Initiativen ergriffen, einschließlich bei der Modernisierung der Insolvenzvorschriften. Geringe Fortschritte weisen die Bereiche lebenslanges Lernen und Verwaltungskapazität des Bildungssystems auf.

5. Bei der Umsetzung der Schlussfolgerungen der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates kommt Lettland nur wenig voran. Das Verfahren für die Unternehmensgründung wurde vereinfacht, doch die zentralen Anlaufstellen für Unternehmensgründungen sind noch nicht vollständig einsatzbereit und auf die Einrichtung zentraler Anlaufstellen für die Einstellung des ersten Arbeitnehmers wird im Umsetzungsbericht nicht eingegangen. Weitere Maßnahmen zur Förderung unternehmerischer Lehrinhalte wären wünschenswert, beispielsweise die Aufnahme solcher Inhalte in die allgemeinen Lehrpläne der Sekundarstufe.
6. Im vergangenen Jahr wurden weitere Konsultationen durchgeführt und Anstrengungen unternommen, um die Identifikation mit der Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Die jeweiligen Themen wurden im Parlament und mit den Sozialpartnern erörtert. Für die Überwachung der Umsetzung des NRP wurden zwei neue Aufsichtsinstanzen geschaffen: eine Regierungsbehörde und eine Stelle, die Gebietskörperschaften und Sozialpartner mit einschließt. Das Wirtschaftsministerium wurde mit der nationalen Koordinierung der Umsetzung der Strategie für Wachstum und Beschäftigung betraut. Die lettischen Behörden haben dafür gesorgt, dass sich die Umsetzung des NRP und die Verwendung von Strukturfondsmitteln in Bereichen wie Verkehr und soziale Infrastrukturen, FuE und Innovation, Informationsgesellschaft und Entwicklung des Humankapitals sinnvoll ergänzen. Im Zeitraum 2007-2013 werden die im Rahmen der Kohäsionspolitik bereitgestellten Mittel 3,36% des BIP betragen. Zur Umsetzung des Programms zur Verbesserung der allgemeinen Verwaltungskapazität, die für die künftige Förderung mit Strukturfondsmitteln besonders wichtig ist, liegen keine Angaben vor.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Lettland weist ein hohes Wirtschaftswachstum auf und die mittelfristigen Wachstumsaussichten sind weiterhin gut. Allerdings können sich die starke Inlandsnachfrage, die hohe Inflationsrate, Arbeitsmarktengpässe, das rasche Kreditwachstum und eine weitere Verschlechterung des Leistungsbilanzdefizits negativ auf die makroökonomische Stabilität auswirken und die Wachstumsaussichten beeinträchtigen. Eine umsichtige makroökonomische Politik müsste die Wirtschaft zu einem besseren Gleichgewicht führen und Stabilitätsrisiken vorzubeugen suchen. Vor diesem Hintergrund ist beunruhigend, dass der Staatshaushalt 2006 nicht mehr auf einen geringen Überschuss zusteuert, wie 2005, sondern auf ein klares Defizit. Dem Umsetzungsbericht zufolge ist es außerdem

wahrscheinlich, dass dieser pro-zyklische Kurs auch in der nahen Zukunft weiterverfolgt wird.

8. Aus dem Umsetzungsbericht geht hervor, dass bei der Verbesserung der Haushaltsplanung gewisse Fortschritte erzielt wurden, insbesondere durch die Einführung des Verfahrens der mittelfristigen Haushaltsplanung ab 2007.
9. Soll eine Konjunkturüberhitzung vermieden werden, so muss die Nachhaltigkeit der Wirtschaft und des Staatshaushalts gewährleistet werden, und zwar durch eine restriktivere Finanzpolitik, die den Nachfragedruck nicht verstärkt, und eine umsichtige Prioritätensetzung bei den wachstumsfördernden Ausgaben. Eine derartige makroökonomische Politik würde weiteres Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen und die Umsetzung der geplanten Strukturreformen erleichtern.

Mikroökonomische Politik

10. Das lettische NRP umfasst zwei mikroökonomische Prioritäten: Förderung von Wissen und Innovation und Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Investition und Arbeit. Diese Prioritätensetzung deckt sich mit der Analyse der Kommission.
11. Bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungen im Bereich FuE und Innovation wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt. Lettland hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: die Ausgaben für FuE sollen bis 2010 auf 1,5% des BIP anwachsen. Damit dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden kann, müssen die für 2007 angekündigten Maßnahmen und das Gesetz über wissenschaftliche Tätigkeiten (Anstieg der öffentlichen Investitionen um 0,15 % des BIP pro Jahr) konsequent umgesetzt werden. Dabei ist insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Forschungseinrichtungen zu verbessern, indem beispielsweise die geplante Einrichtung von Anlaufstellen für Technologietransfer und von Gründungszentren für Technologieunternehmen wirksam vorangetrieben wird. Es ist darauf zu achten, dass die öffentlichen Fördermittel die privaten Investitionen in FuE und Innovation nicht zurückdrängen. Die Einrichtung der Technologie-Agentur war ein Schritt in die richtige Richtung, denn mit dieser Agentur dürfte es möglich sein, die Forschungsprogramme besser auszuwählen und zu verwalten. Die Maßnahmen zur Erhöhung der Zahl von Wissenschaftlern, Forschern und Ingenieuren sind zu begrüßen, müssen aber forciert werden, damit Engpässe überwunden werden. Die Umsetzung der Strategie für lebenslanges Lernen und die Förderung technischer und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge mit Strukturfondsmitteln könnten hier unterstützend wirken. Der nun einzurichtende Rat für geistiges Eigentum wird günstigere Rahmenbedingungen für Innovationen schaffen. Auch die Einrichtung einer integrierten Infrastruktur für elektronische Verwaltungsdienste (eGovernment) ist eine Verbesserung, allerdings müssen die öffentlichen Online-Dienste noch weiter ausgebaut werden.
12. Bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Investition und Arbeit wurden gewisse Fortschritte erzielt. Das neue Gesetz zum öffentlichen Auftragswesen erlaubt künftig die Heranziehung von Umweltverträglichkeitskriterien bei öffentlichen Aufträgen und wird für stärkeren Wettbewerb sorgen. Auch beim Umweltschutz sind Fortschritte zu verzeichnen, ein

wichtiger Faktor für den Fremdenverkehr. Weiter sollten verstärkte Investitionen in die Straßen- und Schienennetze und neue Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien und Umwelttechnologien erwähnt werden. Im Bereich bessere Rechtsetzung wurden einige Maßnahmen getroffen. So scheinen die neuen Insolvenzvorschriften vielversprechend, das Gesetz soll aber erst im Juli 2007 in Kraft treten. 2006 wurden neue Garantie- und Risikokapitalfonds geschaffen, jedoch wurden konkrete Maßnahmen, die den KMU den Zugang zur Fremdfinanzierung erleichtern sollen, lediglich für den nächsten Programmplanungszeitraum in Aussicht gestellt.

13. Positiv zu werten sind die Untersuchung mehrerer Sektoren, die mutmaßlich von unzureichendem Wettbewerb geprägt sind. Solche Bewertungen und Maßnahmen sollten auch auf die reglementierten Sektoren, wie Pharmazie und juristische Dienstleistungen, ausgeweitet werden.
14. Im Bereich Forschung und Innovation wurden 2006 nur wenige Maßnahmen umgesetzt; sie sind größtenteils für 2007 geplant. Es sind also nun rasch wirksame Fortschritte erforderlich, wenn die ehrgeizigen Ziele des NRP verwirklicht werden sollen. Die 2006 zur Verbesserung des Unternehmensumfelds durchgeführten Maßnahmen stellen einen wesentlichen Fortschritt in diesem wichtigen Bereich dar, es besteht allerdings noch Bedarf an zahlreichen weiteren Maßnahmen, einschließlich im Bereich bessere Rechtsetzung.

Beschäftigungspolitik

15. Im Fortschrittsbericht 2005 wurden für den Bereich Beschäftigung folgende Schwerpunkte aufgezeigt: Förderung der Beschäftigung und Verbesserung der Bildungs- und Qualifikationsniveaus. Diese Vorhaben spiegeln sich klar im Umsetzungsbericht wider. Lettland konzentriert sich auf die Schaffung eines integrativen Arbeitsmarkts (lebenszyklusorientierter Ansatz), die Förderung der Wirtschaftstätigkeit in den Regionen, die Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit, den besseren Zugang zu Bildung und lebenslangem Lernen, die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, Bildungseinrichtungen und Arbeitgebern und die Förderung der Kompetenzen in technologischen und naturwissenschaftlichen Bereichen. Weiterhin wurden einige Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie getroffen, einen allgemeinen, auf die Gleichstellung der Geschlechter abzielenden Ansatz gibt es allerdings nicht.
16. Zwar hat Lettland Maßnahmen ergriffen, um das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen. Doch sind diese angesichts der derzeitigen Tendenz der Abwanderung der Arbeitskräfte nicht ausreichend. Aus dem Umsetzungsbericht geht hervor, dass die Anzahl der Teilnehmer an aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen gestiegen ist, was dazu beitragen könnte, das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen, die Erwerbsbeteiligung zu steigern und die Langzeitarbeitslosigkeit zu senken. Das Vorhaben, die finanzielle Förderung aktiver Arbeitsmarktmaßnahmen im kommenden Strukturfonds-Programmplanungszeitraum um die Hälfte zu kürzen, ist daher verkehrt. Das Kinderbetreuungsangebot muss verbessert werden. Initiativen zur Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie der Normen für die medizinische Versorgung und zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit zeitigen positive Ergebnisse. Die Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen

Arbeitsanreize umfassen eine allgemeine Anhebung des Steuerfreibetrags bei der Einkommensteuerveranlagung und eine für 2007 geplante Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns um über 30 %. Die steuerlichen Änderungen können sich positiv auswirken, ob aber ein höherer Mindestlohn die Auswanderung bremsen und die Beschäftigungslage verbessern kann, ist fraglich. Außerdem könnte sich der Lohndruck in der Wirtschaft weiter erhöhen. Eine Verbesserung der internen Mobilität und der Unterstützungsleistungen für Pendler ist ebenfalls erforderlich.

17. Um die Arbeitsproduktivität zu verbessern, sind weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskräfte erforderlich. Zwar sind positive Tendenzen im Bereich Bildung festzustellen, doch bleiben zahlreiche Schwierigkeiten. Das Bildungssystem ist zersplittert: Das Berufsbildungssystem ist unterentwickelt und die Qualität der Hochschulprogramme muss verbessert werden. Die schleppende Genehmigung und Umsetzung der Strategie für lebenslanges Lernen könnte dazu führen, dass im Zeitraum 2007-2013 nicht ausreichend Mittel bereitstehen, und die Beteiligung von Erwachsenen an Ausbildungsmaßnahmen, die ohnehin bereits niedrig war, ist 2005 noch weiter zurückgegangen. Die zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur eingeführten Maßnahmen werden weitergeführt, im Umsetzungsbericht wurde aber Handlungsbedarf für einige neue Bereiche aufgezeigt, wie Erhöhung der Effizienz des Bildungssystems, Verbesserung der Ausbildung in Ingenieur- und Naturwissenschaften und Verbesserungen der beruflichen Perspektiven. Auf die Verwaltungskapazität der Bildungssysteme geht der Umsetzungsbericht nicht ein, doch das Thema wird im Land inzwischen diskutiert. Zur Verbesserung der Verwaltungskapazität der öffentlichen Verwaltung sind Maßnahmen auf allen Ebenen im Gange, jedoch wäre eine stärkere Förderung mit Strukturfondsmitteln erforderlich, wenn wesentliche Fortschritte erzielt werden sollen.
18. Insgesamt gesehen bilden die 2006 durchgeführten Maßnahmen die Fortsetzung des bisherigen Ansatzes zur Bewältigung der wichtigsten Herausforderungen im Bereich Beschäftigung. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern und bessere Bildung und Qualifizierung zu erreichen, ist es besonders wichtig, dass die Strategie für lebenslanges Lernen und die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgebaut werden. Zur Stützung der Produktivität bedarf es einer Strategie für lebenslanges Lernen und eines Bildungs- und Ausbildungssystems, die stärker auf den Bedarf des Arbeitsmarktes ausgerichtet sind.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

19. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
20. Lettland macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms insbesondere in den Bereichen Mikroökonomie und Beschäftigung Fortschritte. Das makroökonomische Ziel und die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 werden dagegen weniger konsequent angegangen. Die politische Sichtbarkeit der Strategie für Wachstum und Beschäftigung hat sich seit der Annahme des nationalen Reformprogramms erhöht und die verschiedenen Stakeholder sind nun stärker eingebunden.

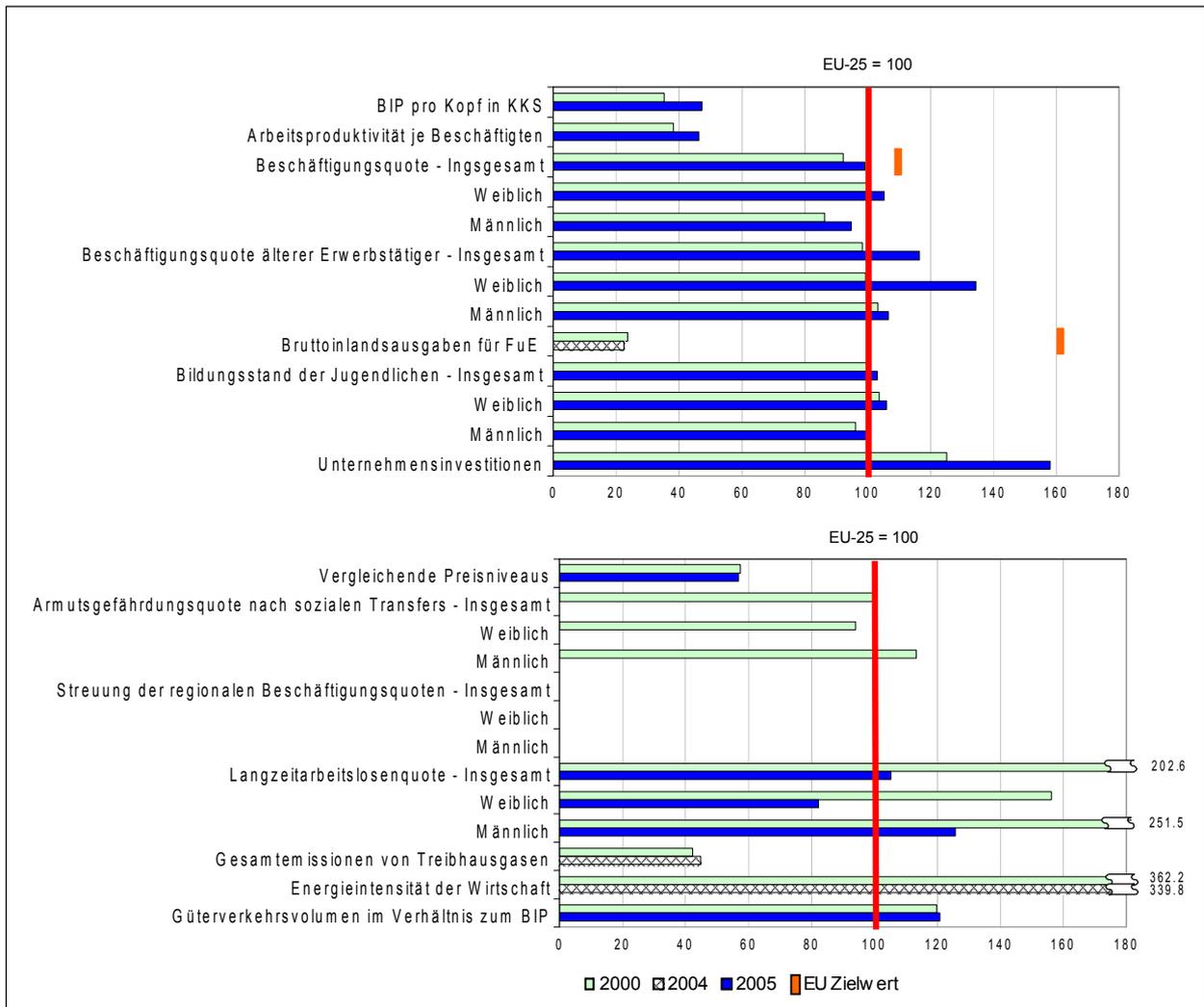
21. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms Lettlands und seiner Umsetzung gehören mehrere Maßnahmen zur Erleichterung der Gründung und Finanzierung innovativer KMU, wie die Einrichtung von Garantie- und Risikokapitalfonds und Maßnahmen zur Schaffung zentraler Anlaufstellen für Unternehmensgründer. Ferner hat Lettland eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die die Arbeitsmarktentwicklung erfolgreich gestützt haben.
22. In folgenden Bereichen des lettischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Zur Gewährleistung makroökonomischer Stabilität und zur Abwendung der Gefahr einer Konjunkturüberhitzung sind mehr konkrete Maßnahmen erforderlich. Lettland sollte seine FuE-Strategie weiter ausbauen und besser fokussieren und weitere Anreize für Investitionen der Privatwirtschaft schaffen. Die Maßnahmen zur Erweiterung des Arbeitsangebots müssen verstärkt und das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen muss angehoben werden. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Lettland:
- die Nachhaltigkeit der Wirtschaft und des Staatshaushalts gewährleistet, indem es eine restriktivere Finanzpolitik verfolgt, um einer Konjunkturüberhitzung entgegenzusteuern und die Ausgabenprioritäten umsichtig festlegt;
 - die Umsetzung der Reformen im Bereich FuE und Innovation stärker vorantreibt, um die in seinem nationalen Reformprogramm genannten ehrgeizigen Ziele tatsächlich erreichen zu können. Hier sind insbesondere Strategien zur Anregung von Partnerschaften zwischen Forschungs-/Bildungseinrichtungen und Unternehmen erforderlich;
 - sich stärker um eine Erweiterung des Arbeitsangebots und die Erhöhung der Produktivität bemüht, indem es die regionale Mobilität fördert, seine Bildungs- und Ausbildungssysteme stärker auf den Bedarf des Arbeitsmarktes ausrichtet und ein System für lebenslanges Lernen einführt.
23. Außerdem muss sich Lettland während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms auf Folgendes konzentrieren: Beschleunigung der Einrichtung zentraler Anlaufstellen für die zur Einstellung des ersten Arbeitnehmers erforderlichen Formalitäten; Förderung unternehmerischer Lehrinhalte; aktive Arbeitsmarktpolitik; Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

LETTLAND

	LV							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	35.4	37.1	38.7	40.8	42.8	47.2		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	38.3	39.4	40.2	41.3	42.7	46.3		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	57.5	58.6	60.4	61.8	62.3	63.3	67.0	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	53.8	55.7	56.8	57.9	58.5	59.3		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	61.5	61.9	64.3	66.1	66.4	67.6		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	36.0	36.9	41.7	44.1	47.9	49.5		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	26.7	30.0	35.2	38.8	41.9	45.3		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	48.4	46.2	50.5	51.3	55.8	55.2		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.44	0.41	0.42	0.38	0.42	0.57	1.5	1.86e	1.86e	:	3.0	
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	76.5	71.7	77.1b	75.4	79.5	79.9		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	82.4	77.5	84.3b	80.9	85.1	85.2		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	70.9	66.2	70.0b	70.1	74.2	74.7		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	57.5	58.2	57.6	55.4	56.4p	56.8p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	22.9	23.8	22.5	22.9	25.6	27.5		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	16.0	:	16.0	16.0	:	:	16.0e	16.0e	:		
	Weiblich	16.0	:	16.0	17.0	:	:	17.0e	17.0e	:		
	Männlich	17.0	:	16.0	16.0	:	:	15.0e	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	-	-	-	-	-	-	13.4	12.2	11.9		
	Weiblich	-	-	-	-	-	-	20.5	17.3	16.9		
	Männlich	-	-	-	-	-	-	9.9	10.2	9.7		
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	7.9	7.2	5.5	4.4	4.6	4.1	3.9	4.1	3.9		
	Weiblich	7.5	6.3	4.6	4.4	4.3	3.7	4.8	4.7	4.5		
	Männlich	8.3	8.1	6.4	4.3	4.8	4.4	3.3	3.6	3.5		
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	38.3	41.2	40.9	41.3	41.5	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	756.0	816.5	750.3	725.1	696.3	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	120.0	119.9	122.3	133.1	128.6	126.4		100.1e	104.6be	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Litauen

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Litauen gehört zu den EU-Mitgliedstaaten mit dem höchsten realen BIP-Wachstum: Im Zeitraum 2001-2005 erreichte es im Schnitt an die 8 %, und auch 2006 wird die litauische Wirtschaft voraussichtlich eine vergleichbare Wachstumsrate (7,8 %) aufweisen. Das Pro-Kopf-BIP wird dagegen 2006 wahrscheinlich nur 55 % des EU-Durchschnitts erreichen. In den letzten Jahren hat die Inlandsnachfrage rapide zugenommen und das Wirtschaftswachstum angekurbelt, was zu einem höheren Zahlungsbilanzdefizit geführt hat. 2006 soll die Inflationsrate beinahe 4 % betragen, während sie 2005 noch bei 2,7 % lag. Das starke Wirtschaftswachstum und der zunehmende Arbeitskräftemangel hat zu einer rasch fortschreitenden Anspannung des Arbeitsmarktes geführt. Die Arbeitslosigkeit ist von 11,4 % im Jahr 2004 rasch auf 8,3 % im Jahr 2005 zurückgegangen und wird 2006 voraussichtlich noch auf rund 6 % absinken. Die Beschäftigungsquote wird den Schätzungen zufolge von 62,6 % im Jahr 2005 auf 64,5 % im Jahr 2006 ansteigen.
2. Im Bereich Wachstum und Beschäftigung besteht für Litauen die größte wirtschaftspolitische Herausforderung darin, den Inflationsdruck, das starke Kreditwachstum und das wachsende Leistungsbilanzdefizit anzugehen. Während die laufenden Reformen des Gesundheitswesens und des Rentensystems zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen, kann auch die Haushaltskonsolidierung einen wesentlichen Anteil an der Erzielung langfristiger makroökonomischer Tragfähigkeit haben. Mangelnde Qualifikationen und ein hoher Lohndruck bei starkem Wirtschaftswachstum und zunehmenden Arbeitskräfteengpässen (die zum Teil durch Abwanderung bedingt sind) könnten durch eine stärkere Mobilität der Arbeitnehmer und ein weiterhin hohes Produktivitätswachstum teilweise aufgefangen werden; eine Steigerung der FuE-Aktivitäten und ihrer Effizienz könnte hier unterstützend wirken.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das nationale Reformprogramm (NRP) Litauens 2005-2008 nennt drei zentrale Prioritäten: Erhaltung eines starken Wirtschaftswachstums und eines stabilen makroökonomischen Umfelds; Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der litauischen Unternehmen; Förderung von Beschäftigung und Investitionen in Humankapital. Dem Fortschrittsbericht der Kommission vom Januar 2006 zufolge sollte sich Litauen insbesondere auf Maßnahmen in folgenden Bereichen konzentrieren: Ausbau der Wissenschafts- und Technologiebasis; Stärkere Förderung der Innovationssysteme; weitere Maßnahmen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik; Förderung der Mobilität der Arbeitnehmer.
4. Der Umsetzungsbericht 2006 zeigt, dass Litauen mit der Umsetzung seines NRP generell gut vorankommt. Der Großteil der NRP-Maßnahmen wird umgesetzt. Insgesamt gute Fortschritte wurden erzielt bei den Reformen des Rentensystems, des Gesundheitswesens und der Steuergesetzgebung, der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, der Festlegung einer nationalen Strategie im Energiebereich,

der Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung. Erste Fortschritte sind festzustellen bei der Förderung von FuE und Innovation, dem Ausbau der Nutzung von IKT, der Bemühung um eine besserer Rechtsetzung, der Steigerung des Wettbewerbs bei den freien Berufen, der Verstärkung von aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen, die auf die Integration benachteiligter Gruppen abzielen; in all diesen Bereichen befindet sich die Umsetzung allerdings noch im Anfangsstadium. Bei der Förderung der Mobilität der Arbeitnehmer und der Erwachsenenbildung im Rahmen des lebenslangen Lernens sind nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Litauen sieht sich einem zunehmenden Inflationsdruck gegenüber, und der Entwicklung einer umfassenden Strategie zur Begrenzung desselben wird im Umsetzungsbericht keine ausreichend hohe Priorität eingeräumt. Zur Erhöhung der Attraktivität des Standorts Litauen für ausländische Direktinvestitionen waren vielversprechend erscheinende Maßnahmen ergriffen oder angekündigt worden, die aber bisher noch nicht in ein ausreichend kohärentes Konzept gebracht wurden.

5. Bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates vereinbarten politischen Ziele sind nur mäßige Fortschritte zu verzeichnen. Litauen plant Maßnahmen zur Förderung unternehmerischer Lehrinhalte und entwickelt ein umfassendes energiepolitisches Konzept. Auf die Schaffung zentraler Anlaufstellen für die zügige Unternehmensgründung oder die Anpassung der weniger ehrgeizigen nationalen Ziele an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, denen zufolge sich die Mitgliedstaaten verpflichten, jüngeren Schulabgängern innerhalb von sechs Monaten einen Arbeitsplatz oder eine weiterführende Ausbildung anzubieten, geht der Bericht nicht ein.
6. Litauen hat die Übernahme des NRP im Vorfeld seiner Veröffentlichung unter anderem durch umfassende Konsultationen weiter gefördert. Es wurde ein ministerienübergreifender Ausschuss gebildet, der das NRP koordinieren und seine Verankerung auf höchster Ebene unterstützen soll. Zur Einbindung der Stakeholder in die Überwachung der Umsetzung des NRP hat Litauen ein eigenes Konzept entwickelt, an dem sich andere Mitgliedstaaten orientieren könnten. In vier Schwerpunktbereichen (Makroökonomie, FuE und Innovation, Unternehmenspolitik und Beschäftigung) wurden Gruppen eingesetzt, die die Umsetzung des NRP in den jeweiligen Bereichen analysieren und gegebenenfalls Änderungen oder neue Maßnahmen vorschlagen und in denen Sozial- und Wirtschaftspartner den Vorsitz führen und außerdem Forscher und Mitarbeiter von Behörden vertreten sind. Die litauischen Behörden sind auf dem besten Weg, zu erreichen, dass sich die Umsetzung ihres NRP und die mit Strukturfondsmitteln geförderten Maßnahmen sinnvoll ergänzen. Die Strukturfonds können in vielen Bereichen einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg von NRP-Maßnahmen leisten, beispielsweise in Bereichen wie Verkehr und soziale Infrastrukturen, FuE und Innovation, Informationsgesellschaft, Unternehmen und Entwicklung des Humankapitals. Im Zeitraum 2007-2013 sollen Mittel in Höhe von 3,4 % des BIP für die Kohäsionspolitik bereitgestellt werden.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Der Umsetzungsbericht bestätigt die im NRP 2005 aufgestellten wichtigsten makroökonomischen Ziele und Prioritäten. Die Reform des Rentensystems, mit der zusätzlich zum gesetzlichen ein privates System der Rentenversicherung eingeführt und konsolidiert werden soll, ist im Gange. Die bereits im Rahmen des letztjährigen NRP als Ziel genannte Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre soll nach Abschluss einer für 2008 fertig zu stellenden Studie gegebenenfalls ins Auge gefasst werden. Diese Maßnahme würde zur sozialen Angemessenheit und finanziellen Tragfähigkeit der künftigen Renten beitragen und das knappe Arbeitskräfteangebot erhöhen (siehe Abschnitt Beschäftigungspolitik). Die erste Phase der Reform des Gesundheitswesens (Zeitraum 2003-2005) ist beendet und die zweite Phase der Umstrukturierung der Einrichtungen des Gesundheitswesens (2006-2008) ist angelaufen. Außerdem wird ein Projekt e-Gesundheit umgesetzt. Die erste Stufe der Steuerreform, mit der die Einkommensteuer mit Wirkung vom 1. Juli 2006 von 33 % auf 27 % gesenkt wurde, ist vollzogen. Als Ausgleichsmaßnahme wird vorübergehend (in den Jahren 2006 und 2007) eine „Sozialsteuer“ (kommt einer Erhöhung der Körperschaftssteuer gleich) erhoben. Die Reformen des Rentensystems, des Gesundheitswesens und der Steuergesetzgebung kommen insgesamt planmäßig voran.
8. Es wurden einige Maßnahmen getroffen, um weitere ausländische Direktinvestitionen ins Land zu holen. Darunter: Schaffung von Industrieparks und Gewerbezentren und steuerliche und verwaltungstechnische Anreize für gewerbliche Tätigkeiten in wirtschaftlichen Freizonen. Ein Programm zur Investitionsförderung, das eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des Standorts Litauen für ausländische Direktinvestitionen vorsieht, ist in Vorbereitung. Es befindet sich in der Verhandlungsphase mit den Stakeholdern und soll Anfang 2007 endgültig verabschiedet werden. Für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Litauens ist unbedingt erforderlich, dass dieses Programm auf einem kohärenten Konzept beruht und energisch und zügig umgesetzt wird.
9. Es sollte auch darauf geachtet werden, dass die Löhne lediglich entsprechend der Produktivitätsentwicklung steigen. Dies würde zu einem stabilen makroökonomischen Umfeld beitragen – indem die wirtschaftliche Flexibilität gestärkt und die Entwicklung der Lohnstückkosten im Zaum gehalten würden – und dadurch Litauens Wettbewerbsfähigkeit bewahren.
10. Mit seinem NRP beabsichtigt Litauen, die Bedingungen für den Beitritt zur Eurozone durch eine nachhaltige Finanzpolitik zu erfüllen. Bisher ist es weitgehend gelungen, eine Ausweitung des Staatshaushaltsdefizits zu vermeiden. Dem Umsetzungsbericht zufolge dürfte das Haushaltsdefizit 2006 höchstens 1,2 % des BIP betragen. Der Bericht bestätigt ferner die für 2007 und 2008 gesteckten Ziele (1,3 % bzw. 1 %), obwohl in der letzten Zeit – getragen durch höhere öffentliche Einnahmen als geplant – ein eher expansiver finanzpolitischer Kurs verfolgt wurde. Dagegen ergibt sich für die Inflation ein weniger positives Bild, denn die steigenden Energiekosten und Arbeitskräfteengpässe erzeugen Lohn- und Preisdruck. Im Umsetzungsbericht wird

für 2006 von einer durchschnittlichen jährlichen Inflationsrate von 3,9 % (im NRP waren 2,1 % genannt) und für 2007 von 4,7 % ausgegangen. Trotz dieser Tendenz werden in dem Bericht keine neuen Maßnahmen und keine Verschärfungen bestehender Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation angekündigt. Die von der Regierung geplante weitere Senkung der Einkommensteuer auf 20 % könnte, wenn sie kurzfristig zur Anwendung käme, den Inflationsdruck noch verstärken; sie ist derzeit ausgesetzt, für Januar 2008 wurde aber bereits ein Satz von 24 % verabschiedet. Die starke Inlandsnachfrage, die durch das derzeitige rasche Kreditwachstum teilweise noch gefördert wird, hat zu einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits geführt. Vor diesem Hintergrund sollte die Finanzpolitik stärker darauf ausgerichtet sein, die Preisstabilität zu stützen und einer drohenden Konjunkturüberhitzung entgegenzuwirken, dabei aber weiterhin bessere Arbeitsanreize zu schaffen.

11. Litauen ist mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zur weiteren Förderung des Wirtschaftswachstums gut vorangekommen, sollte sich aber noch stärker um die Erzielung makroökonomischer Stabilität bemühen.

Mikroökonomische Politik

12. Das NRP räumt im Bereich Mikroökonomie der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit eine Vorrangstellung ein. Die Kommission schloss sich dieser Auffassung an, wies aber auch auf die Wichtigkeit von Maßnahmen zur Entwicklung der Infrastruktur und im Bereich FuE und Innovation hin.
13. Im Bereich FuE und Innovation ist Litauen auf dem richtigen Weg. Allerdings befinden sich viele Maßnahmen noch im Stadium der Entwicklung. Litauen wird die öffentlichen Investitionen in die Forschung erheblich ausweiten müssen, wenn es das Ziel von 1 % des BIP bis 2010 erreichen will (2004 lagen sie bei 0,6 %); dabei ist für die Verbesserung der Wirksamkeit der öffentlichen Investitionen ausschlaggebend, dass das Vorhaben umgesetzt wird, bei der Verteilung der FuE-Ausgaben stärker als bisher Wettbewerbskriterien zugrunde zu legen. Wenn das ehrgeizige Gesamtziel von 2 % für Forschungsinvestitionen erreicht werden soll, sind außerdem beträchtliche Anstrengungen erforderlich, um die privaten FuE-Investitionen anzukurbeln. Dabei ist wichtig, dass die Forschungskompetenzen gefördert werden, die am Markt benötigt werden, dass Staat und Privatwirtschaft wirksam zusammenarbeiten und dass das derzeit vorbereitete Vorhaben zur Schwerpunktsetzung bei den FuE-Programmen wirksam umgesetzt wird. Die Umsetzung des Entwicklungsplans für das Hochschulsystem 2006–2010 ist angelaufen. In Sachen Humankapital ist im Bereich FuE ein umfassendes Konzept vonnöten. Dies ist besonders dringend, da die Reformen des Bereichs FuE und des Bildungssystems erst mittelfristig Ergebnisse zeitigen werden. Mehrere Maßnahmen im Bereich Innovation sind bisher lediglich Vorschläge mit unsicheren Perspektiven. Es sind weitere Maßnahmen zur engeren Verzahnung des Sektors FuE und Innovation mit den Unternehmen des Landes erforderlich, um die Anwendung von Forschungsergebnissen und die Wettbewerbsfähigkeit der herkömmlichen Industriezweige zu verbessern und zu erreichen, dass Nebenergebnisse der Forschungstätigkeit leichter kommerziell genutzt werden können. Es gibt erfolgreiche Initiativen zur Förderung von Gewerbezentren und Schaffung nationaler Technologieparks.

14. Es wurde eine nationale Strategie im Energiebereich festgelegt, die Folgendes vorsieht: Liberalisierung des Elektrizitäts- und des Erdgasmarktes, Privatisierung von Erdölraffinerien und von staatlichen Transportunternehmen, Maßnahmen zur Begrenzung der Umweltverschmutzung und zur sicheren Stilllegung von Block 2 des KKW Ignalina; Eingliederung der Energiesysteme Litauens in das Energienetz der EU in den kommenden Jahren, stärkere regionale Zusammenarbeit im Hinblick auf die Schaffung eines Binnenmarktes für Elektrizität für die baltischen Länder. Im Rahmen eines Energieeffizienz-Programms für den Zeitraum 2006-2010 sollen Energiesparmaßnahmen sowie der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Energiequellen gefördert und Treibhausgasemissionen reduziert werden. Im Bereich Verkehrsinfrastruktur werden vordringlich zwei Vorhaben verfolgt (*Rail Baltica* und *Via Baltica*), die die baltischen Länder besser an die europäischen Verkehrsnetze anbinden sollen. Im Bericht werden vielversprechende Maßnahmen zur Entwicklung von Breitband-Technologien und eGovernment-Diensten und zur Ausweitung des IKT-Einsatzes vorgestellt, für die in einigen Fällen allerdings noch konkretere Projekte ausgearbeitet werden müssen. Auch werden einige vielversprechende Umweltschutzmaßnahmen genannt, wie die Berücksichtigung von Umweltverträglichkeitsaspekten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, die weiterverfolgt werden sollten.
15. Für die weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit hat Litauen einige vielversprechende Maßnahmen vorgelegt, wie einen nationalen Aktionsplan für bessere Rechtsetzung mit einer Methode zur Ermittlung und Begrenzung des Verwaltungsaufwands. Im Umsetzungsbericht wird auf den Bedarf der KMU eingegangen, jedoch werden nicht alle wichtigen Themen im Einzelnen behandelt. Die Einrichtung zentraler Anlaufstellen für Unternehmensgründungen und die Verkürzung der für Unternehmensgründungen erforderlichen Fristen sind noch in Angriff zu nehmen. Es sind neue Maßnahmen zur Förderung unternehmerischer Lehrinhalte vorgesehen, die noch umgesetzt werden müssen. Da für die freiberuflichen Dienstleistungen noch erhebliche Einschränkungen gelten (Festpreise, Richtpreise usw.), muss die von der litauischen Wettbewerbsbehörde begonnene Arbeit noch stärker unterstützt werden, damit unnötig restriktive Vorschriften abgeschafft werden.
16. Litauen zeigt insgesamt eine große Bereitschaft zur Einleitung der in den einzelnen mikroökonomischen Bereichen erforderlichen Strukturreformen; das spiegelt sich in wichtigen Reformen in Bereichen wie bessere Rechtsetzung und Infrastrukturen wider. Im Bereich FuE sind weitergehende Maßnahmen erforderlich.

Beschäftigungspolitik

17. Im Umsetzungsbericht werden zwar keine neuen Maßnahmen angekündigt, doch werden die im NRP festgelegten Vorgaben hinsichtlich der Anhebung der Beschäftigung und der Verbesserung der Investitionen in Humankapital, mit denen bis 2010 eine Beschäftigungsquote von insgesamt 68,8 % erreicht werden soll, bestätigt. In dem Bericht wird hervorgehoben, dass die wichtigsten Ziele im Bereich Beschäftigung möglicherweise früher erreicht werden könnten als geplant. Bereits im Jahr 2005 waren die Beschäftigungsquoten bei den älteren Arbeitskräften (49,2 %) und bei den Frauen (59,4 %) höher als im NRP vorhergesehen. Allerdings könnte der Arbeitskräftemangel in bestimmten Branchen das nachhaltige Wachstum gefährden.

Außerdem müssen die Bemühungen um den Abbau der starken regionalen Unterschiede bei der Beschäftigung intensiviert werden.

18. Im NRP sind verschiedene Maßnahmen zur Erweiterung des Arbeitskräfteangebots vorgesehen. Die Umsetzung des (noch nicht offiziell bestätigten) Vorhabens, das Rentenalter auf 65 Jahre zu erhöhen (siehe Punkt 7), könnte hier unterstützend wirken. Neue aktive Arbeitsmarktmaßnahmen, wie die Jobrotation (Ersetzung eines Mitarbeiters durch einen Arbeitsuchenden – für die Dauer von höchstens 12 Monaten – zur Überbrückung längerer Abwesenheiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung usw.)), wurden eingeführt und auf benachteiligte Gruppen und Nichterwerbstätige ausgeweitet. Diese Maßnahmen sowie die Maßnahmen der nationalen Strategie zur sozialen Eingliederung dürften dazu beitragen, die Beschäftigungsfähigkeit benachteiligter Gruppen zu erhöhen, insbesondere, wenn Anreize geschaffen werden, die eine Beschäftigung für diese Gruppen interessanter machen. Angesichts der steigenden Ausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen ist es wichtig, diese wirksam zu überwachen und ihre Qualität zu kontrollieren. Regelmäßige Fortschritte sind bei der Verbesserung des Gesundheitswesens, der Zusammenarbeit der Sozialpartner und der Arbeitsmarkteinrichtungen zu verzeichnen, dagegen kommen Maßnahmen mit dem Ziel, Jugendliche für den Arbeitsmarkt fit zu machen, nur schleppend voran. Insbesondere die Annahme des Programms zur Förderung der unternehmerischen Kompetenzen unter den Jugendlichen und das neue Gesetz zur beruflichen Bildung sollten vorangebracht werden. Im Bericht werden Maßnahmen beschrieben, die darauf abzielen, Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen außerhalb der „typisch weiblichen Berufe“ (Segregation) zu schaffen und Existenzgründungen unter den Frauen zu fördern; auf das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen und auf den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird nicht eingegangen. Auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie müssen zügigere Fortschritte erzielt werden. Um dem ehrgeizigen Ziel des NRP gerecht zu werden, sind wirksame Maßnahmen erforderlich, um das Angebot an hochwertiger Kinderbetreuung in allen Regionen zu erhöhen.
19. Maßnahmen zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Unternehmen sind im Gange. Die Arbeitsgesetzgebung wurde geändert, um zu ermöglichen, dass die Bedingungen für Teilzeitarbeit, Überstunden und Saisonarbeit im Rahmen von Tarifverhandlungen vereinbart werden können. Ferner werden gesetzliche Bestimmungen für neue Formen der Arbeitsorganisation ausgearbeitet. Die Auswirkung der im Juli 2006 eingeleiteten Steuerreform (siehe Abschnitt „Makroökonomische Politik“) auf die Situation der Niedriglohnempfänger bleibt abzuwarten. Das – teilweise durch Auswanderung bedingte – rückläufige Angebot auf dem Arbeitsmarkt ist Gegenstand eines Strategievorschlags zur Steuerung der Wirtschaftsmigration in beide Richtungen. Angesichts der regionalen Unterschiede und Arbeitskräfteengpässe ist eine Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern erforderlich, damit wirksame Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitskräftemobilität festgelegt werden können; in diesem Punkt wurden bisher kaum Fortschritte erzielt. Im NRP waren keine Maßnahmen zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz vorgesehen; angesichts der zu beobachtenden negativen Entwicklungen ist in diesem Bereich nun eine Überarbeitung der bestehenden Maßnahmen erforderlich.
20. Mehrere bereits vor dem NRP beschlossene Initiativen zur Verbesserung des Humankapitals müssen derzeit in verschiedenen Punkten intensiviert und ergänzt

werden. Zu den laufenden Maßnahmen gehört ein Programm für spezielle Einrichtungen im Bildungsbereich und die Schaffung eines nationalen Qualifikationssystems. Im Mai 2006 wurde ein Programm zur Umstrukturierung der Lehrerbildung angenommen. Es laufen Vorbereitungen, um mehr technische Inhalte in die Lehrpläne der Sekundarschulen aufzunehmen. Zur Verbesserung der Qualität der Ausbildung soll ein System für die Überwachung und Verwaltung der Ausbildung entwickelt und eine Agentur für die Beurteilung der Schulen eingerichtet werden. Dieser qualitätsorientierte Ansatz sollte im gesamten Bildungssystem verfolgt werden, einschließlich in den Hochschulen, wo derzeit eher quantitative Kriterien vorherrschen. Mit verschiedenen Vorhaben zur Erhöhung der Teilnahme der erwachsenen Bevölkerung an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen soll laut NRP bis 2010 eine Beteiligung von 10 % erreicht werden. Auch mit der Strategie für lebenslanges Lernen scheint dieses Ziel nur schwer zu erreichen zu sein, zumal die Teilnahme von Erwachsenen an Ausbildungsmaßnahmen wieder leicht zurückgegangen ist (von 6,5 % im Jahr 2004 auf 6,3 % im Jahr 2005). Gezielte Maßnahmen sind erforderlich, um zu gewährleisten, dass die Zahl der älteren Arbeitnehmer, die an Schulungsmaßnahmen teilnehmen, schneller steigt als die Teilnehmerzahlen insgesamt.

21. Insgesamt kommt der Großteil der im NRP vorgesehenen Beschäftigungsmaßnahmen gleichmäßig voran und in bestimmten Bereichen wurden die Maßnahmen intensiviert, insbesondere im Bereich aktive Arbeitsmarktpolitik. Handlungsbedarf besteht weiterhin in den Bereichen Beschäftigungsfähigkeit der jungen Bevölkerung, Kinderbetreuungsmöglichkeiten und speziell Arbeitskräftemobilität.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

22. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
23. Litauen macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms in den meisten wichtigen Bereichen der Makroökonomie, der Mikroökonomie und der Beschäftigung gute Fortschritte. Viele wichtige Maßnahmen befinden sich allerdings noch im Stadium der Entwicklung, so dass ihre Umsetzung noch nicht sehr weit gediehen ist. Bei der Erfüllung der im Rahmen der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen sind nur mäßige Fortschritte zu verzeichnen.
24. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms Litauens und seiner Umsetzung gehören: die Reformen des Rentensystems, des Gesundheitswesens und der Steuergesetzgebung; die Maßnahmen zur Verbesserung der Straßen- und Schienennetze; die Festlegung einer nationalen Strategie im Energiebereich; die intensiven Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik, wie die Jobrotation; die begonnene Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung.
25. In folgenden Bereichen des litauischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Investitionen in FuE müssen noch stärker gefördert werden – sie scheinen bisher nicht ausreichend, um das vereinbarte ehrgeizige Ziel

zu erreichen; Maßnahmen zur Förderung der Arbeitskräftemobilität müssen intensiviert werden; es müssen weitere Schritte unternommen werden, um die Teilnahme – insbesondere älterer Arbeitnehmer – an Programmen des lebenslangen Lernens zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Litauen:

- seine Bemühungen um den Ausbau seines FuE-Systems fortsetzt und dafür sorgt, dass die Gesamtinvestitionen in FuE das vereinbarte hohe Niveau erreichen, indem es hierfür insbesondere auch öffentliche Mittel einsetzt;
- sich stärker um Erhöhung des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften bemüht und zu diesem Zweck die regionale Mobilität der Arbeitnehmer verstärkt, lebenslanges Lernen fördert und dabei schwerpunktmäßig Fördermaßnahmen für ältere Arbeitnehmer vorsieht.

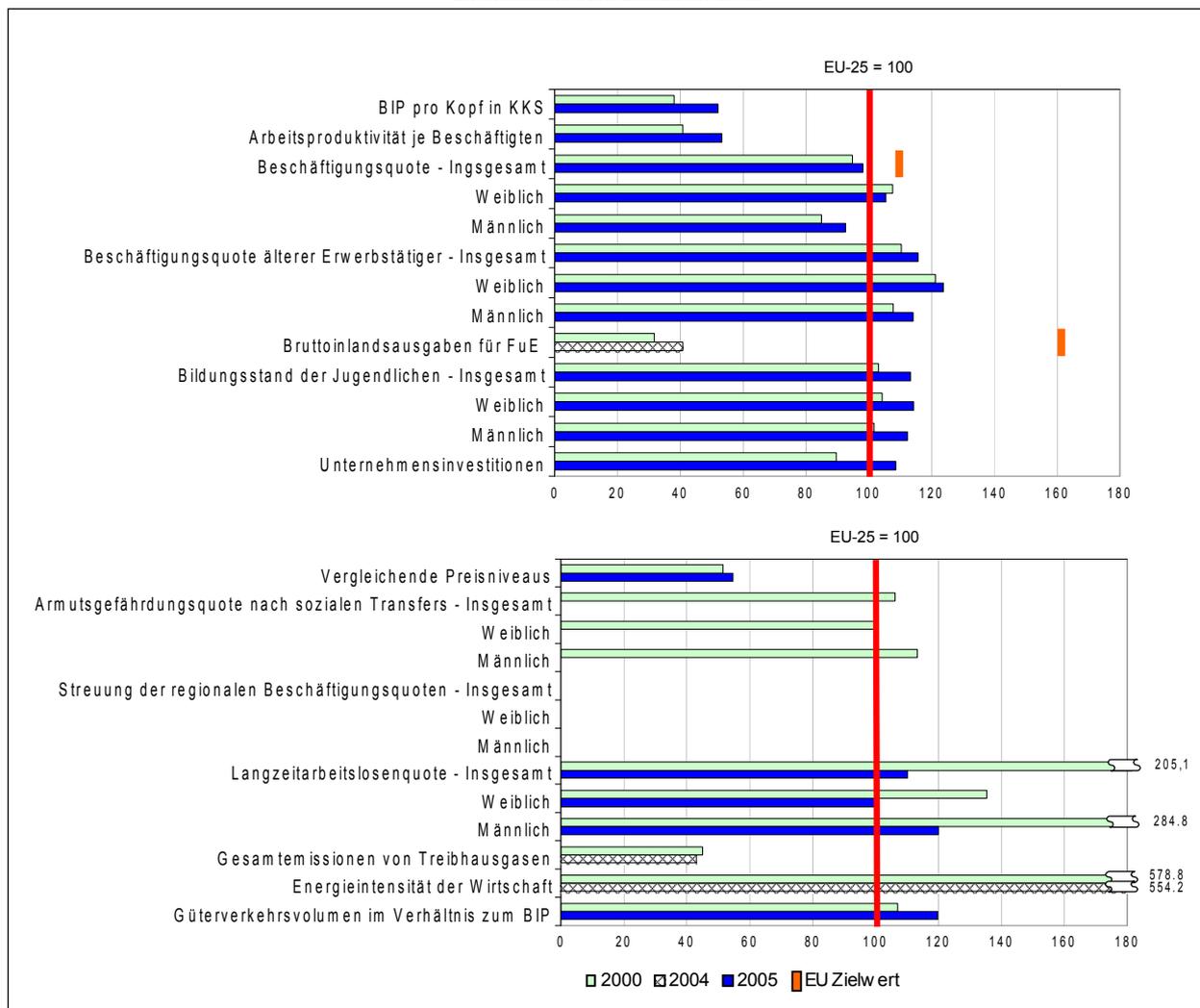
26. Außerdem muss sich Litauen während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms auf Folgendes konzentrieren: Erzielung makroökonomischer Stabilität und Eindämmung der Inflation; Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen; Erleichterung von Unternehmensgründungen; Umweltschutz; Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der jungen Bevölkerung; breitere Vermittlung unternehmerischer Lehrinhalte; Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten; Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

LITAUEN

	LT							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	38.0	40.2	41.9	45.2	47.8	52.1		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	40.8	44.8	44.8	47.1	49.6	53.1		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	59.1	57.5	59.9	61.1	61.2	62.6	68.8	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	57.7	56.2	57.2	58.4	57.8	59.4		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	60.5	58.9	62.7	64.0	64.7	66.1		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	40.4	38.9	41.6	44.7	47.1	49.2	2.0	36.6	41.0	42.5	3.0
	Weiblich	32.6	31.1	34.1	36.7	39.3	41.7		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	50.6	49.2	51.5	55.3	57.6	59.1		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.59	0.67	0.66	0.67	0.76	0.76		1.86e	1.86e	:		
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	78.9	80.5	81.3b	84.2	85.0	87.8		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	82.9	83.8	83.2b	87.9	88.5	91.8		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	75.0	77.1	79.4b	80.6	81.5	83.9		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	51.6	53.0	54.6	54.9	54.6p	54.7p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	16.4	17.9	17.4	18.2	18.9	18.9		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	17.0	17.0	17.0	15.0	:	:	16.0e	16.0e	16.0e	:	
	Weiblich	17.0	17.0	17.0	15.0	:	:		17.0e	17.0e	:	
	Männlich	17.0	18.0	16.0	14.0	:	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	-	-	-	-	-	-		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	-	-	-	-	-	-		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	8.0	9.3	7.2	6.0	5.8	4.3	-	3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	6.5	7.7	6.8	6.0	6.2	4.5		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	9.4	10.8	7.6	6.0	5.5	4.2		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	40.9	40.0	38.5	33.8	39.9	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	1208.4	1256.8	1272.7	1194.8	1135.6	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	107.1	96.4	115.3	116.9	113.7	125.4		100.1e	104.6be	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Luxemburg

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Das Wachstum des BIP steigerte sich 2006 auf rund 5,5% gegenüber 4,6% im Jahr 2005. Das Pro-Kopf-BIP dürfte in diesem Jahr 253% des EU-Durchschnitts erreichen. Die Beschäftigungsquote liegt mit 65,1 % weiterhin leicht unter dem EU-Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote hatte 2004 mit 5,1 %, d.h. 3 Prozentpunkten mehr als im Jahr 2001, einen historischen Höchststand erreicht, ist in diesem Jahr jedoch auf 4,5 % gesunken. Die Inflation ist seit 2002 gestiegen: von 3,8 % im Jahr 2005 auf nunmehr 3,2%.
2. Die wirtschaftliche Lage Luxemburgs bleibt zwar sehr günstig, doch es zeichnen sich Probleme ab: Das langfristige Wachstumspotential könnte durch den Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der relativ schnellen Zunahme der Lohnkosten beeinträchtigt werden. Außerdem ist die FuE-Politik nur gering entwickelt. Schließlich bleibt die Beschäftigungsquote der Wohnbevölkerung niedriger als im gemeinschaftlichen Durchschnitt und ist bei den älteren Arbeitnehmern besonders niedrig.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das nationale Reformprogramm (NRP) weist im Zeitraum 2005-2008 die folgenden Schwerpunkte aus: ein hochwertiges Bildungs- und Ausbildungssystem, eine in das europäische und internationale Umfeld integrierte Volkswirtschaft, attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen, einen stabilen makroökonomischen Rahmen und die Einhaltung der Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung. Die Kommission teilt diese Festlegung der Prioritäten, hat jedoch in ihrem Fortschrittsbericht für das Jahr 2006 hervorgehoben, dass zur Verwirklichung der anspruchsvollen Ziele im Bereich von Forschung und Innovation und im Bereich der Beschäftigung der Lage der älteren Arbeitnehmer und der Stellung der behinderten Arbeitnehmer zusätzliche Aufmerksamkeit geschenkt werden müsste.
4. Gemäß dem Durchführungsbericht für das Jahr 2006 wurden und werden angemessene Maßnahmen ergriffen, um die Staatsfinanzen wieder auszugleichen und die Inflation zu verringern, die Verwaltung zu modernisieren, den Forschungssektor auszubauen, die Einhaltung der Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung zu gewährleisten, die Risiken der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Anreizmaßnahmen zu stärken, die Qualität der Eingliederung behinderter Personen neu zu gewichten und die Maßnahmen zur Vereinbarung von Privatleben und Beruf zu verbessern. Probleme im Zusammenhang mit der Klassenwiederholung, der Ausstattung mit Lehr- und Betreuungspersonal und Organisationsfragen vor allem im Sekundarschulwesen erfordern fortgesetzte Anstrengungen bei der Reform der Bildungs- und Ausbildungssysteme. Es wurden keine neuen Maßnahmen ergriffen, um die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer zu erhöhen, obwohl sich deren Lage nicht verbessert hat (weiterhin niedrige Beschäftigungsquote und geringes Durchschnittsalter beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben). Die Fragen der Integration der luxemburgischen Wirtschaft in den europäischen und internationalen

Rahmen wird in dem Bericht indirekt sowohl aus makroökonomischer Sicht (Wettbewerbsfähigkeit im Ausland) als auch mikroökonomisch (Stärkung des Wettbewerbs und Entwicklung der europäischen Infrastrukturen) angesprochen.

5. Der Bericht stellt die Übereinstimmung mit der Mehrzahl der vom Europäischen Rat in diesem Frühjahr festgelegten prioritären Maßnahmen fest. Er gibt eine angemessene Antwort auf die Forderung des Europäischen Rates nach Stärkung des Forschungssektors. Bei der Anhebung der Beschäftigungsquote der Frauen, der Anerkennung der Befähigungsnachweise oder der Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen zeigt der Bericht teilweise Defizite auf. Zusätzliche Maßnahmen sind erforderlich, um die Ersteinstellung zu erleichtern und die Gründung neuer Unternehmen zu beschleunigen.
6. Das NRP war das Ergebnis einer umfassenden Konsultierung der Sozialpartner. Diese haben auch an der Abfassung des Durchführungsberichts mitgearbeitet, der anschließend im Parlament erörtert wurde. Das Parlament hat eine öffentliche Anhörung veranstaltet, um die Debatte in die Bürgergesellschaft zu tragen. Es wurden Instrumente zur allgemeinen Bewußtmachung (Kolloquien, Internetseiten) entwickelt. Die Fortsetzung der Reformen wird über einen "Anzeiger" für Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet. Der Durchführungsbericht enthält jedoch in der Regel keine Kennwerte als Bezugnahmen für die vorgestellten Maßnahmen: die jährlich erzielten Fortschritte müssten genauer überwacht werden.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Einige der Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen betreffen die Ausgaben, wie zum Beispiel die Modulation der Indexierung der Löhne und Sozialleistungen und die Optimierung der staatlichen Investitionsausgaben bis zum Jahr 2009, wenn ein ausgeglichener Staatshaushalt wiederhergestellt sein soll. Andere im Frühjahr beschlossene Maßnahmen betreffen die Einnahmen wie zum Beispiel die Erhöhung bestimmter Gebühren und Grundabgaben. Diese Maßnahmen können zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Finanzen beitragen, deren jüngste Verschlechterung vor allem auf die starke Zunahme der Ausgaben zurückzuführen ist. Diese Maßnahmen werden insgesamt zweifellos einen zwar begrenzten, jedoch konkreten negativen Einfluss auf die Wirtschaftstätigkeit haben.
8. Die Anpassung der Indexierung kann mit den anderen in dem Bericht genannten Maßnahmen (deren Wirkungen schwierig zu beziffern sind) ebenfalls zur angestrebten Eindämmung der Inflation vor allem durch die Verlangsamung des Anstiegs der Lohnkosten beitragen, die in Luxemburg stärker steigen als in den Nachbarländern, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zurückgeht.
9. Die in dem luxemburgischen NRP vorgesehenen makroökonomischen Maßnahmen werden wie vorgesehen durchgeführt und müssten mittelfristig einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der gesetzten Ziele leisten. Es werden jedoch Reformen durchgeführt werden müssen, um die langfristige Tragfähigkeit des Rentensystems zu gewährleisten, da die starke Ausweitung der Beschäftigung in der Vergangenheit

in Zukunft zu einer entsprechenden Zunahme der Anzahl der Rentner führen wird. Damit wird sich das Verhältnis zwischen Beitragzahlenden und Rentnern verschlechtern, selbst wenn die Beschäftigung weiter so wächst wie gegenwärtig. Bisher wurde jedoch nur wenig unternommen, um das Rentensystem zu reformieren.

Mikroökonomische Politik

10. Luxemburg hat eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes in Angriff genommen, mit denen die Verkehrsinfrastrukturen verbessert, die Geschwindigkeit und Sicherheit der elektronischen Kommunikationsmittel erhöht und die Online-Verwaltung eingeführt werden sollen. Es wurden Programme zur Ausbildung in Unternehmensführung und eine virtuelle Anlaufstelle für Unternehmen geschaffen. Der Rückstand bei der Umsetzung der EU-Richtlinien in nationales Recht ging von 4,4 % im November 2005 auf 3,4 % im September 2006 zurück. Die Einfuhrregeln und -praktiken werden im Hinblick auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bewertet. Was fehlt, sind jedoch genauere Angaben zu einzelnen Maßnahmen, zum Beispiel was das für die Vereinfachung und Erfassung des Verwaltungsaufwands gewählte Verfahren oder die Maßnahmen betrifft, die nötig sind, um den Rückstand bei der Umsetzung von EG-Recht in innerstaatliches Recht bis Mitte 2007 weitgehend aufzuholen. Im Jahr 2005 wurde eine Reform des Konkursrechtes und des Gesetzes über die Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln angekündigt, der Bericht enthält jedoch keine Angaben über den Stand der Dinge in diesem Bereich. Außerdem sind zusätzliche Maßnahmen zugunsten der KMU erforderlich, um die Ersteinstellung und die Verfahren zur Unternehmensgründung zu erleichtern. Um den Wettbewerb in bestimmten Sektoren zu stärken, wäre eine Reform der berufsbezogenen Dienstleistungen erforderlich, außerdem müsste die Wettbewerbsbehörde mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, um ihre Aufgabe durchführen zu können.
11. Luxemburg hat die öffentlichen Finanzmittel für Forschung und Entwicklung erhöht und konnte private Investitionen im FuE-Bereich anziehen. Es wurde ausländischen Forschern erleichtert, in Luxemburg arbeiten zu können. Die Finanzierung der öffentlichen Forschungszentren wurde reformiert, und es sind neue Partnerschaften zwischen dem öffentlichen Sektor und der Privatindustrie vorgesehen. Die Forschungs- und Innovationsausgaben im Staatshaushalt müssen ein Schwerpunkt bleiben, damit die FuE-Investitionen bis zum Jahr 2010 einen Anteil von 3 % des BIP erreichen. Die zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen vorgesehenen Partnerschaften müssen präzisiert und beschleunigt werden. In den späteren Reformetappen müsste die Verbesserung der Governance-Regeln, die Koordinierung der öffentlichen Forschung und die Verbindungen mit der privaten Forschung im Mittelpunkt stehen.
12. Hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklung erwähnt der Bericht vollständige und zukunftsfähige Maßnahmen wie zum Beispiel die Anstrengungen zur Schaffung von Naturschutzgebieten, Forschungsbeihilfen im Bereich des nachhaltigen Verbrauchs und der Ökoeffizienz, neue Gesetze zur Festlegung von Baunormen, ein Abkommen mit der Industrie über die Energieeffizienz, direkte Beihilfen und Steuervorteile für erneuerbare Energien. Im Jahr 2008 wird die integrierte Energiestrategie einer wichtigen Prüfung unterzogen, die auf die Ökoeffizienz, die Wettbewerbsfähigkeit und die Versorgungssicherheit abzielt. Auch im Bereich der Ökotechniken sind Projekte erwähnt.

13. Die in dem Durchführungsbericht dargelegten mikroökonomischen Maßnahmen gehen in die richtige Richtung. Im Mittelpunkt der Anstrengungen sollten nun die weiteren Durchführungsmaßnahmen und jährliche Erfolgsbewertungen stehen. Bestimmte Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes sollten genauer bestimmt, zusätzliche Maßnahmen zugunsten der KMU und zur Förderung des Wettbewerbs sollten ergriffen werden.

Beschäftigungspolitik

14. Der Bericht behandelt nicht die Frage der älteren Arbeitnehmer, er konzentriert sich auf die Erfassung der Beschäftigungsquote, die Verbesserung der Schul- und Ausbildungssysteme, die Integration in den Beschäftigungsmarkt, die Förderung der weiblichen Berufstätigkeit und die Entwicklung von Modellen für den Übergang ins Erwerbsleben. Nach der Unterzeichnung eines dreiseitigen Abkommens mit den Sozialpartnern und der Einbringung einer Gesetzesvorlage sind in diesen Bereichen wichtige Fortschritte zu erwarten.
15. Die Förderung der weiblichen Berufstätigkeit wird durch den Aufbau von "Übergangshäusern" für die Kinderbetreuung sowie ähnlicher Einrichtungen fortgesetzt, die erheblich erweitert werden sollen. Auch vom Staat werden weiterhin Initiativen im Bereich der Gleichstellung von Mann und Frau gefördert. Die unterschiedliche Stellung von Männern und Frauen im Arbeitsmarkt hinsichtlich Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Berufsuntätigkeit und Bezahlung werden relativ vernachlässigt. Die Berufseingliederung der Jugendlichen, deren Arbeitslosenquote zwar zurückgeht, mit 13,8 % im Jahr 2005 jedoch relativ hoch ist, müsste durch die Schaffung einer Ausbildungsbeihilfe, durch die Reform der Beschäftigungsmaßnahmen und die Unterstützung der informellen Lehre gestärkt werden. Durch die Streichung der Arbeitslosenwartegelder will die Regierung für die Jugendlichen größere Anreize schaffen, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen.
16. Um den älteren Arbeitnehmern, deren Beschäftigungsquote mit 31,7 % im Jahr 2005 unverändert blieb, flexible Renten zu ermöglichen, und das relativ niedrige Durchschnittsalter für das Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt (58,2 Jahre im Jahr 2003; 57,7 Jahre im Jahr 2004) zu erhöhen, sind für den Herbst 2006 dreiseitige Verhandlungen vorgesehen. Für die dem Arbeitsmarkt fern stehenden Personen sind Reformen im Bereich der Ausbildung und Aktivierung sowie ein Neuaufbau der "sozialen Initiativen zugunsten der Beschäftigung" (teilgeschützte Berufstätigkeiten) vorgesehen. Die Wirksamkeit der Maßnahmen zugunsten von Haushalten mit garantiertem Mindesteinkommen wird ebenfalls verstärkt. Schließlich soll im Jahr 2007 auf der Grundlage eines OECD-Prüfberichts die Arbeitsvermittlung reformiert werden.
17. Es wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, der die Umstrukturierung mehrerer Bereiche der beruflichen Bildung vorsieht, darunter der beruflichen Fort- und Weiterbildung und der Umschulungsmaßnahmen. Bis Ende 2006 soll ein Rechtsanspruch auf Ausbildung eingeführt werden. Besondere Formen der Ausbildung wie zum Beispiel Ausbildung in Unternehmensführung oder Ausbildung von Frauen in Unternehmen sind offenbar weniger gut entwickelt. Ebenfalls bis Ende 2006 soll ein Verfahren eingeführt werden, das die Fortbeschäftigung entlassener Arbeitnehmer durch Neueinstufung, Beihilfen zur Neueinstufung oder für die Ausbildung begünstigt. Bestandteil des dreiseitigen Übereinkommens vom

April 2006 ist die geplante Zusammenlegung des Statuts der Beschäftigten und der Angestellten durch eine Reform des Arbeitsrechts.

18. Das Konzept der Qualitätsgewährleistung entwickelt sich im Primarschulsektor (Pilot-Lyzeum im Jahr 2005, für das Jahr 2007 vorgesehene Stelle für Unterrichtsqualität), auch konnte der Leistungsabfall zwischen eingesessenen und zugewanderten Kindern erheblich verringert werden. Im September 2006 wurden in den Primarschulen die Mindestkompetenzen neu festgelegt und neue Lehrpläne eingeführt, was im Jahr 2007 in den Sekundarschulen fortgeführt werden soll. Die weiterhin große Anzahl an Klassenwiederholungen und die noch unzureichende Ausstattung der Sekundarschulen mit Lehrern und Betreuern (zu Lasten der schwächsten Schülergruppen) erfordern zusätzliche Reformen, ebenso wie die zu geringe Durchlässigkeit und der zu geringe Besuch (nur einer von zwei Schülern der Sekundarstufe) von Schulen, die Zugang zur Hochschulbildung gewähren. Ziel der Reformen ist ein hoher Qualifizierungsstand der Beschäftigten. Im Kampf gegen den Schulabbruch wurde im Oktober 2006 ein Gesetzesentwurf eingebracht.
19. Bei der Förderung der Berufstätigkeit der Frauen und der verstärkten Aktivierung der Jugendlichen sind ermutigende Entwicklungen zu verzeichnen, deren Ergebnisse jedoch noch nicht abgesehen werden können. Die Reformen im Erziehungsbereich müssen noch weiter voranschreiten. Es fehlt eine abgestimmte Strategie zur Erhöhung der Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

20. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
21. Luxemburg hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms und der bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates vereinbarten Maßnahmen sehr gute Fortschritte gemacht, doch sind Verbesserungen möglich, um die im Jahr 2005 ausgemachten Schwächen anzugehen. Es sind wichtige Fortschritte bei der Verwirklichung des luxemburgischen NRP zu verzeichnen, wobei die im Jahr 2005 festgestellten Schwächen nur teilweise ausgeräumt werden konnten. Im makroökonomischen Bereich kann die Sanierung der öffentlichen Finanzen und die Rückführung der Inflation erreicht werden. Im mikroökonomischen Bereich wird gegenwärtig eine ganze Reihe vielversprechender Maßnahmen durchgeführt. Es sind jedoch Anstrengungen nötig für den Aufbau eines Systems der Überwachung und der Auswertung der jährlich erzielten Fortschritte, außerdem müssen Maßnahmen zum Beispiel zugunsten von Unternehmensneugründungen und von kleinen und mittleren Unternehmen ergriffen werden. Trotz einiger ermutigender Reformen im Bereich der Beschäftigung wurden keine neuen Initiativen vermerkt, um die Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern zu erhöhen, außerdem stehen noch größere Reformen zur Verbesserung des Erziehungssystems aus.
22. Ein wichtiger Bestandteil der Ausarbeitung, Durchführung und Stärkung des nationalen Reformprogramms ist das Abkommen zwischen dem Staat und den Sozialpartnern über ein System des vorübergehenden Einfrierens der Indexierung von Löhnen und Sozialleistungen, womit die seit 2002 beständig vorhandenen

inflationären Tendenzen zurückgeführt werden können. Mit dem Dreiparteien-Übereinkommen wird auch ein System von Hilfen an Unternehmen eingeführt, um Mechanismen zur Fortbeschäftigung im Falle der Entlassung einzuführen. Luxemburg kann erfreuliche Entwicklungen bei den Kinderbetreuungseinrichtungen vorweisen. Auch ist zu begrüßen, dass Forschung und Entwicklung zu einem Schwerpunktbereich werden. Schließlich wurde ein vollständiges Paket von Maßnahmen zur Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung geschnürt, die eingeschlagene Strategie für den Energiebereich geht in die richtige Richtung.

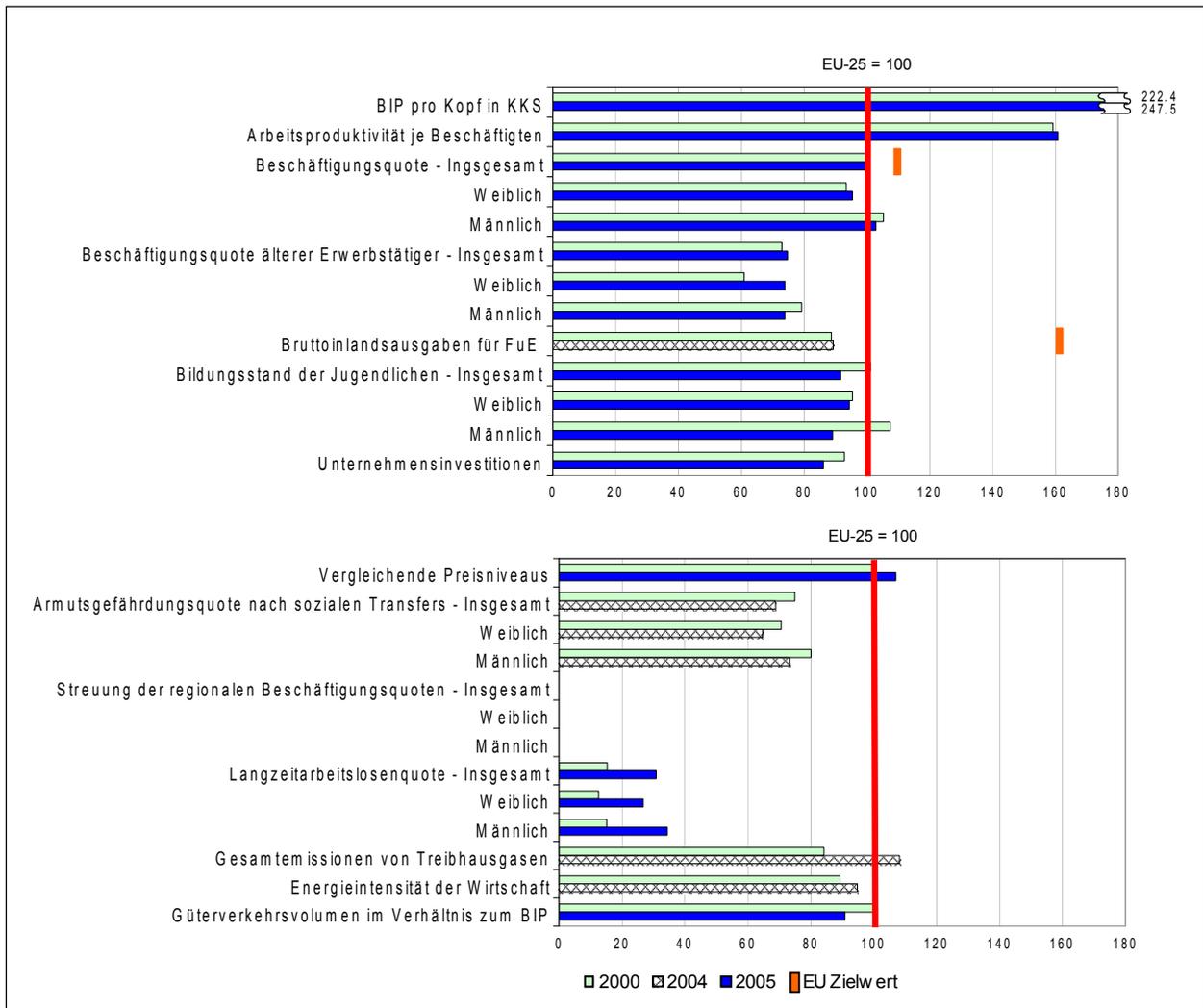
23. Luxemburg sollte sich jedoch in dem gesamten vom nationalen Reformprogramm erfassten Zeitraum auf Folgendes konzentrieren: Durchführung einer Strategie zur beschleunigten Erhöhung der Beschäftigtenquote der älteren Arbeitnehmer; Ausarbeitung einer eingehenden Strategie für weitergehende Reformen bei den Vorruhestandsregelungen; weitere Anstrengungen beim Kampf gegen den Schulabbruch insbesondere im Sekundarschulbereich und der Herstellung einer größeren Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen; Verfolgung der Auswirkungen auf die Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit der jüngst zugunsten der Jugendlichen ergriffenen Maßnahmen; Erhöhung der Attraktivität des wirtschaftlichen Umfelds, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Märkte, Umsetzung der EU-Richtlinien und Stärkung der Tätigkeiten der KMU.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

LUXEMBURG

	LU							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	222.4	214.6	220.7	232.7	237.5	247.5		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	159.2	148.0	149.5	156.0	157.0	160.9		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote											
Insgesamt	62.7	63.1	63.4	62.2	62.5	63.6	:	62.4	63.3	63.8	70.0
Weiblich	50.1	50.9	51.6	50.9	51.9	53.7		53.6	55.7	56.3	
Männlich	75.0	75.0	75.1	73.3	72.8	73.3		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	26.7	25.6	28.1	30.3	30.4	31.7		36.6	41.0	42.5	
Weiblich	16.4	15.2	18.4	20.6	22.2	24.9		26.9	31.7	33.7	
Männlich	37.2	35.9	37.7	39.7	38.3	38.3		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.65	:	:	1.66	1.66	1.56p	3.0	1.86e	1.86e	:	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	77.5	68.0	69.8	72.7b	72.5	71.1		76.6	77.1	77.5	
Weiblich	75.8	69.0	65.5	75.6b	73.4	75.8		79.5	80.1	80.3	
Männlich	79.2	67.0	74.0	69.7b	71.6	66.6		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	100.9	102.9	102.5	105.3	106.1p	107.0p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	17.0	18.3	17.3	16.9	16.2	15.0		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	12.0	12.0	:	10.0b	11.0	:		16.0e	16.0e	:	
Weiblich	12.0	13.0	:	11.0b	11.0	:		17.0e	17.0e	:	
Männlich	12.0	12.0	:	9.0b	11.0	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	13.4	12.2	11.9	
Weiblich	-	-	-	-	-	-	-	20.5	17.3	16.9	
Männlich	-	-	-	-	-	-	-	9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	0.6	0.6	0.7	0.9	1.1	1.2		3.9	4.1	3.9	
Weiblich	0.6	0.6	0.9	0.9	1.4	1.2		4.8	4.7	4.5	
Männlich	0.5	0.5	0.6	1.0	0.8	1.2		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	76.4	78.5	86.4	90.1	100.3	:		90.7	92.7	:	
Energieintensität der Wirtschaft	186.6	190.7	196.7	181.8	194.3	:		208.8	204.9	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	100.8	110.0	109.5	113.0	109.5	95.2		100.1e	104.6be	104.7e	

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-25



Ungarn

Bewertung der nationalen Reformprogramme

1. Seit Mitte der neunziger Jahre ist das ungarische BIP jährlich um durchschnittlich 4,2 % gestiegen. 2006 wird der Zuwachs voraussichtlich bei 4 % liegen. Die Beschäftigungsquote stagnierte in der letzten Zeit bei etwa 57 %, was deutlich unter der EU-Zielvorgabe liegt. Zugleich stieg die Arbeitslosenquote von rund 6 % im Jahr 2004 auf voraussichtlich 7,5 % im Jahr 2006. Die Erwerbstätigenquote von 61,6 % in der ersten Jahreshälfte von 2006 ist die zweitniedrigste in der EU. In den letzten sechs Jahren hat die unzureichende Haushaltsdisziplin die Wirtschaft zunehmend belastet. Das Defizit ist seit 2000 von etwa 3 % auf 7,8 % des BIP im Jahr 2005 und rund 10 % des BIP im Jahr 2006 gestiegen (unter Einrechnung kapitalgedeckter Renten der zweiten Säule).
2. Um die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen, kommt der Haushaltskonsolidierung und der Gewährleistung langfristiger Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Ungarn allergrößte Priorität zu. In Anbetracht des voraussichtlich erheblichen Anstiegs der langfristigen alterungsbedingten Ausgaben könnte eine Haushaltskonsolidierung auf der Grundlage einer verstärkten Ausgabenkontrolle in Verbindung mit dringenden nachhaltigen Reformen der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheitswesens, des Renten- und Bildungssystems zu finanzieller Tragfähigkeit führen. Zugleich bedarf es anderer Maßnahmen zur Hebung des Wachstums- und Beschäftigungspotenzials, u.a. muss die Funktionsweise des Arbeitsmarktes verbessert werden, ohne die Haushaltskonsolidierung zu gefährden. Verschiedene institutionelle und legislative Maßnahmen könnten sich ebenfalls sehr positiv auf das mikroökonomische Umfeld auswirken.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Der Umsetzungsbericht Ungarns für 2006 wurde in Form eines überarbeiteten nationalen Reformprogramms (NRP) vorgelegt. Entsprechend ihrer neuen Strategie präsentiert die Regierung Pläne, um kurzfristig zu haushaltspolitischer Nachhaltigkeit zu gelangen und dadurch mittelfristig das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu fördern. Der Bericht übernimmt die neun wichtigsten Herausforderungen des NRP von 2005 und ergänzt sie durch eine neue Priorität für den Bereich Energie und Umweltschutz; einen neuen Schwerpunkt legt die Regierung auf die aktive Arbeitsmarktpolitik. In ihrem jährlichen Fortschrittsbericht 2006 stellte die Kommission folgende Bereiche heraus, die verstärkt in Angriff genommen werden müssen: die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die Förderung des Wettbewerbs in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen, die Verbesserung des Unternehmensumfelds und die stärkere Ausrichtung der Ausbildungssysteme auf den Arbeitsmarkt.
4. Insgesamt sind die Fortschritte bei der Umsetzung begrenzt. Im Umsetzungsbericht wird eine kohärentere und konkretere Reformstrategie beschrieben, auf die von der Kommission in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht herausgestellten Anliegen wird

dagegen nur teilweise eingegangen. Einige wichtige Reformschritte wurden bereits unternommen. Im überarbeiteten NRP werden weitere zukunftsweisende Maßnahmen angekündigt und frühere Zusagen bestätigt und erweitert. Der Prozess der Liberalisierung der netzgebundenen Wirtschaftszweige hat begonnen. Gute Fortschritte wurden bei der Reform der Leistungen bei Arbeitslosigkeit erzielt. Erste Fortschritte waren zu verzeichnen bei der Erleichterung der Finanzmittelbeschaffung für KMU, der Energieeffizienz und stärkeren Verwendung erneuerbarer Energien, der Wiedereingliederung Behinderter und benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt, der Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie der Reform des Ausbildungssystems und der Einführung einer Strategie für lebenslanges Lernen. Enttäuschend waren die Fortschritte in den Bereichen Haushaltskonsolidierung (das Haushaltsdefizit hat sich ganz wesentlich erhöht), Verbesserung des Unternehmensumfelds, Reduzierung und neue Ausrichtung staatlicher Beihilfen und Steigerung der Mobilität der Arbeitskräfte. Das zuvor ermutigende Reformtempo im Bereich Forschung und Innovation hat etwas nachgelassen.

5. Begrenzte Fortschritte wurden bei der Erfüllung der bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen erzielt. Beispielsweise wurden ehrgeizige Ziele zur Beschleunigung von Firmengründungen bisher nicht durch adäquate konkrete Schritte ergänzt.
6. Die im Umsetzungsbericht genannten Ziele und Maßnahmen sind deutlicher an die Gesamtreformstrategie gebunden, und die staatliche Beteiligung scheint ausgeprägter zu sein als früher. Die Koordinierung der Strategie für Wachstum und Beschäftigung erfolgt nach wie vor auf Ministerebene. Für die nationalen Reformpläne für Wachstum und Beschäftigung ist seit dem 1. Juli 2006 die Nationale Entwicklungsagentur zuständig, die auch die vom Strukturfonds finanzierten Investitionen bearbeitet. Diese institutionelle Umgestaltung dient der besseren Abstimmung zwischen den Strukturfondsinvestitionen und den Prioritäten des NRP. Im Zeitraum 2007-2013 werden die im Rahmen der Kohäsionspolitik bereitgestellten Mittel 3,2 % des BIP betragen. Ebenso wie beim NRP fanden vor der Übermittlung des Umsetzungsberichts Konsultationen mit den Sozialpartnern statt.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Wichtigstes Thema für die ungarische Wirtschaft ist nun die Senkung des Haushaltsdefizits als zentrale makroökonomische Aufgabe. Außerdem hat Ungarn auf lange Sicht mit einem erheblichen Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben zu kämpfen und gehört, was die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen anbelangt, zu den Ländern mit hohem Risiko.
8. Bis zum Sommer 2006 war die Umsetzung der ursprünglichen Strategie zum Defizitabbau unzureichend. Nach erheblichen budgetären Fehlentwicklungen vor allem auf der Ausgabenseite in der ersten Jahreshälfte 2006 begann die Regierung mit der Umsetzung erster Konsolidierungsmaßnahmen. Dazu gehörten die Anhebung der Mehrwertsteuer, der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer, die Einführung einer Steuer auf Zinserträge und einer Solidaritätsabgabe, der Abbau bestimmter Preissubventionen, das nominale

Einfrieren der meisten Ausgabenposten bis 2008 und eine Effizienzsteigerung bei Ämtern und Behörden durch Nutzung von Größenvorteilen. Des Weiteren geplant sind ein 10 %iger Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung, die Einführung von Bedürftigkeitsprüfungen für Unterstützungsleistungen, die Anhebung des Rentenalters, die Reduzierung der Frühverrentung durch Anreize für den Verbleib im Erwerbsleben, die Reform der Erwerbsunfähigkeitsrente, die Umstellung der medizinischen Versorgung auf eine reine Versicherungsbasis und die Einführung von Zuzahlungen sowie die Umstrukturierung der Arzneimittelbeihilfen. Weiterführende Strukturreformen müssen noch im Einzelnen festgelegt werden.

9. Das Staatsdefizit wird voraussichtlich immer noch 10,1 % des BIP betragen anstatt der für 2006 angestrebten 6,2 % des BIP. Das hohe Defizit hat auch zu einer deutlichen Zunahme der Staatsverschuldung auf über 60 % des BIP und einem hohen Zahlungsbilanzdefizit geführt, was im ersten Halbjahr eine Abwertung der Landeswährung um rund 8 % nach sich zog. Die Regierung beabsichtigt nunmehr, das Haushaltsdefizit bis 2009 auf rund 3 % des BIP zu drücken.
10. Die geplante Begrenzung der Ausgaben und die strukturellen Reformmaßnahmen könnten zu einer deutlichen Absenkung des im Jahr 2006 deutlich gestiegenen Staatsdefizits führen und zur Bewältigung von Ungarns größter makroökonomischer Herausforderung beitragen. Auch die Strukturreformpläne für die öffentlichen Finanzen und die neue Betonung der langfristigen Ausgeglichenheit des Haushalts weisen in diese Richtung. Allerdings bestehen nach wie vor erhebliche Risiken, die sich auch in den vorsichtigeren Defizitprojektionen der Herbstvorausschätzung der Kommission niederschlagen. Somit muss die vorgesehene Strategie genauer spezifiziert und kontinuierlich umgesetzt werden, damit sie ihr Ziel erreicht.

Mikroökonomische Politik

11. 2005 wurden im NRP FuE und Innovation, das Unternehmensumfeld, der Wettbewerb und die Infrastrukturentwicklung als mikroökonomische Schlüsselherausforderungen genannt. Diese zählen nach wie vor zu den Prioritäten; sie werden ergänzt durch die Energiepolitik und die Entwicklung des Umweltschutzes.
12. Im Bereich FuE und Innovation hat sich der Fortschritt nach den großen wirkungsvollen Reformen zwischen 2003 und 2005 verlangsamt. Obgleich Forschung und Innovation im NRP als eine der großen Prioritäten aufgeführt sind, wurden keine wichtigeren neuen Maßnahmen in diesem Bereich durchgeführt. Die abschließende Formulierung und Annahme der neuen Strategie für Wissenschaft, Technologie und Innovation wurde verzögert. Insgesamt gesehen bedarf es einer umfassenden und koordinierten Strategie, die den Schwerpunkt auf eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft sowie auf Innovationsfördersysteme für die ungarischen Unternehmen legt. Ferner sollten Anreize für Investitionen ausländischer Firmen in Forschung und Innovation geboten werden, mit der diese enger in das örtliche unternehmerische Umfeld eingebunden werden. Ein wichtiger Schritt ist die geplante Reform der ungarischen Akademie der Wissenschaften. Dabei geht es darum, die Ressourcen auf sorgfältig ausgewählte Bereiche und die leistungsfähigsten Forschungsteams zu konzentrieren sowie Anreize für die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und die volle Integration in den europäischen Forschungsraum zu entwickeln.

13. Bei den mikroökonomischen Reformen Ungarns fällt den IKT eine herausragende Rolle zu. Die Initiativen legen den Schwerpunkt auf eGovernment sowie Breitband- und IKT-Verwendung durch Unternehmen und Privathaushalte. Wenngleich die eingeschlagene Richtung erfolgversprechend erscheint, enthält der Umsetzungsbericht nicht hinreichend konkretisierte Maßnahmen.
14. Den unternehmerischen Aktivitäten stehen immer noch Hindernisse entgegen. Auch im NRP wird anerkannt, wie wichtig die Verbesserung des Unternehmensumfeldes ist. Es wurden Vorbereitungen für die Einführung von Folgenabschätzungen getroffen, doch geeignete Strukturen für die Umsetzung fehlen noch. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt sind in Ungarn Unternehmensgründungen langwierig und kostenträchtig. Neue Verfahren für die Online-Registrierung von neuen Unternehmen bei einer zentralen Anlaufstelle sind positiv zu bewerten. Allerdings bedarf es größerer Anstrengungen, um das Ziel, dass ab 2007 für eine Unternehmensgründung nur eine Woche benötigt wird, zu erreichen. Darüber hinaus wurden gewisse Erfolge bei der Förderung der unternehmerischen Ausbildung und der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Einstellung des ersten Arbeitnehmers erzielt. Es wurden Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Unternehmen zu Finanzmitteln angenommen, die KMU zugute kommen dürften. Bei der Erleichterung des Zugangs zu Risikokapital für KMU muss besonders umsichtig vorgegangen werden, damit die Maßnahmen – unter Einhaltung der Vorschriften über staatliche Beihilfen - ihr Ziel erreichen.
15. Im Bereich Umweltschutz und Energie sind die Entwicklungen bei "grünen" öffentlichen Vergabeverfahren und bei der Einführung einer neuen Strategie für die Verwendung erneuerbarer Energie und von Aktionsplänen für Energieeffizienz zu begrüßen. Allerdings sind keine Anpassungsmaßnahmen vorgesehen, obgleich im überarbeiteten NRP darauf hingewiesen wird, dass Ungarn auf die möglichen Konsequenzen des Klimawandels schlecht vorbereitet ist.
16. Mit der Liberalisierung der netzgebundenen Industrien wurde begonnen. Allerdings fiel nach nur zwei Jahren der Entflechtung das Eigentum am Stromübertragungsnetz einschließlich des Netzbetriebs an den etablierten Betreiber zurück. Die Öffnung des Schienengütermarktes ist noch nicht ganz vollendet bzw. hat noch nicht zu einer nennenswerten Zahl neuer Marktteilnehmer geführt, aber die Regierung beabsichtigt weitere Maßnahmen, was begrüßenswert erscheint. Die Kommission ist besorgt im Hinblick auf das sowohl im NRP von 2005 als auch im überarbeiteten NRP zu konstatierende Fehlen konkreter Ziele im Bereich der staatlichen Beihilfen. Es bedürfte entschlossener und konkreter Schritte zur Absenkung des Gesamtniveaus staatlicher Beihilfen und einer Neuausrichtung von sektorspezifischen hin zu horizontalen Zielen, darunter insbesondere FuE. Die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften macht zwar Fortschritte, doch muss Ungarn wachsam sein hinsichtlich der Qualität der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht, da die Zahl der Vertragsverletzungsverfahren relativ hoch ist.
17. Insgesamt gesehen sind zwar ermutigende Fortschritte in bestimmten Bereichen der mikroökonomischen Reform festzustellen, doch muss Ungarn seine Maßnahmen beschleunigen und erweitern, wenn es hinreichend wettbewerbsfähig werden will, um Wachstum und Beschäftigung zu stimulieren und seine gesamtwirtschaftliche Lage rasch zu verbessern.

Beschäftigungspolitik

18. Die Steigerung der Beschäftigungs- und Erwerbsquote, Verbesserung der Arbeitsmarktsituation benachteiligter Gruppen, Beseitigung der regionalen Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt und Aufwertung des Humankapitals wurden als die wichtigsten Herausforderungen im Bereich Beschäftigung herausgestellt. Im jährlichen Fortschrittsbericht von 2006 wies die Kommission darauf hin, dass das Bildungs- und Ausbildungssystem stärker auf den Bedarf des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden muss und dass insbesondere gering qualifizierten Personen die Möglichkeit gegeben werden muss, höhere Qualifikationen zu erwerben. Die Regierung versucht, den auf die Sparmaßnahmen zurückzuführenden Rückgang der Beschäftigungs- und Erwerbsquoten und insbesondere die Auswirkungen auf die am stärksten benachteiligten Gruppen zu begrenzen. Vor diesem Hintergrund werden im nationalen Reformprogramm folgende Prioritäten gesetzt: Ausbau der Rolle aktiver Arbeitsmarktpolitik, gezielte Unterstützung für die Beschäftigung benachteiligter Personen, Förderung des lebenslangen Lernens und Verbesserung der Qualität und Effizienz der Bildung.
19. Maßnahmen zur Anhebung der Beschäftigungsquote bei jungen Menschen, Frauen und älteren Arbeitnehmern werden derzeit durchgeführt, und weitere Maßnahmen sind bereits angekündigt. Die Beschäftigung von Berufsanfängern wird durch eine befristete Senkung der Arbeitgeberbeiträge gefördert. Diese Maßnahme soll auf Langzeitarbeitslose und auf Frauen ausgedehnt werden, die nach dem Mutterschaftsurlaub ins Berufsleben zurückkehren. Die Aufhebung der Beschäftigungsbeschränkungen für Personen, die Kindergeld erhalten, und der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten werden voraussichtlich die Erwerbsquote der Frauen erhöhen. Über die gezielten Programme der öffentlichen Arbeitsvermittlung und die Erleichterung der Teilzeitarbeit hinaus gibt es Pläne, das aktive Altern durch den Abbau der Frühverrentung und die Überarbeitung des Systems der Erwerbsunfähigkeitsrenten zu unterstützen. Allerdings muss mehr dafür getan werden, dass sich Arbeit lohnt und die Menschen ermutigt werden, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Die Integration der Beschäftigungs- und Sozialdienstleistungssysteme hat begonnen. Es wurde eine Reihe von Maßnahmen für die Reform des Sozialleistungssystems ergriffen, die durch die Überarbeitung der Erwerbsunfähigkeitsrenten im Sinne einer stärkeren Betonung der Wiedereingliederung ergänzt werden muss. Zu begrüßen ist die Reform des Systems zur Unterstützung und Anerkennung von Organisationen, die Behinderte beschäftigen, und der Beschluss, in benachteiligten Gebieten mit überwiegender Roma-Bevölkerung umfassende Entwicklungsprogramme einzuführen. Allerdings müssen noch größere Anstrengungen unternommen werden, um die Lage dieser Gruppen zu verbessern und regionale Unterschiede auszugleichen.
20. Abgesehen von der Vollendung der Reform des Systems der Arbeitslosenunterstützung beschränken sich die Maßnahmen zum Ausbau der "Flexicurity" auf die Änderung der Arbeitsgesetzgebung. Da die mit Arbeit verbundenen Steuern und Sozialabgaben gestiegen sind, müssen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um durch starke und kohärente Anreize und Sanktionen Schwarzarbeit in reguläre Arbeit zu überführen. In dieser Hinsicht wäre die geplante Verknüpfung der Ansprüche auf Gesundheitsleistungen mit der Zahlung von Beiträgen ein wichtiger Schritt voran. Die Maßnahmen, mit denen die geografische Mobilität erhöht werden soll, gehen nicht sehr weit.

21. Mit der Durchführung der Maßnahmen zur Steigerung der Investition in Humankapital wurde begonnen, und weitere Maßnahmen sind angekündigt. Die Reform des Registers der Berufsabschlüsse wurde vollendet, und die Integration der Berufsschulen ist auf dem Wege. Die Ausbildungsprogramme in Verbindung mit Einkommensbeihilfen für Menschen ohne Schulabschluss machen Fortschritte. Die kürzlich angekündigte Bildungsreform trägt qualitativen Aspekten jedoch nicht genügend Rechnung. Noch immer fehlen Anstrengungen, die Aussonderung einzudämmen und – u.a. durch eine höhere Zahl von Studienabschlüssen im wissenschaftlichen und technischen Bereich - Schülern und Studenten Qualifikationen zu geben, die dem Bedarf des Arbeitsmarktes entsprechen. Eine Strategie für lebenslanges Lernen wurde eingeführt, muss aber noch umgesetzt werden.
22. Wenngleich in bestimmten Bereichen der Beschäftigungspolitik wichtige Schritte unternommen wurden, sind insgesamt noch entschlosseneren Maßnahmen notwendig. Dazu zählen die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation benachteiligter Gruppen, insbesondere der Roma, die Eindämmung regionaler Ungleichheiten und die Umwandlung von Schwarzarbeit in reguläre Arbeitsverhältnisse, Anreize für die Arbeit und die Verbesserung der Qualifikationen der derzeitigen und künftigen Arbeitnehmer.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
24. Ungarn hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms nur begrenzte Fortschritte gemacht. Doch sei darauf hingewiesen, dass das Land im Oktober 2006 ein überarbeitetes Reformprogramm vorgelegt hat. Nach größeren budgetären Fehlentwicklungen muss die Regierung ihren haushaltspolitischen Anpassungspfad erheblich überarbeiten. In den Bereichen Beschäftigung und Mikroökonomie wurden einige Reformen durchgeführt. Allerdings bleibt auf diesen Gebieten sowie zur Erhöhung der makroökonomischen Stabilität noch viel zu tun. Bei der Erfüllung der bei der Frühlingstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen wurden begrenzte Fortschritte erzielt.
25. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms und seiner Durchführung zählen: die kürzlich angenommenen Korrekturmaßnahmen zur Erhöhung der staatlichen Einnahmen und Reduzierung von Ausgaben mit dem Ziel, das Haushaltsdefizit zu verringern; die Reform des Systems der Arbeitslosenunterstützung; erste Schritte zur Integration der Beschäftigungs- und Sozialdienstleistungssysteme und die Aufhebung der Marktzutrittsschranken in bestimmten Bereichen, vor allem im Arzneimittel Einzelhandel.
26. In folgenden Bereichen des ungarischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: bei der Umsetzung der geplanten Strategie zur Haushaltskonsolidierung und der Schaffung der Grundlagen für die derzeit besonders gefährdete langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (hier liegt die höchste Priorität), bei der Intensivierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, bei der Schaffung

größerer Arbeitsanreize, bei der Verbesserung der Qualität der Schul- und Ausbildung und ihrer vermehrten Ausrichtung auf Arbeitsmarkterfordernisse. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Ungarn

- fortfährt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine deutliche Senkung des Haushaltsdefizits und des Bruttoschuldenstands zu gewährleisten. Dazu bedarf es einer stärkeren Ausgabenkontrolle und der Einführung wirkungsvollerer und umfassender Ausgabenvorschriften;
- eine Reform der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheits-, Renten- und Ausbildungssystems durchführt, die für eine langfristige Tragfähigkeit des Haushalts und für verbesserte wirtschaftliche Effizienz sorgt. Dazu gehören eine weitere Begrenzung der Frühverrentung, die Senkung der Zahl neuer Empfänger von Erwerbsunfähigkeitsrenten und eine noch tiefgreifendere Umstrukturierung des Gesundheitswesens;
- seine aktive Arbeitsmarktpolitik verstärkt, weitere Anreize dafür schafft zu arbeiten und länger auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben und die Einführung eines integrierten Beschäftigungs- und Sozialdienstleistungssystems vollendet;
- die Ausrichtung des Ausbildungssystems auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes sowie den Zugang zum Ausbildungssystem verbessert und nicht zuletzt für eine ausreichende Zahl von Studienabschlüssen im wissenschaftlichen und technischen Bereich sorgt.

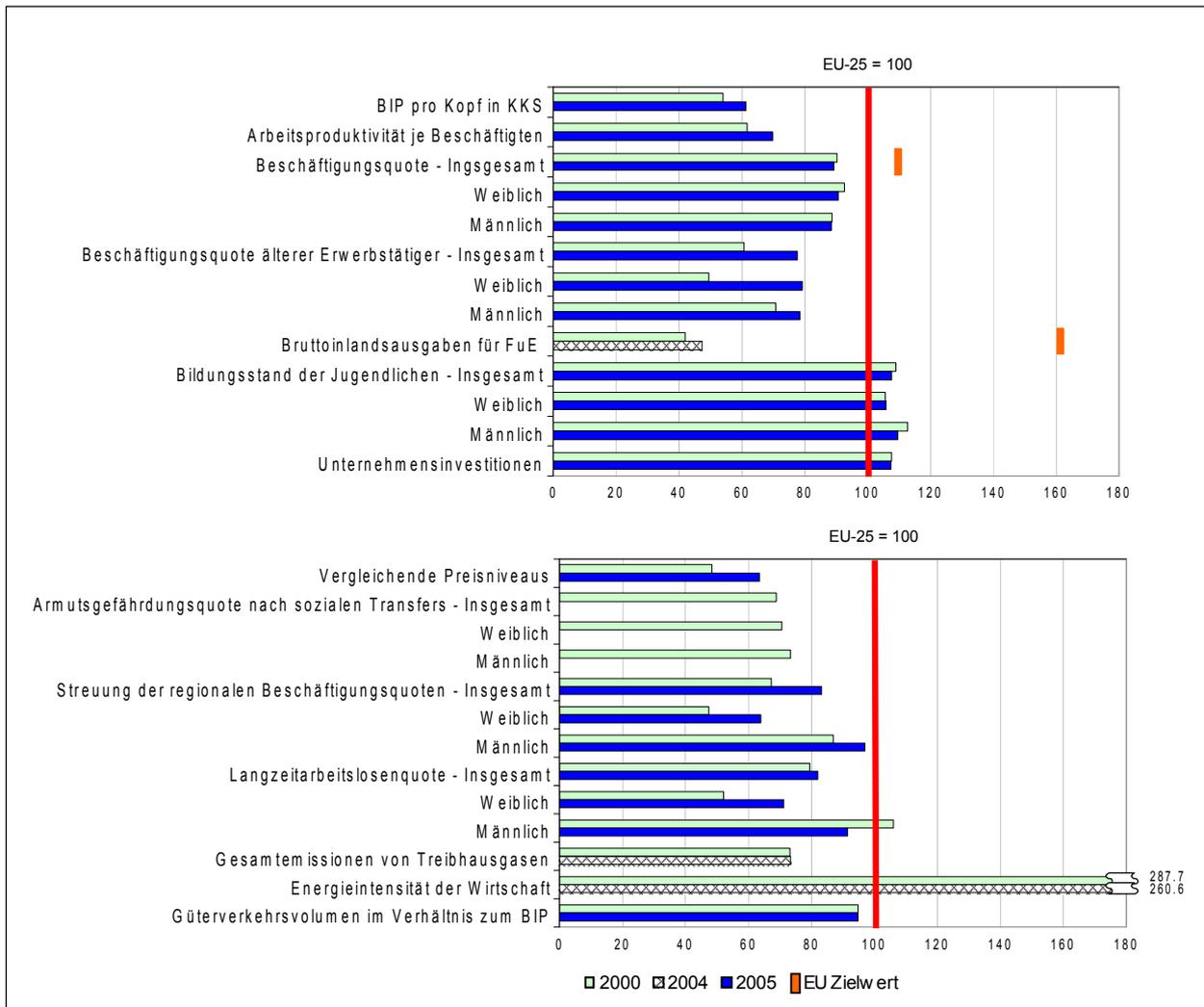
27. Außerdem sollte sich Ungarn während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms konzentrieren auf: die Reform des öffentlichen Forschungssystems, die Reduzierung und neue Ausrichtung staatlicher Beihilfen; die Entwicklung einer kohärenteren Strategie für FuE, Innovation und IKT; die weitere Reduzierung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen; die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation benachteiligter Gruppen, die Umwandlung von Schwarzarbeit in reguläre Arbeitsverhältnisse; den Abbau fortbestehender regionaler Beschäftigungsungleichgewichte und die Entwicklung einer Strategie für lebenslanges Lernen

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

UNGARN

	HU							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	54.0	56.9	59.1	60.1	60.9	61.4		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	61.7	65.4	67.7	67.8	69.0	69.8		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	56.3	56.2	56.2	57.0	56.8	56.9	58.7	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	49.7	49.8	49.8	50.9	50.7	51.0		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	63.1	62.9	62.9	63.5	63.1	63.1		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	22.2	23.5	25.6	28.9	31.1	33.0		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	13.3	14.9	17.6	21.8	25.0	26.7		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	33.2	34.1	35.5	37.8	38.4	40.6		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.78	0.92	1.00	0.93	0.88	0.94	1.8	1.86e	1.86e	:	3.0	
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	83.5	84.7	85.9	84.7b	83.5	83.4		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	84.0	85.0	86.3	86.1b	84.9	84.9		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	83.0	84.5	85.5	83.4b	82.0	81.9		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	48.4	52.0	56.9	59.0	61.9p	63.6p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	19.7	19.2	18.0	18.5	18.8	18.7		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	11.0	11.0	10.0	12.0	:	:		16.0e	16.0e	:	
	Weiblich	12.0	12.0	10.0	12.0	:	:		17.0e	17.0e	:	
	Männlich	11.0	11.0	9.0	12.0	:	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	9.0	8.8	9.4	8.5	9.4	9.9		13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	9.7	9.2	9.8	9.2	10.6	10.8		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	8.6	8.7	9.1	8.1	8.6	9.4		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	3.1	2.6	2.5	2.4	2.7	3.2		3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	2.5	2.1	2.2	2.3	2.6	3.2		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	3.5	3.0	2.8	2.5	2.8	3.2		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	66.3	68.5	66.1	68.1	68.0	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	600.5	588.6	579.6	566.6	534.1	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	94.9	89.2	85.0	82.9	89.1	99.3		100.1e	104.6be	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Malta

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Nachdem die maltesische Wirtschaft in der zweiten Hälfte der 90er Jahre mit einem durchschnittlichen realen Wachstum von 4,5% eine Phase der Hochkonjunktur erlebt hat, kam sie infolge der tief greifenden Umstrukturierung der Industrie, der ungünstigen Konjunktorentwicklung und der Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zwischen 2001 und 2005 nahezu zum Stillstand. Für 2006 wird mit einer Zunahme des BIP um 2,3% gerechnet. Die Arbeitsproduktivität lag in den letzten fünf Jahren unter dem EU-Durchschnitt, doch wird der Rückstand 2006 höchstwahrscheinlich aufgeholt werden. Seit 2001 ist das Pro-Kopf-BIP im Vergleich zur übrigen EU gesunken; 2006 wird mit einem Anstieg auf knapp 68,7% des EU-Durchschnitts gerechnet. Maltas Beschäftigungsquote für 2006 wird auf rund 53,8% geschätzt.
2. Die aufgrund struktureller Probleme in letzter Zeit schwächelnde maltesische Wirtschaft benötigt Reformen, die das langfristige Wachstumspotenzial Maltas freisetzen. Strukturelle Ausgabenreformen würden zu einer mittelfristigen Gesundung der öffentlichen Finanzen beitragen, so dass mehr Mittel in wachstumsfördernde Projekte in den Bereichen FuE, Humankapital und Innovationen fließen könnten. Reformen im Gesundheitswesen und in der Rentenversicherung in Verbindung mit einer durchgreifenden Neuordnung des Systems der Abgaben und Vergünstigungen aller Art könnten die Aufnahme regulärer Beschäftigungsverhältnisse fördern und damit gleichzeitig zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen. Wachstum und Beschäftigung würden von Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, dem Abbau und der Umlenkung staatlicher Beihilfen auf Bereiche von sektorübergreifendem Nutzen und der Stärkung des Wettbewerbs beispielsweise bei den freien Berufen profitieren.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Dem nationalen Reformprogramm (NRP) Maltas für den Zeitraum 2005-2008 zufolge liegen die zentralen Herausforderungen in den Bereichen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Beschäftigung sowie allgemeine und berufliche Bildung. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen soll durch eine Verringerung der Ausgaben im öffentlichen Sektor und Maßnahmen zur Anregung des Wirtschaftswachstums sichergestellt werden. Vorrangig sind daher Maßnahmen, die die Nachhaltigkeit der Renten- und Gesundheitsversorgungssysteme gewährleisten, sowie Korrekturen im Steuersystem. Die Probleme bei der Wettbewerbsfähigkeit und im Umweltbereich erfordern Maßnahmen auf verschiedenen Gebieten: bei den Rahmenbedingungen für Unternehmen, im Bereich der Rechtsetzung, bei den FuE- und Innovationstätigkeiten, im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, beim Fremdenverkehr, beim Wettbewerb und im Infrastrukturbereich. Im Beschäftigungsbereich besteht die Hauptaufgabe in der

Anhebung der Beschäftigungsquote, vor allem bei Frauen und älteren Arbeitnehmern, während im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung generelle Verbesserungen nötig sind. Die Kommission stimmte in ihrem Fortschrittsbericht 2006 dieser Einschätzung zu; allerdings sollten ihrer Ansicht nach Fragen des Wettbewerbs und der Qualität des Regelwerks noch stärker in den Mittelpunkt des Interesses gerückt sowie das Steuer- und Sozialleistungssystem korrigiert und die Lohnnebenkosten gesenkt werden, um Arbeit wieder attraktiver zu machen.

4. Malta macht insgesamt gesehen in fast allen zentralen Bereichen gute Fortschritte. Was die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Umsetzung weit reichender Maßnahmen im Umweltbereich sowie im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung betrifft, befindet es sich auf einem guten Weg. Bescheidener sind die Fortschritte bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und bei der Förderung von FuE und Innovationen. Nur geringe Fortschritte sind in den Bereichen zu verzeichnen, die laut Fortschrittsbericht 2006 der Kommission besondere Beachtung verdienen, nämlich bei der Schaffung von mehr Wettbewerb und den Maßnahmen, durch die reguläre Arbeit wieder attraktiver werden soll. Erwogen werden sollte eine weitere Liberalisierung von Schlüsselsektoren ebenso wie die Senkung bzw. Neuausrichtung staatlicher Beihilfen auf horizontale Zielsetzungen wie die Förderung von Forschung und Entwicklung. Die Beschäftigungsquoten liegen weit unter dem EU-Durchschnitt, vor allem bei Frauen und älteren Arbeitnehmern; um die Menschen wieder in Arbeit zu bringen, reichen die bisherigen Maßnahmen nicht aus. Im Oktober 2006 kündigte die Regierung eine Steuerreform zur steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit an.
5. Die auf der Frühjahrstagung 2006 ausgesprochenen Empfehlungen des Europäischen Rates wurden von Malta teilweise umgesetzt. Gute Fortschritte wurden bei der Erziehung zu unternehmerischem Denken erzielt. Konkretere Maßnahmen sind hingegen noch im Hinblick auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen nötig, um die Vorgaben des Europäischen Rates in diesem Bereich voll zu erfüllen.
6. Das Reformprogramm Maltas sah vor, dass alle Akteure ausführlich konsultiert werden. Diese Praxis wird fortgesetzt. Alle einschlägigen Ministerien sind in die Arbeiten mit einbezogen. Der Umsetzungsbericht geht auch in ausreichender Weise auf die Verwendung der Mittel aus dem EU-Strukturfonds ein. Die Kohärenz zwischen dem Strategischen Rahmenplan 2007-2013 und den Reformen im Rahmen der Lissabonner Wachstums- und Beschäftigungsstrategie scheint gewährleistet. Die Anteil der Ausgaben für Wachstums- und Beschäftigungsziele dürfte sich deutlich erhöhen. Für die Kohäsionspolitik sollen im Zeitraum 2007-2013 Mittel in Höhe von 2,4% des BIP bereitgestellt werden.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Malta geht in seinem Umsetzungsbericht näher auf das im NRP genannte und im Fortschrittsbericht der Kommission aufgegriffene Problem tragfähiger öffentlicher Finanzen ein. Das Ergebnis der Umsetzung der zwölf Maßnahmen im Bereich der

Makroökonomie ist relativ zufriedenstellend, auch wenn die Fortschritte je nach Maßnahme variieren. Die Gesetzesvorlagen zu den wichtigeren Themen wie etwa zur Rentenreform befinden sich mittlerweile im Parlament, um dort debattiert zu werden. Die im NRP genannten Maßnahmen zur Reform des Gesundheitswesens verzögern sich hingegen und scheinen unzureichend, um die Kostenentwicklung der Vergangenheit umzukehren. Die Umkehrung dieser Entwicklung ist jedoch Voraussetzung für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Schließlich werden in dem Umsetzungsbericht eine Reihe von strategischen Optionen zur Durchführung einer wachstumsfördernden Steuerreform aufgelistet, die später in dem Papier zum Haushalt 2007 näher erläutert werden sollen. In dem einen Fall, in dem die konkreten Kosten für den Haushalt angegeben werden (Stellenabbau im öffentlichen Dienst), beziehen sich die Angaben ausschließlich auf die Jahre 2005 und 2006.

8. Neuesten Informationen zufolge werden die Zielsetzungen der maltesischen Haushaltsbehörden – Senkung der Staatsverschuldung auf unter 3% des BIP bis 2006 und Verringerung der Bruttostaatsschuld auf ein akzeptables Maß – erreicht werden. Malta scheint, was seine Haushaltsziele anbelangt, seinen Fahrplan einhalten zu können, sofern es die angekündigten Maßnahmen rigoros umgesetzt. Eine weitere Konsolidierung des Haushalts würde zusammen mit der Durchführung von Reformen zur Steigerung der Exportfähigkeit der Unternehmen das gegenwärtige Leistungsbilanzdefizit auf ein tragfähigeres Niveau senken.
9. Neben einer soliden Haushaltspolitik könnte die Umlenkung öffentlicher Mittel auf wachstumsfördernde Bereiche wie FuE, Humankapital und Innovationen dazu beitragen, Maltas Wachstumspotenzial freizusetzen.

Mikroökonomische Politik

10. Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt wurden im Reformprogramm Maltas als die zentralen Herausforderungen im Bereich der Mikroökonomie ausgemacht. Wettbewerbs- und Umweltbelange schließen Fragen des Unternehmensumfelds, der besseren Rechtsetzung, der FuE- und Innovationstätigkeit, der Informations- und Kommunikationstechnologien, der Tourismusförderung, der Infrastruktur und des Wettbewerbs mit ein.
11. Das Unternehmensumfeld wird zunehmend besser. Die Konzentration auf kleine und mittlere Unternehmen ist begrüßenswert, aber die bisherigen Maßnahmen haben vor allem finanziellen Charakter. Malta muss mehr tun, um die Bürokratie für KMU abzubauen. Es müssen konkrete Schritte zur Einrichtung zentraler Anlaufstellen unternommen werden. Die Schaffung einer Abteilung "Better Regulation" im Jahr 2005 zur Überprüfung unnötiger Verwaltungsvorschriften ist äußerst positiv zu bewerten, aber es fehlt noch an einer systematischen Folgenabschätzung und die Vereinfachung geht nur langsam voran.
12. Im Bereich von FuE, Innovation sowie der Informations- und Kommunikationstechnik ist ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen. Die überarbeitete Forschungs- und Innovationsstrategie 2007 bis 2010 ("National Strategic Plan for Research & Innovation") zeigt, dass die Bedeutung von FuE und Innovationen für die Wirtschaft erkannt wurde, auch wenn die maltesische Regierung damit erst am Anfang ihrer Bemühungen steht. Im Rahmen dieser Strategie hat sich

Malta für 2010 eine FuE-Intensität von 0,75% des BIP zum Ziel gesetzt. Allerdings scheint es Probleme bei der Datenerhebung und der Fortschrittsmessung zu geben – aufgrund einer kürzlich erfolgten Zahlenkorrektur wurde die FuE-Intensität 2004 von 0,016% auf 0,64 des BIP angehoben. Dabei ist unklar, ob das Zahlenmaterial zu den Ausgaben nur den Forschungs- und Entwicklungsbereich betrifft oder auch den Bereich der Innovationen mit einschließt. Die Strategie stärkt die Regierung in ihrem Bemühen, die notwendigen Veränderungen herbeizuführen, sieht die Einrichtung eines Fonds zur Ermittlung und Unterstützung strategisch wichtiger Plattformen vor und bringt Reformen im Hochschulwesen auf den Weg. Dagegen befindet sich eine Strategie zur Einbindung der bestehenden Innovationsmaßnahmen in ein Gesamtkonzept und zur Schaffung geeigneter Voraussetzungen für breiter gefächerte Innovationsleistungen quer durch alle Wirtschaftsbereiche hindurch noch im Entwurfsstadium. Die im Reformprogramm vorgeschlagenen besonderen Maßnahmen beschränken sich auf die Verstärkung von Investitionsanreizen für Forschung und Entwicklung sowie auf ein Programm zur Unterstützung innovativer Unternehmensneugründungen durch Ausreichung von Kreditbürgschaften. Bei der Ausarbeitung eines Konzepts zur Herstellung günstigerer Rahmenbedingungen für die in der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche tätigen Unternehmen macht Malta Fortschritte. Das Konzept sieht eine aktive Förderung von Qualifikationen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie vor, spart jedoch den Bereich der Online-Behördendienste weitgehend aus.

13. Die Infrastruktur in Malta macht offenbar Fortschritte; die Pläne zum Ausbau der Hafenanlagen sollen bis Ende 2006 fertig gestellt sein. Bei der geplanten Anbindung Maltas an die europäischen Energienetze könnten die Bemühungen noch verstärkt werden. Dies würde den Wettbewerb beleben, worauf im jährlichen Fortschrittsbericht der Kommission besonders hingewiesen wurde. Der Wettbewerb nimmt zu – so sollen zum Beispiel die Yachthäfen 2008 privatisiert werden und es wurde damit begonnen, die Versorgung mit importierten Erdölprodukten zu liberalisieren. Für die Verteiler-, Verkehrs- und Baubranche, in denen der Marktzugang laut Reformprogramm eigentlich liberalisiert werden sollte, weist der Umsetzungsbericht keine besonderen Maßnahmen aus. Trotz der starken Reglementierung der freien Berufe sind Reformen nicht in Sicht Aufgrund der Wettbewerbsprobleme in einigen Bereichen sollte Malta die Position der Wettbewerbsbehörde stärken. Es ist zu hoffen, dass schon bald ein Programm für den Erlass und die Senkung von Geldbußen für Unternehmen, die Kartelle aufdecken (Kronzeugenregelung), angenommen und praktiziert wird. Erforderlich ist ferner eine rascherer Abbau der staatlichen Beihilfen und die Umlenkung der Beihilfen auf Bereiche von sektorübergreifendem Nutzen, insbesondere FuE.
14. Die Umweltproblematik steht ganz oben auf Maltas Reformagenda; in die Umwelt sollen 65% aller im NRP veranschlagten Ausgaben fließen. Gute Fortschritte werden offenbar bei der Einbeziehung ökologischer Gesichtspunkte in das öffentliche Auftragswesen und bei den Maßnahmen zur Abwasseraufbereitung gemacht. Neue Pläne und Strategien sind in Arbeit, darunter ein Aktionsplan Umwelttechnologien, eine Strategie für 2008 zum Erhalt der biologischen Vielfalt und ein Bündel von umweltökonomischen Maßnahmen. Die Fortschritte werden davon abhängen, wie sorgfältig die Umsetzung erfolgt. Die maltesische Regierung hat kürzlich ihr erstes politisches Programm im Bereich der erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht und darüber hinaus einmalige Zuschüsse für Privathaushalte eingeführt, die sich für

energiesparende Produkte entscheiden. Dennoch müssen die Bemühungen in diesem Bereich noch verstärkt werden. Die Umwelt spielt eine wichtige Rolle, um im Tourismussektor, der eine zentrale Stellung im NRP einnimmt, wettbewerbsfähig zu bleiben. Ein neuer, 2006 fertig gestellter strategischer Plan soll sicherzustellen, dass die geplanten Maßnahmen auch greifen, und ist daher begrüßenswert. Wie die Fortschritte aussehen werden, hängt jedoch von der konkreten Umsetzung dieser Maßnahmen ab.

15. Insgesamt gesehen hat Malta bei der Bewältigung der zentralen Herausforderungen im mikroökonomischen Bereich gute Fortschritte erzielt. Es könnte allerdings noch mehr getan werden, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und den Wettbewerb zu beleben – u.a. durch die Liberalisierung der freien Berufe und den weiteren Abbau staatlicher Beihilfen und deren Umlenkung auf Bereiche von sektorübergreifendem Nutzen, um so Wachstum und Beschäftigung noch weiter zu fördern.

Beschäftigungspolitik

16. Beschäftigung und Bildung zählen im Reformprogramm Maltas zu den zentralen Herausforderungen. Malta hat bei der Steigerung seiner insgesamt niedrigen Beschäftigungsquote nur unwesentliche Fortschritte gemacht, weshalb weitere Anstrengungen nötig sind, vor allem um die Beschäftigungsquote unter Frauen und älteren Arbeitnehmern anzuheben. Zwar wurden vor einiger Zeit Reformenmaßnahmen eingeleitet, so dass die Beschäftigungsquote bei Frauen im Jahr 2005 anstieg, aber mit 34% ist die Quote immer noch sehr niedrig. Verbessern ließe sich die Situation durch steuerliche Anreize, die Frauen die Rückkehr in ein Beschäftigungsverhältnis ermöglichen, Teilzeitarbeit fördern, die Arbeit von in kleinen Familienbetrieben mitarbeitenden Ehefrauen anerkennen und die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsangeboten erleichtern. Ohne weitere Reformen erscheint jedoch das Ziel einer Beschäftigungsquote von 40% unter der weiblichen Bevölkerung bis 2010 kaum realisierbar. Erste vielversprechende Resultate wurden bei der Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit sichtbar, wohingegen benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Migranten oder Menschen mit Behinderungen zu wenig Beachtung geschenkt wird. Es wurden einige neue Ausbildungsmaßnahmen für Jugendliche, ältere Menschen und Geringqualifizierte eingeführt, um deren Zugang zum Arbeitsmarkt zu fördern. Die Beschäftigungsquote unter den älteren Arbeitnehmern ist mit rund 30% im Vergleich zum EU-Durchschnitt immer noch sehr niedrig und war im Jahr 2005 sogar rückläufig. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, wurden spezielle Fortbildungsprogramme für ältere Arbeitnehmer eingeführt, die jedoch bei weitem noch nicht ausreichen und daher verstärkt werden müssen.
17. Um das Arbeitskräfteangebot zu verbessern, sollten noch größere Anstrengungen zur Anpassung des Steuer- und Sozialleistungssystems gemacht werden, damit sich Arbeit wieder lohnt und die Schwarzarbeit zurückgeht. Die angekündigte Steuerreform sieht auch eine Revision der Steuerbandbreiten vor, um die Abgabenlast zu verringern, sowie Änderungen am System zur Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge für Teilzeitarbeitskräfte. Bei den Sozialleistungen besteht hingegen noch Handlungsbedarf. Wenn Malta das weit verbreitete Phänomen der nicht deklarierten Erwerbstätigkeit in den Griff bekäme, hätte dies positive

Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Beschäftigungsquoten, speziell bei der weiblichen Bevölkerung. Die Regierung ist diesbezüglich auch tätig geworden und hat einige Initiativen zur Verringerung des Missbrauchs von Sozialleistungen ergriffen.

18. Malta hat ebenfalls mit der Umstrukturierung und dem Abbau von Stellen im Öffentlichen Dienst begonnen. Auch wenn die neuesten Zahlen belegen, dass der privatwirtschaftliche Arbeitsmarkt die freigesetzten öffentlichen Bediensteten absorbiert, hat dies keine nennenswerten Auswirkungen auf das Beschäftigungswachstum.
19. Bildung steht weiterhin ganz oben auf der Prioritätenliste, da sich der Bildungsstand der maltesischen Bevölkerung im Vergleich zu vielen anderen EU-Mitgliedstaaten insgesamt gesehen immer noch auf einem niedrigen Niveau bewegt. Zu den vordringlichen Aufgaben der Regierung zählen die Erarbeitung eines neuen gesetzlichen Rahmens für den Bereich der allgemeinen Bildung, die Einrichtung eines Aufsichtsgremiums speziell für die Hochschulbildung, die Gründung von Technologielerntzentren sowie die Verbesserung der Beratungsdienste und der Zertifizierung von Bildungsabschlüssen. Die Regierung hat ferner eine Strategie zur Förderung unternehmerischer Fertigkeiten präsentiert. Weitere Maßnahmen befassen sich mit dem Problem des vorzeitigen Schulabbruchs, der sozialen Ausgrenzung und dem lebenslangen Lernen. Die Regierung kann für sich als Erfolg verbuchen, dass sich eine zunehmende Zahl von Jugendlichen für eine Fortsetzung ihrer schulischen Bildung über das Pflichtschulalter hinaus und die Teilnahme an IT-Lehrgängen entscheiden. Dennoch ist die Abbrecherquote immer noch zu hoch und auch die Zahl der Jugendlichen, die eine weiterführende Schule besuchen, muss noch angehoben werden.
20. Das System der allgemeinen und beruflichen Bildung muss noch weiter reformiert werden, um das im Schnitt niedrige Qualifikationsniveau der Bevölkerung anzuheben, die Schulabbrecherquote zu senken und die Zahl derjenigen, die eine weiterführende Schule besuchen, aufzustocken. Die Regierung hat ernsthafte und zweckdienliche Maßnahmen ergriffen, um mit diesen Problemen fertig zu werden, aber die Ergebnisse sind noch unzureichend. Neben einer Reform des Rentenversicherungssystems sind noch weitere finanzpolitische Anreize nötig, um die Aufnahme einer Beschäftigung attraktiver zu machen. Auch auf die Anhebung der Beschäftigungsquoten, speziell unter der weiblichen Bevölkerung, muss noch intensiver hingearbeitet werden. Wegen seiner Tragweite und seiner Auswirkungen auf die Wirtschaft sollte auch das Problem der nicht deklarierten Erwerbstätigkeit noch ernsthafter angegangen werden.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

21. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
22. Malta macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms gute Fortschritte. Die Vorgaben des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 wurden größtenteils beachtet. Vor allem bei der Haushaltskonsolidierung, die die

maltesischen Behörden als maßgebliche Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung und die Einführung des Euro betrachten, geht die Umsetzung gut voran. Im mikroökonomischen und Beschäftigungsbereich sind die Fortschritte hingegen geringer.

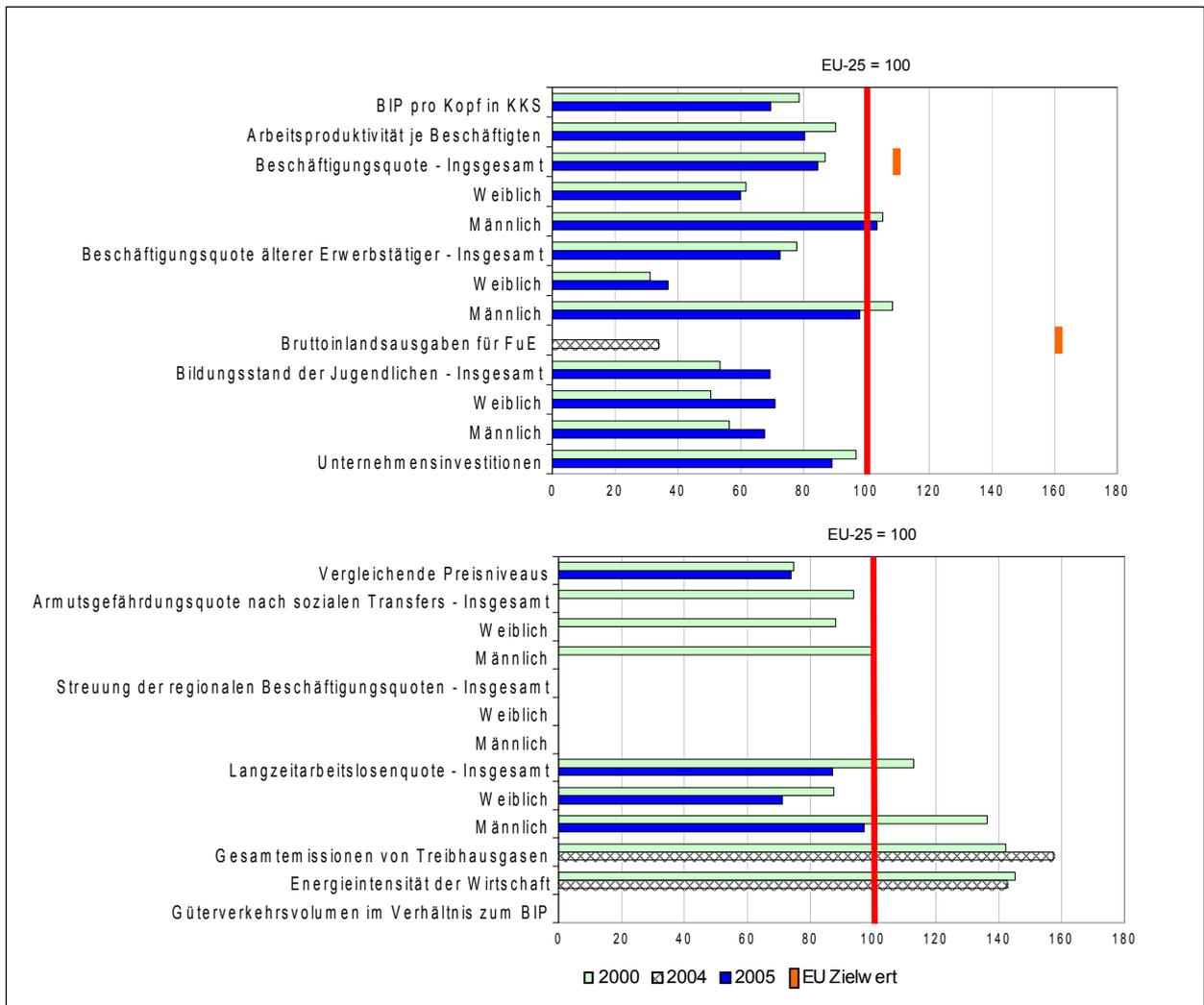
23. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms Maltas und seiner Umsetzung gehören: die derzeitige Entwicklung von grundlegenden FuE- und Innovationsstrategien, die Auflegung eines neuen Programms zur Förderung unternehmerischer Fertigkeiten und die Lancierung einer vielversprechenden Reihe von weit reichenden Ausbildungsinitiativen.
24. In folgenden Bereichen des maltesischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Verstärkung des Wettbewerbs in verschiedenen Branchen, u.a. bei den freien Berufen, Senkung und Umlenkung staatlicher Beihilfen, Förderung von Investitionen in FuE und Verbesserung des Arbeitskräfteangebots. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Malta:
 - weitere Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs ergreift, vor allem bei den freien Berufen, und zu diesem Zweck auch die Wettbewerbsbehörde stärkt und staatliche Beihilfen abbaut bzw. sie stärker auf Bereiche mit sektorübergreifendem Nutzen wie FuE konzentriert;
 - größere Anstrengungen unternimmt, um mehr Menschen, vor allem Frauen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren, gegen nicht angemeldete Erwerbstätigkeit vorzugehen und das System der Steuern und Sozialleistungen so umzubauen, dass Arbeiten wieder attraktiver wird.
25. Außerdem muss Malta während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: Umsetzung und Verstärkung der Maßnahmen zur Reformierung des Gesundheitswesens, nachdem es in diesem Bereich bereits zu Verzögerungen gekommen ist, systematische Einführung von Wirkungsanalysen und Beschleunigung des Prozesses einer besseren Rechtsetzung, genauere Berechnung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Anbindung Maltas an die europäischen Energienetze, Anschlussmaßnahmen an die bereits unternommenen erfolgreichen Schritte zur Verbesserung des Bildungsgrads und zur Senkung der Schulabbrecherquote und Anhebung der Beschäftigungsquote unter den älteren Arbeitnehmern bei gleichzeitigem Verzicht auf Vorruhestandsregelungen zur Senkung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Sektor.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

MALTA

	MT							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	78.7	74.6	75.6	73.7	70.2	69.5		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	90.2	85.5	86.9	84.4	81.7	80.4		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	54.2	54.3	54.4	54.2	54.0	53.9	57.0	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	33.1	32.1	33.9	33.6	32.7	33.7		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	75.0	76.2	74.7	74.5	75.1	73.8		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	28.5	29.4	30.1	32.5	31.5	30.8	0.75	36.6	41.0	42.5	3.0
	Weiblich	8.4	10.2	10.9	13.0	11.5	12.4		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	50.8	50.4	50.8	53.8	53.4	50.8		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	:	:	0.26	0.26	0.63b	:		1.86e	1.86e	:		
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	40.9	40.1	39.0	45.1b	51.0	53.7	18.3	76.6	77.1	77.5	17.4
	Weiblich	40.2	38.7	42.2	48.8b	52.4	57.0		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	41.6	41.4	36.1	41.3b	49.8	50.5		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	74.8	75.5	73.7	74.4	74.9p	74.0p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	17.7	15.4	11.0	14.6	17.9	15.5		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	15.0	:	:	:	:		16.0e	16.0e	:		
	Weiblich	15.0	:	:	:	:			17.0e	17.0e	:	
	Männlich	15.0	:	:	:	:			15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	-	-	-	-	-	-	20.5	13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	-	-	-	-	-	-		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	-	-	-	-	-	-		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	4.4	3.7	3.3	3.2	3.4	3.4	3.9	4.8	4.1	3.9	
	Weiblich	4.2	2.7	2.4	2.4	3.0	3.2		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	4.5	3.9	3.5	3.4	3.7	3.4		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	129.0	118.4	139.8	140.1	145.9	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	303.2	266.6	263.9	284.2	292.4	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	:	:	:	:	:	:		100.1e	104.6be	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Niederlande

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Nach dem Boom von 1996-2000, als das jährliche reale BIP-Wachstum durchschnittlich 4 % erreichte, kam das BIP-Wachstum der Niederlande 2002 fast zum Stillstand. Der anschließende Aufschwung setzte langsam ein und verlief bis 2005 unstet, hat seither aber Tritt gefasst. Das Pro-Kopf-BIP beträgt 2006 125 % des EU-Durchschnitts. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität lag im letzten Jahrzehnt rund einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnitt des Eurogebiets. Die Arbeitslosigkeit dürfte 2006 rund 4 % betragen. Die Gesamtbeschäftigungsquote dürfte 2006 auf 74,4 % ansteigen und damit weiterhin über dem Gesamtziel der EU (70 %) liegen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung ist im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten hoch.
2. Die größte Herausforderung für die niederländische Wirtschaft liegt darin, die Unterauslastung des verfügbaren Arbeitskräftepotenzials weiter zu reduzieren, indem die geringe Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden gesteigert und die Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften und Minderheiten erhöht wird. Angesichts der schon heute vergleichsweise niedrigen Arbeitslosigkeit macht die derzeit kräftige Arbeitsnachfrage deutlich, dass die Erwerbsbeteiligung weiter erhöht werden muss, um auf mittlere Sicht ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sicherzustellen. Eine höhere Auslastung des Arbeitskräftepotenzials würde angesichts der Bevölkerungsalterung auch zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen. Mehr Investitionen in FuE könnten das Wachstumspotenzial der niederländischen Wirtschaft ebenfalls erhöhen und sich so positiv auf die finanzielle Tragfähigkeit auswirken.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im nationalen Reformprogramm (NRP) 2005-2008 wurden folgende zentrale Herausforderungen genannt: Verbesserung des Arbeitskräfteangebots, schnelleres Wachstum der Arbeitsproduktivität, insbesondere durch Stärkung von FuE, Innovation und Bildung, und Steigerung der Preiswettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch Eindämmung der Arbeitskosten. Die Kommission schloss sich der Analyse der wichtigsten Prioritäten an, vertrat in ihrem Jahresfortschrittsbericht 2006 jedoch die Auffassung, dass der Steigerung der Zahl der von Teilzeitarbeitkräften geleisteten Arbeitsstunden und der Eingliederung von Minderheiten in den Arbeitsmarkt mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.
4. Der niederländische Umsetzungsbericht 2006 sieht zusätzliche Politikinitiativen vor, um diese beiden Probleme anzugehen. Diese Initiativen müssen energisch umgesetzt und noch ergänzt werden, wenn die angestrebten Ziele in vollem Umfang erreicht werden sollen. In folgenden Bereichen kommen die Niederlande mit der Umsetzung von Maßnahmen gut voran: Reform der Renten-, Gesundheits- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung; weitere Reduzierung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen, bei der die Niederlande bereits mit gutem Beispiel vorangehen; Förderung von Innovation; Förderung der IKT-Nutzung durch Unternehmen und

Behörden; Stärkung der Verbraucherrechte; Förderung des Wettbewerbs; Reform des öffentlichen Beschaffungswesens; Verbesserung des Umweltschutzes; Liberalisierung des Energiemarkts; Hebung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer; Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; und weitere Stärkung der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie des lebenslangen Lernens. Unterdessen scheint das Haushaltsdefizit erfolgreich eingedämmt worden zu sein. Erste Fortschritte wurden bei der Umsetzung von Maßnahmen in folgenden Bereichen erzielt: breiterer Zugang zur unternehmerischen Bildung; breiterer und effizienterer Einsatz der aktiven Arbeitsmarktpolitik; Steigerung der Zahl der von Teilzeitkräften geleisteten Arbeitsstunden, unter anderem durch eine Ausweitung erschwinglicher Kinderbetreuungsangebote; und Hebung der Erwerbsbeteiligung von Minderheiten. Die Fortschritte in Richtung auf das ehrgeizige FuE-Ziel von 3 % des BIP bis 2010 sind eher begrenzt.

5. Die Niederlande verschärfen ihr NRP, um die Vorgaben des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 zu erfüllen, beispielsweise indem sie Maßnahmen zur Senkung der Kosten nationaler Patente, zur Einrichtung zentraler Anlaufstellen für Unternehmensgründungen und zur Erhöhung der Energieeffizienz ergreifen. Allerdings werden weitere Schritte erforderlich sein, um bestimmte Verpflichtungen zu erfüllen, beispielsweise die Vorgabe, dass bei Anstellung eines ersten Arbeitnehmers nur noch zu einer öffentlichen Verwaltungsstelle Kontakt aufgenommen werden muss.
6. Um die Governance der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu verstärken, hat die Regierung die Gebietskörperschaften an der Ausarbeitung des Umsetzungsberichts beteiligt. Sozialpartner und Stakeholder im Bereich Umweltschutz wurden konsultiert. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung des NRP werden die Ansichten zahlreicher Stakeholder berücksichtigt. Diese haben darüber hinaus die Möglichkeit, neben dem NRP und dem Umsetzungsbericht eigene unabhängige Beiträge an die Europäische Kommission zu richten. Der Umsetzungsbericht wurde im Parlament erörtert. Der strategische Rahmenplan der Niederlande für Investitionen der EU-Strukturfonds wurde im Einklang mit den NRP-Zielen aufgestellt. Der Umsetzungsbericht steht auch in engem Zusammenhang mit dem nationalen Strategiebericht über Sozialschutz und soziale Integration.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Im Umsetzungsbericht werden die Herausforderungen bekräftigt, die das NRP in vier großen makroökonomischen Politikbereichen aufzeigt: Förderung der makroökonomischen Stabilität, Aufrechterhaltung einer langfristig tragfähigen Haushaltsposition, mehr Kohärenz zwischen Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik und Sicherung einer beschäftigungsfreundlichen Lohnentwicklung.
8. Der Umsetzungsbericht enthält keine neuen makroökonomischen Maßnahmen. Das Haushaltsdefizit wurde von 3,1 % des BIP 2003 auf 0,3 % des BIP 2005 gesenkt. Das neue Überwachungssystem, das eine ordnungsgemäße Verwaltung von Pensionsfonds sicherstellen soll, soll am 1. Januar 2007 in Kraft treten. Neue

Gesundheitsversicherungs- und Erwerbsunfähigkeitsregelungen wurden eingeführt und ein Gesetz zur Senkung der Unternehmenssteuern wurde verabschiedet. Die erheblichen Kosten der Bevölkerungsalterung werden im Umsetzungsbericht richtig erkannt. Der vergleichsweise hohe strukturelle Primärüberschuss hilft, die auf lange Sicht projizierten budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung abzufedern, reicht jedoch nicht aus, um die Kosten vollständig abzudecken. Der Umsetzungsbericht sieht keine spezifischen Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vor. Der Umsetzungsbericht deutet auf eine weiterhin zurückhaltende Lohnentwicklung hin. Allerdings besteht angesichts der guten Konjunkturaussichten, der raschen Anspannung der Arbeitsmarktlage und der Tatsache, dass derzeit keine Vereinbarungen mit den Sozialpartnern vorgesehen sind, die Gefahr, dass die Löhne in den kommenden Jahren erheblich stärker steigen werden als geplant. Ein weiterer Anstieg der Verschuldung der privaten Haushalte könnte sich auf die mittelfristigen Wachstumsaussichten auswirken.

9. Alles in allem scheinen die im Umsetzungsbericht dargelegten Politikmaßnahmen ausreichend, um die makroökonomische Lage weiter zu verbessern; außerdem schreiten sie planmäßig voran. Da das kräftige Wachstum und der sich anspannende Arbeitsmarkt jedoch Lohndruck erzeugen dürften, droht sich die Wettbewerbsposition der Niederlande zu verschlechtern. Außerdem besteht weiterhin ein Risiko für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Mikroökonomische Politik

10. Die Steigerung des Wachstums der Arbeitsproduktivität durch Förderung von Innovation und FuE wird im Umsetzungsbericht als zentrale Herausforderung genannt. Außerdem wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung des Geschäftsklimas und zur Stärkung des Wettbewerbs auf den Weg gebracht.
11. Die Regierung hat sich dem Ziel verschrieben, die FuE-Ausgaben bis 2010 auf 3 % des BIP zu erhöhen. Das öffentliche FuE-Budget für die kommenden Jahre wird zwar erhöht, bleibt aber dennoch hinter dem zurück, was erforderlich wäre, um den öffentlichen Teil dieses Ausgabenziels ganz zu erreichen (1 % des BIP). Die größere Herausforderung besteht allerdings darin, mehr private FuE-Investitionen zu mobilisieren, denn diese müssten bis 2010 von 1,03 % des BIP auf 2 % des BIP steigen, damit die privatwirtschaftliche Komponente des Ziels erfüllt wird. Eine umfangreichere und gezieltere öffentliche Unterstützung, kombiniert mit Anreizen und effizienteren Märkten, wird sich positiv auf die privaten FuE-Ausgaben auswirken, doch werden die Anstrengungen in den nächsten Jahren verstärkt werden müssen, wenn das Ziel tatsächlich erreicht werden soll. Im Umsetzungsbericht werden Maßnahmen zur Erhöhung der Zahl der Forscher bekannt gegeben. Unter anderem sollen mehr ausländische Forscher ins Land geholt und junge Forscher ermutigt werden, an kreativen Doktorandenprogrammen teilzunehmen und durch die Arbeit bei Forschungsinstituten praktische Erfahrungen zu sammeln.
12. Die Umsetzung von Maßnahmen zur Innovationsförderung kommt gut voran. Mit Innovationsvouchern, Innovationsverträgen und dem Programm „Small Business Innovation Research“ werden Unternehmen (insbesondere KMU) dazu angeregt, externe Kenntnisse für Innovationen zu nutzen. Der Umsetzungsbericht enthält

ausführliche Informationen über die Finanzierung von sektorspezifischen Maßnahmen und Anreizen für die Clusterentwicklung, wobei auch auf die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich hingewiesen wird. Diese Maßnahmen tragen effektiv zur Innovationsförderung bei. Über Maßnahmen zur Förderung der Nutzung nationaler Patente, insbesondere durch KMU, wird nachgedacht. Im Umsetzungsbericht wird außerdem ein Aktionsplan vorgestellt, mit dem die Rolle des Staates als „Launching Customer“ bzw. Erstabnehmer gestärkt werden soll. Weitere Initiativen konzentrieren sich auf die IKT-Nutzung, insbesondere durch KMU und öffentliche Verwaltung.

13. Neue Initiativen zur Verbesserung des Geschäftsklimas, die die bereits vorhandenen ehrgeizigen Maßnahmen ergänzen, wurden auf den Weg gebracht. Initiativen zur Förderung einer ausgewogenen Regulierung und zur Stärkung der Verbraucherrechte, wie z.B. der Vorschlag zur Einrichtung einer Verbraucherschutzbehörde, sollen eine gleichberechtigte Beziehung zwischen Unternehmen und Verbrauchern herstellen. Das geänderte Wettbewerbsrecht gibt der niederländischen Wettbewerbsbehörde die Möglichkeit, Managern Geldbußen und Unternehmen Restrukturierungsmaßnahmen (Aufspaltung von Unternehmen, Veräußerung von Geschäftsbereichen) aufzuerlegen. Die Kommission unterstützt derartige Maßnahmen, die zur Aufdeckung von Kartellen beitragen und der Kartellbildung entgegenwirken. Das öffentliche Beschaffungsrecht wurde vereinfacht und die niederländischen und die EU-Vorschriften wurden harmonisiert. Das Defizit bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht wurde ein gutes Stück abgebaut. Neue Rechtsvorschriften im Energiebereich schaffen die notwendigen Voraussetzungen für eine weitere Eigentumsentflechtung bei Energiekonzernen, d.h. für eine Trennung des Vertriebs von anderen kommerziellen Tätigkeiten, um fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Diese Entflechtung wird in Fällen wirksam werden, in denen die unabhängige öffentliche Netzverwaltung gefährdet ist.
14. Die Funktionalität der Website der zentralen Anlaufstelle für Unternehmen (*Bedrijvenloket*) sollte ausgebaut werden, damit eine Interaktion zwischen Unternehmern und öffentlicher Verwaltung möglich wird und Vorgänge über das Netz abgewickelt werden können. Der Umsetzungsbericht enthält keine Informationen über die Fortschritte bei der Einrichtung einer einzigen öffentlichen Anlaufstelle für die Einstellung des ersten Arbeitnehmers. Die niederländischen Pilotprojekte im Bereich der unternehmerischen Ausbildung sind zu begrüßen. Allerdings wäre den Niederlanden zu empfehlen, unternehmerische Lehrinhalte dauerhaft in die Lehrpläne für die Sekundar- und Hochschulbildung einzubinden. Beim Thema bessere Rechtsetzung nehmen die Niederlande eine Spitzenposition ein. Das niederländische „Standard Cost Model“ hat mehrere andere Mitgliedstaaten veranlasst, ähnliche Konzepte zu entwickeln. Die Niederlande scheinen auf dem richtigen Weg, um die angestrebte Senkung der Verwaltungskosten (um 25 % bis 2007) zu erreichen. Das Folgenabschätzungsverfahren („Business effects test“) wurde durch eine neue Methodik, die mehr quantitative Daten zu den Befolgungskosten liefert, verbessert. Maßnahmen wurden verabschiedet, um die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und die Zahl der Genehmigungen um 42 % sowie die Zahl der Zulassungsverfahren um 22 % zu senken. Eine neue Maßnahme betrifft die geplante 25 %ige Kostensenkung bei der Überwachung. In den Niederlanden besteht bei Regulierungsvorhaben noch keine förmliche Verpflichtung

zur Stakeholder-Konsultation, doch Anfang 2007 sollen entsprechende Überlegungen anlaufen.

15. Die ‚Toekomstagenda Milieu‘ (Zukunftsagenda Umwelt) 2006 schlägt unter anderem Vereinbarungen mit der Industrie vor, um Ökoinnovationen zu fördern. Für den Zeitraum 2006-2012 wurde ein 500 Mio. EUR starkes Maßnahmenpaket geschnürt, das zur Hälfte von privaten Trägern finanziert wird und eine sauberere und nachhaltigere Energieerzeugung fördern soll. Die ‚Taskforce Energietransitie‘ (Taskforce Energiewende) hat einen Aktionsplan vorgelegt, der 26 Wege aufzeigt, um bis 2050 zu einer nachhaltigeren Energieversorgung zu gelangen. Jeder Weg umfasst Projekte und unterstützende Maßnahmen im Bereich Energieeinsparung und erneuerbare Energie, die die Kommission begrüßen würde. Die Umsetzung des Aktionsplans für Umwelttechnologie (ETAP) ist bereits angelaufen. Ein neues Programm für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung wurde lanciert, um das Ziel zu erreichen, bis 2010 bei der Beschaffung des Zentralstaats zu 100 % und bei den anderen Ebenen des Staates zu 50 % Nachhaltigkeit zu sichern.

Beschäftigung

16. Im Umsetzungsbericht werden die Entwicklungen bei der Verbesserung des Arbeitsangebots, der zentralen Herausforderung im Bereich Beschäftigung und der Steigerung des Produktivitätswachstums durch Investitionen in Humankapital herausgestellt. Eine maßvolle Lohnentwicklung bleibt ebenfalls Priorität. Durch signifikante Maßnahmen zur Stärkung des finanziellen Arbeitsanreizes für Empfänger von Sozial- und Erwerbsunfähigkeitsleistungen ist deren Zahl weiter gesunken. Immer mehr Gemeinden richten ihr Augenmerk auf alle Empfänger staatlicher Leistungen. Eine nachfrageorientierte maßgeschneiderte Wiedereingliederungspolitik, die mit der effizienten Nutzung aller verfügbaren Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik kombiniert wird, dürfte die Zahl der Leistungsempfänger, auch der schwierigsten Fälle, verringern. Bei arbeitslosen Erwerbsunfähigen werden derzeit Leistungsüberprüfungen durchgeführt, mit dem Ziel, sie wieder ins Erwerbsleben zu integrieren. Bislang haben 20 % in den acht Monaten nach der Überprüfung einen Arbeitsplatz gefunden, doch werden die endgültigen Ergebnisse der Maßnahme erst Anfang 2008 vorliegen. Ab 2007 sollen die Bemühungen von Arbeitslosengeldempfängern um einen Arbeitsplatz wieder überprüft werden. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Politikmaßnahmen setzt Kontrollmechanismen und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den Agenturen voraus, die die aktive Arbeitsmarktpolitik umsetzen.
17. Die Regierung führt Maßnahmen durch, um die Kinderbetreuungskosten von Eltern durch höhere staatliche Zuschüsse und einen neuen Arbeitgeberpflichtbeitrag zu senken. Dadurch soll die Gesamtzahl der von Frauen und Teilzeitkräften geleisteten Arbeitsstunden erhöht werden. Das nationale Beschäftigungsziel (bis 2010 sollen 65 % mindestens 12 Stunden pro Woche arbeiten) ist noch lange nicht erreicht (54,1 %). Die Frauenerwerbsbeteiligung könnte auch dadurch steigen, dass Schulen neuerdings vor und nach dem Unterricht eine Betreuung anbieten müssen. Allerdings ist die Grenzsteuerbelastung des zweiten Einkommens nach wie vor hoch und könnte daher auch in Zukunft einem Anstieg der geleisteten Arbeitsstunden im Wege stehen.

18. Das nationale Zwischenziel für ältere Arbeitnehmer (bis 2007 sollen 40 % mindestens 12 Stunden pro Woche arbeiten) dürfte 2006 erreicht werden (39,7 % 2005). Das neue Ziel lautet 45 % im Jahr 2010. Zu diesem Zweck haben sich die Sozialpartner verpflichtet, die Teilnahme älterer und gering qualifizierter Arbeitskräfte am lebenslangen Lernen zu fördern. 84 % der Jugendarbeitslosen wird innerhalb von sechs Monaten ein Arbeitsplatz, eine Lehrstelle oder eine andere Unterstützung angeboten. Neue Stellen für Jugendliche werden über die Taskforce Jugendarbeitslosigkeit geschaffen, die sich ihrem Ziel (40 000 Stellen bis 2007) mit großen Schritten nähert. Ziel der „Operatie Jong“ (Operation Jugend) ist ein integrierter Ansatz für benachteiligte Jugendliche. In Reaktion auf die Forderung, weitere Anstrengungen zur Eingliederung von Minderheiten in den Arbeitsmarkt zu unternehmen, haben Regierung und Sozialpartner verschiedene Maßnahmen vereinbart, um Diskriminierung zu bekämpfen, genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen und die bei Angehörigen von Minderheiten besonders hohe Schulabbruchquote zu senken. Auf eine nationale Zielvorgabe für die Beschäftigungsquote von Minderheiten wurde diesmal verzichtet.
19. Die Regierung betont die Notwendigkeit einer weiterhin maßvollen Lohnentwicklung, um die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. „Flexicurity“ wird im Umsetzungsbericht nur im Zusammenhang mit der aktivierenden Funktion des sozialen Sicherungssystems erwähnt. Weitere Änderungen des Arbeitsschutzrechts sind vor der Ende 2006 anstehenden Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialrates nicht zu erwarten. Der Umsetzungsbericht sieht eine Ausweitung und Verstärkung der Maßnahmen zur Senkung der Schulabbruchquote auf 8 % bis 2010, zur Verbesserung der Bildungsabschlüsse der 22-Jährigen und zur besseren Verzahnung von Bildung und Arbeitsmarkt vor. Um die insbesondere bei Minderheiten hohe Schulabbruchquote zu senken, werden umfangreiche Maßnahmen ergriffen, die allesamt zur Erreichung des ehrgeizigen nationalen Ziels beitragen dürften. Bedeutende weitere Maßnahmen zur Grundschul- und Vorschulbildung sollen folgen. Um das nationale Ziel für die Beteiligung am lebenslangen Lernen (20 % bis 2010) zu erreichen und dem leichten Rückgang der letzten Jahre (16,6 % 2005 gegenüber 17,4 % 2003) entgegenzuwirken, werden Arbeitgebern Steuererleichterungen eingeräumt, wenn ihre (jungen) Beschäftigten eine formelle Qualifikation erlangen.
20. Um das Arbeitsangebot und das Humankapital zu verbessern, setzt die erfolgreiche Umsetzung der beschäftigungspolitischen Maßnahmen im NRP auch in Zukunft eine an der Nachfrage der lokalen Arbeitgeber orientierte enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung, den Arbeitsämtern, den Gemeinden und den Sozialpartnern sowie eine effiziente Kontrolle voraus. Trotz positiver Maßnahmen zur Erhöhung der von Teilzeitkräften geleisteten Arbeitsstunden werden weitere Maßnahmen erforderlich sein. Anstatt auf zielgruppenspezifische Maßnahmen setzt die Regierung bevorzugt auf allgemeine Politikmaßnahmen, die in hohem Maße auf die Umstände des Einzelnen zugeschnitten werden. Die Eingliederung von Minderheiten in den Arbeitsmarkt kann nur Erfolg haben, wenn die Politikmaßnahmen diese Gruppe auch tatsächlich erreichen und mit geeigneten Kontrollen kombiniert werden.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

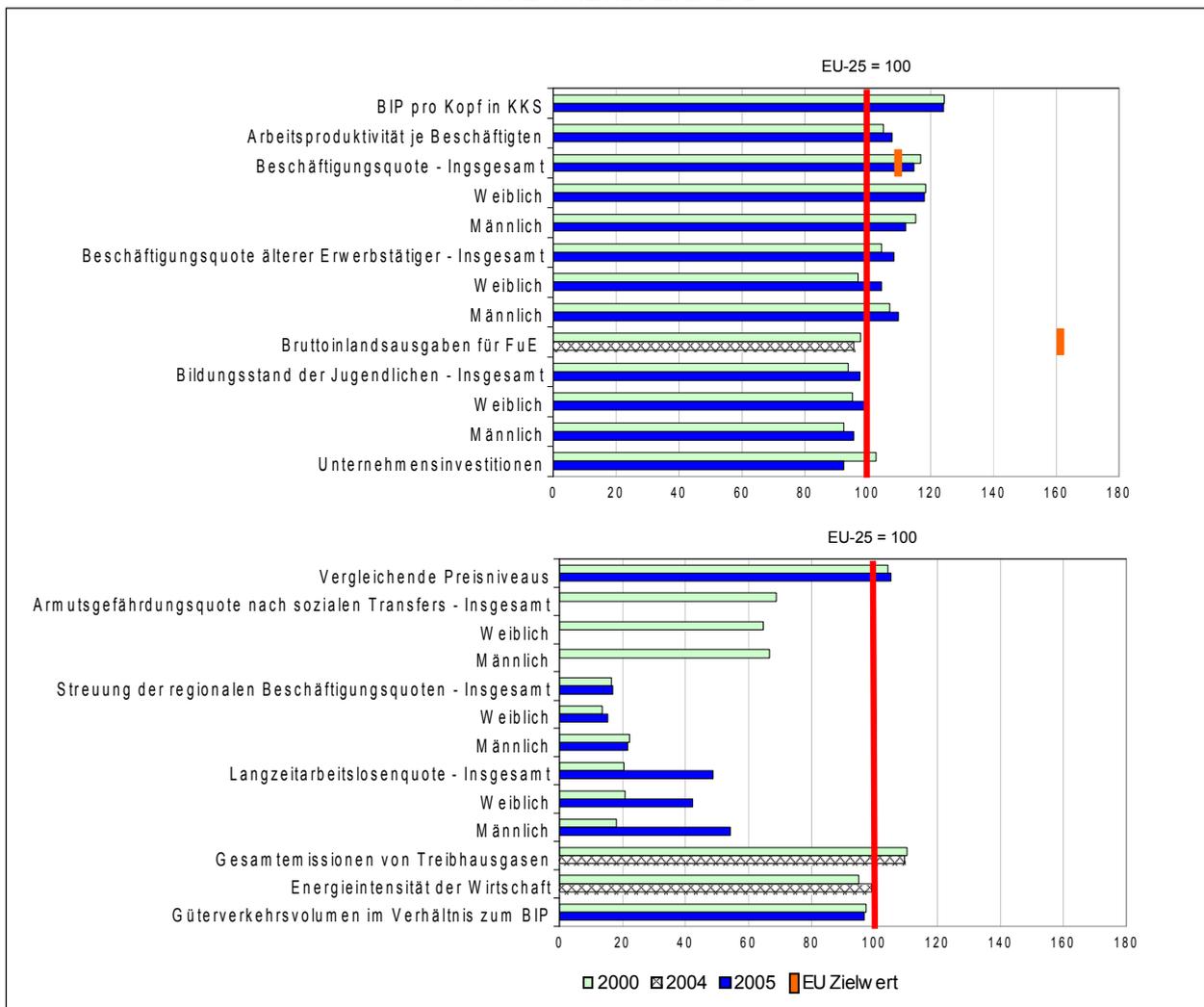
21. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
22. Die Niederlande machen bei der Umsetzung ihres nationalen Reformprogramms gute Fortschritte. Auch wenn auf der Makroebene gewisse Risiken bestehen, namentlich in Bezug auf eine potenzielle Lohninflation, die Verschuldung der privaten Haushalte und die Anspannung des Arbeitsmarkts, so ist der Politikrahmen insgesamt doch angemessen. Trotz nur verhaltener Fortschritte im Bereich FuE können die Niederlande im mikroökonomischen Bereich doch erhebliche Fortschritte verbuchen. Auch wenn die Beschäftigungsquoten bei den meisten Gruppen hoch sind, ergibt sich im Bereich der Beschäftigung insgesamt doch eher ein gemischtes Bild. Die Niederlande verschärfen ihr nationales Reformprogramm, um die Vorgaben des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 zu erfüllen, doch werden weitere Schritte erforderlich sein.
23. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms der Niederlande und seiner Umsetzung gehören: die Maßnahmen zur Ankurbelung des Wettbewerbs; die Verwendung des Standard Cost Models zur Ermittlung von Verwaltungskosten und die Innovationsvouchers, die beide in vielen anderen Mitgliedstaaten Nachahmer gefunden haben; die Maßnahmen zur Reform der Renten-, Gesundheits- und Erwerbsunfähigkeitsregelungen und die Reformen zur Hebung des Bildungsniveaus, zum Ausbau des lebenslangen Lernens und zur besseren Verzahnung von Bildung und Arbeitsmarkt.
24. In einem Bereich des niederländischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität, nämlich der Verbesserung des Arbeitsangebots. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass die Niederlande:
 - weitere Maßnahmen ergreifen, um das Arbeitsangebot, namentlich bei älteren Arbeitskräften, Frauen und benachteiligten Gruppen, zu verbessern.
25. Außerdem müssen sich die Niederlande während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms auf Folgendes konzentrieren: Maßnahmen zur Erhöhung der FuE-Ausgaben des privaten Sektors; weitere Maßnahmen, um die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 vereinbarten Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Sollten die bestehenden Maßnahmen langfristig keinen signifikanten Anstieg der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in der Gesamtwirtschaft bewirken, so wird man außerdem über weitere Anreize nachdenken müssen.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

NIEDERLANDE

	NL							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	124.3	127.0	125.3	124.7	124.4	124.2		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	105.0	107.0	105.7	106.2	107.4	107.8		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote							:				70.0
	Insgesamt	72.9	74.1	74.4	73.6	73.1	73.2	62.4	63.3	63.8	
	Weiblich	63.5	65.2	66.2	66.0	65.8	66.4	53.6	55.7	56.3	
	Männlich	82.1	82.8	82.4	81.1	80.2	79.9	71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
	Insgesamt	38.2	39.6	42.3	44.3	45.2	46.1	36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	26.1	28.0	29.9	31.8	33.4	35.2	26.9	31.7	33.7	
	Männlich	50.2	51.1	54.6	56.7	56.9	56.9	46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.82	1.80	1.72	1.76	1.78p			1.86e	1.86e		3.0
Bildungsstand der Jugendlichen							3.0				
	Insgesamt	71.9	72.7	73.1	75.0	75.0	75.6	76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	75.7	76.8	77.4	78.0	78.9	79.9	79.5	80.1	80.3	
	Männlich	68.2	68.7	68.8	72.0	71.2	71.4	73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	104.2	104.0	105.3	106.6	105.2p	105.2p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	18.8	17.9	16.4	15.9	15.9	16.1		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
	Insgesamt	11.0p	11.0p	11.0p	12.0p			16.0e	16.0e		
	Weiblich	11.0p	12.0p	12.0p	12.0p			17.0e	17.0e		
	Männlich	10.0p	11.0p	11.0p	12.0p			15.0e	15.0e		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
	Insgesamt	2.2	2.3	2.2	2.3	2.3	2.0	13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	2.8	3.1	3.0	3.2	2.8	2.6	20.5	17.3	16.9	
	Männlich	2.2	2.2	1.8	2.0	2.1	2.1	9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote											
	Insgesamt	0.8	0.6	0.7	1.0	1.6	1.9	3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	1.0	0.7	0.9	1.1	1.6	1.9	4.8	4.7	4.5	
	Männlich	0.6	0.5	0.6	1.0	1.5	1.9	3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	100.1	100.9	100.3	100.5	101.6			90.7	92.7		
Energieintensität der Wirtschaft	198.5	200.7	201.1	202.2	203.2			208.8	204.9		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	97.4	94.9	93.1	93.7	102.7	101.3		100.1e	104.6be	104.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Österreich

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Die österreichische Wirtschaft soll den Prognosen zufolge 2006 um 3,1 %, d.h. einen halben Prozentpunkt mehr als der Durchschnitt des Eurogebiets wachsen. Auch das Arbeitsproduktivitätswachstum liegt leicht über dem Schnitt des Eurogebiets. Das Pro-Kopf-BIP wird den Projektionen zufolge in diesem Jahr 122,5 % des EU-Durchschnitts betragen. Die Beschäftigungsquote wird voraussichtlich von 68,6 % im Jahr 2005 auf 69 % im Jahr 2006 ansteigen und liegt damit ebenfalls weit über dem EU-Durchschnitt. Bei den älteren Arbeitnehmern stieg die Beschäftigungsquote von 28,8 % im Jahr 2004 auf 31,8 % im Jahr 2005, ist aber nach wie vor eine der niedrigsten in der EU. Bei der der Arbeitslosigkeit soll der Aufwärtstrend den Projektionen zufolge 2006 zum Stillstand kommen und die Arbeitslosenquote sich bei 5,1 % stabilisieren. Zwar liegt die Arbeitslosigkeit nach wie vor deutlich unter dem EU-Durchschnitt, trifft aber vor allem junge Leute (10,3 %).
2. Österreich verzeichnet eine starke Wirtschaftsleistung, doch könnte das Wachstumspotenzial des Landes durch Anhebung der niedrigen Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern und Förderung von Wettbewerb und Produktivität insbesondere im Dienstleistungssektor erhöht werden. Die jüngsten Rentenreformen erleichtern die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und könnten zusammen mit Verwaltungs- und Gesundheitsreformen dazu beitragen, Mittel für Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Arbeitskräfteangebot freizusetzen.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im nationalen Reformprogramm (NRP) Österreichs für den Zeitraum 2005-2008 werden sieben strategische Schwerpunkte genannt: Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, FuE und Innovation, Infrastruktur, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Arbeitsmarkt und allgemeine und berufliche Bildung. Die Kommission befürwortete diese Schwerpunktsetzung, vertrat in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht 2006 aber auch die Auffassung, dass dem Wettbewerb im Dienstleistungssektor, der geringen Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern und der beruflichen Fortbildung Erwachsener größere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.
4. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass Österreich bei der Verwirklichung seines NRP gut vorankommt. In dem Bericht werden die meisten der von der Kommission in ihrem Fortschrittsbericht aufgezeigten Probleme behandelt. Die Verpflichtungen in den Bereichen Makroökonomie, Mikroökonomie und Beschäftigung wurden weitgehend erfüllt. Gute Fortschritte wurden insofern erzielt, als die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert, die öffentlichen FuE-Investitionen erhöht und steuerliche Anreize für Privatinvestitionen geschaffen, mehr Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik getroffen und der Übergang von der Schule in das Berufsleben durch Modernisierung der Lehrlingsausbildung erleichtert wurde. Im Hinblick auf die Förderung eines aktiven

Alters wurden erste Fortschritte erzielt, wenngleich die Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern ungeachtet eines Aufwärtstrends nach wie vor niedrig ist. Österreich hat die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen verbessert, obwohl zur Erreichung der Zielvorgaben noch weitere Maßnahmen erforderlich sind. Beim Wettbewerb im Dienstleistungssektor wurden nur sehr begrenzt Fortschritte erzielt. Die berufliche Fortbildung für Erwachsene wurde nicht wesentlich intensiviert.

5. Alles in allem hat Österreich angemessen auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 reagiert. Eine positive Entwicklung ist die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Registrierung neuer Unternehmen. Es wurden einige Initiativen zur Stärkung der unternehmerischen Kultur eingeleitet, doch muss in dieser Hinsicht noch mehr getan werden. Im Bereich Forschung und Innovation sind auf dem Weg zur Erreichung der erklärten Ziele gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Kleine und mittlere Unternehmen standen im Mittelpunkt einiger früherer politischer Initiativen, von denen einige nun verlängert wurden. Große Aufmerksamkeit wurde der Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten für prioritäre Zielgruppen geschenkt. Österreich bleibt seiner Verpflichtung treu, den Anteil regenerativer Energien zu erhöhen und hat seine Zielvorgaben für die Nutzung bestimmter Energieträger heraufgesetzt.
6. Das Reformprogramm wird nach wie vor entschlossen umgesetzt. Die politische Sichtbarkeit der Strategie für Wachstum und Beschäftigung wurde durch Übertragung der Zuständigkeit auf die Ministerialebene erhöht. Es wurden umfangreiche Konsultationen durchgeführt und große Anstrengungen unternommen, um die Identifizierung mit dem Bericht zu verstärken. Zahlreiche Beteiligte wurden konsultiert, darunter das Parlament, die Sozialpartner, Regionen, Kommunen und Wirtschaftsforschungsinstitute. Der Bericht unterstreicht den Beitrag der Strukturfonds zum NRP und bestätigt, dass im nächsten Programmierungszeitraum (2007-2013) rund 78 % der für das Ziel Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung vorgesehenen Strukturfondsmittel und 60 % der für das Ziel Konvergenz vorgesehenen Strukturfondsmittel für Maßnahmen zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung eingesetzt werden sollen.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Im NRP 2005 wird die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als größte makroökonomische Herausforderung bezeichnet – eine Einschätzung die von der Kommission geteilt wird. Dank der kürzlich durchgeführten umfassenden Rentenreform besteht für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Österreichs nur ein geringes Risiko, und wenn mehr ältere Arbeitnehmer in Beschäftigungsverhältnissen verbleiben, wird dies die Lage weiter verbessern. Ein gewisses Restrisiko bleibt jedoch bestehen. Im NRP wurden zwar Ausgabenkürzungen angekündigt, diese aber nicht näher ausgeführt.
8. In dem im Anschluss an das NRP erstellten Stabilitätsprogramm stellten die österreichischen Behörden die geplante Haushaltsrechtsreform vor, die die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erhöhen soll. Der erste Teil des Reformpakets sollte am 1. Januar 2007 in Kraft treten. Nun muss sichergestellt

werden, dass die neue Regierung die Reformen weiter umsetzt. Auch soll die im NRP erwähnte Verwaltungsreform dem Stabilitätsprogramm zufolge zwischen 2005 und 2010 Einsparungen von schätzungsweise rund 1,9 Mrd. EUR bringen. Dies entspricht etwa 0,8 % des BIP insgesamt, so dass darüber hinaus noch weitere Maßnahmen getroffen werden müssen, um das erklärte Ziel der Regierung, 2008 und ganz allgemein in diesem Konjunkturzyklus einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, zu erreichen. Die Verwaltungsreform verläuft dem Umsetzungsbericht zufolge nach Plan, an neuen Maßnahmen zur Steigerung der langfristigen Tragfähigkeit ist lediglich die am 1. Januar anlaufende Kampagne gegen Steuerbetrug, Schwarzarbeit und Schmuggel erforderlich. Da deren Auswirkungen nicht quantifiziert werden, lässt sich nur schwer beurteilen, ob sie die langfristige Tragfähigkeit erhöhen wird.

9. Alles in allem ist die makroökonomische Lage gut, doch sollten die österreichischen Behörden energischer an einem klaren mittelfristigen Szenario arbeiten, aus dem hervorgeht, wie das für 2006 offiziell vorgesehene Haushaltsdefizit von 1,5 % des BIP bis 2008 in einen ausgeglichenen Haushalt umgewandelt werden soll.

Mikroökonomische Politik

10. Für diesen Bereich werden im NRP folgende Schwerpunkte gesetzt: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für KMU, ökologische Nachhaltigkeit und Investitionen in Forschung und Innovation, einschließlich Energieeffizienz.
11. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen wurden erheblich verbessert und die internationale Wettbewerbsfähigkeit wurde erhöht. Die Reform der Handelsgesetzgebung wird die Verfahren bei Unternehmensneugründungen u.a. durch Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Registrierung neuer Unternehmen erheblich vereinfachen. Die Zahl der Gewerbe, die nur mit einer speziellen Qualifikation ausgeübt werden können, wurde verringert, Konkursverfahren wurden verbessert. Dennoch ist es nach wie vor nicht leicht, den ersten Mitarbeiter einzustellen und sind konkrete Maßnahmen nicht erkennbar. Das allgemeine Ziel, die Verwaltungskosten für Unternehmen um 25 % zu senken, zeugt von dem klaren Bestreben, den rechtlichen Rahmen zu verbessern. Das KMU-Förderungsgesetz 2006 könnte anderen Mitgliedstaaten als Vorbild dienen. Die darin vorgesehenen Maßnahmen werden die Kosten der KMU um insgesamt 1,5 Mrd. EUR (0,6 % des BIP) senken. Das 2006 angenommene Förderpaket für Kleinst- und Kleinbetriebe soll diesen Unternehmen den Zugang zu Mikrokrediten, Eigenkapital und Betriebsmittelkrediten erleichtern. Es wurden Initiativen zur Stärkung der unternehmerischen Kultur eingeleitet, doch sind Ergebnisse noch nicht erkennbar. Zwar wurden mehrere Initiativen ins Leben gerufen, um den Unternehmergeist im Rahmen der schulischen Bildung zu fördern, doch zeigt die Tatsache, dass Schulabgänger in der Regel weniger unternehmerfreudig eingestellt sind als der EU-Durchschnitt, dass dieses Problem systematischer angegangen werden muss und die Ergebnisse regelmäßig überwacht werden sollten.
12. Dem Umsetzungsbericht zufolge dürfte sich die Dienstleistungsrichtlinie positiv auf den Dienstleistungssektor in Österreich auswirken. Doch werden nicht alle mit dem fehlenden Wettbewerb bei den freiberuflichen Dienstleistungen verbundenen Aspekte allein durch die Dienstleistungsrichtlinie gelöst werden können. Auf

nationaler Ebene wurden bereits einige Maßnahmen eingeleitet, die bei bestimmten geregelten Berufen die Dienstleistungsqualität und Effizienz erhöhen werden, aber nicht zwangsläufig auch für stärkeren Wettbewerb sorgen. Österreich hat nach wie vor zahlreiche reglementierte Berufe, und es gibt keinerlei Hinweis darauf, dass dieses System grundlegend reformiert werden soll. Bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften in innerstaatliches Recht hat Österreich Fortschritte gemacht und liegt nun über dem Durchschnitt.

13. Das Land hält an seiner Verpflichtung fest, 2010 3 % des BIP für FuE aufzuwenden, wobei 2006 schätzungsweise 2,43 % des BIP erreicht wurden (als Zwischenziel gesetzt worden waren 2,5 %). Das Wachstum der FuE-Intensität verlangsamt sich, was in erster Linie auf die nach wie vor mäßigen FuE-Ausgaben der Unternehmen zurückzuführen ist. Mit mehreren Regierungsinitiativen, die in erster Linie auf steuerliche Anreize setzen, wurde versucht, private FuE-Tätigkeiten zu fördern (jüngstes Beispiel dafür ist die „FuE Mittelstandsoffensive“). Österreich zieht in erheblichem Maße FuE-Investitionen aus dem Ausland an, wenngleich der ausländische Anteil an der Gesamtfinanzierung schrittweise zurückgeht. Mit der „Headquarter-Strategie“ soll für ausländische FuE-Zentren ein Anreiz geschaffen werden, sich auf Dauer in Österreich anzusiedeln. Darüber hinaus räumt Österreich dem Aufbau internationaler Exzellenzzentren Vorrang ein und beabsichtigt den Bau eines neuen Hochschulexzellenzzentrums, dem „Institute of Science and Technology Austria“. Bei der Innovationspolitik wird derzeit an einem Programm zur Entwicklung führender Märkte gearbeitet und werden Initiativen ins Auge gefasst, mit denen öffentliche Aufträge innovationsfördernd eingesetzt werden sollen. Auch bei einer Reihe anderer wichtiger Innovationsindikatoren und den Ausgaben für FuE macht Österreich gute Fortschritte und nimmt nun im EU-Vergleich bei der Innovation eine der oberen Positionen ein.
14. Gemäß einem der Schwerpunkte des NRP hat Österreich im vergangenen Jahr einige Maßnahmen zur Erhöhung des Anteil regenerativer Energien getroffen, um die im Ökostromgesetz gesetzten Ziele zu erreichen. Österreich räumt der Erhöhung der Energieeffizienz Priorität ein, wird aber weitere Strategien zur Emissionsenkung festlegen müssen, um den von ihm zu leistenden Anteil an der Verringerung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen. Aus dem Bericht geht hervor, dass Österreich erhebliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur getätigt und diese gleichmäßig über die verschiedenen Verkehrsträger verteilt hat.
15. Österreich hat sich auch weiterhin darum bemüht, auf allen Verwaltungsebenen elektronische Dienste zur Verfügung zu stellen und nimmt auf diesem Gebiet mittlerweile die Führungsposition unter den Mitgliedstaaten ein. Es werden öffentliche Mittel bereitgestellt, um in ländlichen Gebieten Breitbanddienste auszubauen und die für die e-Health-Initiative notwendige umfassende Infrastruktur zu schaffen.
16. Im Bereich der mikroökonomischen Politik hat Österreich zahlreiche neue Maßnahmen eingeleitet bzw. bestehende Maßnahmen verlängert, die insbesondere FuE, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU und eine bessere Rechtsetzung betreffen. Damit die verfolgten Ziele auch tatsächlich erreicht werden, müssen diese Maßnahmen eingehend überwacht und bewertet werden.

Beschäftigungspolitik

17. Für die Beschäftigungspolitik wurden im NRP folgende Schwerpunkte gesetzt: Anreize zur Arbeitsaufnahme, Anpassungsfähigkeit, Förderung des aktiven Alterns, „Flexicurity“ sowie Höherqualifizierung und Bildungsreformen. In ihrem Fortschrittsbericht 2006 weist die Kommission darauf hin, dass der geringen Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern und der beruflichen Fortbildung Erwachsener größere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.
18. Um mehr Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten, wird vorrangig eine aktive Arbeitsmarktpolitik verfolgt. So wurden die Ausgaben für Qualifikationsmaßnahmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze insbesondere zugunsten von älteren Arbeitnehmern, Frauen und jungen Menschen erhöht. Doch tragen diese Maßnahmen den individuellen Bedürfnissen nicht immer ausreichend Rechnung. Um die geringe Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern zu erhöhen, hat die österreichische Regierung neben den jüngsten Rentenreformen Sensibilisierungskampagnen durchgeführt und eine Strategie zur frühzeitigen Intervention in diesem Bereich umgesetzt. Vor dem Hintergrund der steigenden Jugendarbeitslosigkeit wurden eine Reihe von Maßnahmen getroffen: so wurden Arbeitslosen unter 25, die innerhalb von drei Monaten keine neue Arbeitsstelle gefunden haben, Weiterbildungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen angeboten, wurde die Lehrlingsausbildung verbessert und wurden mehr Lehrstellen zu Verfügung gestellt. Doch besteht nach wie vor eine erhebliche Lücke zwischen Angebot und Nachfrage, was insbesondere für Immigranten gilt. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird in dem Bericht die Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze angekündigt, doch scheint das gesetzte Ziel (18 000 zusätzliche Plätze, Wien ausgenommen, und Anpassung der Öffnungszeiten an die elterlichen Bedürfnisse) nicht ehrgeizig genug und wird auch nicht von einem konkreten Umsetzungsplan begleitet. Die 2006 eingeführte Regelung zur Lohnsubventionierung soll die Beschäftigung in Niedriglohnssektoren fördern und zielt auf jüngere und ältere Langzeitarbeitslose ab. Doch wurde die Regelung nur von wenigen Arbeitgebern in Anspruch genommen und sind viele der neu geschaffenen Arbeitsplätze nur Teilzeitstellen.
19. Um die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen zu erhöhen, wurden 2006 u.a. Dienstleistungsschecks eingeführt, die die legale Beschäftigung von Haushaltshilfen fördern soll. Zwar bemühen sich Arbeitsämter und einige Regierungsinitiativen um Verringerung des geschlechterspezifischen Lohngefälles und um Aufhebung der Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt, doch ist hier ein größerer Einsatz der Arbeitgeber gefordert. Die „Flexicurity“ wurde unter anderem durch anhaltenden Rückgriff auf Arbeitsstiftungen erhöht. Es wird nicht einfach sein, für die rasch wachsende Zahl von Arbeitnehmern in atypischen Beschäftigungsverhältnissen ein angemessenes Maß an Sicherheit zu wahren und die Aufspaltung des Arbeitsmarkts in ein Segment mit Arbeitnehmern in unbefristeten Arbeitsverhältnissen und ein Segment mit Arbeitnehmern in anderen Arbeitsverhältnissen und geringen Aussichten auf eine Änderung ihres Status zu verhindern.
20. Es wurden einige Maßnahmen zur Förderung des Humankapitals getroffen, wie frühzeitiger Sprachunterricht für die Kinder von Immigranten. Eingehender behandelt werden muss auch die damit zusammenhängende Frage, wie der hohe

Anteil an Schulabbrechern unter jungen Immigranten verringert und deren Qualifikationen erhöht werden können. Die geringe Teilnahme von geringqualifizierten und älteren Arbeitnehmern an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen ist nach wie vor ein Problem. Alles in allem führt die Streuung der Zuständigkeiten für lebenslanges Lernen auf unterschiedliche Verwaltungsstellen dazu, dass ein kohärentes, wirksames Konzept fehlt.

21. Die Umsetzung der Beschäftigungspolitik kommt allgemein gut voran. Die deutlich erhöhten Ausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen haben sich positiv ausgewirkt, wenngleich die Wirksamkeit einiger Maßnahmen noch weiter erhöht werden könnte. Trotz gewisser Fortschritte stellt die niedrige Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern nach wie vor eine große Herausforderung dar, die zusätzliche Anstrengungen insbesondere im Hinblick darauf erfordert, das lebenslange Lernen zu verstärken und das Steuer- und Sozialsystem zu reformieren. Auf die steigende Jugendarbeitslosigkeit wurde zwar reagiert, doch muss mehr zur Unterstützung junger Immigranten getan werden. Auch zur Bekämpfung der Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt sind weitere Schritte erforderlich.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

22. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
23. Österreich macht bei der Umsetzung seines Nationalen Reformprogramms gute Fortschritte, insbesondere im Bereich Mikroökonomie, wo abgesehen vom Wettbewerb im Dienstleistungssektor auf allen Gebieten umfangreiche Maßnahmen getroffen wurden. Es herrscht eine solide makroökonomische Stabilität, wenngleich die Risiken für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen noch energischer angegangen werden müssen. Auch bei der Beschäftigungspolitik wurden generell gute Fortschritte erzielt, obwohl in einigen Bereichen mehr getan werden muss. Alles in allem ist die Reaktion Österreichs auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 als angemessen zu betrachten.
24. Einer der vielversprechendsten Bereiche der österreichischen Reformen ist die Nutzung regenerativer Energien, der Anderen aufgrund der dort erzielten guten Ergebnisse als Vorbild dienen könnte. Auch die Bemühungen Österreichs um Senkung der Verwaltungskosten von KMU sind in diesem Zusammenhang zu nennen.
25. In folgenden Bereichen des österreichischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Erhöhung des Arbeitsangebots seitens älterer Arbeitnehmer und Verbesserung der Qualifikation benachteiligter junger Menschen, die am dringendsten angegangen werden müssen. Vor diesem Hintergrund wird Österreich empfohlen,
 - für ältere Arbeitnehmer die Anreize für einen Verbleib im Arbeitsleben zu verstärken und zu diesem Zweck insbesondere eine umfassende Strategie für das lebenslange Lernen festzulegen, deren Schwerpunkt vor allem auf beruflichen Fortbildungsmaßnahmen und einer Reform der Steuervergünstigungssysteme

liegt, und die Fähigkeiten und Qualifikationen benachteiligter Jugendlicher zu verbessern.

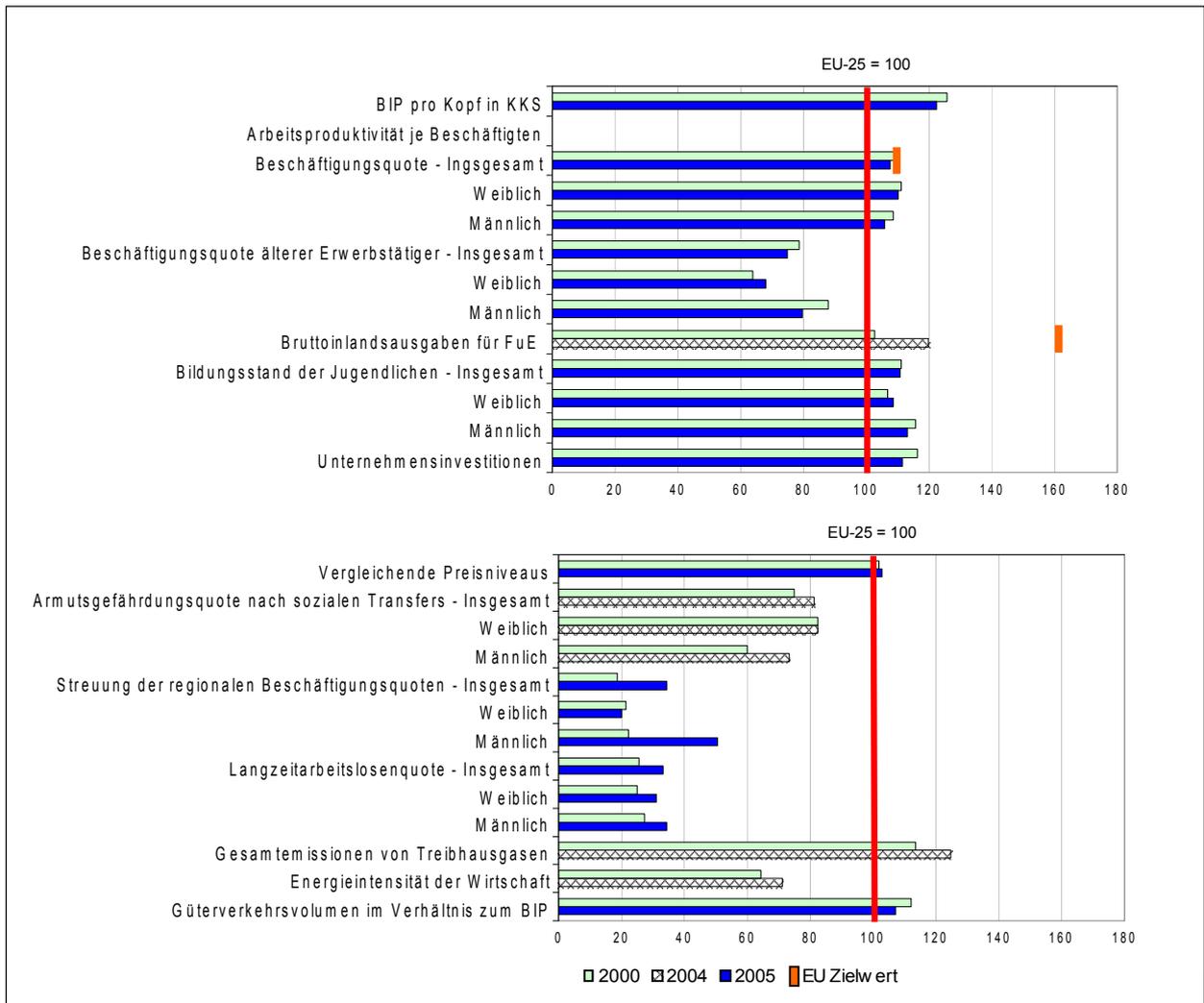
26. Darüber hinaus sollte Österreich während der Laufzeit seines Nationalen Reformprogramms den Schwerpunkt darauf legen, das für 2008 gesetzte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu erreichen, den Wettbewerb bei den Dienstleistungen zu erhöhen, die unternehmerische Kultur zu stärken, weitere Strategien und Maßnahmen für die Emissionssenkung festzulegen und die Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt u.a. durch zusätzliche Kinderbetreuungsplätze in Angriff zu nehmen

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

ÖSTERREICH

	AT							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	125.8	122.1	120.0	120.3	121.7	122.5		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	:	:	:	:	:	:		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote											70.0
Insgesamt	68.5	68.5	68.7	68.9	67.8b	68.6		62.4	63.3	63.8	
Weiblich	59.6	60.7	61.3	61.6	60.7b	62.0		53.6	55.7	56.3	
Männlich	77.3	76.4	76.4	76.4	74.9b	75.4		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	28.8	28.9	29.1	30.3	28.8b	31.8		36.6	41.0	42.5	
Weiblich	17.2	18.4	19.3	20.8	19.3b	22.9		26.9	31.7	33.7	
Männlich	41.2	40.1	39.6	40.4	38.9b	41.3		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.91e	2.04e	2.12	2.21e	2.23	2.36e	3.0	1.86e	1.86e	:	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	85.1	85.1	85.3	84.2	85.8b	85.9		76.6	77.1	77.5	
Weiblich	84.9	85.3	84.6	83.4	86.5b	87.3		79.5	80.1	80.3	
Männlich	85.3	84.9	86.1	85.1	85.1b	84.6		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	102.0	102.6	105.2	105.7	103.6p	102.9p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	21.3	20.9	19.2	20.1	19.8	19.4		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	12.0	12.0	:	13.0b	13.0	:		16.0e	16.0e	:	
Weiblich	14.0	14.0	:	14.0b	14.0	:		17.0e	17.0e	:	
Männlich	9.0	9.0	:	12.0b	11.0	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	2.5	2.6	2.5	2.9	3.5	4.1		13.4	12.2	11.9	
Weiblich	4.4	4.3	3.3	3.8	3.2	3.4		20.5	17.3	16.9	
Männlich	2.2	2.5	3.7	3.6	3.9	4.9		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	1.0	0.9	1.1	1.1	1.3b	1.3		3.9	4.1	3.9	
Weiblich	1.2	1.1	1.2	1.1	1.4b	1.4		4.8	4.7	4.5	
Männlich	0.9	0.7	1.0	1.1	1.3b	1.2		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	102.9	107.8	110.0	117.2	115.7	:		90.7	92.7	:	
Energieintensität der Wirtschaft	134.4	142.8	139.9	149.0	146.1	:		208.8	204.9	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	112.3	117.1	119.1	118.3	117.5b	112.2		100.1e	104.6be	104.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Polen

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. 2006 dürfte das Pro-Kopf-BIP 51% des EU-Durchschnitts erreichen. Zwischen 2001 und 2006 wuchs die polnische Wirtschaft jährlich um 3,3%. Die Arbeitsproduktivität nahm im vergangenen Jahrzehnt deutlich schneller zu als im europäischen Durchschnitt, und auch die Arbeitsmarktlage hat sich in jüngster Zeit verbessert. Trotz des in letzter Zeit eingetretenen Rückgangs der Arbeitslosenquote bleibt sie die höchste in der EU (von 17.7% im Jahr 2005 sinkend auf voraussichtlich 15% 2006), und die (auf über 54% im Jahr 2006 geschätzte) Beschäftigungsquote bleibt die niedrigste. Das Staatsdefizit belief sich (ohne die Kosten der Pensionsreform) im Jahr 2005 auf 2,5% des BIP; für 2006 wird mit 2,2% gerechnet.
2. Die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung wird durch eine Reihe zusammenhängender Strukturprobleme eingeschränkt, darunter eine geringe Nutzung des Arbeitskräftepotenzials, langsame Fortschritte bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung, Investitionsdefizite und die Ungleichgewichte in den Staatsfinanzen. Die Wirtschaftspolitik sieht sich vor die komplexe Herausforderung gestellt, diese Wachstumshemmnisse anzugehen. Der Abbau von Hindernissen für die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses und die Reform der Sozialversicherung könnte gleichzeitig zu Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen führen, die unter den hohen gesetzlichen Sozialleistungen leiden.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im nationalen Reformprogramm (NRP) 2005-2008 wurden folgende zentrale Herausforderungen genannt: Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und deren sinnvollere Verwaltung, Entwicklung des Unternehmertums und der Innovationstätigkeit, Entwicklung der Infrastruktur, Gewährleistung eines wettbewerbsbetonten Umfelds in netzgebundenen Industriezweigen, Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und Verringerung der Arbeitslosigkeit sowie Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen durch Investitionen in das Humankapital. Die Kommission forderte Polen in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht 2006 auf, den Wettbewerb zu fördern, Staatliche FuE und Innovation anzuregen, eine umfassende Strategie für Infrastrukturinvestitionen und Umweltschutz zu entwickeln, die Erhöhung der Beschäftigungsquote und die regionalen Ungleichgewichte umfassender anzugehen. Bedenken äußerte sie wegen fehlender Ziel- und Zeitvorgaben und mangelnder Angaben zu Haushaltsfolgen, Überwachung und Auswertung des nationalen Reformprogramms.
4. Der Umsetzungsbericht für 2006 geht zum Teil auf diese Bedenken ein. Er enthält einen Umsetzungszeitplan mit einer Folgenabschätzung und qualitativen und quantitativen Angaben. Zu den für diese Reformen aufgewendeten Finanzmitteln werden mehr Informationen zur Verfügung gestellt.

5. Bei der Umsetzung seines Reformprogramms hat Polen begrenzte Fortschritte erzielt. Bei der Durchführung der Maßnahmen zur Umlenkung staatlicher Beihilfen von einzelnen Wirtschaftszweigen hin zu horizontalen Maßnahmen, besserer Rechtsetzung, Förderung eines (insbesondere für KMU) freundlichen Wirtschaftsumfelds und des Unternehmertums wurden Fortschritte sichtbar. Ermutigende Signale gibt es auch aus den Bereichen Gesundheitsversorgung, Abbau der Hemmnisse für freie Berufe, Förderung von FuE und Innovation sowie Umweltschutz. Diese Maßnahmen müssen konsolidiert und durchgeführt werden. Die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung sind größtenteils der guten Konjunktur zu verdanken, wohingegen sich die Reformen auf der Ausgabenseite verzögern. Enttäuschend waren die Fortschritte in den Bereichen bessere Haushaltsplanung und Beschränkung der öffentlichen Ausgaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Liberalisierung des Energiewesens, Einbindung von mehr Menschen ins Erwerbsleben, Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen sowie die Reform der allgemeinen und beruflichen Bildung.
6. Die Fortschritte beschränken sich auf die Verwirklichung der bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 abgegebenen Zusagen, z.B. die Erleichterung von Unternehmensgründungen und eine Garantie für junge Schulabgänger, binnen sechs Monaten einen Arbeits- oder einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Eine klare Zielvorgabe für die FuE-Investitionen bis 2010 wurde bisher ebenfalls nicht gesetzt.
7. Die Einbindung der politisch Verantwortlichen in den Reformprozess hat sich verbessert, aber es besteht weiterer Handlungsbedarf. Der Umsetzungsbericht wurde vor seiner Fertigstellung nicht im Parlament erörtert. Die Einsetzung einer interministeriellen Umsetzungsgruppe und der Beschluss, über diese Gruppe die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu stärken, ist ein ermutigendes Zeichen. Die Zusammenarbeit zwischen zentralen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften muss jetzt verbessert werden. Die Kommission begrüßt die Zusage Polens, mindestens 60% der Strukturfondsmittel für Wachstums- und Beschäftigungsziele aufzuwenden. Zwar sind Fortschritte zu verzeichnen, aber die Verwaltung der Strukturfondsmittel muss besser auf die Umsetzung des nationalen Reformprogramms abgestimmt werden. Das neue Gesetz über die öffentlichen Finanzen wird große Auswirkungen auf die Fähigkeit Polens haben, die für den Zeitraum 2007-2013 zur Verfügung stehenden Struktur- und Kohäsionsfondsmittel zu absorbieren. Im Zeitraum 2007-2013 werden die im Rahmen der Kohäsionspolitik bereitgestellten Mittel 3,4% des BIP betragen. Zur Verbesserung der Kommunikation in Wachstums- und Beschäftigungsfragen hat die Regierung einen Ausschuss aus Kabinett, Mitgliedern des polnischen und des Europäischen Parlaments sowie aus Vertretern regionaler und lokaler Behörden und von Unternehmen und Medien eingesetzt. Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und dem polnischen Lissabon-Strategie-Forum als Plattform für die Kommunikation zwischen vielen Beteiligten und der Zivilgesellschaft ist ermutigend.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

8. In dem NRP wird eine Schlüsselherausforderung im Bereich der makroökonomischen Politik herausgestellt: die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und deren sinnvollere Verwaltung. Die Kommission hat diese Festlegung unterstützt und die Ausarbeitung einer ausführlicheren Auswertung der makroökonomischen und der Haushaltsfolgen der Reformen empfohlen.
9. Der Umsetzungsbericht enthält Angaben zu Haushaltskosten und Zielindikatoren. Er verweist auf von der Regierung im Juni 2006 angekündigte Änderungen im Steuerrecht, von denen viele jedoch nicht umgesetzt wurden. Ferner enthält er Vorausschätzungen aus dem Konvergenzprogramm vom Januar 2006, allerdings wurden diese von den Vorausschätzungen im Haushaltsentwurf für 2007 überlagert. Die Reformen auf der Ausgabenseite – insbesondere bei den Sozialausgaben – spielen eine Schlüsselrolle für die Staatsfinanzen und die Beschäftigung. Die Umsetzung dieser Reformen verzögert sich jedoch. Die wichtige Reform zur Verknüpfung der Beiträge der Bauern zum Sozialversicherungsfonds (KRUS) mit ihrem Einkommen wurde auf das Jahr 2008 vertagt. Außerdem scheint sie nicht weit genug zu gehen, so dass auch nach 2008 Reformbedarf besteht. Die Beiträge werden lediglich um geschätzte 10% zunehmen, decken aber weniger als 10% der Ausgaben des Fonds.
10. Keine Angaben werden darüber vorgelegt, welche Fortschritte die Harmonisierung der befristeten Frühverrentung ("Überbrückungsrente") für Menschen, die unter schwierigen Bedingungen arbeiten, seit September 2005 gemacht hat. Die Umsetzung ist für 2007 vorgesehen. Die Regierung wird 2007 über die endgültige Gestalt der Reformen bei den Sozialleistungen für Behinderte beschließen (die Höhe der Leistungen soll an die Höhe der Rente im reformierten Rentensystem gekoppelt werden), die dann ein Jahr später durchgeführt werden sollen. Von der Absicht, durch eine Verwaltungsreform Einsparungen zu erzielen, ist nicht länger die Rede. Die geplante Einführung eines Korbs staatlich garantierter Gesundheitsleistungen ist ein positives Zeichen, da sie zu einer zielgerichteteren Verwendung der öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen führen könnte, soll jedoch erst nach 2007 erfolgen.
11. Der Vierjahresanker von 30 Mrd. PLN - 7,84 Mrd. EUR – für das nominale Haushaltsdefizit (nicht mehr als 3% des BIP im Jahr 2005) hat keine Gesetzeskraft und könnte durch Pläne zur Erhöhung der Sozialausgaben angesichts der günstigen Konjunktur unterlaufen werden. Wegen der optimistischen Einnahmenprognosen könnte der Anker verfehlt werden, falls die Konjunktur an Fahrt verliert (da keine Sanktionen greifen würden). Im Haushaltsentwurf 2007 wird die Anwendung einer mehrjährigen aufgabenorientierten Haushaltsplanung für den Gesamthaushalt erst für 2011 anstelle von 2009 veranschlagt.
12. Der weitgefaste Ansatz für nachhaltigere öffentliche Finanzen deckt die angemessenen Bereiche ab. Die Umsetzung bleibt jedoch unvollständig. Das polnische Steuerrecht war bisher ausgabenorientiert, was dazu führte, dass die Steuereinnahmen den geplanten Staatsausgaben angepasst wurden. Deswegen sind

die Ausgaben des Gesamtstaats gemessen am BIP deutlich höher als in anderen Mitgliedstaaten mit vergleichbarem wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Die bestehenden Haushaltsregeln reichen augenscheinlich nicht aus, um das exzessive Ausgabenwachstum in Polen einzudämmen. Ein stärkeres Engagement zur Reformierung der Staatsfinanzen und insbesondere der Ausgabenseite sowie ein schnelleres Vorgehen sind unabdingbar.

Mikroökonomische Politik

13. Im nationalen Reformprogramm (NRP) 2005-2008 wurden folgende zentrale Herausforderungen auf der Ebene der Mikroökonomie genannt: Entwicklung des Unternehmertums, ermehrte Innovation durch Unternehmen, Entwicklung und Ausbau der Infrastruktur, Und die Gewährleistung eines wettbewerbsbetonten Umfelds in netzgebundenen Industriezweigen. Die Kommission teilte diese Auffassung im Großen und Ganzen, empfahl aber eine stärkere Betonung des Wettbewerbsaspekts, der staatlichen FuE und Innovation, und der Entwicklung umfassenderer Strategien für Infrastrukturinvestitionen und Umweltschutz.
14. Ein ganzes Spektrum von Initiativen soll das Wirtschaftsumfeld verbessern und das Unternehmertum entwickeln. Ein System zur Bezifferung der Verwaltungskosten und Vereinfachungen im Steuerrecht sind sinnvolle Schritte. Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Zulassung neuer Unternehmen wurde jedoch wiederholt verschoben. Maßnahmen zur Verringerung des Zeit- und Kostenaufwands bei der Unternehmenszulassung und zur Erleichterung der Einstellung von Personal werden nicht erwähnt. Eine umfassende IKT-Strategie und die Beschleunigung einschlägiger staatlicher Vorhaben wären auf diesem Gebiet hilfreich.
15. Die Annahme des Rechtsetzungsreformprogramms stellt einen wichtigen Schritt nach vorne dar, seine Durchführung bedarf aber beträchtlicher Anstrengungen. Da der Zugang zu Finanzmitteln für KMU ein chronisches Problem darstellt, sind die Maßnahmen zu dessen Verbesserung – insbesondere jene mit besonderem Augenmerk auf technologiegestützte Startup-Unternehmen und unter Verwendung der Strukturfonds - durchaus wertvoll. Polen hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Rückstände bei der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in die innerstaatliche Gesetzgebung aufzuholen, muss aber dabei auf die Qualität achten. Die Reform der Wirtschaftsgerichtsbarkeit ist vielversprechend, ebenso die Arbeiten zur Reform der Rechtsberufe; ähnliche Reformen sollten auch für andere Berufe durchgeführt werden. Maßnahmen zum Abbau des staatlichen Beihilfeaufkommens und zur Erhöhung des Anteils horizontaler Beihilfen sind willkommen, aber die Umlenkung von Beihilfen insbesondere in den Forschungsbereich sollte noch intensiver betrieben werden.
16. Polen hat Maßnahmen zur Förderung von FuE und Innovation vorgeschlagen. Gesetzesänderungen und Steuerbefreiungen werden gegen die mangelnde Innovationstätigkeit der Unternehmen wirken. Allerdings ist eine umfassendere Strategie notwendig, die ausländische Direktinvestitionen insbesondere in Branchen mit mittlerem und hohem Technisierungsgrad anzieht. Die Reform der Bestimmungen über das öffentliche Auftragswesen könnten jetzt innovativen Produkten und Dienstleistungen Auftrieb geben. Pilotprojekte zu Kompetenzkernen und Neugründungen im Technologiebereich sind wertvoll, und es bestehen Pläne, diese in weitaus größerem Maßstab durchzuführen. Die Reform der staatlichen FuE

mit ihrer besonderen Konzentration auf eine begrenzte Zahl von Großvorhaben und auf die leistungsfähigsten Einrichtungen ist zu begrüßen, aber die entsprechenden Gesetzesänderungen müssen noch beschlossen und vollzogen werden. Es wurde ein Papier zur Ausweitung der Innovationstätigkeit im Zeitraum 2007-2013 erstellt: nun muss sichergestellt werden, dass dies in einen strategischen Ansatz, die richtige Prioritätensetzung, konkreten Zielvorgaben und eine ständige begleitende Evaluierung mündet. Polen sollte ein *verbindliches und realistisches Ziel für die Gesamtinvestitionen in FuE* vorgeben, nachdem die Regierung eingeräumt hat, dass die ursprünglichen Ziele des nationalen Reformprogramms nicht erreicht werden können.

17. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur müssen intensiviert werden; sie sollten mit den Maßnahmen auf der Gesetzgebungsebene abgestimmt werden. Die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für Investitionen und die Überprüfung der Raumordnungspolitik stehen noch aus. Die Verbesserung der Infrastruktur sollte in Verbindung mit einem insgesamt wirtschaftsfreundlicheren Umfeld dazu beitragen, die dringend benötigten ausländischen Direktinvestitionen ins Land zu holen. Die Öffnung der Energie- und Schienenverkehrsmärkte geht nicht schnell genug voran. Polen sollte die Hindernisse für neue Anbieter in diesen Wirtschaftszweigen beseitigen. Zu begrüßen sind hingegen die jüngsten Entscheidungen in Bezug auf die Telekommunikationsregulierung, die dem EU-Recht entsprechen. Die jüngsten Entwicklungen auf der Regulierungs-, der institutionellen und anderen Ebenen im Zusammenhang mit der Aufsicht über Netzbranchen und Finanzdienstleistungen werfen Bedenken im Hinblick auf die Funktionstauglichkeit der Regulierungsinstanzen und ihre Fähigkeit auf, den Wettbewerb und insbesondere den Marktzugang zu gewährleisten.
18. Im Energiewesen wurde große Betonung auf die Versorgungssicherheit und umweltpolitische Nachhaltigkeit gelegt. Der Rolle des Wettbewerbs bei der Gewährleistung dieser Ziele wurde jedoch weniger Aufmerksamkeit zuteil. Im Energiesektor sollen im Vorfeld der Entflechtung vier vertikal integrierte Konzerne gebildet werden, die für Erzeugung, Einzelhandel und Versorgung zuständig sein sollen. Auch wenn die Verpflichtung zur Entflechtung begrüßt wird, könnte die geplante Reihenfolge diese bis nach dem 1. Juli 2007 hinauszögern und den gesamten Vorgang erschweren. Bei den umweltpolitischen Reformen wurden Fortschritte erzielt, aber es besteht Bedarf an einer integrierten Umweltstrategie.
19. Die durchgeführten oder geplanten mikroökonomischen Maßnahmen könnten das Wirtschaftsumfeld, die Innovationstätigkeit, das Unternehmertum und die Infrastruktur stark positiv beeinflussen. Die Verschiebung einiger Maßnahmen gibt Anlass zu der Befürchtung, dass nicht alle notwendigen Reformen vollends durchgeführt werden.

Beschäftigungspolitik

20. Zu den Hauptprioritäten des NRP 2005-2008 gehört es, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten und die Arbeitslosigkeit abzubauen, und dazu auch, die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen durch Investitionen in das Humankapital zu verbessern. Die Schwerpunktsetzung deckt sich mit der Einschätzung der Kommission, die jedoch auf folgende Bedürfnisse hinweist: ein geeignetes Politikgemisch zur Förderung des Beschäftigungswachstums, die weitere

Reform des Steuerrechts und der Sozialversicherung, intensiveres Vorgehen gegen regionales Gefälle und wirksamere Maßnahmen zur Umwandlung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit in reguläre Beschäftigung.

21. Die Umsetzung von Maßnahmen, um mehr Menschen in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen und dort zu halten, schreitet langsam voran. Zum ersten Mal seit 2001 wächst die Beschäftigung wieder. Die Regierung hat für das Jahr 2010 Richtwerte für die Beschäftigungs- (57%-58%) und die Arbeitslosenquote (12%-13%) festgesetzt. Der nationale Beschäftigungsplan 2006 enthält ausführlichere Angaben zu den im nationalen Reformprogramm angekündigten Reformen mit Zeitplänen und Angaben zu den Haushaltskosten. Die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik haben sich erhöht, wobei der Entwicklung von Wissen und Fertigkeiten jedoch nur wenig Aufmerksamkeit zuteil wurde (2005 konnten nur 5,2% der Arbeitslosen eine Aus- oder Weiterbildung absolvieren). Die Modernisierung der staatlichen Arbeitsverwaltung hat begonnen, zeigt aber bisher kaum spürbare Auswirkungen. Die geringe Zahl der Mitarbeiter im Verhältnis zur Zielgruppe bleibt problematisch. Die Regierung gedenkt mehr Jugendliche durch Aktivierungsprogramme in den Arbeitsmarkt einzugliedern, aber eine eindeutige Festlegung auf gruppenspezifische Angebote ist bisher unterblieben. Dem Parlament wurde ein Gesetz vorgelegt, das die Beschäftigung Behinderter erleichtern soll.
22. Die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen kommt nur langsam voran. Obwohl Polen in der EU die niedrigste Beschäftigungsquote für ältere Arbeitnehmer und eines der niedrigsten Durchschnittsalter für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aufweist, wurden die Vorruhestandsregelungen (die ursprünglich Ende 2006 auslaufen sollten) bis 31. Dezember 2007 verlängert. Die politische Förderung der „Flexicurity“ besteht im wesentlichen nur aus einem Aspekt (der Unterstützung flexibler Beschäftigungsformen) und widmet einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, dem lebenslangen Lernen und den Sozialversicherungssystemen nicht genügend Augenmerk. Die Flexibilisierung des Renteneintrittsalters und die Angleichung des Renteneintrittsalters von Frauen und Männern wurde auf die Zeit nach 2008 vertagt. Obwohl die Steuerbelastung in Polen zu den höchsten in der EU zählt, wurden Pläne zur Verringerung der Abgabenbelastung von Niedriglohngruppen nicht weiterverfolgt. Eine Studie über Schwarzarbeit ist in der Ausarbeitung begriffen, mit Ergebnissen ist aber erst Ende 2007 zu rechnen. Die Regierung ist mit der Ausarbeitung eines Programms für den Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen und die Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben befasst, aber zum voraussichtlichen Umsetzungstermin werden keine Angaben gemacht. Dem notwendigen Abbau des regionalen Gefälles insbesondere durch eine größere berufliche und geografische Mobilität wird nur teilweise Rechnung getragen.
23. Um die Investitionen in die Bevölkerung zu verbessern und zu stärken, entwickelt Polen eine Strategie für lebenslanges Lernen, die jedoch erst 2007-2008 in die Praxis umgesetzt werden soll. Obwohl die Kommission im Fortschrittsbericht 2006 ihre Besorgnis über das Fehlen einer echten Strategie für die berufliche Bildung zum Ausdruck gebracht hatte, wurden keine konkreten Schritte eingeleitet. Die intensivere Einbindung insbesondere der Geringqualifizierten in Bildung und Ausbildung bleibt eine Herausforderung. Das Missverhältnis zwischen dem Bildungssystem und den Bedürfnissen der Wirtschaft hat zur hohen Jugendarbeitslosigkeit beigetragen.

24. Die im nationalen Reformprogramm in Betracht gezogenen und anschließend im nationalen Aktionsplan für Beschäftigung konkretisierten Arbeitsmarktreformen sind generell angemessen und gehen auf die Probleme Polens ein. Möglicherweise reichen sie jedoch nicht aus, und die Verwirklichung einiger Reformen wie die steuerliche Entlastung von Arbeit wurden verschoben oder aufgegeben. Ein entschlossenes Vorgehen ist notwendig, um mit einem Gemisch politischer Reformmaßnahmen schnellstmöglich für Arbeitsanreize, Aktivierung, Vorbeugung von Arbeitslosigkeit und Qualifizierung zu sorgen.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

25. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
26. Polen macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms nur begrenzte Fortschritte. Es gibt Anzeichen für eine kräftige Vorwärtsbewegung im mikroökonomischen Bereich, auch wenn die Umsetzung vieler Maßnahmen noch im Anfangsstadium ist. Im makroökonomischen und Beschäftigungsbereich reicht die Umsetzung der Reformen bisher nicht aus. Die Zusagen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 werden kaum umgesetzt.
27. Zu den vielversprechendsten Reformen Polens zählen Vereinfachungen im Steuerrecht, die Einführung einer systematischen Folgenabschätzung für Gesetzgebungsvorhaben und die Erleichterung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln.
28. In folgenden Bereichen des polnischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Haushaltskonsolidierung; Stärkung des Wettbewerbs in netzgebundenen Industriezweigen und bei den Finanzdienstleistungen; Steigerung der Quantität und Qualität von FuE; umfassendere und wirksamere aktive Arbeitsmarktpolitik; Verbesserung des Humankapitals und der Anreize zur Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Polen:
- seine haushaltspolitische Konsolidierung weiter beschleunigt und den nominalen "Defizitanker" (Defizitgrenze) um eine Regel für Haushaltsausgaben ergänzt, um das Gesamtwachstum der Ausgaben einzugrenzen;
 - den Wettbewerb in netzgebundenen Industriezweigen und bei den Finanzdienstleistungen stärkt und dabei auch die Rolle der Regulierungsinstanzen überprüft;
 - die Reform des staatlichen Forschungssektors fortsetzt und eine Politik in Angriff nimmt, die ausländische Direktinvestitionen in Branchen mit mittlerem und hohem Technisierungsgrad stärker anzieht und größeren Nutzen aus ihnen zieht, um FuE und Innovation anzustoßen;

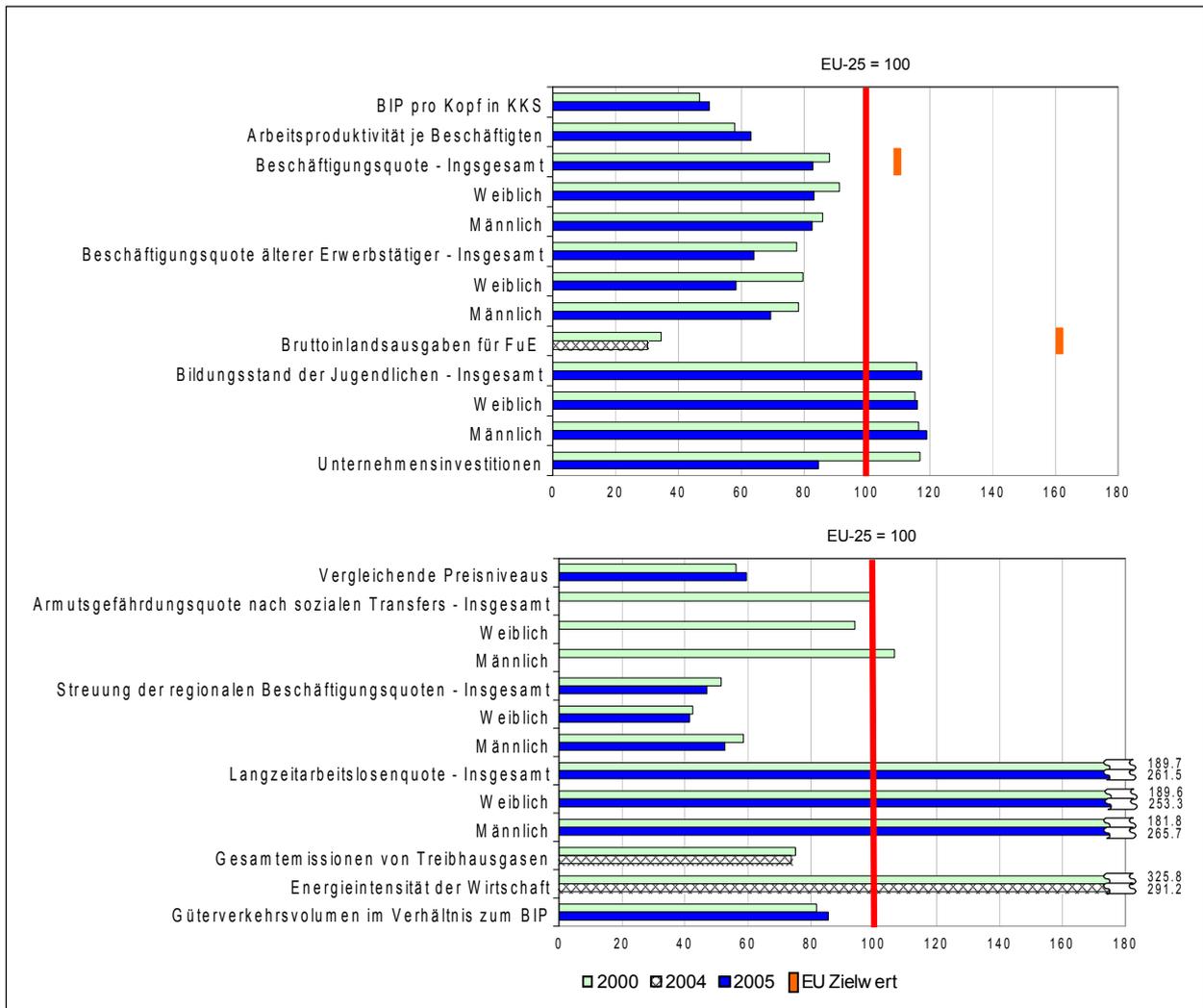
- die Reform der staatlichen Arbeitsvermittlung vollendet, um Niveau und Effizienz der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu verbessern und mit ihr eine größere Zahl Arbeitsloser, insbesondere ältere und jüngere Arbeitslose, zu erfassen;
 - die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit verringert und die Sozialleistungen überprüft, um dadurch stärkere Arbeitsanreize zu geben, und gleichzeitig Strategien für eine stärkere Einbindung Erwachsener in das lebenslange Lernen und eine bessere Abstimmung der allgemeinen und beruflichen Bildung auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu entwickeln.
29. Darüber hinaus bleibt Polen aufgefordert, während der Umsetzung seines Reformprogramms insbesondere die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, den Umweltschutz zu stärken, staatliche Beihilfen weiter abzubauen und umzulenken, die Energiemärkte vollständig zu liberalisieren, die Verfahren der Unternehmenszulassung zu beschleunigen, und zu gewährleisten, dass die Instrumente der Kohäsionspolitik für die im Umsetzungsbericht hervorgehobenen strukturellen Maßnahmen eingesetzt werden, damit sie zu mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt beitragen. Schließlich sollte für die Gesamtinvestitionen im FuE-Bereich bis 2010 eine verbindliche und realistische Zielvorgabe gesetzt werden.

TEIL IV - SCHAUILLDER UND STATISTISCHE DATEN

POLEN

	PL							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	46.8	46.1	46.3	46.9	48.8	49.8	1.65 (2008)	100.0	100.0	100.0	70.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	58.0e	50.3	51.5	59.5	62.1	63.1		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	55.0	53.4	51.5	51.2	51.7		52.8	62.4	63.3		63.8
	Weiblich	48.9	47.7	46.2	46.0	46.2		46.8	53.6	55.7		56.3
	Männlich	61.2	59.2	56.9	56.5	57.2		58.9	71.2	70.9		71.3
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	28.4	27.4	26.1	26.9	26.2		27.2	36.6	41.0		42.5
	Weiblich	21.4	20.4	18.9	19.8	19.4		19.7	26.9	31.7		33.7
	Männlich	36.7	35.6	34.5	35.2	34.1		35.9	46.9	50.7		51.8
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.64	0.62	0.56	0.54	0.56	0.57		1.86e	1.86e	:		3.0
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	88.8	89.7	89.2	90.3	90.9		91.1	76.6	77.1		77.5
	Weiblich	91.7	91.8	91.9	92.8	93.1		93.3	79.5	80.1		80.3
	Männlich	85.8	87.7	86.5	87.9	88.7		88.9	73.7	74.2		74.7
Vergleichende Preisniveaus	56.3	62.9	59.5	53.4	52.4p	59.6p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	21.4	17.3	15.3	14.9	14.6	14.7		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	16.0	16.0	17.0	17.0	:		:	16.0e	16.0e		:
	Weiblich	16.0	15.0	16.0	16.0	:		:	17.0e	17.0e		:
	Männlich	16.0	16.0	17.0	17.0	:		:	15.0e	15.0e		:
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	6.9	7.2	7.3	7.2	6.4		5.6	13.4	12.2		11.9
	Weiblich	8.7	8.9	9.2	8.7	7.6		7.0	20.5	17.3		16.9
	Männlich	5.8	5.9	6.3	6.4	6.0		5.1	9.9	10.2		9.7
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	7.4	9.2	10.9	11.0	10.3	10.2	3.9	4.1	3.9		
	Weiblich	9.1	10.8	12.3	11.7	11.0	11.4	4.8	4.7	4.5		
	Männlich	6.0	7.8	9.7	10.3	9.6	9.3	3.3	3.6	3.5		
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	68.2	67.7	65.5	67.7	68.4	:	90.7	92.7	:			
Energieintensität der Wirtschaft	680.2	673.5	654.2	623.1	596.6	:	208.8	204.9	:			
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	81.8	79.9	80.5	81.9	88.7b	89.6	100.1e	104.6be	104.7e			

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-25



Portugal

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Die portugiesische Wirtschaft erholt sich zwar nach und nach von der Verlangsamung des Wachstums in den letzten Jahren, hat ihr Potential jedoch nicht ausgeschöpft. Die abrupte Verlangsamung des Wachstums seit Ende der 90er Jahre ist die Folge einer notwendigen Korrektur volkswirtschaftlicher Ungleichgewichte, insbesondere bei den Staatsfinanzen, der Zahlungsbilanz und der Verschuldung des Privatsektors in der Hochkonjunkturphase. Das Staatsdefizit ist infolge der laufenden Haushaltskonsolidierung zwar rückläufig, beträgt jedoch immer noch schätzungsweise 4,6 % des BIP im Jahr 2006, das Leistungsbilanzdefizit 9 % des BIP. Sowohl Pro-Kopf-BIP als auch Arbeitsproduktivität liegen unter dem EU-Durchschnitt. Die Wirtschaftsflaute der letzten Jahre hat zu einem Rückgang der Beschäftigungsquote geführt (die für 2006 auf etwa 67,5 % veranschlagt wird). Die Arbeitslosenquote wird 2006 voraussichtlich bei 7,6 % liegen und vor allem eine hohe Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit umfassen.
2. Durch einen Rückstand bei der Preiswettbewerbsfähigkeit und der Innovationsfähigkeit im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten wird die portugiesische Wirtschaftsleistung gebremst. Stärkere Fortschritte bei der Modernisierung der Angebotsstruktur und der Erhöhung der Produktivität, insbesondere durch verstärkte Investitionen in Humankapital sowie in Forschung und Entwicklung würden erheblich dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum dauerhaft anzukurbeln. Die größte Herausforderung für die Politik besteht darin, die Wachstumsförderung und die Verbesserung der Handelsbilanz mit der Sanierung der öffentlichen Finanzen zu vereinbaren, die selbst eine wesentliche Voraussetzung für langfristig stärkere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit darstellt. Dies lässt sich dadurch erreichen, dass die öffentlichen Ausgaben stärker wachstumsorientierten Verwendungszwecken zugeführt werden.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das Nationale Reformprogramm (NRP) Portugals 2005-2008 beruht auf vier strategischen Zielen: verstärkte Haushaltskonsolidierung, Reform der öffentlichen Verwaltung, Förderung der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung und höhere Qualifizierung der Bevölkerung. Der jährliche Fortschrittsbericht der Kommission 2006 teilte diese Auffassung, kam jedoch zu dem Schluss, dass folgende Punkte weiterer Aufmerksamkeit bedürfen: langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, wirksamer Wettbewerb in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen, insbesondere in den Bereichen Telekommunikation und Energie, Modernisierung der Arbeitsorganisation zur Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und weitere Maßnahmen zur Gewährleistung eines weniger segmentierten Arbeitsmarktes und zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts.
4. Portugal hat beachtliche Fortschritte bei der Umsetzung der NRP-Maßnahmen erzielt. Die portugiesische Reformstrategie wurde durch den Technologieplan

untermauert. Dieses ehrgeizige Programm zielt darauf ab, das Know-how der Wirtschaft zu vertiefen und Portugal in den Bereichen Technologie, Forschung und Entwicklung sowie Innovation näher an den EU-Durchschnitt heranzuführen. Außerdem gibt es beträchtliche Fortschritte bei den Durchführungsmaßnahmen für Ruhestands- und Pensionsregelungen für Beamte und die Rentenreform in der Privatwirtschaft. Erste Schritte wurden und werden unternommen zur Verwaltungsvereinfachung, zur Erleichterung der Unternehmensfinanzierung, zur Reform der öffentlichen Verwaltung, zur Effizienzsteigerung der Energiemärkte und zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Die meisten beschäftigungspolitischen Maßnahmen befinden sich ebenfalls noch in der Anfangsphase der Durchführung, doch sind in verschiedenen Bereichen bedeutende und sinnvolle Initiativen geplant. Es bedarf weiterer Maßnahmen, um Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in portugiesisches Recht und der Senkung der staatlichen Beihilfen sind die Fortschritte eher begrenzt. Die Auswirkungen der Maßnahmen auf den Haushalt (einschließlich erwarteter Ausgabeneinsparungen) für die nächsten zwei Jahre müssen noch ausführlicher dargelegt werden, und zwar sowohl unter Berücksichtigung des Stabilitätsprogramms als auch der Programmplanung für die Strukturfonds für 2007-2013. Die Finanzierung der Kohäsionspolitik wird sich im Zeitraum 2007-2013 auf 1,8 % des BIP belaufen.

5. Laut Durchführungsbericht sind die Fortschritte in Bezug auf die Schlussfolgerungen der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 allgemein gut. So ermöglichen zentrale Anlaufstellen – auch online – sehr schnelle Unternehmensgründungen. Es wurden Schritte unternommen, um die Rahmenbedingungen für KMU zu verbessern, und es gibt Pläne, Unternehmerschulungen auszuweiten.
6. Die Verbesserung der Steuerung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung kam erfolgreich voran. Die Zuständigkeiten des nationalen Koordinators wurden um die Durchführung des Technologieplans erweitert, für den ein elektronisches Überwachungssystem eingerichtet wurde. Die strategischen Ziele sowohl des NRP als auch des Nationalen Strategischen Rahmenplans sind kohärent. Laut dem portugiesischen Umsetzungsbericht sollte darauf geachtet werden, dass die Strukturfonds ausreichende Fördermittel für die NRP-Durchführung bereitstellen.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Im NRP wurde Portugals Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung als Haupttriebkraft der makroökonomischen Politik bezeichnet. Als eines der wesentlichen Ziele nannte es die Senkung des allgemeinen Haushaltsdefizits von 6 % des BIP im Jahre 2005 und den geschätzten 4,6 % für das Jahr 2006 auf unter 3 % des BIP bis 2008. Die NRP-Maßnahmen in diesem Bereich, die die Strategie zur nachhaltigen Reduzierung der Primärausgaben widerspiegeln, konzentrieren sich auf die Reform der öffentlichen Verwaltung, Governance und die Reform der Altersrentensysteme sowie der Gesundheitsversorgung. Diese Wahl der Prioritäten ist für Portugal zweckdienlich. Laut dem jährlichen Fortschrittsbericht 2006 der Kommission erforderte die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weitere

Maßnahmen, da deren Sanierung einen entscheidender Faktor für die mittelfristige Rückkehr zu stärkerem Wirtschaftswachstum darstellt.

8. Die Reform der öffentlichen Verwaltung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zentrale staatliche Strukturen wurden gestrafft, um Kosten zu senken und die Effizienz zu steigern. Eng verbunden mit dieser Reform sind die neuen Vorschriften für Staatsbedienstete, insbesondere hinsichtlich Mobilität, Vertragsbedingungen und Laufbahnen. Die Reform umfasst einige vielversprechende Maßnahmen, wird aber erst 2007 Wirkung zeitigen. In verschiedenen Ministerien wurden Controller ernannt, die den Haushaltsvollzug überwachen, außerdem wurden strenge Berichterstattungspflichten für den Haushaltsvollzug festgelegt. Allerdings wurden noch nicht alle angekündigten Maßnahmen zur Eindämmung des steigenden Anteils der Besoldungskosten an den Staatsausgaben getroffen.
9. Es wurden konkrete politische Initiativen ergriffen, um den Herausforderungen der demografischen Entwicklung in Portugal zu begegnen. Im Januar 2006 wurden die Ruhestands- und Pensionsregelungen der Staatsbeamten geändert, um eine Angleichung an die Rentenregelung der Privatwirtschaft zu fördern. Auch deren Reform, die Beiträge und Leistungen stärker aneinander koppeln soll, nimmt langsam Gestalt an. Um die Kostensteigerung im Gesundheitswesen zu bewältigen, wurden verschiedene Systeme für verschiedene Kategorien von Beamten nach unten angepasst, was den Durchschnitt der Leistungen verringert hat. Das Netz der Gesundheitsdienste wurde umgestaltet. Ferner wurden höhere Zuzahlungen zu Arzneimitteln eingeführt; gleichzeitig wurde der Prozess der Umwandlung staatlicher Krankenhäuser in selbständigere Einheiten mit mehr Verwaltungsfreiheit fortgesetzt, was zu Effizienzsteigerungen führte und Kosteneinsparungen erwarten lässt.
10. Portugal hat allgemein beachtliche Fortschritte bei der Durchführung der makroökonomischen Maßnahmen erzielt. Diese können sowohl die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern als auch dazu beitragen, die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen, und gleichzeitig die Korrektur des umfangreichen Leistungsbilanzdefizits erleichtern. Zur Bewertung, ob die Maßnahmen zur mittelfristigen Senkung des Staatsdefizits und zur langfristigen Sicherstellung der Tragfähigkeit des Haushalts ausreichen, sind weitere Informationen erforderlich. Die Verwaltungsreform wird sich als Schlüsselfaktor für die Eindämmung der Staatsausgaben erweisen. Die vollständige Umsetzung der Maßnahmen im Bereich der vertraglichen Vereinbarungen und der Laufbahnentwicklung würde den Anteil der Löhne an den Staatsausgaben strukturell verringern. Alles in allem bedarf es weiterhin strenger Kontrollen der Staatsausgaben und einer raschen Umsetzung der eingeleiteten Reformen, will man die makroökonomischen Ziele des NRP und des Durchführungsberichts erreichen.

Mikroökonomische Politik

11. Der mikroökonomische Teil des NRP umfasst Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmergeist, FuE und Innovation, territorialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit sowie Markteffizienz. Die Kommission teilte in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht die Auffassung, dass diese Bereiche vorrangig sind, nannte aber noch weitere Punkte, die der Aufmerksamkeit bedürfen, wie unter anderem verstärkte Maßnahmen zugunsten eines wirksamen Wettbewerbs in den

netzgebundenen Wirtschaftszweigen, insbesondere in den Bereichen Telekommunikation und Energie.

12. Bei der Erleichterung von Unternehmensgründungen hat Portugal erhebliche Fortschritte gemacht. Inzwischen ist es möglich, innerhalb einer Stunde ein neues Unternehmen zu gründen. Im ganzen Land haben zentrale Anlaufstellen eröffnet, die durch einen ausgereiften Online-Dienst ergänzt werden. Darüber hinaus ist eine Reihe vielversprechender Initiativen in der Planung, mit denen der Zugang zu Finanzierungsmitteln verbessert werden soll. Bei der Förderung des unternehmerischen Denkens in weiterführenden Schulen sind weitere Anstrengungen erforderlich.
13. Auch bei einigen anderen Bemühungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen ist Portugal vorangekommen. Im Mai 2006 wurde ein breit angelegtes Programm zur Verwaltungsvereinfachung verabschiedet, doch ist die praktische Durchführung bisher begrenzt. Im Bereich der elektronischen Kommunikation muss der Gesetzgeber noch einige Märkte notifizieren, aber mit der Durchführung der Verordnung über den entbündelten Zugang zum Teilnehmeranschluss wurden beträchtliche Fortschritte bei der Öffnung lokaler Zugangsnetze erreicht, was zu erheblich niedrigeren Großhandelspreisen führte. In zunehmendem Maße werden neue Technologien eingesetzt, um Verwaltungsverfahren effizienter zu gestalten. Dennoch ließe sich der IKT-Einsatz in den Unternehmen noch verbessern, ebenso wie die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in portugiesisches Recht, der Wettbewerb auf den Finanzmärkten und schließlich die Senkung von staatlichen Beihilfen bzw. deren Neuausrichtung auf bereichsübergreifende Ziele.
14. Portugal hat seine FuE- sowie die Innovationsstrategie gestärkt. Der Durchführungsbericht behandelt Maßnahmen im Bereich Wissenschaft und Technologie überwiegend auf der Basis des „Technologieplans“ der Regierung. Im Rahmen des Aktionsplans „Connecting Portugal“ wurden Maßnahmen eingeleitet, um die Verbreitung von IKT und die Entwicklung einer Informationsgesellschaft zu beschleunigen. Es ist eine substanzielle Aufstockung der Haushaltsmittel für Wissenschaft und Technologie vorgesehen; außerdem gibt es ein inoffizielles nationales Ziel, bis 2009 öffentliche Ausgaben in Höhe von 1 % des BIP für FuE aufzuwenden. Wissenschaft und Wissensgrundlagen sollen ebenso wie die Humanressourcen gestärkt werden. Forschungseinrichtungen werden mehr Fördermittel erhalten, damit sie Organisation, Infrastruktur, internationale Ausrichtung und Evaluierung verbessern und mit ihrer Forschung wirtschaftliche Erträge erzielen können. Das Joint Venture mit Spanien zur Schaffung eines Nanotechnologielabors von Weltrang in Form einer neuen internationalen Organisation geht gut voran. Es wurden Konsortien von staatlichen Laboratorien, anderen Forschungsinstituten, Universitäten und Unternehmen eingerichtet, um im Zuge einer umfassenden Reform des Systems der staatlichen Laboratorien Verbindungen zu fördern und Größenvorteile zu schaffen. Dies sind begrüßenswerte Schritte, die Portugals Fähigkeit stärken werden, zusätzliche Fördermittel effektiv im Bereich FuE einzusetzen und in erfolgreiche Innovation zu verwandeln. Nunmehr sind energische Umsetzung und weitere Schritte vonnöten, um Verbindungen zwischen Forschung und Industrie zu fördern und private FuE zu unterstützen, damit die Nachfrage auf den mit einigen Maßnahmen einhergehenden Angebotsschub reagieren kann.

15. Es wird ein strategischer Ansatz entwickelt, um die Sicherheit der Energieversorgung, ökologische Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu verbessern. Dazu gehört auch die Festlegung eines ehrgeizigen Ziels für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen (39 % bis 2010). Um das Lastenteilungsziel zu erreichen, sind weitere Maßnahmen zur Emissionsverminderung erforderlich. Portugal ist dabei, Maßnahmen zu treffen, um den Wettbewerb auf den Energiemärkten zu verstärken. Es wurden bereits erste Schritte unternommen, um Produktion und Distribution auf den Energiemärkten zu trennen. Der Wettbewerb wird durch das verstärkte Verbundsystem mit Spanien angeregt. Gleichwohl kann die Tatsache, dass die Preise, welche die Verteilergesellschaften vom Endverbraucher verlangen, kontrolliert werden, den Wettbewerb durch Begünstigung der etablierten Versorger schwächen. Maßnahmen zur Öffnung des Gasmarkts wurden bereits eingeleitet.
16. Portugal ist dabei, die im letztjährigen NRP angekündigten mikroökonomischen Maßnahmen durchzuführen, und hat seine Strategie zugunsten FuE und Innovation verstärkt. Hierbei werden eine effektive Durchführung, Verbindungen zwischen Forschung und Industrie und bessere Governance von entscheidender Bedeutung sein. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen werden immer besser. Zur Fortsetzung der Effizienzsteigerung auf den Energiemärkten sind allerdings noch weitere Schritte erforderlich.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen

17. Im NRP des vergangenen Jahres wurden folgende Prioritäten im Beschäftigungsbereich festgelegt: Anhebung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus, Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen, Antizipation und Bewältigung von Umstrukturierungen, Förderung von Flexibilität und Sicherheit sowie Modernisierung des Sozialschutzes. In ihrem Fortschrittsbericht für 2006 kam die Kommission zum selben Ergebnis, befürwortete jedoch eine stärkere Berücksichtigung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer, insbesondere geringqualifizierter Arbeitnehmer. Sie rief außerdem zur Modernisierung der Arbeitsorganisation auf, um die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern, und forderte weitere Maßnahmen, um der Segmentierung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken und den sozialen Zusammenhalt zu verbessern.
18. Obwohl sich die Arbeitsmarktlage geringfügig verbessert hat, wurden bedeutende Investitionen angekündigt, um das Angebot an Kinderbetreuung und Altenpflege zu verbessern und dadurch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Vor kurzem erfolgte Änderungen des Sozialversicherungssystems werden einen Beitrag zur Förderung des aktiven Alterns leisten, reichen jedoch ohne eine umfassende Strategie zur Förderung eines längeren Erwerbslebens bei guter Gesundheit mit entsprechenden Ausbildungsmaßnahmen und qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen nicht aus. Die Arbeitslosenversicherung wurde durch stärkere Aktivierungsmechanismen verbessert, die den Menschen bei der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt helfen sollen. Weitere Anstrengungen sind notwendig, um die Beschäftigungsaussichten für Langzeitarbeitslose, Frauen, junge Menschen und ältere Arbeitnehmer zu verbessern. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle im privaten Sektor hat sich kaum verändert, die geschlechtsspezifische Segregation in bestimmten Berufen und Sektoren ist weiterhin sehr stark. Es sind keine speziellen Maßnahmen vorgesehen, um diese Probleme anzugehen.

19. Bei den Tarifverhandlungen wurde die Modernisierung der Arbeitsorganisation nicht ausreichend berücksichtigt, und der Arbeitsmarkt ist weiterhin stark segmentiert. Derzeit sind annähernd 40 % der Arbeitnehmer im Rahmen befristeter Arbeitsverträge beschäftigt bzw. selbständig, und Arbeitsmarktanpassungen gehen oft zu Lasten der Personen ohne unbefristeten Arbeitsvertrag, unabhängig vom jeweiligen Qualifikationsniveau oder Potenzial zur Produktivitätssteigerung. 2006 wurde ein Grünbuch über Arbeitsbeziehungen veröffentlicht, um eine Debatte einzuleiten, die möglicherweise zu Änderungen des Arbeitsgesetzbuchs führen könnte. Diese Änderungen gehen zusammen mit den laufenden Maßnahmen zur Reform der Sozialversicherung, zur Verbesserung der Qualifikationen und zur Modernisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltung in die richtige Richtung. Es wurde bisher jedoch sehr wenig getan, um die Arbeitsschutzvorschriften zu überarbeiten – diese Veränderungen sollten innerhalb eines globalen Ansatzes zur Schaffung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Flexibilität und Sicherheit („Flexicurity“) angegangen werden.
20. Portugal hat ein ehrgeiziges Programm eingeleitet, um die Zahl der Schulabbrecher zu verringern, das Bildungsniveau anzuheben und die Teilnahme am lebenslangen Lernen zu verbessern. Dieses ehrgeizige Programm zielt auf eine starke Ausweitung der Sekundarstufe 2 und die Ausbildung und Qualifizierung von einer Million Erwachsenen bis 2010 ab. Im Laufe der Zeit wurden zahlreiche isolierte Bildungs- und Berufsbildungsmaßnahmen eingeleitet und verbessert. Portugal hat jedoch noch immer keinen nationalen Qualifikationsrahmen zur Unterstützung der umfassenden Strategie des lebenslangen Lernens, der auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes eingeht und einen lebenszyklusbasierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördert.
21. Der Umsetzungsbericht beschreibt die Fortschritte der umfangreichen Reformen zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage und befasst sich mit strukturellen Qualifikationsschwächen. Er geht auf die Einleitung bedeutender und weitgehend angemessener Reformen in den meisten wichtigen Bereichen ein, mit Ausnahme der Flexicurity, wo ein kohärenter Gesamtansatz erforderlich ist. Die meisten Beschäftigungsmaßnahmen befinden sich noch in der Anfangsphase der Umsetzung. Damit deren Qualität und Wirksamkeit gewährleistet wird, sind ein starkes Engagement aller Akteure und eine verstärkte Überwachung, Kontrolle und Evaluierung erforderlich. Mangelnder sozialer Zusammenhalt, Armut und ungleiche Einkommensverteilung sind weiterhin ernsthafte Probleme in Portugal. Die wirtschaftliche und soziale Dimension sowie der Sozialschutz müssen bei den beschäftigungspolitischen Maßnahmen auch weiterhin besser koordiniert werden.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

22. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission – Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
23. Portugal macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms, insbesondere in den Bereichen Mikro- und Makroökonomie gute Fortschritte. Auch bei den beschäftigungspolitischen Maßnahmen waren Fortschritte zu verzeichnen, vor allem bei der Reform von Bildung und Berufsbildung; auf die wichtigen Bereiche Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes und Flexicurity wurde jedoch

noch nicht ausreichend eingegangen. Bei der Erreichung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen wurden im Allgemeinen gute Fortschritte erzielt. In allen Politikbereichen sind weitere beträchtliche Anstrengungen erforderlich, um angesichts der hochgesteckten Ambitionen und der Ausgangslage Portugals die Ziele des Programms voll und ganz zu erreichen.

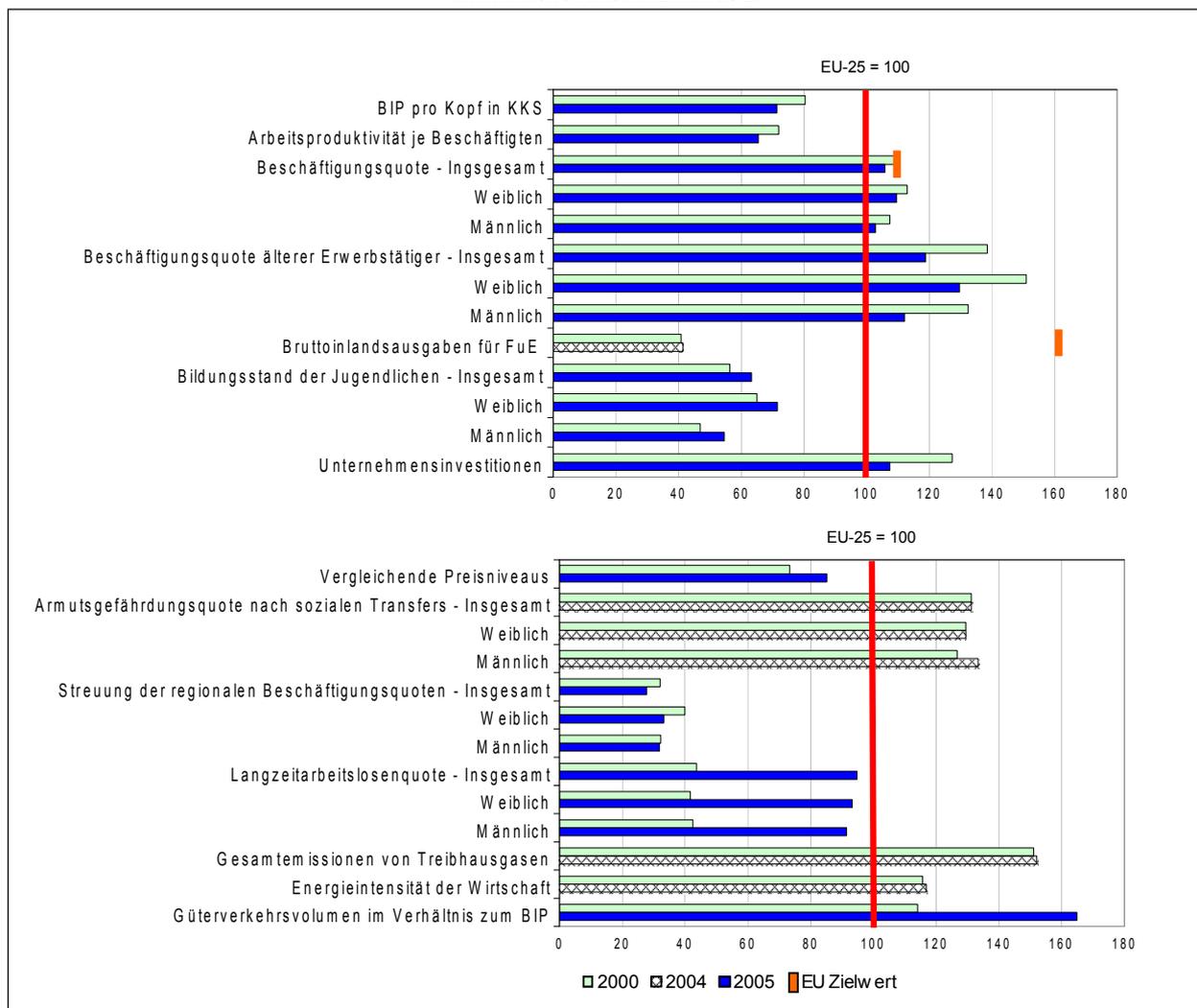
24. Zu den großen Stärken des Reformprozesses in Portugal gehören die in der öffentlichen Verwaltung eingeleiteten umfassenden Reformen, die Maßnahmen zur Ermöglichung von Unternehmensgründungen innerhalb einer Stunde, die Anpassung der Altersrentensysteme und die umfassenden Konsolidierungsmaßnahmen im Gesundheitsbereich. Die Bemühungen zur Stärkung der FuE wurden ausgebaut und durch den ehrgeizigen Technologieplan in eine kohärente Strategie eingebunden. Umfangreiche Reformen wurden außerdem im Bildungsbereich durchgeführt, insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung des Alphabetisierungsgrads junger Menschen und zur Rationalisierung des nationalen Schulnetzes.
25. In folgenden Bereichen des portugiesischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Erhöhung des Bildungsniveaus und Verbesserung des lebenslangen Lernens; Erhöhung der Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes und Abbau der Segmentierung. Diese Themen sind im weiteren Verlauf der Verwaltungsreform in Angriff zu nehmen, wobei der Anstieg der sozialen Transferleistungen zu begrenzen ist. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Portugal:
 - im Zusammenhang mit der derzeitigen Korrektur steuerlicher Ungleichgewichte und der Reform der öffentlichen Verwaltung die öffentlichen Ausgaben stärker in wachstumsfördernde Bereiche lenkt und gleichzeitig die öffentlichen Gesamtausgaben streng kontrolliert;
 - Maßnahmen trifft, um das Bildungsniveau junger Menschen deutlich zu erhöhen, und ein Berufsbildungssystem entwickelt, das sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientiert und auf einem nationalen Qualifikationsrahmen beruht;
 - den Beschäftigungsschutz und die dazugehörigen Rechtsvorschriften modernisiert, um Beschäftigungssicherheit und Flexibilität zu fördern und dadurch die starke Segmentierung des Arbeitsmarktes zu verringern.
26. Darüber hinaus ist es wichtig, dass sich Portugal während der Laufzeit seines nationalen Reformprogramms auf folgende Themen konzentriert: Sicherstellung der vollständigen Umsetzung des vielversprechenden Technologieplans, der Konsolidierung der Verknüpfungen zwischen Forschung und Industrie und der stärkeren Einbeziehung des privaten Sektors, Sicherstellung eines wirksamen Wettbewerbs auf dem Energiemarkt und dem Markt für Finanzdienstleistungen, Verringerung der Emissionen, Verringerung der Verzögerungen bei der Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften in einzelstaatliches Recht, Auseinandersetzung mit den Faktoren, die den sozialen Zusammenhalt gefährden.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

PORTUGAL

	PT							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	80.5	79.9	79.4	72.7	72.3	71.3		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	71.9	71.4	71.3	65.9f	65.9f	65.5f		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote							70.0				70.0
Insgesamt	68.4	69.0	68.8	68.1	67.8	67.5		62.4	63.3	63.8	
Weiblich	60.5	61.3	61.4	61.4	61.7	61.7		53.6	55.7	56.3	
Männlich	76.5	77.0	76.5	75.0	74.2	73.4		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	50.7	50.2	51.4	51.6	50.3	50.5		36.6	41.0	42.5	
Weiblich	40.6	40.3	42.2	42.4	42.5	43.7		26.9	31.7	33.7	
Männlich	62.1	61.6	61.9	62.1	59.1	58.1		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.76e	0.80	0.76e	0.74	0.77ep	0.81p	1.8	1.86e	1.86e		3.0
Bildungsstand der Jugendlichen	43.2	44.4	44.4	47.9	49.6	49.0		76.6	77.1	77.5	
Weiblich	51.8	53.0	52.9	55.5	58.7	57.5		79.5	80.1	80.3	
Männlich	34.6	35.9	36.1	40.4	40.8	40.8		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	73.4	74.6	76.2	87.3b	85.7p	85.2p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	23.3	22.6	21.4	19.4	19.2	18.7		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	21.0	20.0	20.0p	19.0p	21.0b			16.0e	16.0e		
Weiblich	22.0	20.0			22.0b			17.0e	17.0e		
Männlich	19.0	20.0			20.0b			15.0e	15.0e		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	4.3	3.5	3.8	3.9	3.5	3.3		13.4	12.2	11.9	
Weiblich	8.2	6.8	5.9	6.3	5.9	5.6		20.5	17.3	16.9	
Männlich	3.2	2.7	3.5	3.2	3.2	3.1		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	1.7	1.5	1.7	2.2	3.0	3.7		3.9	4.1	3.9	
Weiblich	2.0	1.9	2.1	2.7	3.4	4.2		4.8	4.7	4.5	
Männlich	1.4	1.2	1.4	1.8	2.6	3.2		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	137.1	139.6	147.1	139.6	141.0			90.7	92.7		
Energieintensität der Wirtschaft	241.5	243.9	254.7	234.7	239.6			208.8	204.9		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	114.2	123.8	122.2	114.2	164.9b	172.6		100.1e	104.6be	104.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Slowenien

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Die slowenische Wirtschaft ist in den letzten zehn Jahren stetig um durchschnittlich fast 4 % jährlich gewachsen. Für 2006 wird das Pro-Kopf-BIP mit 82 % des EU-Durchschnitts veranschlagt. Doch trotz gesteigerter Arbeitsproduktivität liegt die Produktivität immer noch unter dem EU-Durchschnitt. Seit 2000 hat sich die Inflation deutlich verringert und nun bei 2,5 % eingependelt. Die Beschäftigungsquote dürfte über dem EU-Durchschnitt bleiben und die Arbeitslosenquote ist mit knapp über 6 % eine der niedrigsten in der EU. Allerdings bestehen die strukturellen Arbeitsmarktprobleme fort, wie die geringe Beschäftigung älterer Arbeitskräfte und die hohe Jugendarbeitslosigkeit zeigen.
2. Trotz einer generell starken Wirtschaftsleistung bleiben Defizite, die das potentielle Wachstum beeinträchtigen können. Insbesondere verhindern strukturelle Rigiditäten auf dem Arbeits- und Produktmarkt ein rasches Aufschließen zum Produktionsniveau in der EU. Beschäftigungschancen und eine verstärkte Erwerbsbeteiligung hängen davon ab, ob unternehmerische Initiative, Innovation und Wettbewerb angemessen gefördert werden. Um ein nachhaltiges Wachstum zu sichern, ist auch entscheidend, dass der Inflationsdruck kontinuierlich eingedämmt und die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt wird. Angesichts der voraussichtlich hohen Kosten der Bevölkerungsalterung würde eine Anpassung der Renten- und Gesundheitssysteme in Verbindung mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen dazu beitragen, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im Umsetzungsbericht wird ausführlich erläutert, welche Fortschritte bei der Bewältigung der fünf zentralen Herausforderungen erzielt worden sind, die im Nationalen Reformprogramm (NRP) des Vorjahres aufgelistet sind und auf der "Entwicklungsstrategie für Slowenien" basieren, d.h.: eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und rascheres Wachstum; eine wissensbasierte Gesellschaft, Effizienz der staatlichen Behörden; ein moderner Sozialstaat mit hohem Beschäftigungsniveau und nachhaltige Entwicklung. Die Kommission unterstützt diese Zielvorgaben und forderte in dem jährlichen Fortschrittsbericht 2006 entschiedenere Maßnahmen, um die Nachhaltigkeit und Leistungsfähigkeit des Rentensystems zu sichern, das aktive Altern zu fördern sowie eine kohärentere Strategie für FuE und Innovation zu entwickeln.
4. Slowenien erzielt insgesamt beachtliche Fortschritte bei der Umsetzung der Reformagenda. Im makroökonomischen Bereich haben sich die politischen Maßnahmen auf eine weitere Anpassung des Steuersystems konzentriert, wobei unter anderem Anreize für private FuE-Investitionen geschaffen wurden. Allerdings wären größere Reformanstrengungen wünschenswert, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu stützen, die trotz einiger Initiativen zur Eindämmung der allgemeinen Staatsausgaben weiter gefährdet ist. In einigen mikroökonomischen Bereichen sind Erfolge zu verzeichnen wie Förderung unternehmerischer Initiative

und bessere Rechtsetzung. Hingegen weniger konkret sind Fortschritte im Hinblick auf die Ausgestaltung des Wettbewerbsrahmens und die Herstellung solider Verbindungen zwischen öffentlichen FuE-Einrichtungen und Unternehmen. Slowenien hat die im NRP angekündigten Beschäftigungsreformen in Gang gesetzt. Allerdings bleibt die Effizienz der Arbeitsmarktdienste, vor allem was die angestrebte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes anbelangt, weiterhin eine Herausforderung. Wenngleich gewisse Maßnahmen zur Förderung des aktiven Alters getroffen wurden, sind energischere Ansätze erforderlich, um die von der Kommission im jährlichen Fortschrittsbericht 2006 festgestellten Schwachstellen zu beseitigen.

5. Die auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen sind nur in begrenztem Maße umgesetzt worden. Die verstärkte Umlenkung öffentlicher FuE-Mittel auf vorrangige technologische Bereiche kommt nur schleppend voran. Der Ausbau zentraler Anlaufstellen für alle Arten von Unternehmensgründungen soll 2007 abgeschlossen sein; damit könnte die Einstellung des ersten Mitarbeiters über eine einzige behördliche Kontaktstelle abgewickelt werden. Ein entschlosseneres Vorgehen ist auch erforderlich, um die im Beschäftigungsbereich eingegangenen Verpflichtungen umzusetzen, insbesondere um die Effizienz einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zu gewährleisten.
6. Seit Januar 2006 koordiniert eine Regierungsstelle die Durchführung der Reformen, während die Überwachungsverfahren derzeit von den zuständigen Ministerien konzipiert werden. Um breite politische Unterstützung für die Reformen zu sichern, werden alle Beteiligten stärker eingebunden, insbesondere über das „Partnerschaftsabkommen“ – eine politische Vereinbarung zur Umsetzung sozioökonomischer Reformen, die von fast allen parlamentarischen Parteien im April 2006 unterzeichnet wurde. Die Reformstrategie wird in der Öffentlichkeit umfassend erörtert, so im dreigliedrigen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den lokalen Behörden und den Medien. Spezifische Ziele wie Förderung von Unternehmertum und Qualität der Humanressourcen, FuE, Innovation und technologische Entwicklung sind an spezielle Maßnahmen gekoppelt, die im Entwurf des Strategischen Rahmenplans aufgelistet sind, der die Finanzierungsprioritäten für den Struktur- und Kohäsionsfonds im Zeitraum 2007-2013 festlegt. So soll ein klareres Bild davon vermittelt werden, wie der Kohäsions- und Strukturfonds zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt. Die Mittel für die Kohäsionspolitik werden sich in den Jahren 2007-2013 auf 1,7 % des BIP belaufen.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Am 1. Januar 2007, wenn Slowenien den Euro einführt, werden die kurzfristigen makroökonomischen Ziele des NRP erreicht sein. Als unmittelbare Herausforderungen stellen sich die dauerhafte Erfüllung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die Erreichung realer Konvergenz.
8. Seit Vorlage des NRP sind in fast allen Bereichen, die der Strategie der Haushaltskonsolidierung zugrunde liegen, beachtliche Fortschritte erzielt worden.

Insbesondere wurde das Steuersystem grundlegend überprüft, um die Effizienz der Gesamteinnahmen des Staates zu verbessern und gleichzeitig die Abgabenbelastung von Arbeit und Kapital zu verringern. Um die Einnahmenverluste aufgrund dieser Steuersenkung auszugleichen, wird als eine von mehreren Politikoptionen in Erwägung gezogen, den ermäßigten und den MwSt-Regelsatz um 0,5 bzw. 1 Prozentpunkt anzuheben. Die Regierung hat die gesamtstaatlichen Ausgaben auf den Prüfstand gestellt und eine Liste mit Einsparungsmaßnahmen vorgelegt. Nach dem Haushaltsvoranschlag 2007-2008 sollen die öffentlichen Ausgaben um 1,6 Prozentpunkte gegenüber 2006 gekürzt werden. Der Lohndruck dürfte moderat bleiben, da der neue Lohnabschluss im öffentlichen Sektor für die Jahre 2007-2009 und der Tarifabschluss im privaten Sektor für 2006-2007 zur Lohnmäßigung beitragen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob und für wie lange die angekündigten Maßnahmen ausreichen, um haushaltspolitische Fehlentwicklungen zu vermeiden.

9. Vor dem Hintergrund eines sehr hohen Anteils fester Ausgabenverpflichtungen wird die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch die Ausgabenbelastung aufgrund der raschen Bevölkerungsalterung untergraben. Slowenien braucht energischere Maßnahmen, um die Angemessenheit des Rentensystems zu sichern. Angesichts der sehr langsamen Anhebung des Rentenalters (2013 auf 61 Jahre für Frauen und 2008 auf 63 Jahre für Männer) und der geringen finanziellen Anreize, länger zu arbeiten, sollte eine Konsolidierung der Rentenreform in Betracht gezogen werden.
10. Während die politischen Maßnahmen auf der Einnahmenseite weitgehend angemessen scheinen, ist ein energischeres Vorgehen auf der Ausgabenseite erforderlich, um eine wirksame Haushaltskonsolidierung zu sichern. Die relativ günstigen makroökonomischen Wachstumsbedingungen in den Jahren 2006 und 2007, wo das Wirtschaftswachstum geringfügig über der Potentialrate liegt, bieten die Chance, die Reformen voranzutreiben und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen abzusichern.

Mikroökonomische Politik

11. Was den FuE-Beitrag des privaten Sektors anbelangt, so enthält der Umsetzungsbericht 2006 eine breite Palette neuer Maßnahmen wie zusätzliche Steueranreize für FuE-Ausgaben und ein mit 5,6 Mio. EUR ausgestattetes Dreijahresprogramm zur Kofinanzierung von Forschung in Unternehmen. Ergänzende Maßnahmen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte und zur Förderung öffentlich-privater Kooperation in den Bereichen FuE sowie Innovation sind begrüßenswert und sollten ausgeweitet werden. Nicht ausdrücklich erwähnt werden in dem Bericht jedoch die nötigen Kontrollmaßnahmen, um die Entwicklung eines kohärenten und erfolgreichen nationalen Forschungs- und Innovationssystem zu gewährleisten. Vor allem werden keine Vorkehrungen getroffen, um die Koordinierungsrolle des neuen "Büro für Wachstumsförderung" zu verbessern oder die Rechtsstellung der Slowenischen Technologieagentur zu klären.
12. Die Herausforderungen des Wettbewerbs werden durch breit gefächerte Maßnahmen angegangen wie Liberalisierung der Energiemärkte. Andererseits ist die Öffnung des Schienenfrachtverkehrs für den Wettbewerb noch nicht vollends realisiert. Die laufenden Anstrengungen, um die Wettbewerbsregelungen kohärenter zu gestalten, zu straffen und zu verbessern sind nützlich, aber es muss auch sichergestellt werden,

dass die slowenische Wettbewerbsbehörde hinreichend ausgestattet ist, damit wettbewerbswidriges Verhalten untersucht und sanktioniert werden kann. Hierzu müssen die Ressourcen der Behörde verstärkt und etwaige gesetzliche Hemmnisse beseitigt werden, die die Behörde daran hindern, ihre Befugnisse effizient auszuüben. Im Bereich freiberuflicher Dienstleistungen bestehen noch erhebliche Beschränkungen wie Festpreise, Preisempfehlungen und Werbeverbot. Die ermutigenden ersten Schritte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors müssen nun in eine wettbewerbsfördernde Regulierungsreform umgesetzt werden. Im Bereich der elektronischen Kommunikation sind bisher – zwar noch unvollständige – Maßnahmen getroffen worden, um die Privatisierung voranzutreiben und den Wettbewerb zu stimulieren.

13. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich durch den Abbau der Verwaltungskosten und die Verwaltungsvereinfachung verbessert. Allerdings hat sich an dem Zeit- und Kostenaufwand für Unternehmensgründungen kaum etwas geändert. Slowenien sollte weiter darauf hinwirken, dass der Ausbau zentraler Anlaufstellen für sämtliche Arten von Unternehmensregistrierungen 2007 abgeschlossen wird und eine einzige behördliche Kontaktstelle für die Einstellung des ersten Mitarbeiters eingerichtet wird. Die verschiedenen Maßnahmen zur Schaffung eines stabilen und transparenten Steuerumfeld für Unternehmen sind zu begrüßen und dürften die Wettbewerbsfähigkeit der slowenischen Wirtschaft erhöhen. Verbessert wurde auch der Zugang von KMU zu Beteiligungskapital, insbesondere durch die geplante Errichtung eines ersten Risikokapitalfonds mit öffentlich-privater Partnerschaft und die Förderung unternehmerischer Fähigkeiten. Allerdings könnten weitere Anstrengungen unternommen werden, um den IKT-Einsatz in Unternehmen zu stimulieren. Hingegen ist man bei der IKT-Nutzung in der öffentlichen Verwaltung gut vorangekommen.
14. Relativ schleppende Fortschritte sind bei der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen zu verzeichnen. Obwohl das NRP Maßnahmen zur Fortsetzung der ökologischen Steuerreform erwähnt einschließlich Abgaben auf Energie und CO₂-Emissionen wird dieses Thema im Umsetzungsbericht nur am Rande behandelt. Da die Energieintensität in Slowenien höher ist als im EU-Durchschnitt sind die bisherigen Fortschritte auf dem Wege zu einer effizienten Energienutzung und zum Einsatz erneuerbarer Energiequellen begrüßenswert. Allerdings werden zur Umsetzung des EU-Aktionsplans für Umwelttechnologien weder konkrete Maßnahmen noch Zielvorgaben genannt, so dass die Gefahr besteht, dass die Wachstums- und Beschäftigungschancen, die nachhaltige Technologien bieten können, vertan werden.
15. Wenngleich der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen in die slowenische Wirtschaft noch gering ist, teilweise wegen der Verzögerungen beim Privatisierungsprozess, sind Fortschritte zu verzeichnen. So werden mehr Industriestandorte ausgewiesen, Verwaltungshemmnisse beseitigt und Startkosten reduziert und Slowenien für ausländische Direktinvestitionen attraktiver gemacht. Die weitere Privatisierung dürfte in großem Umfang ausländisches Kapital anziehen. Positiv zu bewerten ist auch, dass der Unterstützung der Internationalisierung von KMU große Bedeutung beigemessen wird.
16. Mit der Annahme eines Programms zur besseren Formulierung von Vorschriften und Entscheidungen wurde ein Beitrag zur besseren Rechtsetzung geleistet.

17. Insgesamt ergeben sich Fortschritte in einigen makroökonomischen Schlüsselbereichen wie Förderung unternehmerischer Initiative und bessere Rechtsetzung. Weniger offensichtlich ist dies bei der Entwicklung einer kohärenten landesweiten Strategie für FuE und Innovation sowie der Ausgestaltung des Wettbewerbsrahmens.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen

18. Zwar erhöhte sich die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte von 29 % im Jahr 2004 auf 30,7 % im Jahr 2005, doch die Erreichung der NRP-Zielvorgabe von 35 % bis zum Jahr 2008 stellt weiterhin eine Herausforderung dar. Zwar wurden einige gezielte Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitskräfte getroffen. Doch die angekündigte Strategie des aktiven Alters, die Ende 2006 eingeleitet werden soll, muss stärker auf den Verbleib älterer Menschen im Erwerbsleben, insbesondere älterer Frauen (18,5 % im Jahr 2005) abzielen. Mehrere der 2006 getroffenen Maßnahmen wie die Einkommenssteuer- und Bildungsreform dürften dazu beitragen, die Probleme qualifizierter junger Menschen beim Zugang zum Arbeitsmarkt anzugehen. Allerdings fehlt ein direktes Follow-up der im NRP eingegangenen Verpflichtung, Hochschulabsolventen innerhalb von sechs Monaten nach Studienabschluss einen Arbeitsplatz zu sichern. Sozialleistungen und Arbeitslosenunterstützung wurden reformiert und die Voraussetzungen verschärft. Doch wird nicht hinreichend darauf eingegangen, wie vermieden werden soll, dass die am stärksten Benachteiligten nicht weiter marginalisiert werden. Insbesondere ist nicht zu erkennen, dass die Arbeitsvermittlungsstellen in den Bereichen Prävention von Arbeitslosigkeit und Aktivierung effizienter geworden sind und Menschen in Beschäftigung bringen. Die jüngste Einführung eines Quotensystems hat die Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen verbessert.
19. Was die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen anbelangt, so führt die Reformierung der Lohnsummensteuer im Jahr 2005 schrittweise zu einer Absenkung der hohen steuerlichen Belastung der Arbeit und verbessert den Arbeitsanreiz. Intensive Verhandlungen mit den Sozialpartnern verzögern die Novellierung des Gesetzes über Arbeitsbeziehungen, das die "flexicurity" auf dem Arbeitsmarkt fördern soll. Der Bekämpfung der Schwarzarbeit wird ein höherer Stellenwert zuerkannt als im Reformprogramm für die Jahre 2005-2008 und die Regierung hat neue Maßnahmen vorgeschlagen. Ebenso werden Vorkehrungen getroffen, um die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu erleichtern, beispielsweise durch den Zugang zu Teilzeitbeschäftigung für Eltern, doch die umfassende Einführung arbeitnehmerfreundlicher Arbeitszeiten steht noch aus, obwohl dies im NRP angekündigt wurde.
20. Die Errichtung mehrerer neuer unabhängiger Hochschulen soll die Qualität der Hochschulbildung steigern, die Anbindung an den Arbeitsmarkt verbessern und ein neues Konzept zur Finanzierung der Hochschulbildung umsetzen. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Integration junger Hochschulabsolventen in den Arbeitsmarkt muss der Erfolg dieser Reform genau überwacht werden. Um die Qualifikationslücke zu schließen, müssen die jüngsten Anstrengungen zur qualitativen Verbesserung des berufsbildenden Sekundarschulwesens mit Maßnahmen gekoppelt werden, um dessen Attraktivität insbesondere für Mangelberufe zu steigern und ein integriertes Berufsberatungssystem zu entwickeln. Gering qualifizierte ältere Arbeitskräfte, vor allem solche, die von der industriellen

Umstrukturierung bedroht sind, erfordern weitere Aufmerksamkeit, insbesondere im Rahmen der Strategie für lebenslanges Lernen, die Ende 2006 eingeleitet werden soll. Die angekündigten Initiativen zur Förderung privater Investitionen in Humankapital sollten durch Maßnahmen ergänzt werden, die sich an eine breitere Bevölkerung richten.

21. Im vergangenen Jahr hat Slowenien die meisten im NRP aufgelisteten Beschäftigungsreformen in Gang gesetzt. Um die zunehmende Flexibilisierung vertraglicher Vereinbarungen, die verschärften Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen und die schrittweise Anhebung des Rentenalters zu flankieren, sollten Aktivierungsmaßnahmen, die Menschen in Beschäftigung bringen, und Maßnahmen zur Verhütung von Langzeitarbeitslosigkeit gefördert werden. Die rasche Umsetzung einer wirksamen Strategie des aktiven Alters ist unabdingbar, um ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Die Beschäftigungsbarrieren für junge Menschen sollten beseitigt werden, indem sowohl die Arbeitsanreize als auch die Qualität und Abstimmung der Bildung auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes verbessert werden.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

22. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission – Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
23. Slowenien macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms gute Fortschritte. Slowenien ergreift geeignete Maßnahmen in einigen Schlüsselbereichen wie Förderung unternehmerischer Initiative und bessere Rechtssetzung. Die meisten der großen beschäftigungspolitischen Reformen sind in Gang gesetzt und profitieren von den relativ günstigen makroökonomischen Wachstumsbedingungen. Bei der Reform der öffentlichen Ausgaben sind Fortschritte weniger evident. Das Gleiche gilt im mikroökonomischen Bereich für die Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. In Bezug auf den Arbeitsmarkt lässt das Tempo der Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie des aktiven Alters und der Beseitigung von Barrieren für die Beschäftigung junger Menschen zu wünschen übrig. Fortschritte bei der Umsetzung der auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen sind eher begrenzt.
24. Zu den Stärken des Nationalen Reformprogramms und dessen Durchführung zählen: die Bemühungen um eine Steuerreform, verschiedene Maßnahmen zur Förderung unternehmerischer Initiative, die laufende Umwandlung staatlicher Fonds in Portfolio-Investitionen, der sinkende BIP-Anteil staatlicher Beihilfen und die fortschreitende Liberalisierung der Energiemärkte sowie die Etablierung eines zweiten Anbieters auf dem Markt.
25. In folgenden Bereichen des slowenischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und Erhöhung der Erwerbsquote bei älteren Arbeitnehmern sowie stärkere Betonung der Aktivierungs- und Präventionsaspekte der Beschäftigungspolitik, die derzeit zu langsam auf die sich rasch ändernden

Arbeitsmarktbedingungen reagiert. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Slowenien

- weitere Schritte ergreift, um die Reform des Rentensystems fortzusetzen und das aktive Altern zu fördern mit dem Ziel, die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte zu erhöhen und die langfristige Nachhaltigkeit zu verbessern;
- die Arbeitsmarktdienste ausbaut, um die Verlagerung hin zu flexibleren vertraglichen Vereinbarungen und verschärften Voraussetzungen für den Leistungsbezug abzustützen; insbesondere sollten Hilfen bereits in einem frühen Stadium der Arbeitslosigkeit angeboten werden.

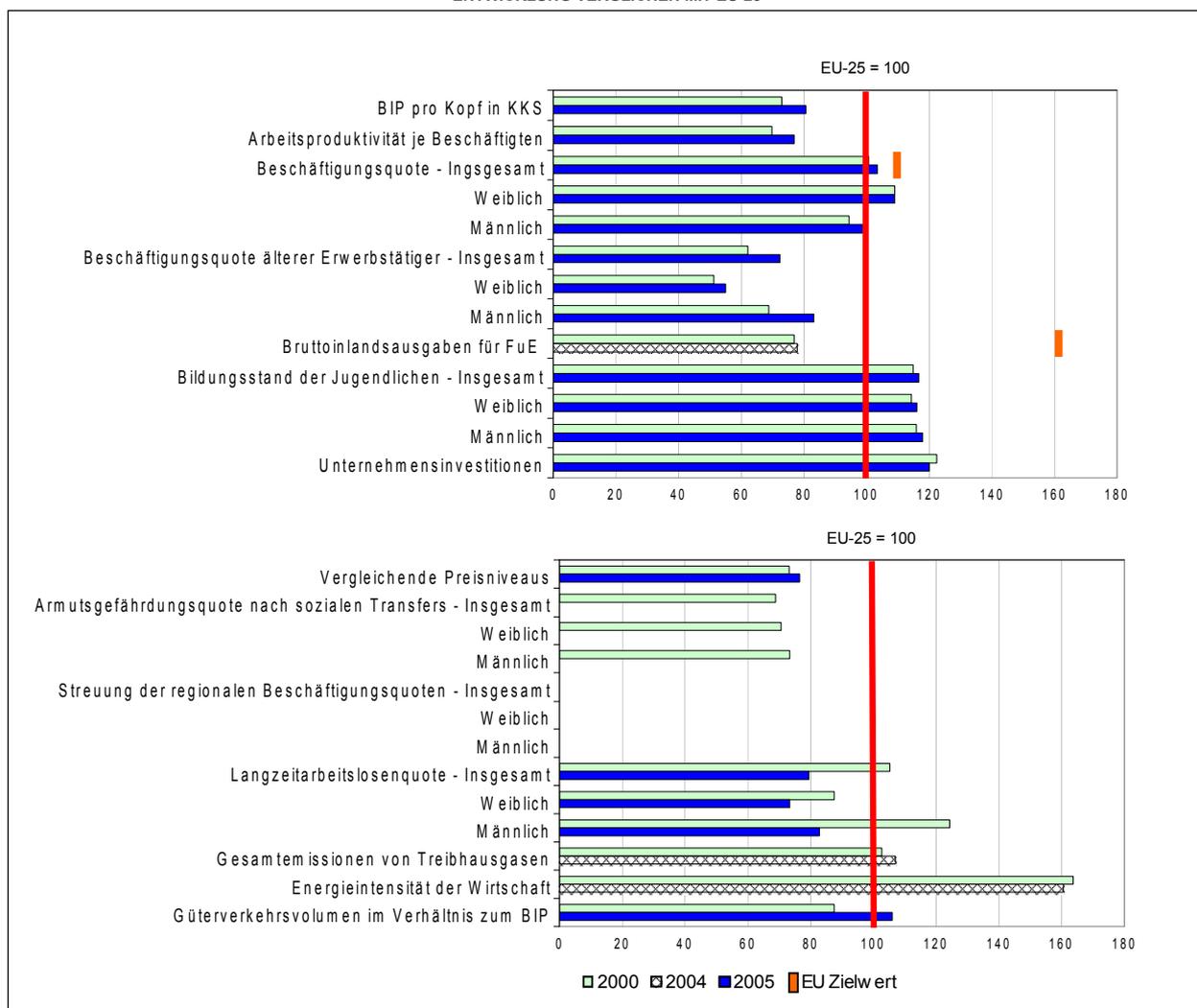
26. Darüber hinaus sollte sich Slowenien während der Laufzeit des Nationalen Reformprogramms auf Folgendes konzentrieren: Festsetzung konkreter und realistischer Ziele für FuE-Investitionen; Verbesserung der Effizienz des neuen Büros für Wachstumsförderung und der Slowenischen Technologieagentur; Stärkung des Rechtsrahmens zum Schutz geistiger Eigentumsrechte, Intensivierung des Wettbewerbs, vor allem bei freiberuflichen Dienstleistungen und effizientere Ausgestaltung der Wettbewerbsbehörde; stärkere Förderung von Umwelttechnologien und Energieeffizienz; Verkürzung des Zeit- und Kostenaufwands für Unternehmensgründungen; Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt; stärkere Verbindung zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt sowie Verringerung der Segmentierung des Arbeitsmarktes.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

SLOWENIEN

	SI							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	72.9	73.9	74.5	75.9	79.2	80.6		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	69.7	71.2	70.9	72.5	75.4	76.9		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	62.8	63.8	63.4	62.6	65.3	66.0	67.0 (2008)	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	58.4	58.8	58.6	57.6	60.5	61.3		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	67.2	68.6	68.2	67.4	70.0	70.4		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	22.7	25.5	24.5	23.5	29.0	30.7		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	13.8	15.8	14.2	14.6	17.8	18.5		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	32.3	35.9	35.4	33.2	40.9	43.1		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.43	1.55	1.52	1.32	1.45	:	3.0	1.86e	1.86e	:	3.0	
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	88.0	88.2	90.7	90.8	90.5	90.5		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	90.8	90.3	93.3	94.0	94.1	93.2		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	85.4	86.3	88.3	87.7	87.1	88.0		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	73.1	73.2	75.5	77.9	75.8p	76.4p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	22.4	21.0	19.6	20.0	21.0	20.9		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	11.0	11.0	10.0	10.0	:	:	16.0e	16.0e	:		
	Weiblich	12.0	12.0	11.0	11.0	:	:	17.0e	17.0e	:		
	Männlich	11.0	10.0	9.0	9.0	:	:	15.0e	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	-	-	-	-	-	-	13.4	12.2	11.9		
	Weiblich	-	-	-	-	-	-	20.5	17.3	16.9		
	Männlich	-	-	-	-	-	-	9.9	10.2	9.7		
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	4.1	3.7	3.5	3.5	3.2	3.1	3.9	4.1	3.9		
	Weiblich	4.2	4.0	3.6	3.6	3.4	3.3	4.8	4.7	4.5		
	Männlich	4.1	3.5	3.4	3.4	3.1	2.9	3.3	3.6	3.5		
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	93.1	97.7	98.6	97.3	99.2	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	341.7	349.6	344.6	341.1	329.2	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	87.6e	88.5	84.0	87.2	100.9	111.0		100.1e	104.6be	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-25



Slowakei

Bewertung der nationalen Reformprogramme

1. 2006 dürfte das Pro-Kopf-BIP 57,1 % des EU-Durchschnitts erreichen. Im Zeitraum 1995-2005 betrug das jährliche BIP-Wachstum durchschnittlich 4 %; voraussichtlich wird es sich 2006 auf 6,7 % erhöhen. Seit Mitte der neunziger Jahre lag die Wachstumsrate bei der Arbeitsproduktivität über dem EU-Durchschnitt. Das starke Wirtschaftswachstum hat sich auch positiv auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht: Die Beschäftigungsquote wird 2006 voraussichtlich um 2,6 % auf 58,9 % steigen, womit sie allerdings noch immer deutlich unter dem EU-Ziel von 70 % liegt. Die Arbeitslosenquote wird 2006 schätzungsweise um zwei Prozentpunkte auf 14,3 % sinken. Wahrscheinlich wird sie eine der höchsten in der EU bleiben. Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind junge Menschen (2005: 30,1 %). Die Beschäftigungsquote älterer Menschen steigt zwar, bleibt aber im Verhältnis sehr niedrig (2005: 30,3 %).
2. Trotz seines starken BIP-Wachstums hat die Slowakei mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit und großen regionalen Ungleichheiten zu kämpfen. Umfassende Reformen der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik haben zur Haushaltskonsolidierung und zu einem starkem Beschäftigungszuwachs beigetragen. Die Herausforderung für die Wirtschaftspolitik besteht darin, das kräftige Wachstum in den kommenden Jahren aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, dass sich die Arbeitsmarktlage verbessert und die regionalen Ungleichheiten verringert werden. Maßnahmen zur Innovationsförderung und Verbesserung des Unternehmensumfeldes in Verbindung mit Reformen des Bildungssystems würden das Wachstumspotenzial erhöhen. Allerdings wäre darauf zu achten, dass sich die Durchführung solcher Maßnahmen nicht nachteilig auf den Prozess der Haushaltskonsolidierung auswirkt.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das nationale Reformprogramm (NRP) für 2005-2008 wurde noch von der im Juni 2006 abgelösten Regierung aufgestellt. Der Umsetzungsbericht für 2006, der sich auf die Maßnahmen der Vorgängerregierung bezieht, wurde von der neuen Regierung erarbeitet und angenommen. Der Bericht bezieht auch einige geplante Maßnahmen ein. Eine gründliche Überarbeitung des NRP wird voraussichtlich erst später in diesem Jahr stattfinden. Zu den wichtigsten Herausforderungen des NRP zählen nach wie vor: Entwicklung der Informationsgesellschaft; Ausbau von FuE und Innovation; Verbesserung des Unternehmensumfeldes; Verbesserung des Bildungssystems und Erhöhung der Beschäftigung. In ihrem jährlichen Fortschrittsbericht war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass folgenden Bereichen stärkere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss: Anreize für FuE und Innovation, Abbau der regionalen Ungleichheiten und der strukturellen Arbeitslosigkeit sowie Integration besonders schwacher Bevölkerungsgruppen.
4. Die Slowakei hat bei der Umsetzung des NRP gewisse Fortschritte gemacht. Der Umsetzungsbericht bestätigt die Ziele der Stabilisierung der öffentlichen Finanzen

und des Eintritts in die Eurozone im Jahr 2009, legt den Schwerpunkt aber auf die wichtigsten mikroökonomischen und beschäftigungspolitischen Herausforderungen. Die im NRP gesetzten Ziele für den Defizitabbau und das Beschäftigungswachstum werden weiterhin verfolgt. Bei der Verbesserung des Unternehmensumfeldes und der Einführung elektronischer Behördendienste sind Fortschritte zu verzeichnen. Das Beschäftigungswachstum wurde unterstützt durch eine Reihe von Maßnahmen und Anreizen im Bereich Steuer- und aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Reform der Hochschulbildung wurde vorangebracht. Im nationalen Haushaltsplan 2007 ist das makroökonomische Ziel der Verringerung des Haushaltsdefizits auf 2,9 % des BIP vorgesehen. Die Innovations- und FuE-Strategie sollte, unterstützt durch eine Aufstockung der entsprechenden Mittel, zügiger umgesetzt werden. Die strukturelle Arbeitslosigkeit wurde nicht wirkungsvoll genug angegangen, so dass die Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin die höchste in der EU ist und die Beschäftigungsquote bestimmter benachteiligter Gruppen sehr gering bleibt. Die Reform der Grund- und Sekundarschulbildung und die Vorbereitung der Strategie für lebenslanges Lernen sollten rasch in Angriff genommen werden.

5. Die Fortschritte bei der Erfüllung der bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen ergeben ein gemischtes Bild. Beispielsweise wurden einerseits Maßnahmen ergriffen, um Unternehmensgründungen zu erleichtern, andererseits aber keine Verpflichtungen eingegangen, um jungen Menschen, die ihre Ausbildung beenden, binnen sechs Monaten einen Arbeitsplatz oder eine Fortbildungsmöglichkeit zu garantieren.
6. Der Umsetzungsbericht wurde unter der politischen Leitung des Regierungsamts und des Finanzministeriums erstellt, wobei Monitoring und Bewertung von den zuständigen Ministerien in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern übernommen wurden. Er wurde von der Regierung genehmigt und anschließend vom Parlamentsausschuss für EU-Angelagen angenommen. Lokale und regionale Behörden waren nicht an der Erstellung des Berichts beteiligt. In Anbetracht der Prioritäten für die künftigen Maßnahmen des Strukturfonds in Verbindung mit den wichtigsten im NRP genannten Herausforderungen ist die Bereitstellung angemessener Finanzmittel erforderlich. Im Zeitraum 2007-2013 werden die im Rahmen der Kohäsionspolitik bereitgestellten Mittel 3,3 % des BIP betragen.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Im Umsetzungsbericht übernimmt die neue Regierung die makroökonomischen Ziele des NRP, nämlich ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die bis 2010 zu erreichende langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Die haushaltspolitische Herausforderung für 2007 besteht in der Senkung des Haushaltsdefizits unter 3 % des BIP unter Einrechnung der Ausgaben für die Rentenreform.
8. Im Oktober 2006 stimmte die Regierung dem Haushaltsplan für 2007 zu, in dem ein gesamtstaatliches Defizit von 2,9 % des BIP angestrebt wird. Vor dem Hintergrund dieses Zieles beschloss die Regierung umfassende Ausgabenbeschränkungen, die auch die Bereiche der Bildung und FuE betreffen. Dies scheint mit den im NRP eingegangenen Verpflichtungen zur Unterstützung der Wissensgesellschaft im

Widerspruch zu stehen. Seit Mitte 2003 eingeführte Elemente der Gesundheitsreform, beispielsweise strikte Budgetrestriktionen und eine verstärkte Kostenteilung, wurden 2006 wieder aufgehoben. Dadurch könnte – mit negativen Folgen für die Staatsfinanzen - die öffentliche Verschuldung im Gesundheitswesen wieder zunehmen. Die Steuerreform von 2004 wird durch einen gesenkten Mehrwertsteuersatz (10 %) auf medizinische Erzeugnisse und niedrigere Steuerfreibeträge für höhere Einkommensgruppen geändert. Hierdurch wird sich das Defizit voraussichtlich leicht erhöhen. Anpassungen der 2005 begonnenen Rentenreform, insbesondere eine Kürzung bei der "zweiten Säule" der kapitalgedeckten Renten, werden in Erwägung gezogen, wurden aber noch nicht beschlossen.

9. Der von der Regierung angenommene Haushaltsplan für 2007 steht mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung im Einklang. In Anbetracht des hohen Leistungsbilanzdefizits und günstiger Wachstumsprognosen für 2007 erscheint das Defizitziel allerdings nicht sehr ehrgeizig.

Mikroökonomische Politik

10. Im NRP werden drei mikroökonomische Hauptaufgaben herausgestellt: Schaffung eines besseren Unternehmensumfelds, Ausbau von FuE und Innovation sowie Entwicklung der Informationsgesellschaft. Im Fortschrittsbericht 2006 hat die Kommission diesen Aufgaben zugestimmt und betont, dass der Stimulierung von FuE und Innovation besondere Bedeutung zukommt. Die Maßnahmen zur Verbesserung des Unternehmensumfeldes und der Entwicklung der IKT einschließlich der Bildung wurden als Stärken des slowakischen NRP hervorgehoben.
11. Bei der Verbesserung des Unternehmensumfeldes wurden gewisse Erfolge erzielt. Es wurden verschiedene Methoden für die Abschätzung der Auswirkungen von Rechtssetzungsmaßnahmen entwickelt, ihre genauen Ergebnisse und die nächsten Schritte bleiben aber unklar. Die Regierung hat der Einführung von zentralen Anlaufstellen für die Unternehmensgründung zugestimmt, die von den für die Ausstellung von Gewerbe genehmigungen zuständigen Diensten betrieben werden sollen. Diese Maßnahme sollte jetzt durch die Einführung von zentralen Stellen für die Einstellung eines ersten Arbeitnehmers durch dieselben Dienste fortgesetzt werden. Die Rechtsdurchsetzung wurde durch eine Reform des Gerichtswesens gestärkt, doch bedarf es kontinuierlicher Anstrengungen zur Verbesserung des Rechtssystems und der wirtschaftspolitischen Governance. Es wurden neue Vorschriften über staatliche Beihilfen angenommen; die Vorschriften über Regionalbeihilfen werden derzeit erarbeitet. Sektorspezifische Beihilfen sollten entsprechend den horizontalen Prioritäten umgelenkt werden.
12. Die Slowakei war sehr erfolgreich dabei, Mängel bei der Umsetzung von EU-Binnenmarktvorschriften in nationales Recht zu beheben.
13. Eine Gesamtstrategie zur Unterstützung von KMU besteht derzeit nicht, und der Zugang von KMU zu Finanzmitteln muss verbessert werden. Es bedarf deutlicher Verbesserungen des Rechtsetzungssystems, insbesondere um die hierfür erforderlichen institutionellen Strukturen zu stärken; größere Anstrengungen sind in den Bereichen Folgenabschätzung, Konsultation von Interessengruppen,

Vereinfachung sowie Bemessung und Senkung der Verwaltungskosten vonnöten. In Bezug auf zwei im NRP vorgesehene energiepolitische Initiativen finden erste Vorarbeiten statt: die Erfassung der Hindernisse für die Öffnung des Energieversorgungsmarktes und für die Verwendung erneuerbarer Energien.

14. Das Manifest der neuen slowakischen Regierung vom August 2006 nennt als Ziel für die Investitionen in FuE 0,8 % des BIP im Jahr 2010, während die Slowakei auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 für 2010 ein Ziel von 1,8 % des BIP festgelegt hatte. Daher erscheint es enttäuschend, dass der Umsetzungsbericht weder Angaben zu den im Jahr 2005 für FuE bereitgestellten Mitteln noch zu den künftigen staatlichen Ausgaben für FuE enthält. In Anbetracht des Vorschlags, im Zeitraum 2007-2013 für FuE umfangreiche Mittel aus den Strukturfonds bereitzustellen, ist eine umfassende FuE- und Innovationsstrategie unverzichtbar. Eine Innovationsstrategie für 2007-2013 und entsprechende Rechtsakte wurden bereits entworfen, jedoch noch nicht angenommen. Dadurch verzögert sich die Festlegung langfristiger Prioritäten für FuE-Investitionen und die Zuteilung geeigneter Fördermittel aus den öffentlichen FuE-Programmen. Die FuE-Förderagentur wurde reformiert und hat mit der Programmdurchführung begonnen. Dagegen wurde die Reform der Hochschulforschung verschoben.
15. Was die Informationsgesellschaft betrifft, müssen die Fortschritte bei der Umsetzung der eGovernment-Maßnahmen durch die Roadmap für die Einführung elektronischer Dienste der öffentlichen Verwaltung und entsprechende Rechtsakte ergänzt werden. Die digitale Kompetenz wird nachhaltig unterstützt. Wünschenswert wären Maßnahmen zur verstärkten Verwendung von Breitbandtechnologien und IKT.
16. Insgesamt bieten die Fortschritte im mikroökonomischen Bereich ein gemischtes Bild. Eine Reihe von im NRP angekündigten Bewertungen und Studien wurde abgeschlossen, doch über die vorgesehenen Folgemaßnahmen wurden kaum Informationen geliefert. Es fehlen spezifische Strategien, Maßnahmen und Zeitpläne. Wenngleich die wichtigsten mikroökonomischen Herausforderungen und Prioritäten erkannt wurden, bedarf es eines stärkeren Engagements für die weitere Umsetzung.

Beschäftigungspolitik

17. Im Bereich Beschäftigung nennt die Slowakei vier Prioritäten: Erreichen einer hohen Beschäftigungsquote, moderne Bildungspolitik, Bewältigung der demografischen Veränderungen und Förderung der sozialen Eingliederung. Im letztjährigen Fortschrittsbericht wurden folgende drei Bereiche herausgestellt, die weiter aufmerksam verfolgt werden müssen: Eindämmung regionaler Ungleichheiten, strukturelle Arbeitslosigkeit und Eingliederung benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen wie Behinderter und der Minderheit der Roma.
18. Um mehr Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten, wurden verschiedene legislative Änderungen und Maßnahmen verwirklicht. Dies führte zu einem Anstieg der Beschäftigungsquote (2005: 57,7 %) und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit (von 18,2 % im Jahr 2000 auf 16,4 % im Jahr 2005). Durch Änderungen des Steuersystems wurde die Abgabenbelastung insgesamt leicht verringert; berufstätige Eltern erhalten mehr Unterstützung. Allerdings sind die Sozialabgaben nach wie vor hoch. In Verbindung mit dem angehobenen Mindestlohn könnten sie die Schaffung von Arbeitsplätzen behindern und zu mehr Schwarzarbeit führen. Neue

arbeitsrechtliche Vorschriften sollen die Beschäftigungsbedingungen verbessern, Anreize zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit bieten und die aktive Arbeitsmarktpolitik zugunsten benachteiligter Gruppen deutlicher in den Mittelpunkt stellen. Die Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung von Behinderten wurden ausgebaut und wirkungsvoller gestaltet.

19. Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde eine neue Strategie entworfen, mit der die Beschäftigung von Frauen gefördert werden soll. Allerdings wurden keine Maßnahmen getroffen, um das hohe Lohngefälle zwischen Männern und Frauen abzubauen. Zur Unterstützung der Mobilität und Eindämmung der regionalen Ungleichheiten wurde eine finanzielle Unterstützung für Pendler eingeführt, die die frühere – als unwirksam erkannte – Mobilitätsvergünstigung ersetzt. Eine verstärkte Synergie zwischen der Wohnungsbau-, Beschäftigungs- und Regionalpolitik muss noch geschaffen werden. Die Arbeitsmarktpolitik sollte die unterschiedlichen, durch ihren jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsstand bedingten Anforderungen der Regionen stärker berücksichtigen. Trotz positiver Entwicklungen des Arbeitsmarkts für junge und ältere Menschen bedürfen diese Gruppen spezifischer aktiver Arbeitsmarktmaßnahmen für junge Leute und einer umfassenden Strategie für aktives Altern. Eine benachteiligte Gruppe mit kritischer Beschäftigungslage bildet die Minderheit der Roma, die einen Großteil der Langzeitarbeitslosen stellt. Der hohe Anteil von Langzeitarbeitslosigkeit beträgt seit 2000 fast unverändert 11,8 % und bedarf stärkerer Aufmerksamkeit.
20. Eine Annäherung an das langfristige Ziel der Reduzierung der Steuer- und Sozialversicherungslast erfolgte durch eine Erhöhung des steuerfreien Einkommensanteils. Die Regierung hat Änderungen der Arbeitsgesetzgebung angekündigt, um das Arbeitsschutzrecht auszubauen und Anreize für die Einführung flexibler Formen der Arbeitsorganisation und für die Beschäftigung benachteiligter Personengruppen zu schaffen. Die Auswirkungen auf das Beschäftigungswachstum insgesamt sind allerdings noch nicht sichtbar. Der Anteil von Erwachsenen, die an Bildungsmaßnahmen teilnehmen, konnte kaum gesteigert werden und liegt in der EU weit zurück. Die Ausarbeitung einer Strategie für lebenslanges Lernen hat sich über mehrere Jahre erstreckt und wurde jetzt bis 2007 verschoben.
21. Bei der Förderung einer wissensbasierten Gesellschaft und höherer Investitionen in Humankapital muss sich die Regierung finanziell stärker engagieren. Die geplante Hochschulreform wurde eingeleitet; erste Änderungen des rechtlichen Rahmens wurden 2006 umgesetzt. Die unverzichtbare Reform der Grund- und Sekundarschulbildung wurde auf 2007-2008 verschoben, und die Überarbeitung der Lehrpläne scheint nicht schnell genug voranzukommen. Dennoch erreicht die Slowakei die EU-weiten Bildungsziele einer Schulabbruchquote von maximal 10 % (2005: 5,8 %) und eines Anteils von mindestens 85 % der 22-Jährigen (91,5 %), die über einen Sekundarschulabschluss verfügen.
22. Seit der Vorlage des NRP sind gute Fortschritte zu verzeichnen bei der Unterstützung des Beschäftigungswachstums durch steuerliche Anreize und bei der reformierten Arbeitsvermittlung für bestimmte Zielgruppen. Trotz positiver Tendenzen bei der Gesamtbeschäftigungslage in der Slowakei gibt es noch Gruppen von Arbeitslosen, die verstärkter Förderung bedürfen. Das Beschäftigungswachstum bei den jungen Menschen und älteren Arbeitnehmern wurde nicht hinreichend durch gezielte aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unterstützt. Die Beschäftigungs-

lage bei den Roma wurde nicht in geeigneter Weise in Angriff genommen. Die Reform des Bildungssystems und die Erarbeitung der Strategie für lebenslanges Lernen sind nicht so weit vorangekommen, dass die Ausrichtung der erworbenen Qualifikationen auf die neuen und sich ändernden Erfordernisse des Arbeitsmarktes gesichert ist.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
24. Die Slowakei macht bei der Umsetzung ihres nationalen Reformprogramms Fortschritte. Dennoch bedarf es weiterer Maßnahmen insbesondere im mikroökonomischen und beschäftigungspolitischen Bereich. Die Fortschritte bei der Erfüllung der bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen ergibt ein gemischtes Bild.
25. Im Hinblick auf das nationale Reformprogramm und seine Durchführung sind folgende Stärken hervorzuheben: Die Anstrengungen zur Verbesserung des Unternehmensumfeldes und zur Schaffung einer Informationsgesellschaft beginnen, sich bezahlt zu machen. Das Beschäftigungswachstum wurde durch neue steuerliche Anreize, Mobilitätsmaßnahmen und eine bessere Förderung bestimmter benachteiligter Gruppen unterstützt und es wurden Fortschritte bei der Reform des Hochschulwesens in Verbindung mit Maßnahmen zur Förderung der Verwendung von IKT und bei der Integration benachteiligter Kinder in das Bildungssystem erzielt.
26. In folgenden Bereichen des slowakischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: bei der Entwicklung klarer Strategien und eindeutiger Prioritäten in Bezug auf FuE, Innovation und Bildung und der besseren Mittelausstattung dieser Bereiche im Zusammenhang mit einer haushaltspolitischen Konsolidierung; bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Qualifikationen und für lebenslanges Lernen; beim Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit insbesondere in benachteiligten Gruppen wie der Minderheit der Roma. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass die Slowakei:
 - die Ausarbeitung einer kohärenten nationalen FuE- und Innovationsstrategie vollendet, für starke Querverbindungen zwischen den Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft sorgt sowie Ausgaben auf den Bereich FuE und Bildung verlagert;
 - eine Strategie für lebenslanges Lernen annimmt, die auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts ausgerichtet ist und den Qualifikationsstand verbessert sowie die Reform des Hochschulwesens durch eine Reform der Grund- und Sekundarschulbildung ergänzt;
 - vor allem durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen ein umfassendes Konzept zur Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit entwickelt.

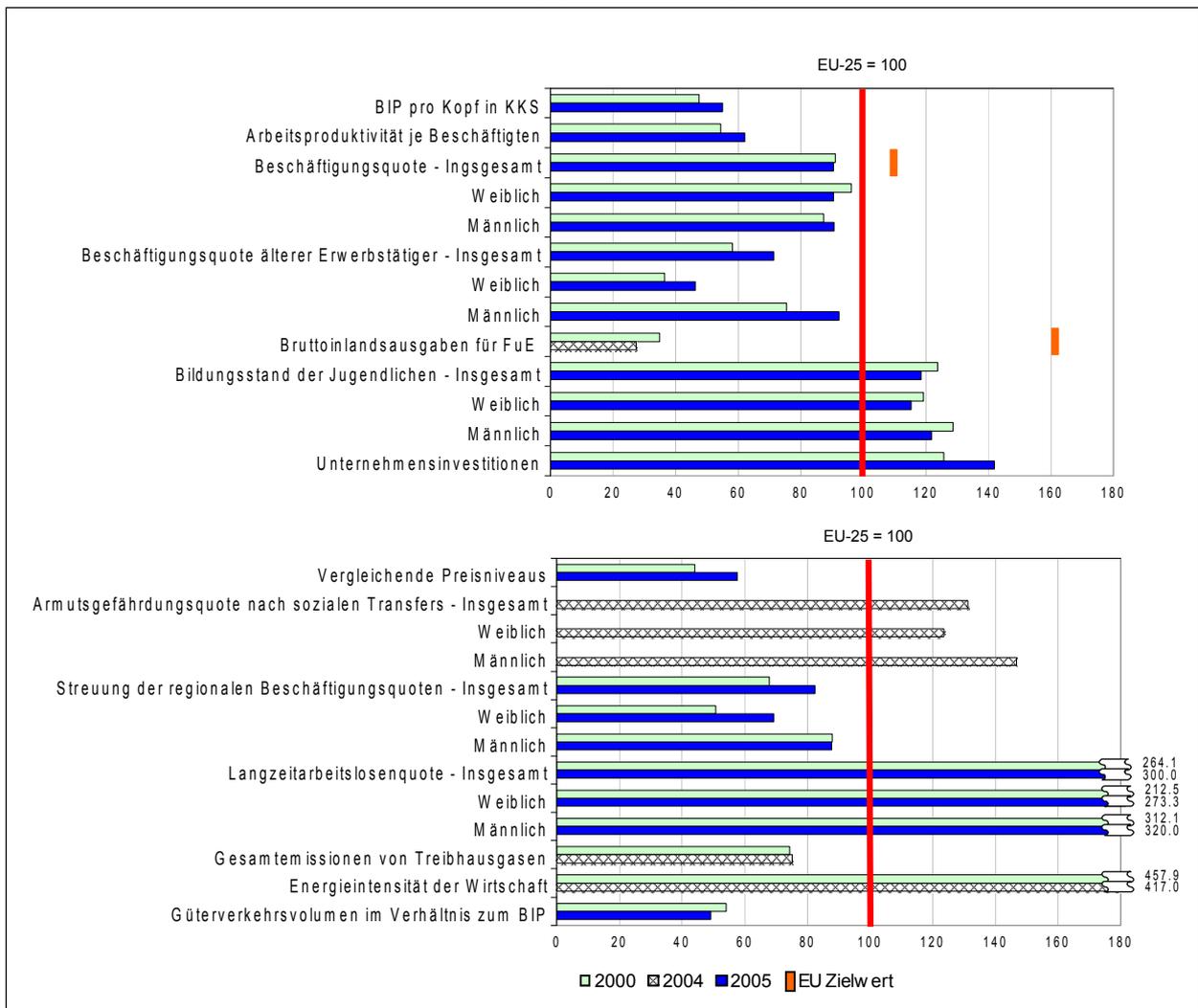
27. Außerdem sollte sich die Slowakei während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms konzentrieren auf weitere Anstrengungen zur Verbreitung der IKT und zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur, Verbesserungen des Rechtsetzungssystems, den Abbau des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen und die Ausarbeitung einer Strategie für aktives Altern, um den Verbleib älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu fördern.

TEIL IV - SCHAUILLDER UND STATISCHE DATEN

SLOWAKEI

	SK							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	47.5	48.5	51.0	51.9	52.9	55.0		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	54.5	55.9	58.9	58.8	60.3	62.1		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	56.8	56.8	56.8	57.7	57.0	57.7	:	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	51.5	51.8	51.4	52.2	50.9	50.9		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	62.2	62.0	62.4	63.3	63.2	64.6		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	21.3	22.4	22.8	24.6	26.8	30.3		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	9.8	9.8	9.5	11.2	12.6	15.6		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	35.4	37.7	39.1	41.0	43.8	47.8		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.65	0.63	0.57	0.58	0.51	0.51	0.8	1.86e	1.86e	:	3.0	
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	94.8	94.4	94.5	94.1	91.7	91.8		76.6	77.1		77.5
	Weiblich	94.8	95.1	95.4	94.5	92.0	92.6		79.5	80.1		80.3
	Männlich	94.8	93.8	93.5	93.7	91.3	91.0		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	44.1	44.6	44.6	50.5	54.9p	57.6p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	23.0	25.4	24.1	22.4	21.7	24.7		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	:	:	:	21.0	21.0p	:	16.0e	16.0e	:		
	Weiblich	:	:	:	21.0	21.0p	:	17.0e	17.0e	:		
	Männlich	:	:	:	21.0	22.0p	:	15.0e	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	9.1	8.3	7.3	7.6	9.0	9.8		13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	10.4	9.8	8.8	9.0	10.5	11.7		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	8.7	7.3	6.1	6.7	8.1	8.5		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	10.3	11.3	12.2	11.4	11.8	11.7		3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	10.2	11.3	12.5	11.7	12.4	12.3		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	10.3	11.3	11.9	11.3	11.3	11.2		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	67.4	71.7	69.0	69.8	69.7	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	955.9	1015.8	976.0	929.6	854.3	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	54.1	50.0	47.3	48.3	48.1	51.5		100.1e	104.6e	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Finnland

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Das finnische BSP ist im Zeitraum 1995-2005 jährlich um 3,5 % gestiegen und wird 2006 voraussichtlich einen Höchststand von 4,9 % erreichen, womit es deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten bewegte sich zwar im vergangenen Jahrzehnt über dem EU-Durchschnitt, doch es zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen. Das Pro-Kopf-BIP wird Schätzungen zufolge 2006 116 % des EU-Durchschnitts erreichen. Die Beschäftigungsquote wird 2006 voraussichtlich bei 69,5 % liegen. Sie ist in den vergangenen Jahren in allen Altersgruppen, insbesondere derjenigen der älteren Arbeitnehmer, gestiegen. Bei Frauen ist 2005 eine hohe Beschäftigungsquote von 66,5 % zu verzeichnen. Es wird erwartet, dass die Arbeitslosenquote 2006 auf 7,7 % zurückgeht, womit sie geringfügig unter dem erwarteten EU-Durchschnitt (8,0 %) liegt.
2. Finnland hat zwar sehr gute Wachstumserfolge erzielt, doch das Land muss nach wie vor eine Reihe struktureller Herausforderungen in Bezug auf den Arbeitsmarkt sowie die Güter- und Dienstleistungsmärkte bewältigen, wie die kontinuierlich hohe Arbeitslosigkeit und das relativ hohe Preisniveau zeigen. Sowohl eine Steigerung der Produktivität im öffentlichen Sektor als auch die Durchführung einer Rentenreform würden wesentlich zur Erhöhung des Wachstumspotentials der Wirtschaft beitragen. Eine verbesserte Funktionsweise des Arbeitsmarktes kann ein Gegengewicht zum Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bilden und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen unterstützen. Stärkerer Wettbewerb auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten würde sich positiv auf die Auswahl des Verbrauchers, die Produktivität und die Arbeitsplatzschaffung auswirken.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das nationale Reformprogramm Finnlands 2005-2008 nennt drei mittelfristige Herausforderungen: Tragfähigkeit der staatlichen Finanzen, Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität sowie Verbesserung der Funktionsweise des Arbeitsmarktes. Diese Herausforderungen sind sehr allgemein definiert und mit elf makro- und mikroökonomischen bzw. beschäftigungspolitischen Schlüsselprioritäten verknüpft. Die Kommission teilte im Großen und Ganzen diese Analyse der Hauptprioritäten, vertrat jedoch in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht 2006 die Auffassung, dass im Hinblick auf den Wettbewerb im Dienstleistungssektor und die Beschäftigung bestimmter Gruppen von Arbeitnehmern wirksamere Maßnahmen erforderlich seien.
4. Wenngleich genaue Informationen nicht in vollem Umfang vorliegen, so ist doch aus dem Durchführungsbericht 2006 zu ersehen, dass Finnland generell bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms 2005-2008 sehr gute Fortschritte macht, insbesondere bei der Politik zur Verbesserung der Tragfähigkeit der staatlichen Finanzen, beim weiteren Ausbau der wissensbasierten Wirtschaft und bei

der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. Darüber hinaus gab es einige Fortschritte bei der Gewährleistung der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte zur Vermeidung von Engpässen am Arbeitsmarkt sowie bei der Einführung weiterer Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigungsquote bestimmter Gruppen, darunter zum Beispiel junge Menschen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko, Arbeitslose sowie Geringqualifizierte. Hinsichtlich der Stärkung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor, insbesondere im Einzelhandel, wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt.

5. Finnland kommt den Verpflichtungen, die der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung 2006 eingegangen ist, generell in hohem Maße nach. Für die FuE-Ausgaben wurde für 2010 ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Fortschritte sind bei der Verbesserung des Unternehmensumfelds für KMU zu verzeichnen. Es wurden Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass junge Arbeitslose frühzeitig Zugang zu einer Beschäftigung oder Schulung erhalten. Keine Maßnahmen erfolgten jedoch im Hinblick darauf, die Einstellung eines ersten Beschäftigten über eine zentrale Anlaufstelle zu ermöglichen.
6. Viel Aufmerksamkeit wird der Ownership gewidmet, und die Identifikation mit der Strategie für Wachstum und Beschäftigung in Finnland hat durch eine breit angelegte Konsultation von Regierungsbeamten, verschiedensten Interessenträgern und NRO-Vertretern an Sichtbarkeit gewonnen. Finnland hat sich für den Zeitraum 2007-2013 das Ziel gesetzt, mindestens 75 % der Strukturfondsmittel der Finanzierung von Know-how, Innovationen, FuE, Unternehmertum und Beschäftigung zuzuweisen. Damit stünde der nationale strategische Referenzrahmenplan für die Verwendung der Strukturfonds im Einklang mit den Zielen der Lissabon-Agenda. Die Kohärenz zwischen den Prozessen im Rahmen des nationalen strategischen Referenzrahmenplans und denen im Rahmen des nationalen Reformprogramms auf Planungs-, Umsetzungs- und Berichtsebene muss in jedem Fall gewährleistet sein.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Das im nationalen Reformprogramm festgelegte übergeordnete politische Ziel besteht darin, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen angesichts des demografischen Wandels sicherzustellen. Finnland weist eine recht eindrucksvolle makroökonomische Gesamtleistung auf, wird aber mittel- und langfristig vor neuen Herausforderungen stehen. Im Hinblick auf die Bewältigung der Hauptherausforderung, der Förderung tragfähiger öffentlicher Finanzen, wurden folgende Schlüsselprioritäten festgelegt: Eindämmung der öffentlichen Ausgaben, Sicherung der Finanzierbarkeit von Sozialleistungen und Steigerung der Produktivität im öffentlichen Sektor.
8. Die Umsetzung der Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz im öffentlichen Sektor und der Qualität der Dienstleistungen ist bereits über das Anfangsstadium hinaus gediehen. Die Durchführung des Produktivitätsprogramms für die Zentralregierung, eines Programms zur Bewertung der Einnahmen und Ausgaben von Gebietskörperschaften sowie eines Projekts zur Reform der Dienstleistungsstrukturen der Gemeinden im Sozialbereich ist zügig vorangeschritten. Obwohl die im

Produktivitätsprogramm für die Zentralregierung enthaltene Zielvorgabe für den Personalabbau gesenkt wurde, wird von der Umsetzung dennoch eine starke Gesamtwirkung erwartet. Die Reformbemühungen im Hinblick auf die Gebietskörperschaften werden erst mittel- bis langfristig die gewünschte Wirkung zeigen. Es wird erwartet, dass die Finanzen der Gebietskörperschaften auch in den nächsten Jahren noch ein leichtes Defizit aufweisen; die finnischen Behörden gehen davon aus, dass bis 2010 ein ausgeglichener Haushalt erreicht sein wird.

9. Bei der Einleitung einer Rentenreform und der Beibehaltung von Ausgabenobergrenzen für die Zentralregierung sind Fortschritte gemäß den anfänglichen Plänen und Zielen zu verzeichnen. Das Paket zur Rentenreform wird ergänzt durch Gesetzesänderungen in den Bereichen Berufsrentenfondsinvestitionen und Berufsrentenfondsverwaltung, was den Erwartungen gemäß eine höhere Kapitalrendite bewirken wird. Die Gesetzesänderungen treten Anfang 2007 in Kraft. Die Ausgabenobergrenzen für die Zentralregierung haben sich zur Eindämmung der Ausgaben als wirksam erwiesen und die Verwirklichung des Ziels der jetzigen Regierung ermöglicht, unter der Voraussetzung eines normalen Wirtschaftswachstums ausgeglichene Finanzen auf Zentralebene zu erreichen.
10. Finnland hat im Großen und Ganzen gute, zügige Fortschritte bei der Durchführung der im nationalen Reformprogramm dargelegten spezifischen makroökonomischen Maßnahmen gemacht. Diese Maßnahmen dürften zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zur Bewältigung der langfristigen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung beitragen.

Mikroökonomische Politik

11. Im Hinblick auf die mikroökonomische Hauptherausforderung, die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität, nennt das nationale Reformprogramm 2005-2008 folgende Prioritäten: Funktionsweise der Märkte und des Wettbewerbs, Wissen und Innovation, Unternehmertum, IKT und Verkehrsnetze sowie Energie- und Klimapolitik.
12. Das nationale Reformprogramm nennt eine ganze Reihe sinnvoller mikroökonomischer Maßnahmen, die Wachstum und Beschäftigung fördern und zum Kernziel beitragen dürften, die Arbeitsproduktivität jährlich um 2,5 % zu steigern. Dieses Ziel wurde zwar im nationalen Reformprogramm angekündigt, jedoch im Durchführungsbericht nicht bestätigt. Der geringe Produktivitätszuwachs im Dienstleistungssektor steht teilweise im Zusammenhang mit dem unzureichenden Wettbewerb in einigen Branchen. Ermutigend ist die Zusage, Fragen des Wettbewerbs eingehend zu analysieren. Dieses Jahr wurde eine umfassende Studie zum finnischen Dienstleistungssektor veröffentlicht, die besagt, dass es aufgrund der großen Heterogenität des Sektors schwierig sei, allgemeine Empfehlungen zu dessen Reform zu geben. Etwaige spezifischere Maßnahmen in Bezug auf bestimmte Dienstleistungen, bei denen eindeutig identifizierte Wettbewerbsfragen eine Rolle spielen, werden in der Studie nicht erwähnt. Eine Reform der ordnungspolitischen Engpässe wäre ebenfalls von Nutzen. Durch den Erlass neuer Rechtsvorschriften ist die Wettbewerbsbehörde nunmehr in der Lage, den Wettbewerb stärker zu fördern. So gibt es jetzt unter anderem eine effizientere Überwachung wettbewerbsfeindlicher Praktiken; die Wettbewerbsbehörde ist zudem aktiv an der Ermittlung und Beseitigung von Wettbewerbshindernissen beteiligt, und es wurde ein Programm

eingeführt, das Unternehmen, die Kartelle melden, den Erlass oder die Minderung der Geldbuße gewährt (Kronzeugenregelung). Aus dem Durchführungsbericht geht jedoch nicht klar hervor, in welchem Umfang sich die Funktion der Wettbewerbsbehörde in der Praxis geändert hat. Um die lange Verfahrensdauer bei wettbewerbsrechtlichen Fällen zu verkürzen, werden die Ressourcen des „Marktgerichts“ (markkinatuomioistuin) weiter aufgestockt. Die Initiative zur Überprüfung und Bewertung der Politik auf dem Gebiet der staatlichen Beihilfen und zur Reduzierung der Gesamtbeihilfenhöhe ist zu begrüßen.

13. Finnland hat es sich zum Ziel gesetzt, im Jahr 2010 4 % seines BIP für FuE aufzuwenden. Dies ist ein ehrgeiziges Vorhaben angesichts des Umstands, dass die laufenden FuE-Ausgaben konstant bei 3,5 % des BIP liegen und die öffentlichen Ausgaben für die Forschung anscheinend nicht den früheren Zielen entsprechend gestiegen sind. Die im Durchführungsbericht genannten Hauptherausforderungen bestehen darin, neues Wissen praktisch umzusetzen und die Innovationspolitik für den Dienstleistungssektor weiter auszubauen. Im Juni 2006 wurde für den Programmzeitraum 2007-2013 eine Strategie zur Entwicklung von Wissenschafts- und Technologieclustern und -fachzentren in verschiedenen Sektoren vorgestellt. Die Strukturfonds werden zur Förderung des Aufbaus von Netzwerken eingesetzt, um auf regionaler Ebene mehr Chancen für Innovationen zu eröffnen. Ein bedeutender Schritt wurde unlängst im Hinblick auf den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums unternommen. Im Mai 2006 wurden ein neues Gesetz über das Recht des geistigen Eigentums an Hochschulerfindungen und ein Änderungsgesetz über das Recht an Arbeitnehmererfindungen gebilligt; mit beiden Gesetzen soll die Anerkennung und kommerzielle Nutzung von Erfindungen aus der akademischen Forschung vorangetrieben werden. Der Durchführungsbericht nennt keine spezifischen Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Beschaffung innovativer Produkte und Dienstleistungen.
14. Die gemeldete Zunahme der Anzahl von KMU stellt eine positive Entwicklung dar. Ebenfalls positiv zu sehen sind die Anstrengungen zur Förderung von Neugründungen wachstumsorientierter, innovativer Unternehmen, zum Beispiel durch die verbesserte Verfügbarkeit von Risikokapital. Obwohl die Einstellungsverfahren im Vergleich zu vielen anderen Ländern verhältnismäßig aufwendig sind, enthält der Durchführungsbericht keine spezifischen Maßnahmen bezüglich der Einstellung eines ersten Beschäftigten. Das finnische Programm für eine bessere Rechtsetzung und das geplante Folgenabschätzungssystem sind potentiell dazu geeignet, das Unternehmensumfeld noch weiter zu verbessern. Eine Begrenzung der Verwaltungskosten wurde durch die Verringerung der für die Unternehmen vorgeschriebenen Zahl von Meldungen sowie durch die Nutzung elektronischer Datenübertragungssysteme erreicht. Das Insolvenzrecht wird überarbeitet, um Umstrukturierungsverfahren effizienter zu gestalten. Finnland hat das Ziel festgelegt, die Flexibilität und den Wettbewerb im öffentlichen Beschaffungswesen zu steigern, und außerdem die Zusage gegeben, die Durchführung der EU-Vergaberichtlinien kontinuierlich zu überwachen. Zu den nichtlegislativen Maßnahmen gehört unter anderem die Einrichtung eines Beratungszentrums für die öffentliche Beschaffung unter gemeinsamer Federführung des Ministeriums für Handel und Industrie und des Verbands der finnischen Kommunal- und Regionalbehörden; dieses Zentrum bietet unentgeltliche Beratung in Bezug auf Ausschreibungen. Zudem wurden Online-Marktplätze für die öffentliche

Beschaffung eingerichtet, um Unternehmen den Zugang zu Ausschreibungsbekanntmachungen und einschlägiger Dokumentation zu erleichtern.

15. Finnland entwickelt und nutzt IKT in großem Umfang, doch es gibt nach wie vor viel Raum für einen noch stärkeren Einsatz von IKT. Übergeordnetes Ziel des Programms zur Förderung der Informationsgesellschaft ist die Schaffung der Voraussetzungen für eine Produktivitätssteigerung in Industrie und öffentlicher Verwaltung durch einen effizienteren Einsatz von IKT. Die Umsetzung des nationalen Reformprogramms hat zu einer höheren Breitbanddurchdringung und zur Abstimmung zusätzlicher Ressourcen für die IT-Sicherheit geführt; durch letztere Maßnahme soll das Vertrauen in elektronische Dienste gestärkt werden. Eines der Technologiecluster in der nationalen Strategie 2006 ist für IKT-Produkte und -Erzeugnisse vorgesehen. Der Bericht stellt eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der IKT-Nutzung durch KMU vor, wenngleich sich die meisten dieser Maßnahmen noch in der Entwicklungsphase befinden.
16. Die Kommission begrüßt es, dass ein nationaler Aktionsplan für Umwelttechnologien aufgestellt und mit dessen Umsetzung bereits begonnen wurde. Die finnischen Schätzungen des vernünftigerweise anzunehmenden Potentials zur Steigerung der Energieeffizienz liegen erheblich unter den im Grünbuch der EU zur Energieeffizienz genannten Zahlen, da die dort vorgeschlagenen Maßnahmen zum größten Teil bereits erfolgt sind. Es wurden keine Maßnahmen im Hinblick auf die ökologische Steuerreform zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durchgeführt.
17. Insgesamt hat Finnland gute Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung der zentralen mikroökonomischen Herausforderungen erzielt. Was das Funktionieren der Märkte und den Wettbewerb anbelangt, so ist es wichtig, die Dynamik der Reformagenda aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten, dass für die Wettbewerbsbehörden und -gerichte in ausreichendem Umfang Ressourcen zur Verfügung stehen.

Beschäftigungspolitik

18. Im Hinblick auf die Hauptherausforderung im Bereich Beschäftigung, nämlich die Verbesserung der Funktionsweise des Arbeitsmarktes, setzt das nationale Reformprogramm folgende Schlüsselprioritäten: Verlängerung der Lebensarbeitszeit, bessere Anreize des Steuer- und des Leistungssystems, Lohnbildung sowie Verbesserung des Gleichgewichts zwischen Arbeitskräftenachfrage und -angebot. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Erhöhung des Arbeitskräfteangebots an beiden Enden des Spektrums der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Im jährlichen Fortschrittsbericht 2006 wurde die Auffassung vertreten, dass im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung bestimmter Gruppen von Arbeitnehmern wirksamere Maßnahmen erforderlich seien.
19. Die Maßnahmen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit scheinen die gewünschte Wirkung zu haben, wenngleich die Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeit und zur Verschiebung des Renteneintrittsalters noch nicht lange genug in Kraft sind, um eine verlässliche Bewertung zuzulassen. Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer ist seit dem Jahr 2000 um mehr als zehn Prozentpunkte auf 52,7 % im Jahr 2005 gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt zwar ab, bewegt sich aber

nach wie vor auf einem relativ hohen Niveau. Die so genannte Sozialgarantie, die innerhalb der ersten drei Monate nach Eintritt der Arbeitslosigkeit bestimmte Maßnahmen vorschreibt, bezeichnet einen Schritt hin zur besseren Unterstützung junger Arbeitsloser. Allerdings bedarf es weiterer Maßnahmen zur Motivierung junger Menschen, insbesondere Angehöriger von Hochrisikogruppen, und darüber hinaus der Motivierung anderer Gruppen, wie etwa der Arbeitslosen – bei denen der Anteil derer, die aktive Unterstützung erhalten, seit 2003 zurückgegangen ist – und der Geringqualifizierten. In jüngster Zeit durchgeführte Reformen zur Arbeitsmarktförderung und Bereitstellung von Dienstleistungen durch Arbeitsvermittlungsagenturen scheinen einen Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit bewirkt zu haben, die allerdings nach wie vor hoch ist. Der Anteil der freien Stellen, die besetzt werden, ist leicht gesunken, was auf Inkongruenzen in der Funktionsweise des Arbeitsmarktes schließen lässt. Der Schwerpunkt der Steuer- und Sozialleistungsreform liegt auf Niedriglohnbeschäftigungen, und die Auswirkungen dieser Reform auf die Beschäftigungsquote müssen genau verfolgt werden. Auf die außergewöhnlich hohe Zahl befristeter Arbeitsverträge für Frauen (hauptsächlich im öffentlichen Sektor) wird nicht eingegangen. Die Inangriffnahme dieser Frage würde zur Steigerung der Beschäftigungsquote beitragen. 2006 wurde ein neues Programm zur Förderung der berufsbedingten Zuwanderung aufgelegt. Ebenfalls 2006 hat Finnland die Einschränkungen der Freizügigkeit von Arbeitskräften aus der EU-10 aufgehoben und beschlossen, auf Einschränkungen für Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien zu verzichten.

20. Die Programme zur Entwicklung der Lebensarbeitszeit haben das Wohlbefinden am Arbeitsplatz gesteigert und dazu beigetragen, die Beschäftigten zum längeren Verbleib im Erwerbsleben zu ermutigen. Außerdem wurden einige neue Initiativen zur Steigerung der geografischen Mobilität eingeführt. Keine Fortschritte sind bei der – im letztjährigen nationalen Reformprogramm vorgesehenen – Förderung lokaler Lohntarifverhandlungssysteme zu verzeichnen.
21. Der Schwerpunkt der Reform des Rahmens für Humankapitalinvestitionen, die sich auf junge Menschen richtete, lag auf der Altersgruppe, die gerade ihre Grundbildung abgeschlossen hat, und auf der Minimierung der Schulabbrecherquote. Die Zahl der Schüler, die eine weiterführende Bildung durchlaufen, hat leicht, aber stetig zugenommen. Allerdings ist die Zahl der Schulabbrecher gestiegen und liegt nunmehr unter jungen Männern deutlich höher. Um dem entgegenzuwirken, bedarf es einer umfassenderen Strategie, die die frühen Lebensphasen mit einbezieht, und einer engeren Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen, damit zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine entsprechende Anleitung und Beratung gewährleistet wird. Die Quote der Beteiligung an allgemeiner und beruflicher Bildung liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt und hat sich in allen Altersgruppen, mit Ausnahme der 55-64-Jährigen, erhöht. Es sind fortlaufende Schulungsprogramme für Geringqualifizierte nötig, um die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer weiter zu steigern.
22. Der Gesamtfortschritt auf dem Gebiet der Beschäftigung ist ermutigend, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Auswirkungen vieler Reformen erst in einigen Jahren umfassend bewertet werden können. Das Regierungsziel, bis zum nächsten Frühjahr 100 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist nahezu erreicht. Um jedoch zu verhindern, dass Engpässe am Arbeitsmarkt das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen, muss unbedingt die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte

sichergestellt werden, und zwar durch berufsbedingte Zuwanderung und weitere Anreize für bestimmte Gruppen.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

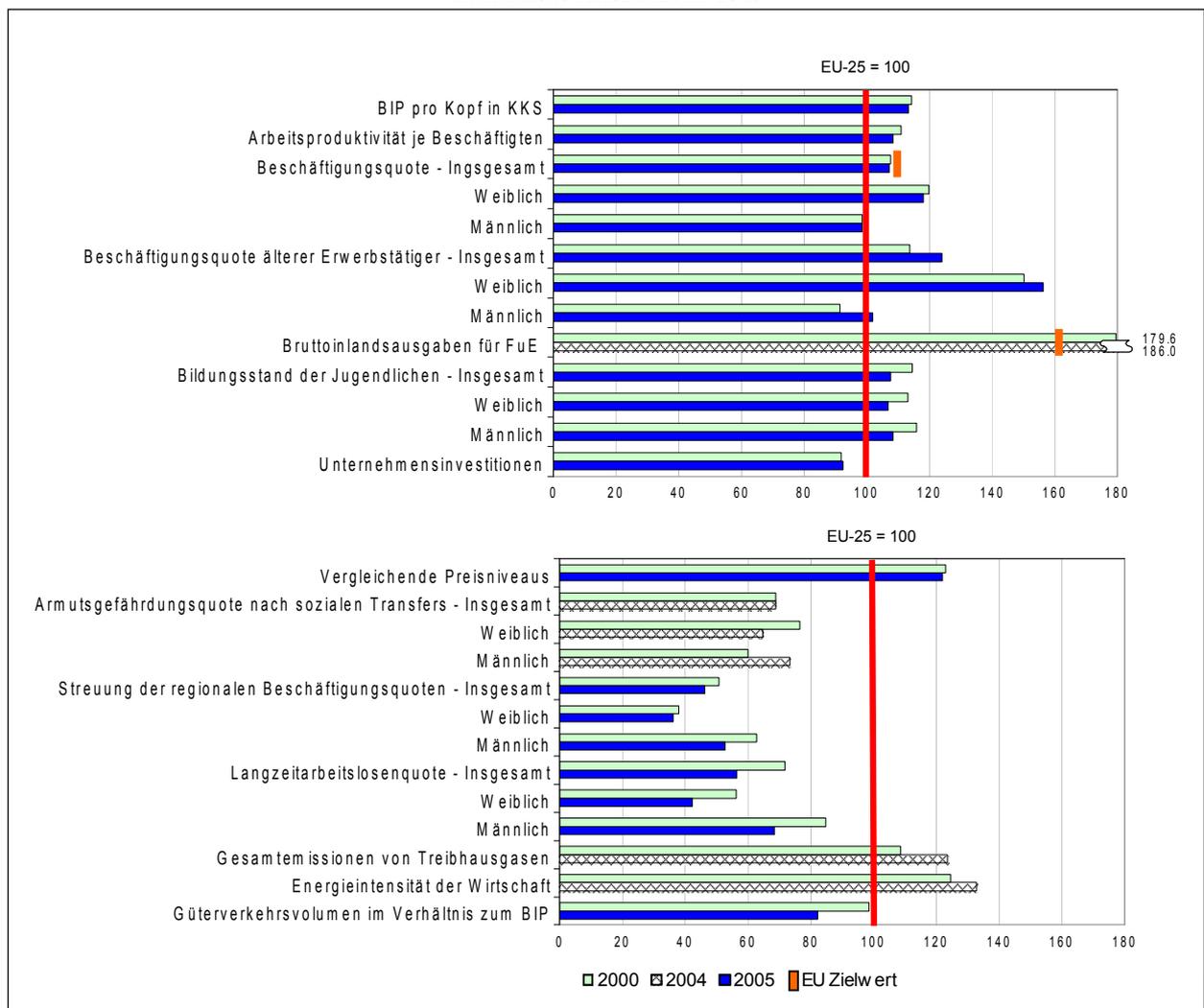
23. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
24. Finnland macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms sehr gute Fortschritte. Auch kommt das Land den Verpflichtungen, die der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung 2006 eingegangen ist, generell in hohem Maße nach. Fortschritte wurden insbesondere bei den Rahmenbedingungen für KMU erzielt.
25. Bei den zahlreichen Stärken des nationalen Reformprogramms einschließlich seiner Umsetzung sind unter anderem zu nennen: weitere Maßnahmen zur Verschiebung des Renteneintrittsalters, die Ergänzung der bereits umfangreichen Maßnahmen im Hinblick auf die Verbesserung der Nachhaltigkeit der staatlichen Finanzen und die Vorbereitung Finnlands auf die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung, des Weiteren eine Reihe wichtiger Maßnahmen zum weiteren Ausbau der vorbildlichen Wissensbasis.
26. Während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms sollte Finnland folgende Schwerpunkte setzen: Durchführung von Reformen zur Steigerung des Wettbewerbs und der Produktivität im Dienstleistungssektor, Vereinfachung der Einstellungsverfahren für Unternehmen, auch durch spezifische Maßnahmen in Bezug auf die Einstellung eines ersten Beschäftigten, Förderung lokaler Lohntarifverhandlungssysteme sowie Vermeidung von Engpässen am Arbeitsmarkt, insbesondere mit Blick auf die Verbesserung der geringen Arbeitsmarktbeteiligung junger Menschen und auf die Bekämpfung der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

FINNLAND

	FI							EU25				
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	114.3	115.5	114.7	112.6	113.7	113.3		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	110.9	111.8	110.3	108.4	109.4	108.3		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	67.2	68.1	68.1	67.7	67.6	68.4	75.0 (2011)	62.4	63.3	63.8	70.0
	Weiblich	64.2	65.4	66.2	65.7	65.6	66.5		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	70.1	70.8	70.0	69.7	69.7	70.3		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	41.6	45.7	47.8	49.6	50.9	52.7		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	40.4	45.0	47.2	48.3	50.4	52.7		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	42.9	46.6	48.5	51.0	51.4	52.8		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	3.34	3.30	3.36	3.43	3.46	3.48	4.0	1.86e	1.86e	:	3.0	
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	87.7	86.1	85.8	85.3	84.5	83.4		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	90.0	89.4	89.0	87.6	87.0	85.7		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	85.4	82.8	82.6	83.0	81.9	81.0		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	123.0	122.8	124.4	125.9	122.9p	122.0p		100.0	100.0p	100.0p		
Unternehmensinvestitionen	16.8	16.9	15.2	15.2	15.4	16.1		18.3	17.1	17.4		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	11.0	11.0b	11.0	11.0	11.0b	:	16.0e	16.0e	:		
	Weiblich	13.0	12.0b	12.0	12.0	11.0b	:	17.0e	17.0e	:		
	Männlich	9.0	10.0b	11.0	11.0	11.0b	:	15.0e	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	6.8	7.0	6.7	6.1	5.5	5.5		13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	7.8	8.1	7.6	6.7	6.2	6.1		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	6.2	6.4	6.3	5.7	5.2	5.1		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	2.8	2.5	2.3	2.3	2.1	2.2		3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	2.7	2.3	2.0	2.0	2.0	1.9		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	2.8	2.7	2.5	2.6	2.3	2.4		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	98.4	106.0	109.0	120.5	114.5	:		90.7	92.7	:		
Energieintensität der Wirtschaft	260.1	263.8	272.2	280.1	272.1	:		208.8	204.9	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	98.7	92.2	93.6	90.5	90.5	86.1		100.1e	104.6e	104.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Schweden

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Mit einem realen BIP-Wachstum von durchschnittlich knapp unter 3 % im vergangenen Jahrzehnt befindet sich Schweden innerhalb der EU in einer guten Position in Bezug auf Pro-Kopf-BIP (115,6 % des EU-Durchschnitts im Jahr 2006), Produktivität und Beschäftigungsniveau. Der Zuwachs der Arbeitsproduktivität liegt geringfügig über dem EU-Durchschnitt. Die Beschäftigungsquote ist eine der höchsten in der EU (72,8 % im Jahr 2006). Das in den letzten Jahren schwache Beschäftigungswachstum hat wieder angezogen und die zuvor steigende Arbeitslosenquote (7,3 % im Jahr 2006) geht langsam zurück.
2. Schweden profitiert derzeit von einem kräftigen Wirtschaftswachstum. Die größten Herausforderungen stellen sich mittel- bis langfristig, vor allem aufgrund der alternden Bevölkerung. Im Rahmen einer stabilitätsorientierten makroökonomischen Politik, einschließlich gesunder und stabiler öffentlicher Finanzen, dürfte die Finanzierung steigender Ausgaben für die soziale Sicherung von einer Erhöhung der in der Gesamtwirtschaft geleisteten Arbeitsstunden abhängen. Obwohl die Beschäftigungsquoten hoch sind, sind sie doch niedriger als früher. Eine Anhebung würde voraussetzen, dass das Arbeitskräfteangebot durch bessere Arbeitsanreize und eine stärkere Einbindung bestimmter Gruppen in den Arbeitsmarkt ausgeweitet wird. Auch ein intensiverer Wettbewerb würde zur Ausschöpfung des Wachstumspotenzials beitragen.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im Nationalen Reformprogramm (NRP) Schwedens für den Zeitraum 2005-2008 wird hervorgehoben, dass ein hohes Niveau der Erwerbsbeteiligung und der geleisteten Arbeitsstunden erreicht und eine wissensbasierte Wirtschaft mit umweltverträglichen Produktionsverfahren gefördert werden muss. Die Kommission hat in ihrem Fortschrittsbericht für 2006 empfohlen, weiterhin auf die Intensivierung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor und die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots zu achten, u.a. durch Anreize im Steuer- und Leistungssystem. Der Umsetzungsbericht 2006, der von der neuen Regierung als aktualisiertes Reformprogramm präsentiert wurde, bestätigt weitgehend die globalen Ziele, legt jedoch stärkeres Gewicht auf weitere Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.
4. Schweden macht gute Fortschritte bei der Umsetzung der Reformagenda. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen bleiben günstig. Schweden kommt mit seiner KMU-Politik gut voran. Die öffentlichen FuE-Ausgaben sollen erhöht werden, so dass die Zielvorgabe von 1 % des BIP erreichbar scheint. Gewisse Fortschritte sind auch in der allgemeinen Wettbewerbspolitik erzielt worden, doch lässt der Wettbewerb im Dienstleistungssektor noch zu wünschen übrig. Allerdings will die neue Regierung in diesem Bereich weitere Maßnahmen ergreifen. Die vorgeschlagenen Änderungen in der steuerlichen Belastung der Arbeit und der Arbeitslosenunterstützung tragen maßgeblich dazu bei, dass sich Arbeit lohnt. Auch

konnte die Zahl der Krankmeldungen reduziert werden, doch bleibt die Zahl der Personen, die über einen längeren Zeitraum krankheitsbezogene Leistungen erhalten oder an Wiedereingliederungsmaßnahmen teilnehmen, immer noch hoch. Es wurden Vorschläge unterbreitet, um die vorhandenen aktiven Arbeitsmarktprogramme zu straffen und effizienter zu gestalten. Weitere Herausforderungen sind eine Anhebung der geringeren Erwerbsbeteiligung von Migranten und die Erhöhung der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden.

5. Generell sind die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen weitgehend eingehalten worden. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch und 2005 gestiegen, aber nahezu alle Jugendlichen erhalten innerhalb der anvisierten sechs Monate ein neues Angebot. Allerdings liegen keine Informationen über die Einrichtung einer einzigen behördlichen Anlaufstelle für die Einstellung des ersten Mitarbeiters vor.
6. Es wurden umfangreiche Konsultationen durchgeführt und große Anstrengungen unternommen, um die Identifizierung mit dem NRP zu fördern. Die politische Sichtbarkeit der Strategie für Wachstum und Beschäftigung wurde dadurch verbessert, dass die Zuständigkeit auf Ministerebene angesiedelt wurde. Das Programm ist dem Parlament vorgelegt worden. Beiträge zum Umsetzungsbericht gingen von den Sozialpartnern einschließlich kommunalen und regionalen Behörden ein. Auch haben Diskussionen mit Vertretern der Zivilgesellschaft stattgefunden. Der nationale strategische Rahmenplan wurde im Einklang mit dem NPR aufgestellt.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICH

Makroökonomische Politik

7. Die im NRP 2005 präsentierte makroökonomische Strategie wurde im Umsetzungsbericht 2006 bestätigt. Ziel dieser Strategie sind tragfähige öffentliche Finanzen innerhalb eines auf nationalen Regeln basierenden Rahmens, eine niedrige und stabile Inflation, garantiert durch die unabhängige Zentralbank, und Lohnabschlüsse in Einklang mit der Produktivitätsentwicklung. Mittel- bis langfristig werden vor allem ein hohes Beschäftigungsniveau und eine Erhöhung der Zahl der in der Gesamtwirtschaft geleisteten Arbeitsstunden angestrebt, um die staatlichen Wohlfahrtsverpflichtungen einhalten zu können. Erreicht werden soll dies durch eine höhere Erwerbsbeteiligung und die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Die Finanzpolitik ist weiterhin darauf ausgerichtet, über den Konjunkturzyklus hinweg einen gesamtstaatlichen Haushaltsüberschuss von durchschnittlich 2 % des BIP mit fortlaufenden nominalen Ausgabenplafonds für jeweils drei Jahre zu erzielen. Der Umsetzungsbericht bestätigt diese nationalen Haushaltsregeln, kündigt aber an, dass eine Überprüfung vorgenommen wird, um sie weiter zu vertiefen.
8. Der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss belief sich 2005 auf 3 % des BIP und dürfte 2006 in derselben Größenordnung liegen. Damit wird die nationale Zielvorgabe eines Überschusses von 2 % des BIP eingehalten. Außerdem hat sich die Finanzlage der lokalen Behörden spürbar verbessert. Die Inflationsrate ist weiterhin niedrig, wenngleich die Zentralbank (Riksbanken) aufgrund eines projizierten Inflationsanstiegs mehrere Zinserhöhungen vorgenommen hat. Die Beschäftigung wächst weiter und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Im Haushalt 2007 wird eine

Änderung des Steuer- und Leistungssystems vorgeschlagen, um die Arbeitsanreize zu verbessern. Die Lohnentwicklungen stehen in Einklang mit den Produktivitätstrends und in dieser Hinsicht wird - angesichts der derzeit günstigen Konjunkturlage - der Ausgang der Lohnrunde des privaten Sektors im Jahr 2007 ein wichtiger Test für die Glaubwürdigkeit des Lohnfindungsrahmens sein.

9. Im NRP 2005 werden laufende Untersuchungen in verschiedenen Bereichen erwähnt, bei denen es u.a. um die Effizienz des sozialen Sicherungssystems und die Aufteilung der Verantwortlichkeiten auf die verschiedenen Regierungsebenen geht. Ebenfalls angekündigt wird, dass die Effizienz des Steuersystems seit der Reform im Jahr 1990/91 generell überprüft werden soll. Der Umsetzungsbericht enthält keine weiteren Informationen darüber, wie weit diese Untersuchungen fortgeschritten sind. Allerdings werden mehrere Maßnahmen und Ziele in Bezug auf das Steuer- und Leistungssystem genannt.
10. Generell ist der stabilitätsorientierte Rahmen fest verwurzelt. Nach den kurzfristigen Perspektiven dürfte Schweden weiterhin seine makroökonomischen Ziele erreichen.

Mikroökonomische Politik

11. Die Regierung möchte den FuE-Bereich durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Zeitraum 2007-2000 stärken. Mit dieser Anhebung der Mittelausstattung würde Schweden dem Ziel von 1 % des BIP für die öffentlichen FuE-Ausgaben nahekommen und wenn weitere Anstrengungen unternommen werden, kann diese Vorgabe effektiv erreicht werden. Maßnahmen zur Verbesserung des regulatorischen Rahmens für den Schutz geistigen Eigentums, insbesondere für kleine Unternehmen sind begrüßenswert. Initiativen wurden ergriffen, um FuE in KMU zu fördern. Allerdings könnte die Rolle von KMU bei FuE und Innovation mehr betont werden, indem forschungsorientierte innovative KMU stärker gefördert und insbesondere Verbindungen zu großen Unternehmen und dem Hochschulbereich unterstützt werden. Eine bessere Abstimmung zwischen industriellen und forschungspolitischen Prioritäten würde auch dazu beitragen, private FuE-Finanzierung zu mobilisieren und die Vermarktung von Hi-Tech-Produkten und Dienstleistungen verbessern. Die Umsetzung der Ende 2005 vorgestellten sechs sektorspezifischen Strategien dürfte hierzu beitragen. Eine klare Abgrenzung der jeweiligen Rolle staatlicher Akteure in FuE und Innovation (Ministerien, Behörden) würde die Kohärenz zwischen politischen Zielen und Umsetzung erleichtern. Eine Überprüfung des bestehenden Kooperationsmodells zwischen öffentlichen und privaten Akteuren wäre ebenfalls zweckdienlich, um die Zusammenarbeit im Rahmen langfristiger Entwicklungsvorhaben zu verbessern.
12. Bei der Schaffung eines günstigeren Unternehmensumfelds durch eine bessere Regulierung ist die Bilanz gemischt: Zwar wurden Vereinfachungsmaßnahmen getroffen und das ehrgeizige Ziel vorgegeben, den Verwaltungsaufwand bis 2010 um mindestens 25 % zu verringern. Allerdings stehen eine Verbesserung des Folgenabschätzungssystems und die Entwicklung eines kohärenteren Ansatzes für eine bessere Rechtsetzung noch immer aus. Um den im internationalen Vergleich schwachen Unternehmergeist zu stimulieren, sind Anstrengungen im Gange mit dem Ziel, den Wettbewerb zu intensivieren, den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern, Steuer- und Versicherungsbeiträge zu senken bzw. abzuschaffen. Des Weiteren sind Maßnahmen vorgesehen, um die unternehmerische Initiative von Frauen, Migranten

und Jugendlichen zu fördern. Neben der Förderung bedarfsorientierter FuE konzentrieren sich die sechs sektorspezifischen Strategien auf Qualifizierung, Test- und Demonstrationsvorhaben, Export- und Investitionsförderung sowie Zusammenarbeit mit der Geschäftswelt, stets mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Industriebasis zu stärken.

13. Im Umsetzungsbericht wird eingeräumt, dass das Wettbewerbsrecht und dessen Anwendung verbesserungsbedürftig sind. Geplant sind Vorschläge für höhere Geldstrafen bei schwerwiegenden Verstößen. Die erwartete Verabschiedung eines neuen Gesetzes für das öffentliche Beschaffungswesen dürfte Abhilfe für einige der (anerkannten) Probleme bei der Direktvergabe schaffen. Die Wettbewerbsbehörde hat empfohlen, dass die Abgabe von Angeboten für öffentliche Aufträge erleichtert, koordinierte Beschaffung eingeschränkt wird und die Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen vereinfacht werden. Allerdings sind weitere Anstrengungen erforderlich, um den Wettbewerb insbesondere im Dienstleistungssektor zu intensivieren. In dieser Hinsicht ist zu begrüßen, dass verstärkt darauf geachtet wird, gleiche Wettbewerbsbedingungen für öffentliche und private Akteure zu sichern.
14. Zur Verbesserung der Effizienz des öffentlichen Sektors und der Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen ist festzustellen, dass die Vorschläge für elektronische Behördendienste (e-Government) geeignet sind, aber mit einem genauen Zeitplan für die Umsetzung einhergehen sollten. Das initiierte Projekt für einen Leistungsvergleich lokaler Verwaltungen in Bezug auf Qualität und Produktivität ist zu begrüßen.
15. Die nachhaltige Ressourcennutzung hat für Schweden weiterhin hohe Priorität. Maßnahmen zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien, klimabezogener Forschung und Investitionen sowie Anreize für Haushalte und Industrie für mehr Energieeffizienz werden mit Anstrengungen kombiniert, die im Laufe der Zeit durch die Förderung umweltfreundlicher Technologien, Brennstoffe und Fahrzeuge zu mehr Wachstum führen könnten.
16. Die Kommission bewertet die Innovations- und IKT-Strategien positiv. Sie tragen nachhaltig zur Förderung des Unternehmertums bei. Obwohl einige ermutigende Fortschritte zur Verbesserung des Unternehmensumfelds und zur Intensivierung des Wettbewerbs festzustellen sind, könnten - nach den Arbeiten der entsprechenden Untersuchungsausschüsse - zusätzliche mikroökonomische Maßnahmen zweckmäßig sein, um einen effektiven Dienstleistungsmarkt zu fördern und die Effizienz öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen

17. Eine Beschäftigungsquote von 80 % und eine Arbeitslosenquote von 4 %, wie im NRP vorgegeben, gelten nicht mehr als offizielle Ziele der Regierung. Der Umsetzungsbericht enthält keine neuen nationalen Beschäftigungsziele, doch die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und der geleisteten Arbeitsstunden bleibt eine Priorität. Der Bericht enthält mehrere Vorschläge, um Arbeit lohnend zu machen und so das Arbeitskräfteangebot zu erweitern. Dauer und Höhe der Arbeitslosenunterstützung werden weiter eingeschränkt, während die Steuern, insbesondere für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen, gesenkt werden, damit Arbeit attraktiver wird. Darüber hinaus wird die Mitgliedschaft in einer

Arbeitslosenversicherungskasse Pflicht und die Beiträge der Beschäftigten werden steigen. Um mehr Anreize für die Einstellung - insbesondere arbeitsmarktferner Personen - zu bieten, hat die Regierung vorgeschlagen, dass der Arbeitgeberbeitrag für Arbeitnehmer abgeschafft wird, die länger als ein Jahr Sozialleistungen erhalten haben sowie für neu eingetrossene Migranten („New Start Jobs“). Um jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, wird eine Sondervergütung für Arbeitgeberbeiträge eingeführt. Angesichts der anhaltend großen Beschäftigungslücke zwischen Migranten und einheimischer Bevölkerung (15 Prozentpunkte im Jahr 2005) und der hohen Arbeitslosenquote junger Menschen sind diese Maßnahmen positiv zu bewerten.

18. Für diejenigen, die 300 Tage lang Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, ist eine Arbeitsplatz- und Entwicklungsgarantie geplant. Zur Erhöhung des Arbeitsanreizes sollen auch das Krankenversicherungssystem geändert und gleichzeitig Maßnahmen für eine aktivere Rehabilitation vorgesehen werden. Die Verpflichtung des Arbeitgebers, 15 % der Leistungen bei Krankheit des Arbeitnehmers nach zweiwöchigem Krankheitsurlaub zu zahlen, wird abgeschafft. Allerdings enthält der Umsetzungsbericht kaum alternative Maßnahmen, um die große Zahl von Personen zu senken, die krankheitsbezogene Leistungen erhalten oder an Wiedereingliederungsprogrammen teilnehmen. Bestimmte aktive Arbeitsmarktprogramme, die sich als unwirksam erwiesen haben, werden eingestellt. Dies könnte kurzfristig zu einem Anstieg der erfassten Arbeitslosigkeit führen. Die nationale Arbeitsverwaltung wird reformiert, um die Abstimmung von Arbeitsplatznachfrage und -angebot zu verbessern.
19. Wenngleich nicht geplant ist, die Arbeitsschutzregelungen generell zu ändern, die im Allgemeinen für gute Arbeitsbedingungen sorgen, indem die Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt mit einem hohen Beschäftigungsniveau gekoppelt wird, will die Regierung doch auf einen Vorschlag zurückkommen, der auf die Gleichbehandlung älterer und junger Arbeitskräfte beim Kündigungsschutz abzielt. Unbefristete Arbeitsverträge sind zwar immer noch die Regel, wenngleich befristete Verträge in größerem Umfang und für längere Perioden beim selben Arbeitgeber zulässig sein werden, um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbreitern. Eine vorgeschlagene Steuersenkung für häusliche Dienstleistungen soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern und die nichtangemeldete Erwerbstätigkeit eindämmen.
20. Beim lebenslangen Lernen schneidet Schweden gut ab. Das Bildungsniveau ist hoch – der Anteil der 22 Jährigen, die zumindest eine höhere Sekundarbildung haben, beträgt 87,8 % und die Beteiligung am lebenslangen Lernen übersteigt den EU-Durchschnitt. Zwar schlägt die neue Regierung nur wenige neue Maßnahmen vor, doch will sie neue Wege erkunden, um Privatpersonen und Arbeitgeber zu ermutigen, Mittel für lebenslanges Lernen bereitzustellen. Die Regierung konzentriert sich darauf, die Qualität des gesamten Bildungssystems zu verbessern, z.B. durch: bessere Qualifikation der Lehrkräfte, Früherkennung von Schülern mit Lernschwierigkeiten, Reform der höheren Sekundarschule mit dem Ziel einer stärkeren Berufsorientierung und Einführung eines neuen Lehrlingsprogramms. Diese Maßnahmen dürften auch zu einem integrationsfördernden Arbeitsplatzmarkt beitragen, indem die Jugendarbeitslosigkeit verringert und die Beschäftigungsdisparität zwischen Migranten und einheimischer Bevölkerung abgebaut wird.

21. In den meisten beschäftigungspolitischen Bereichen schneidet Schweden gut ab. Die vorgeschlagenen neuen Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots sind begrüßenswert, insbesondere die geplante Reform des Steuer- und Leistungssystems, die kurzfristig umgesetzt werden dürfte. Die weitere Erhöhung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, insbesondere bei bestimmten Gruppen – insbesondere Migranten, Personen, die krankheitsbezogene Leistungen erhalten, und jungen Menschen – bleibt eine Herausforderung für Schweden.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

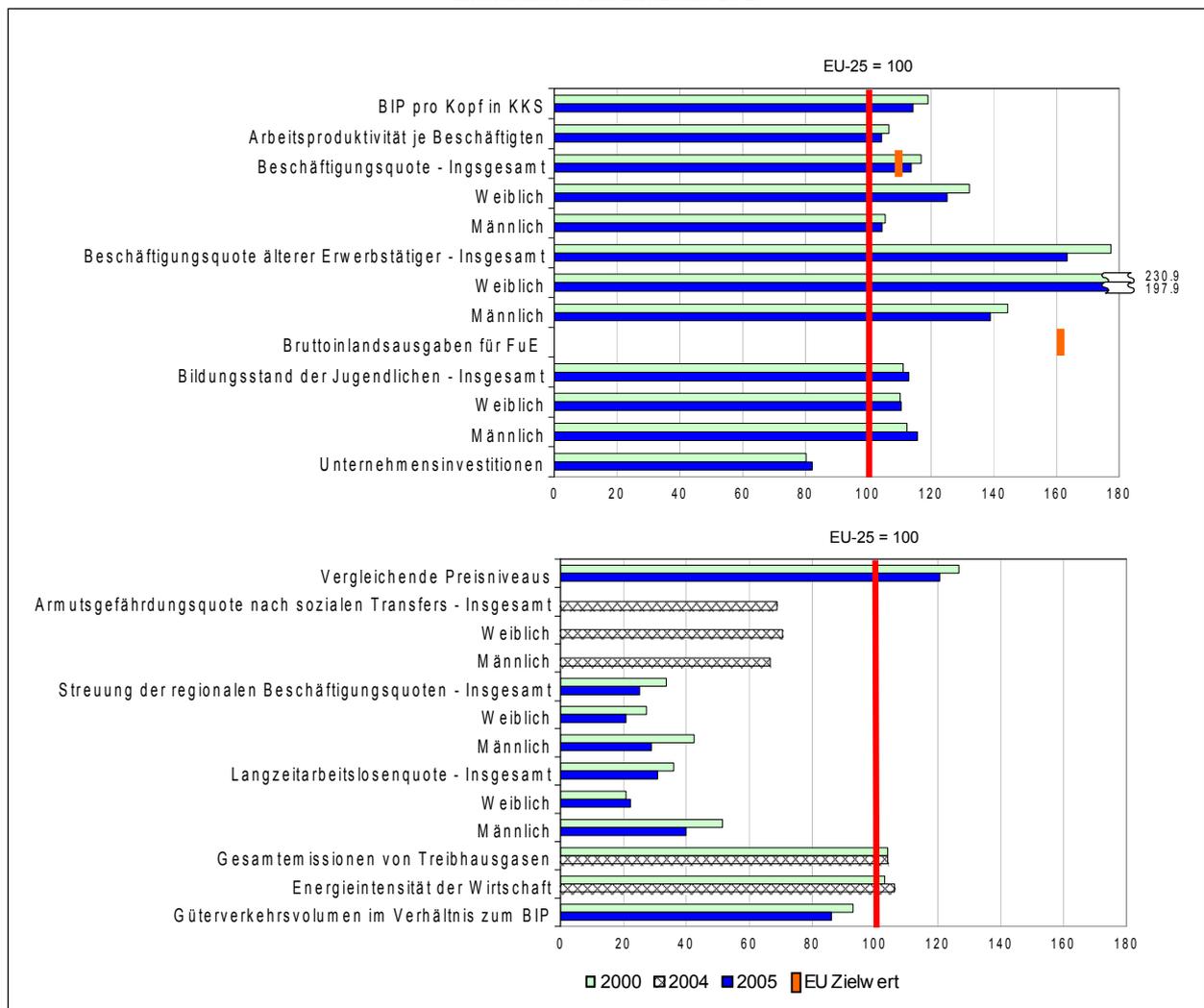
22. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
23. Schweden macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms sehr gute Fortschritte. Die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen werden größtenteils abgehandelt. Der stabilitätsorientierte makroökonomische Rahmen funktioniert gut. Es werden energische Anstrengungen unternommen, um mehr Arbeitsanreize zu schaffen. Erforderlich sind zusätzliche Maßnahmen, um den Wettbewerb im Dienstleistungssektor zu intensivieren.
24. Als Stärken des Nationalen Reformprogramms Schwedens und seiner Durchführung sind zu nennen: die Erhöhung der staatlichen FuE-Investitionen sowie innovationsfördernde Maßnahmen; der energische Ansatz zur Unterstützung unternehmerischer Initiative; das gute Abschneiden bei der nachhaltigen Energienutzung, wo Schweden zu den Spitzenreitern in der EU zählt; Fortschritte bei der Erhöhung des Arbeitskräfteangebots; Maßnahmen, um die Geschäftstätigkeit durch Abschaffung von Steuern und Reduzierung des Verwaltungsaufwands zu vereinfachen und profitabler zu machen sowie Vorschläge für stärkere Arbeitsanreize, insbesondere durch eine Änderung der Arbeitsbesteuerung und der Leistungssysteme.
25. Schweden sollte sich während der Laufzeit des Nationalen Reformprogramms auf Folgendes konzentrieren: Einleitung weiterer regulatorischer Maßnahmen, um den Wettbewerb, vor allem im Dienstleistungssektor zu intensivieren; Umsetzung der geplanten Verbesserungen des Folgenabschätzungssystems; Verfolgung eines kohärenteren Ansatzes für eine bessere Rechtsetzung; Stärkung der Strategie zur Erhöhung von Arbeitskräfteangebot und Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, indem u.a. die Vorschläge für stärkere Arbeitsanreize umgesetzt und energische Maßnahmen getroffen werden, um die Erwerbsquote von Migranten und jungen Menschen zu erhöhen und Personen, die krankheitsbezogene Leistungen erhalten, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

SWEDEN

	SE							EU25					
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert		
BIP pro Kopf in KKS	119.0	115.2	113.6	115.6	116.8	114.4	:	100.0	100.0	100.0	70.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	106.6	102.5	101.4	103.9	106.0	104.3		100.0	100.0	100.0			
Beschäftigungsquote													
Insgesamt	73.0	74.0	73.6	72.9	72.1	72.5b		62.4	63.3	63.8			
Weiblich	70.9	72.3	72.2	71.5	70.5	70.4b		53.6	55.7	56.3			
Männlich	75.1	75.7	74.9	74.2	73.6	74.4b		71.2	70.9	71.3			
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger													
Insgesamt	64.9	66.7	68.0	68.6	69.1	69.4b		36.6	41.0	42.5			
Weiblich	62.1	64.0	65.6	66.3	67.0	66.7b		26.9	31.7	33.7			
Männlich	67.8	69.4	70.4	70.8	71.2	72.0b		46.9	50.7	51.8			
Bruttoinlandsausgaben für FuE	:	4.25	:	3.95	:	3.86		4.0	1.86e	1.86e		:	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen													
Insgesamt	85.2	85.5b	86.7	85.8	86.0	87.5		76.6	77.1	77.5			
Weiblich	87.6	86.8b	88.3	87.2	87.2	88.7		79.5	80.1	80.3			
Männlich	82.8	84.2b	85.2	84.3	84.8	86.4	73.7	74.2	74.7				
Vergleichende Preisniveaus	126.7	117.0	121.1	124.0	121.1p	120.6p	100.0	100.0p	100.0p				
Unternehmensinvestitionen	14.7	14.3	13.3	12.9	13.3	14.3	18.3	17.1	17.4				
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers													
Insgesamt	:	9.0	11.0b	:	11.0b	:	16.0e	16.0e	:				
Weiblich	:	:	12.0b	:	12.0b	:	17.0e	17.0e	:				
Männlich	:	:	10.0b	:	10.0b	:	15.0e	15.0e	:				
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten													
Insgesamt	4.5	4.2	4.6	4.3	4.4	3.0	13.4	12.2	11.9				
Weiblich	5.6	4.6	4.8	4.8	4.3	3.5	20.5	17.3	16.9				
Männlich	4.2	4.0	4.5	4.1	4.8	2.8	9.9	10.2	9.7				
Langzeitarbeitslosenquote													
Insgesamt	1.4	1.0	1.0	1.0	1.2	1.2p	3.9	4.1	3.9				
Weiblich	1.0	0.8	0.8	0.8	1.0	1.0p	4.8	4.7	4.5				
Männlich	1.7	1.2	1.2	1.2	1.4	1.4p	3.3	3.6	3.5				
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	94.4	95.3	96.7	97.9	96.4	:	90.7	92.7	:				
Energieintensität der Wirtschaft	215.0	228.9	224.3	217.1	217.5	:	208.8	204.9	:				
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	93.2	88.9	90.6	90.6	88.9	90.2	100.1e	104.6be	104.7e				

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-25



Vereinigtes Königreich

Bewertung des nationalen Reformprogramms

1. Im Vereinigten Königreich lag die Wachstumsrate des realen BIP im Zeitraum 1996-2000 bei durchschnittlich 2,8 %; für 2006 wird mit einem Wachstum von 2,7 % gerechnet. Die Inflation blieb in diesem Zeitraum durchweg auf einem niedrigen Niveau. 2006 soll die Beschäftigungsquote mit 71,7 % die Zielvorgabe der Lissabonner Wachstums- und Beschäftigungsstrategie für die EU noch übertreffen. Die Arbeitslosenquote ist, auch wenn sie sich der 5,6 %-Marke nähert, immer noch niedrig und blieb 2006 mehr oder weniger stabil. In der untersten Altersgruppe ging die Beschäftigungsquote zurück, da viele länger im Bildungssystem verbleiben; ausgeglichen wurde dies durch die wachsende Zahl von erwerbstätigen Frauen und älteren Arbeitnehmern, die länger einer Beschäftigung nachgehen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat zugenommen. Die Arbeitsproduktivität ist gestiegen; sie war allerdings vorher sehr gering.
2. Das größte Problem für die stetige Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung im Vereinigten Königreich stellt die Produktivität dar. Die Arbeits-, Kapital- und Produktmärkte sind sehr flexibel. Weitere Verbesserungen bei den Qualifikationen auf mittlerem Niveau und bei der FuE-Intensität würden zum Produktivitätswachstum beitragen. Die vorgeschlagene Reform des Rentensystems würde mithelfen, den geringen Anteil der privaten Vorsorge zu steigern und die Beschäftigungsquote unter den älteren Arbeitnehmern anzuheben, und dadurch die künftigen potenziellen Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verringern.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Laut Nationalem Reformprogramm (NRP) für den Zeitraum 2005 bis 2008 sind die größten Herausforderungen für das Vereinigte Königreich: Erhalt der finanziellen Tragfähigkeit angesichts demografischer Herausforderungen, Aufbau eines innovativen, flexiblen Unternehmenssektors, Förderung von Innovation und FuE, Ausbau der Möglichkeiten des Qualifikationserwerbs, Verbesserung der Innovationstätigkeit und Anpassungsfähigkeit bei der Nutzung von Ressourcen sowie Gewährleistung einer fairen Behandlung durch einen modernen, flexiblen Wohlfahrtsstaat. Die Kommission schloss sich in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht 2006 dieser Analyse an. Allerdings gibt es ihrer Ansicht nach einige Punkte, die stärkere Beachtung verdienen, so unter anderem die Haushaltskonsolidierung, die Förderung der FuE-Ausgaben, die Modernisierung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Verbesserung der Qualifizierungs- und Beschäftigungschancen für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen.
4. Das Vereinigte Königreich hat bei der Bewältigung dieser Probleme bereits gute Fortschritte erzielt und ist überall dort, wo Maßnahmen angekündigt waren, auch tätig geworden. Trotz erster Ergebnisse sind jedoch weitere Maßnahmen in den Bereichen FuE, Kinderbetreuung und Qualifizierung sowie bei der Umsetzung der geplanten Rentenreform erforderlich.

5. Der Umsetzungsbericht nimmt Bezug auf die auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates formulierten Prioritäten und erläutert die neuesten Maßnahmen auf diesen Gebieten; so ist es beispielsweise jetzt möglich, innerhalb von 24 Stunden ein Unternehmen zu gründen. Was allerdings fehlt, ist eine Zielvorgabe für die Gesamtinvestitionen in Forschung und Entwicklung für 2010 entsprechend dem Zeitplan für das EU-Gesamtziel von 3 %. Stattdessen hat das Vereinigte Königreich ein Ziel für 2014 festgelegt.
6. Die Abstimmung zwischen den verschiedenen Bereichen der Zentralregierung funktioniert gut. Auch die dezentralen Regierungsstellen in Schottland, Wales und Nordirland wurden, soweit sie selbst betroffen waren, in die Ausarbeitung des Umsetzungsberichts mit einbezogen. Der Bericht wie auch das letztjährige NRP zeigen, dass auf Regierungsebene ein hohes Maß an Kohärenz besteht. Die mittelfristigen Prioritäten bei den Staatsausgaben werden 2007 einer Prüfung unterzogen. Staatliche "Lastenhefte" ('Public Service Agreements'), die die Reformagenda im Vereinigten Königreich flankieren und anhand deren die einzelnen Ministerien überprüft werden, sollen im Einklang mit den zentralen Zielen der Lissabonner Wachstums- und Beschäftigungsstrategie eingeführt werden. Zu zahlreichen politischen Themen unterschiedlichster Art fanden umfassende Konsultationen statt; dazu gehörte auch die Herausgabe einer Reihe von Grün- und Weißbüchern zu größeren Reformvorhaben. Zum Umsetzungsbericht selbst fanden ein Seminar mit den Stakeholdern und eine webgestützte Befragung statt. Der Umsetzungsbericht verweist an mehreren Stellen auf den Beitrag der EU-Strukturfonds. Er enthält ferner Querverweise zur kürzlich erfolgten Anhörung zum strategischen Rahmenplan ('National Strategic Reference Framework') des Vereinigten Königreichs für die Verwendung der EU-Strukturfonds.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Im makroökonomischen Bereich gelten die Rentenreform sowie die Qualität und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als besondere Herausforderungen. Die bisherigen Grundzüge der Geld- und Finanzpolitik werden im Umsetzungsbericht erneut bekräftigt. Der Bericht konzentriert sich auf bestimmte Aspekte der Ausgabenpolitik und den bestehenden Zusammenhang mit den Zielen der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie. Er stellt auch die Reformvorschläge der Regierung zum Rentensystem vor. Auf die geplante, aber noch nicht umgesetzte Haushaltskonsolidierung wird im NRP hingegen nicht näher eingegangen.
8. Die Vorschläge zur Rentenreform sehen eine Anhebung und Erweiterung der staatlichen Rente bei gleichzeitiger Heraufsetzung des Renteneintrittsalters sowie stärkere Anreize für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben und eine private Vorsorge vor. Es handelt sich hierbei um eine weit reichende Reform, die mit dazu beitragen würde, die Gefahr leerer Rentenkassen zu verringern, ohne die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sehr aufs Spiel zu setzen. Einige Aspekte der Reformvorschläge bedürfen noch der näheren Erläuterung. So sollen beispielsweise die Reformen zur Förderung der privaten Altersvorsorge demnächst in einem Weißbuch erläutert werden. Inwieweit die Rentenreformen tatsächlich eine

Verhaltensänderung bewirken, wird sich zwangsläufig erst dann sagen lassen, wenn sie in die Tat umgesetzt sind.

9. Der Umsetzungsbericht prüft die Fortschritte bei den Maßnahmen, mit denen die Effizienz der staatlichen Ausgabenpolitik verbessert soll, etwa bessere Verwaltung des Staatsvermögens und kostensparende Umsetzung öffentlicher Bediensteter aus dem Südosten des Landes in andere Regionen. Dabei wird auch angegeben, anhand welcher Kriterien die Fortschritte bemessen wurden, nicht ohne jedoch auf die damit verbundenen Risiken sowie auf die Notwendigkeit stringenterer Bemessungsmethoden hinzuweisen.
10. In dem Bericht wird auch auf eine Reihe von Studien Bezug genommen, die die Grundlage bilden sollen für die Mittelzuweisungen in der von der Regierung des Vereinigten Königreichs 2007 zu erstellenden finanziellen Vorausschau ('Comprehensive Spending Review'). Dieser strategische, faktengestützte Ansatz ist zu begrüßen, da in der Ausgabenpolitik Prioritäten gesetzt werden müssen. Trotz eines leichten Aufwärtstrends bei den öffentlichen Finanzen seit Vorlage des letztjährigen Reformprogramms wird das Vereinigte Königreich ihre mittelfristige Haushaltskonsolidierung wie derzeit geplant fortsetzen müssen. Damit die Steuerlast nicht ansteigt, müssen die Ausgaben gedrosselt werden. Das Vereinigte Königreich hat erkannt, dass schrittweise mehr Wohnraum bereitgestellt werden muss, um mittelfristig die angespannte Lage auf dem Immobilienmarkt zu verbessern, weil andernfalls negative Auswirkungen auf die Wachstumschancen zu befürchten sind.
11. Insgesamt gesehen ist im makroökonomischen Bereich ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen. Die mittelfristige Haushaltskonsolidierung muss fortgesetzt werden, aber dennoch ist die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen derzeit kaum gefährdet. Ein Risikofaktor müsste mit der erfolgreichen Umsetzung der geplanten Rentenreform eigentlich wegfallen, die dazu beitragen soll, den derzeit geringen Anteil der privaten Vorsorge anzuheben und die Lebensarbeitszeit älterer Arbeitnehmer zu verlängern.

Mikroökonomische Politik

12. Im mikroökonomischen Bereich werden FuE und Innovation sowie die Förderung des Unternehmertums als *die* zentralen Herausforderungen angesehen.
13. Bei der Umsetzung, Überwachung und Aktualisierung des auf zehn Jahre angelegten Investitionsrahmens für Wissenschaft und Innovation ('Science and Innovation Investment Framework') konnte das Vereinigte Königreich Fortschritte erzielen. Das besondere Augenmerk galt dabei der Aufrechterhaltung hoher Standards in Forschung und Lehre und der Umsetzung der Technologiestrategie des Vereinigten Königreichs. Derzeit wird geprüft, ob das Maßnahmenpaket noch erweitert werden soll. Hieran führt kein Weg vorbei, wenn die Regierung ihr selbst gestecktes Ziel, bis 2014 die FuE-Quote auf 2,5 % des BIP zu schrauben, erreichen will. Für 2010 fehlen genaue Zielvorgaben. Bei der Festlegung der Ausgabenpolitik und finanzpolitischen Prioritäten für die Zeit nach 2008 ist daher darauf zu achten, dass mehr Anreize für Innovationen und für Investitionen des privaten Sektors in FuE geschaffen und Forschung und Entwicklung auf regionaler Ebene stärker gefördert werden. Die Förderung von Innovationsclustern, grenzüberschreitender Zusammenarbeit und

Wissenstransfer wird angegangen und mit Politikmaßnahmen zur Belebung der Nachfrageseite auf regionaler und nationaler Ebene kombiniert. Allerdings müssen die betreffenden Maßnahmen noch stärker in ein klares und stimmiges Gesamtkonzept eingebunden werden. Das Vereinigte Königreich will dies über den Technology Strategy Board erreichen, der mit den entsprechenden Stellen zusammenarbeitet.

14. Die angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, zur Förderung des Unternehmertums und zur Vereinfachung des Regelwerks ('better regulation') sind ebenfalls in Angriff genommen worden. Besonders hervorzuheben ist die Art und Weise, wie die Erziehung zu unternehmerischem Denken in den schulischen Alltag integriert wurde. Die für die Anmeldung eines Unternehmens erforderliche Mindestzeit wurde auf 24 Stunden gesenkt, wenngleich die MwSt-Registrierung nach wie vor zeitaufwändig ist. Die zentralen Anlaufstellen für Unternehmensgründer sind nützlich, könnten aber noch stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Die Maßnahmen, die die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an öffentlichen FuE-Aufträgen erleichtern sollen, sind begrüßenswert. Der Zugang von KMU zu kleineren öffentlichen Aufträgen wurde durch ein Webportal verbessert, das Anbieter und öffentliche Auftraggeber zusammenführt.
15. Die Mittel zur Finanzierung der Schienenwege sind deutlich aufgestockt wurden. Die Londoner City-Maut ist ein Erfolg und die prioritären Projekte im Rahmen des transeuropäischen Verkehrsnetzes machen Fortschritte. Außer im Südosten hat die Verkehrsinfrastruktur aber immer noch Lücken, besonders was den verkehrstechnischen Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten in bestimmten Gegenden angeht. Die Umsetzung der kürzlich vorgestellten Eddington-Studie über die langfristigen Auswirkungen verkehrspolitischer Entscheidungen bietet Gelegenheit, dieses Problem in Angriff zu nehmen.
16. Bei der Öffnung des Energiemarktes nimmt das Vereinigte Königreich eine Spitzenposition ein. Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit sind die Kernthemen der energiepolitischen Vorausschau ('Energy Review') vom Juli 2006 und die Förderung erneuerbarer Energien ist Teil des Klimawandelprogramms 2006. Verbesserungswürdig sind hingegen noch die Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung von Umwelttechnologien sowie zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Die jüngsten Empfehlungen der Stern-Studie zum Klimawandel sind dabei nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für andere Mitgliedstaaten relevant. Die Umsetzung dieser Empfehlungen wäre ein extrem wichtiger Schritt nach vorn.
17. Große Fortschritte wurden auf dem Weg zu einer besseren Rechtsetzung gemacht. Das ehrgeizige Projekt der Status-quo-Messung des in Rechtsvorschriften enthaltenen Verwaltungsaufwands kann als Vorbild für ähnliche Messungen in der EU dienen. Die unlängst veröffentlichte Davidson-Studie liefert zudem Beispiele dafür, wie EU-Rechtsvorschriften auf nationaler Ebene effizienter und mit geringerem Verwaltungsaufwand umgesetzt werden können. Auch im Bereich der Wettbewerbspolitik, die gut funktioniert, geht die Entwicklung im Hinblick auf die Schaffung offener, dynamischer Märkte zum Nutzen der Verbraucher weiter. Die Umsetzung des EU-Aktionsplans auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen ist weit gediehen, wohingegen im Rahmen der Frequenzen-Überprüfung auf die Schaffung

von mehr Wettbewerb und Innovationen im Bereich der elektronischen Kommunikation geachtet werden sollte.

18. Im Bereich der Mikroökonomie sind somit auf allen Gebieten Fortschritte erzielt worden. Wenn das Vereinigte Königreich jedoch das selbst gesteckte Ziel in Bezug auf die FuE-Intensität erreichen will, muss es die Maßnahmen umsetzen, die derzeit erwogen werden, um die Innovations- und die Investitionsbereitschaft des privaten Sektors in FuE zu erhöhen. Was das Ziel einer besseren Rechtsetzung betrifft, kann das Vereinigte Königreich - insbesondere in Bezug auf risikobasierte Ansätze für die Durchsetzung - als Beispiel dafür gelten, wie viele neue Initiativen, die sich auf sämtliche Politikbereiche erstrecken, erfolgreich auf den Weg gebracht werden können.

Beschäftigungspolitik

19. Im Mittelpunkt des NRP standen die Eröffnung neuer Chancen für Bevölkerungsschichten mit geringer Beschäftigungsquote sowie die Anhebung des Qualifikationsniveaus unter den Arbeitskräften.
20. Die britische Regierung strebt eine Beschäftigungsquote von 80 % an, die ihrer Ansicht nach für eine erfolgreiche Bekämpfung von Armut und die Verbesserung der sozialen Integration unabdingbar ist. Das NRP verweist in diesem Zusammenhang auf den Bericht über Sozialschutz- und Integrationsstrategien ('National Report on Strategies for Social Protection and Social Inclusion'). Die wichtigste Entwicklung seit Bestehen des NRP war die Gesetzesvorlage zur Reform des staatlichen Fürsorgesystems. Danach soll die Höhe der Sozialleistungen infolge Erwerbsunfähigkeit von den Bemühungen um eine neue Stelle abhängig gemacht werden; flankiert werden soll diese Maßnahme durch ein größeres Dienstleistungsangebot, das den Menschen den Weg zurück auf den Arbeitsmarkt ebnen soll. Das Wiedereingliederungsprogramm *Pathways to Work* wurde nach einer ausgedehnten Pilotphase erweitert. Für Alleinerziehende soll es eine Regelung geben, die einerseits die aktive Stellensuche belohnt und andererseits die Beziehung der Leistungen an neue Bedingungen knüpft. Ferner gab es Vorstöße zur Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppen mit niedriger Beschäftigungsquote, vor allem von gering qualifizierten Arbeitslosen, sowie zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit in bestimmten Gebieten und zur Verbesserung der Gesundheit am Arbeitsplatz. In den meisten Fällen erfolgt dabei eine Umverteilung von Mitteln anstelle von Extraausgaben. Zwar hat die Jugendarbeitslosigkeit im Vereinigten Königreich im vergangenen Jahr zugenommen, bewegt sich dort aber dank der Wirksamkeit bestehender Programme immer noch auf einem relativ niedrigen Niveau. Die Regierung möchte den Anteil älterer Arbeitnehmer an der Arbeitnehmerschaft um eine Million erhöhen und bedient sich zu diesem Zweck einer Politik, die Anreize mit anderen Maßnahmen kombiniert. Vor kurzem trat das Gesetz gegen Diskriminierung aus Altersgründen in Kraft. Bei der Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten wurden gute Fortschritte erzielt, wobei allerdings die Ausgangssituation sehr zu wünschen übrig ließ; weitere Fortschritte sind daher nötig. Anerkannt ist ferner, dass es zusätzlicher Maßnahmen bedarf, um das bestehende große Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu verringern.

21. Laut NRP besteht das Ziel der Reformagenda darin, den Menschen quer durch alle Lebensabschnitte hindurch durch flexible und gleichzeitig gerechte Maßnahmen Sicherheit zu bieten. Die geplante Rentenreform, vor allem die Vorschläge zur Ausweitung der privaten Vorsorge und zur Förderung des lebenslangen Lernens, sollen gleichermaßen mehr Flexibilität und Beschäftigungssicherheit bringen.
22. In den letzten Jahren wurde eine Grundqualifizierungsstrategie entworfen. Die Programme für Arbeitslose, denen es an Basisqualifikationen fehlt, sowie – in England – für Beschäftigte mit Qualifikationsdefiziten sind immer vergangenen Jahr ausgedehnt worden. Die Strategie für Qualifikationen auf mittlerem Niveau in England wird derzeit grundlegend überarbeitet; hierzu gehören neue Finanzierungsmechanismen, eine Reform der Lehrpläne und Qualifikationsinhalte, ein Grünbuch über weiterführende Bildungsmaßnahmen und eine mögliche stärkere finanzielle Unterstützung des Einzelnen. Der Schwerpunkt der staatlichen Förderung liegt jedoch weiterhin auf der Vermittlung von Basisqualifikationen und Grundlagenwissen. Ausgehend von einer früheren Studie ist man jetzt dabei, Vorschläge für weiterführende Bildungsanstalten (*Further Education Colleges*) umzusetzen. Die neuen Qualifikationen, die derzeit entwickelt werden, sollen die Flexibilität erhöhen, aber dabei ist auf Klarheit zu achten, damit sowohl der Einzelne als auch die Arbeitgeber von der Maßnahme profitieren. Die neuen Maßnahmen zur Förderung der Weiterbildung dürften, sofern die entsprechenden Mittel hierfür bereit gestellt werden, positive Impulse auslösen.
23. Insgesamt gesehen sind die im letzten Jahr festgestellten beschäftigungspolitischen Probleme mit einem ausgewogenen Maßnahmenbündel und breit angelegten Konsultationen in den Bereichen, in denen grundlegende Reformpläne bestehen – bei den Sozialleistungen, den Renten und der allgemeinen Weiterbildung - erfolgreich angegangen worden. Wie allerdings aus dem Leitch-Bericht über den Stand der Weiterbildung und Kompetenzentwicklung hervorgeht, muss selbst bei Erreichen der Zielvorgaben noch mehr getan werden, damit das Vereinigte Königreich seine Ziele bei der Verbesserung der mittleren Qualifikationen im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften in vollem Umfang erreicht.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

24. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
25. Das Vereinigte Königreich macht bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms und der vom Europäischen Rat im Frühjahr 2006 eingegangenen Verpflichtungen gute Fortschritte. Auf allen strategisch wichtigen Gebieten, vor allem im mikroökonomischen Bereich und in der Beschäftigungspolitik, wurden solide Fortschritte gemacht. Im makroökonomischen Bereich warten Haushaltskonsolidierung und Rentenreform, die im Entwurf bereits fertig sind, noch auf ihre konkrete Umsetzung. Alle wichtigen Akteure wurden besser in die Reformprozesse eingebunden.
26. Besondere Stärken der Reformarbeit des Vereinigten Königreichs sind die Förderung des Unternehmertums, die Bemühungen um eine bessere Rechtsetzung und die

Neugestaltung des staatlichen Fürsorgesystems. Viele andere Reformen wurden bereits erfolgreich abgeschlossen, etwa die Öffnung der Energiemärkte, die Erhöhung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und die Einführung von Mautgebühren wie der Londoner City-Maut zur Verkehrsentlastung. Neue Wege wurden auch beschritten, um die Solidität der staatlichen Ausgabenpolitik zu verbessern; die diesbezüglichen Reformen laufen noch.

27. In folgenden Bereichen des britischen Reformprogramms hat die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität: Verbesserung des Qualifikationsniveaus im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften und Einleitung weiterer Maßnahmen gegen Benachteiligung und Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass das Vereinigte Königreich:
 - Grundkompetenzen und darauf aufbauende Kompetenzen mittleren Niveaus erhöht, um die Produktivität zu steigern, und die Beschäftigungsaussichten für besonders benachteiligte Personengruppen verbessert.
28. Außerdem muss das Vereinigte Königreich während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: Es muss sicherstellen, dass die Vorschläge zur Rentenreform auch tatsächlich umgesetzt werden; es muss schrittweise mehr Wohnraum bereit stellen, um mittelfristig die angespannte Lage bei den Immobilienpreisen zu verbessern, weil andernfalls negative Auswirkungen auf die Wachstumschancen zu befürchten sind; es muss seine Wissenschafts- und Innovationsstrategie umsetzen, wobei es sich zudem ein mittelfristiges Ziel für 2010 setzen und Maßnahmen ergreifen sollte, um die Innovations- und die Investitionsbereitschaft des privaten Sektors im Bereich von Forschung und Entwicklung weiter zu erhöhen, und es sollte für eine Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots sorgen.

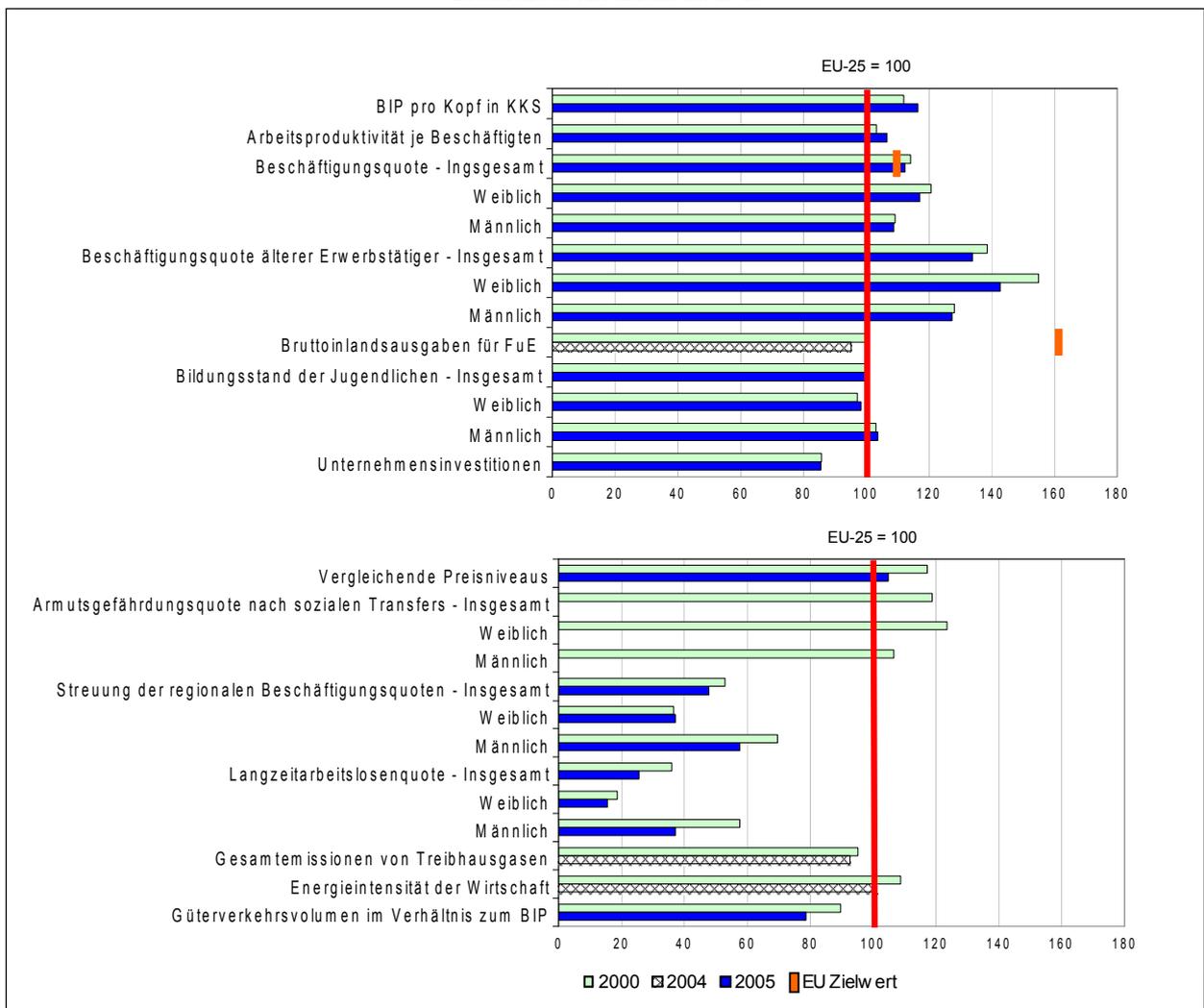
TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

VEREINIGTES KÖNIGREICH

	UK							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	112.0	113.1	116.0	116.4	117.1	116.5f	:	100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	103.4	104.9	107.3	107.0	107.2	106.6		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote							:				70.0
Insgesamt	71.2	71.4	71.3	71.5	71.6	71.7		62.4	63.3	63.8	
Weiblich	64.7	65.0	65.2	65.3	65.6	65.9		53.6	55.7	56.3	
Männlich	77.8	78.0	77.6	77.7	77.8	77.6		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	50.7	52.2	53.4	55.4	56.2	56.9		36.6	41.0	42.5	
Weiblich	41.7	43.0	44.5	46.3	47.0	48.1		26.9	31.7	33.7	
Männlich	60.1	61.7	62.6	64.8	65.7	66.0		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.86	1.87	1.89	1.88	1.77e	:	2.5 (2014)	1.86e	1.86e	:	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	76.6	76.9	77.1	78.7	77.0	78.2		76.6	77.1	77.5	
Weiblich	77.3	78.4	77.6	78.9	78.0	78.9		79.5	80.1	80.3	
Männlich	75.9	75.4	76.6	78.4	76.0	77.4		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus	117.3	114.3	110.7	103.8	105.6p	104.9p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen	15.7	15.2	15.1	14.3	14.6	14.9		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	19.0	18.0	18.0	18.0	:	:		16.0e	16.0e	:	
Weiblich	21.0	19.0	19.0	19.0	:	:		17.0e	17.0e	:	
Männlich	16.0	17.0	17.0	17.0	:	:		15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	7.1	6.8	6.6	6.1	5.8	5.7		13.4	12.2	11.9	
Weiblich	7.5	7.2	7.0	6.7	6.5	6.3		20.5	17.3	16.9	
Männlich	6.9	6.6	6.5	5.8	5.7	5.6		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	1.4	1.3	1.1	1.1	1.0	1.0		3.9	4.1	3.9	
Weiblich	0.9	0.8	0.7	0.7	0.6	0.7		4.8	4.7	4.5	
Männlich	1.9	1.7	1.4	1.4	1.2	1.3		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	86.4	87.4	84.9	85.7	85.9	:		90.7	92.7	:	
Energieintensität der Wirtschaft	227.3	223.7	214.5	212.1	207.2	:		208.8	204.9	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	89.8	87.3	85.5	84.7	84.1e	82.4e		100.1e	104.6be	104.7e	

* Nationaler Zielwert: 80% gemäß der nationalen Definition

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25



Länder des Euroraums

Bewertung der nationalen Reformprogramme

1. Die Wirtschaftsleistung hat sich in der Eurozone 2006 beträchtlich verbessert: das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich von 1,4% im Vorjahr auf 2,6%, und die Arbeitslosigkeit ging von 8,6% im Jahr 2005 auf 7,8% (Stand vom September 2006) zurück. Da fast drei Viertel der Wirtschaftstätigkeit in der EU-25 auf die Eurozone entfallen, hat diese Verbesserung erhebliche Auswirkungen auf die Wachstumsentwicklung der EU insgesamt. Diese positiven Entwicklungen scheinen nicht nur auf konjunkturelle Gründe zurückzugehen. Insbesondere das widerstandsfähige Beschäftigungswachstum in Verbindung mit einem substanziellen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2006 deutet auf einige strukturelle Verbesserungen in der Funktionsweise der Arbeitsmärkte hin.

2. Der Euro hat seinen Mitgliedstaaten in den vergangenen acht Jahren wirtschaftliche Stabilität gebracht und sie vor Wechselkurssturbulenzen geschützt. Neben günstigen Zinssätzen war es für die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets von Vorteil, dass sie aufgrund der kombinierten Auswirkungen von WWU und Binnenmarkt enger miteinander verflochten und voneinander abhängig waren. Während die WWU zweifellos ein Erfolg war, geht die Kommission in einer Beurteilung jüngerer Datums² davon aus, dass Wirtschaftspolitik und Governance-Strukturen noch nicht vollständig angepasst sind, um aus der Währungsunion den vollen Nutzen zu ziehen. Dies erfordert eine breite Palette politischer Maßnahmen: die Mitgliedstaaten des Euro-Gebietes müssen eine vorsichtiger nationale Finanzpolitik betreiben, die Waren- und Dienstleistungsmärkte flexibler gestalten, die Verflechtung der Finanzmärkte beschleunigen und Tarifverhandlungssysteme fördern, die die Auswirkungen der Währungsunion widerspiegeln. Derartige politische Maßnahmen gelten nicht nur für das Euro-Gebiet. Sie bilden vielmehr den Kern der Strategie für Beschäftigung und Wachstum für die gesamte EU. Für das Euro-Gebiet muss der Schwerpunkt der Strategie jedoch auf Reformen liegen, die insbesondere auf das reibungslose Funktionieren der Währungsunion abzielen, d.h. Reformen, die gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Gebietes nicht länger unabhängigen Gebrauch von Zins- oder Wechselkurspolitik machen, indem sie alternative Instrumente entwickeln, die ihren jeweiligen Volkswirtschaften dabei behilflich sind, wirtschaftliche Erschütterungen und Wettbewerbsdruck abzufedern.

TEIL I - ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Bei der Beurteilung der Reformprioritäten hat die Kommission an die Mitgliedstaaten des Euro-Gebiets appelliert, größere Aufmerksamkeit auf Maßnahmen zu richten, die die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen stärken. Insbesondere sollte der Aufwärtstrend bei der Schuldenquote umgekehrt werden. Einige Mitgliedstaaten wurden ausdrücklich aufgefordert, dauerhaftere Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. Maßnahmen im Bereich FuE und Innovation, Wettbewerb im Dienstleistungsbereich und ein besseres Funktionieren des

² Siehe die Ausführungen zur Stärkung der Anpassungsfähigkeit der Eurozone, in: Die Wirtschaft der EU: Bilanz 2006, Mitteilung der Kommission - KOM(2006) 714.

Binnenmarktes sowie eine verbesserte Anpassungsfähigkeit wurden als die Punkte angegeben, die im Hinblick auf ein reibungsloseres Funktionieren des Euro-Gebiets weitere Aufmerksamkeit verlangen.

4. Insgesamt haben die Mitgliedstaaten der Eurozone auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 angemessen reagiert, obwohl in einigen Mitgliedstaaten noch weiterer Handlungsbedarf besteht. Bei der Haushaltskonsolidierung wurden 2006 im Euro-Gebiet Fortschritte erzielt. Im Hinblick auf die von den Staats- und Regierungschefs bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 genannten vorrangigen vier Bereiche wurden die größten Fortschritte im Bereich "FuE und Innovation" sowie "Erschließung des Unternehmenspotenzials" erzielt. Weniger verbreitet waren Maßnahmen in den Bereichen „Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für prioritäre Bevölkerungsgruppen“ und „Energie“.
5. Der Europäische Rat hat im Frühjahr 2006 festgestellt, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik stärker koordinieren müssen. Um zu höherem Wachstum und mehr Beschäftigung nach einer Phase schwächerer Wirtschaftsleistung zu gelangen, sowie um in die Lage versetzt zu werden, sich reibungslos auf die sich wandelnden wirtschaftlichen Bedingungen und den Wettbewerbsdruck einzustellen, hat der Rat ferner festgestellt, wie wichtig tragfähige Haushalte und Strukturreformen für die Mitgliedstaaten des Euro-Gebiets sind. Dies muss jedoch in einen umfassenderen EU-weiten Zusammenhang gestellt werden, damit die Wahrung der zentralen, sich deckenden Interessen der Mitgliedstaaten durch gezielte politische Anstrengungen der Partner in der Währungsunion gefördert und nicht beeinträchtigt wird. Ein besser funktionierendes Euro-Gebiet kommt allen EU-Mitgliedstaaten zugute, nicht zuletzt Ländern, die der Währungsunion noch nicht beigetreten sind, aber für die der Euro nach wie vor ein wichtiger politischer Anker ist. Insgesamt befassen sich die Nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten mit den meisten wichtigen Reformbereichen, die für mehr Wachstum und Beschäftigung notwendig sind. Allerdings könnte in einigen Fällen der besonderen Dimension von Strukturreformen, die zur Gewährleistung eines reibungslosen Funktionierens des Euro-Gebiets besonders wichtig sind, mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

TEIL II - BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

6. Die Mitgliedsstaaten des Euro-Gebiets verfügen über eine gemeinsame Währungspolitik und Wechselkurse. Der nationalen Finanzpolitik kommt daher eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung des währungspolitischen Ziels zu, die Preisstabilität zu erhalten. Durch die Erlangung einer soliden Haushaltslage wird ebenfalls sichergestellt, dass die Länder über den erforderlichen finanziellen Spielraum verfügen, um Wachstumsschwankungen im Konjunkturzyklus zu bewältigen. Dies trägt auch zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen angesichts der Bevölkerungsalterung bei. In dieser Richtung werden Fortschritte erzielt. Das Haushaltsdefizit im Euro-Gebiet insgesamt dürfte von 2,4% des BIP in 2005 auf 2,0% in 2006 und 1,5% in 2007 sinken. Diese Anpassungen dürften etwas stärker ausfallen als in der EU-25 vorgesehen. Gleichwohl scheinen die Länder des Euro-Gebiets die günstigeren Wirtschaftsbedingungen nicht vollständig zu nutzen, um ihre

mittelfristigen Ziele im Hinblick auf das öffentliche Defizit rascher zu erreichen. Während derzeit sechs Mitgliedstaaten des Euro-Gebiets bereits die mittelfristigen Ziele erreicht haben, dürften einige ihr mittelfristiges Ziel innerhalb der Laufzeit ihres Stabilitätsprogramms erreichen. Fünf Mitgliedstaaten müssen noch einen Termin für die Erreichung dieses Zieles festlegen. Es ist dennoch beruhigend, dass die Euro-Länder mit den höchsten Haushaltsdefiziten voraussichtlich 2006 und/oder 2007 relativ starke Verbesserungen in den strukturellen Haushaltssalden aufweisen werden. Auf der Einnahmenseite profitierten die Mitgliedstaaten von sprudelnden Steuereinnahmen, während sie auf der Ausgabenseite sowohl strengere Kontrollen als auch Ausgabenkürzungen in Angriff nahmen.

7. Als besondere Stärke der Reformprogramme der Euro-Länder galt im vergangenen Jahr die Betonung der Bemühungen um eine Verbesserung der langfristigen Haushaltskonsolidierung, insbesondere im Bereich der Altersversorgung. 2006 wurden Maßnahmen zur Reformierung des Renten- und Gesundheitswesens in vielen Ländern durchgeführt oder angekündigt, darunter auch in solchen, die mittelgroße oder große Risiken für die langfristige Stabilität aufweisen.
8. Das Lohnwachs wurde 2005 und 2006 erneut begrenzt. Im gesamten Gebiet stiegen die Lohnstückkosten um rund 1%, was dem Preisstabilitätsziel entsprach. Zwei Aspekte der Lohnentwicklung im Euro-Gebiet lassen jedoch anhaltende Wachsamkeit geraten scheinen. Zunächst gab es in einigen Ländern überdurchschnittliche Lohnzuwächse, die die Produktivitätszuwächse überstiegen: falls diese Entwicklungen anhalten, können sie zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern des Euro-Gebiets führen. Ferner scheinen sich die Löhne in vielen Ländern des Euro-Gebietes nur langsam an die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Manchmal sind die Löhne nicht ausreichend an die Produktivitätsentwicklungen auf sektoraler oder lokaler Ebene angebunden. Insgesamt dürften die Löhne eine wichtigere Rolle bei der Anpassung der Volkswirtschaften spielen. Dem Lohnsetzungsprozess in den Ländern des Euro-Gebiets muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Viele Länder haben sich bemüht, diese Fragen anzusprechen, in den meisten Fällen durch Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten, die häufig spezielle Gruppen wie die Geringverdiener zum Ziel hatten. Mehr Aufmerksamkeit sollte auch der Rolle der regionen- und berufsgruppenübergreifenden Mobilität der Arbeitnehmer als Anpassungsmechanismus im Euro-Gebiet gewidmet werden.
9. Während die makroökonomische Politik insgesamt dazu beiträgt, die Stabilität im Euro-Gebiet zu stärken und die Bedingungen für ein höheres Wachstumspotential zu schaffen, stehen die Länder des Euro-Gebiets heute vor der Aufgabe, das günstige Wirtschaftsklima zu nutzen, um mit der Haushaltskonsolidierung und den Strukturreformen weiter voranzukommen.

Mikroökonomische Politik

10. Strukturreformen können durch eine Abschwächung der Wachstumsbremsen und der Ursachen von Inflationsdruck dazu beitragen, dass die Zinsen niedrig bleiben und die richtigen Anreize für produktive Investitionen und nachhaltigen Verbrauch geschaffen werden, und somit die Stabilität der Volkswirtschaft und die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen positiv beeinflussen. Strukturreformen können auch durch eine Neuverteilung der Ressourcen unter Unternehmen und

Wirtschaftszweigen die Fähigkeit einer Volkswirtschaft verbessern, mit sich verändernden Wirtschaftsbedingungen umzugehen. Alle in der Strategie für Beschäftigung und Wachstum empfohlenen Maßnahmen auf der mikroökonomischen Ebene sollen offene und wettbewerbsfähige Waren- und Dienstleistungsmärkte gewährleisten und sind für die Stärkung des Wachstums- und Arbeitsplatzpotenzials unerlässlich. Zwei Reformbereiche sind für die Eurozone jedoch von besonderer Bedeutung: Zum einen könnte ein intensiverer Wettbewerb im Dienstleistungssektor zu mehr Preisflexibilität führen. Zum zweiten würde eine weitergehende Integration der Finanzmärkte die Haushalte und Unternehmen in die Lage versetzen, Investitionen und Verbrauch besser zu finanzieren, und den Euroraum damit weniger anfällig für wirtschaftliche Schocks machen.

11. Bei der Verbesserung der Dienstleistungsmärkte in der Eurozone wurde mit der Annahme der Dienstleistungsrichtlinie 2006 ein bemerkenswerter Fortschritt erzielt. Ihr sollte insbesondere in den Euro-Ländern eine schnelle Umsetzung folgen, damit mehr Dienstleistungen zu Handelsgütern und damit für mehr Wettbewerb offen werden. Viele Mitgliedstaaten gehen die Wettbewerbsproblematik in Dienstleistungsbranchen an, die mit Netzen operieren (insbesondere Gas und Strom, aber auch elektronische Kommunikation). In vielen Ländern sind aber noch größere Anstrengungen beispielsweise bei der Trennung von Netzbetrieb und Versorgung und in Bezug auf die Ressourcen und die Unabhängigkeit der Regulierungsinstanzen erforderlich. Im Hinblick auf den Wettbewerb im Dienstleistungssektor machen viele Mitgliedstaaten Fortschritte im Schlüsselbereich der freien Berufe, wohingegen in anderen Mitgliedstaaten noch großer Nachholbedarf besteht. Zahlreiche Mitgliedstaaten der Eurozone haben politische Maßnahmen zur Förderung von FuE und Innovation und zur Schaffung eines unternehmensfreundlicheren Umfelds ergriffen und insbesondere ihre Regulierung auf den Prüfstand gestellt. Mit Umsetzung der angekündigten Vorhaben würden die FuE-Aufwendungen von 1,9% des BIP im Jahr 2004 auf 2,8 BIP-% im Jahr 2010 wachsen. Potenziell von Bedeutung für die Eurozone ist auch die Frage der notwendigen Beseitigung von Steueranreizen für Investitionen in Wohnimmobilien, die zum Auftrieb der Immobilienpreise in einigen Mitgliedstaaten beigetragen haben dürften und zu hohen Anpassungskosten führen, wenn der Trend sich umkehren sollte.
12. Die gemeinsame Währung hat das Zusammenwachsen der Finanzmärkte in den Euro-Ländern entscheidend gefördert, aber es besteht weiterer Handlungsbedarf, um ihr Potenzial zu beleben und optimal auszunutzen. Eine größere Finanzmarktintegration kann die Wirkung wirtschaftlicher Störungen auf Einkommen und nationale Kreditmärkte glätten. Diesbezüglich sind von einer vollständigen Durchführung des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen und laufenden Maßnahmen zur Förderung der Integration der Finanzmärkte bedeutende Ergebnisse zu erwarten. Auf der Ebene der EU kommen einige für die Integration der Finanzmärkte im Euro-Raum besonders wichtige Initiativen voran, u.a. die Richtlinie über Zahlungsdienste, die Ergebnisse der Sektorenuntersuchung der Finanzdienstleistungen auf der Grundlage des EU-Wettbewerbsrechts und die Anwendung des Verhaltenskodexes auf Clearing und Abrechnung von Wertpapiergeschäften. In einigen Euro-Ländern wurden Fortschritte bei der Umsetzung der Binnenmarkt-Richtlinie über Banken und Finanzdienstleistungen erzielt.

13. Die Reformbemühungen in Bezug auf die Waren- und Dienstleistungsmärkte lassen Fortschritte erkennen. Zwar haben sämtliche Euro-Länder tatsächlich Maßnahmen zur Förderung von besserer Gesetzgebung, FuE und Verbreitung von Innovationen ergriffen, aber die vorgeschlagenen oder getroffenen Maßnahmen könnten ehrgeiziger sein, wenn sie das Problem des geringen Produktivitätswachstums im Dienstleistungssektor wirksam beheben sollen. In der für 2007 vorgesehene Überprüfung der Binnenmarktstrategie werden wesentliche Maßnahmen vorgeschlagen, die insbesondere die Euro-Länder unbedingt ergreifen müssen.

Beschäftigungspolitik

14. Trotz eines Aufwärtstrends in den letzten Jahren war die Arbeitsmarktleistung vieler Eurozonen-Länder angesichts niedriger Beschäftigungsquoten sowie anhaltend hoher Arbeitslosenzahlen enttäuschend. Um das Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial zu erhöhen, müssen die in der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie genannten beschäftigungspolitischen Maßnahmen weiterhin in ihrer Gesamtheit umgesetzt werden. Der Arbeitsmarkt trägt jedoch in ganz besonderem Maße zum reibungslosen Funktionieren der Eurozone bei; um die ökonomischen Verwerfungen auffangen zu können, muss er daher in erster Linie flexibler und anpassungsfähiger werden. Besonders hilfreich wären Arbeitsmarktreformen, die dazu führen, dass sich Arbeit bezahlt macht, die die Flexibilität des Arbeitsmarktes und die Beschäftigungssicherheit verbessern und die die Mobilität der Arbeitnehmer erhöhen.
15. Wie die Politik Menschen in Beschäftigungsverhältnisse bringt und dort hält, ist für die Verbesserung des Arbeitskräfteangebots und die Reduzierung von Inkongruenzen auf dem Arbeitsmarkt vor allem vor dem Hintergrund einer schnell alternden Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Einige Länder haben weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitskräfteangebots ergriffen, die insbesondere auf bestimmte Bevölkerungsgruppen (Frauen, ältere oder junge Arbeitnehmer, Einwanderer, Behinderte) ausgerichtet waren, aber selten als Teil eines lebenszyklusorientierten Ansatzes. Damit sich Arbeit lohnt, haben einige Länder die Lohnsteuern gesenkt, um die Aufnahme einer Beschäftigung für alle oder bestimmte Zielgruppen wie Langzeitarbeitslose, Beschäftigte im Niedriglohnssektor, junge oder ältere Arbeitnehmer attraktiver zu machen. Viele Länder haben auch Maßnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und der Sozialleistungen ergriffen, um die Aufnahme einer Beschäftigung zu fördern, z.B. durch Einschränkung der Leistungsansprüche oder Pflicht zur Beschäftigungsannahme, aber auch durch eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung. Einige wenige Maßnahmen galten der Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten Arbeitsloser. Außerfinanzielle Arbeitsanreize wie der Zugang zu Einrichtungen der Kinderbetreuung verzeichnen in vielen Ländern weiteren Entwicklungsbedarf.
16. Eine bessere Arbeitsvermittlung schließt auch die Fähigkeit der Arbeitsnachfrage zur Reaktion auf strukturelle Veränderungen ein. Um mobilen Arbeitnehmern mehr Beschäftigungssicherheit zu bieten, sollte sich die Politik für mehr Investitionen in das Humankapital, eine effizientere aktive Arbeitsmarktpolitik, die Neujustierung des Kündigungsschutzes zwischen unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen und eine flexiblere Arbeitsorganisation einsetzen. Diese Herangehensweise sollte den Arbeitnehmern bei der Anpassung an die neuen Bedürfnisse der Unternehmen helfen und ihre Abhängigkeit von den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes verringern.

Reformen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik bleiben im Euro-Raum ziemliches Stückwerk; vor allem fehlt es an einer wirksamen Ausbildungsförderung. Eine begrenzte Anzahl von Maßnahmen dienen einer besseren Ausbalancierung des Beschäftigungsschutzes zwischen unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen.

17. Die meisten Mitgliedstaaten haben Fortschritte bei der Umsetzung von Programmen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung des Humankapitals erzielt. Der Schwerpunkt lag dabei jedoch meist auf der schulischen Bildung der jüngeren Generation und weniger auf der Weiterbildung von bereits im Erwerbsleben stehenden Erwachsenen. Entscheidend sind die richtigen Anreize, um die Arbeitgeber zu Investitionen in ihre Belegschaft und die Beschäftigten zu Investitionen in ihre eigene berufliche Laufbahn zu ermutigen.
18. Um die Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte in der Eurozone zu unterstützen, sollte auch die regionen- und länderübergreifende Mobilität der Arbeitnehmer gefördert werden, um Erschütterungen abzufedern und auf Beschäftigungsmöglichkeiten dort zu reagieren, wo sie sich bieten. Um das Problem der regionalen Ungleichgewichte anzugehen, gab es verschiedene Initiativen. Kein echter Fortschritt wurde hingegen bei der Übertragung von Ruhegehaltsansprüchen und der Anerkennung beruflicher Qualifikationen erzielt. Es müssen daher konkrete Maßnahmen folgen, um die Annahme und Umsetzung der einschlägigen Strategien des Lissabonner Programms zu beschleunigen.
19. Die generelle Beurteilung der Arbeitsmarktreformen fällt wegen der Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und der Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung eher positiv aus. Nicht ausreichend waren die Anreize für ältere Arbeitnehmer, länger im Erwerbsleben zu verbleiben, und die Reformen im Hinblick auf die Gewährung von Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Nur wenige Maßnahmen befassten sich mit dem Kündigungsschutz. Auf dem Gebiet der Humankapitalinvestitionen sollte einer klareren Prioritätensetzung und einer effizienteren Verwendung der Finanzmittel insbesondere aus den Strukturfonds mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Schließlich sollte die Annahme des Lissabon-Programms der Gemeinschaft zur Förderung der Arbeitskräftemobilität durch Rat und Parlament beschleunigt werden.

TEIL III - SCHLUSSFOLGERUNGEN

20. In Anbetracht der im jährlichen Fortschrittsbericht 2007 der Kommission - Teil II angestellten Analyse und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen angebracht:
21. In vielen Ländern des Euroraums werden – zum Teil substantielle – Fortschritte erzielt. Da das Wachstum im Euroraum dem Potential entspricht und eine Reihe von Reformen eingeleitet wurden, entwickeln sich einige Indikatoren stärker in diese Richtung. Wegen der engeren wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtung durch die einheitliche Währung muss der Euroraum jedoch über das hinausgehen, was jeweils auf der Ebene der Mitgliedstaaten erforderlich ist. Eine effektive Koordinierung der Politiken auf Ebene des Euroraums würde dazu beitragen, Maßnahmen der Mitgliedstaaten mit Blick auf Haushaltsdisziplin und Strukturreformen zu fördern. Dies ist erforderlich, um das Wachstumspotential der

Wirtschaft zu vergrößern, die Fähigkeit zur Absorption asymmetrischer Schocks zu verbessern und hierdurch im Euroraum Preisstabilität unter gleichzeitiger Förderung einer wirtschaftlichen Dynamik zu wahren.

22. Zu den Stärken bei der Umsetzung der nationalen Reformprogramme in den Euro-Ländern zählen vielversprechende Reformen zur Förderung von Beschäftigung, FuE, Humankapital, Innovation und eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds, insbesondere durch eine bessere Gesetzgebungspolitik. Allerdings sollte abgewartet werden, ob die konkreten Maßnahmen systematisch und ehrgeizig genug sind, um die angekündigten Ziele zu verwirklichen.
23. Aufbauend auf den Schlussfolgerungen, die sich für die einzelnen Euro-Länder aus ihren nationalen Reformprogrammen ergeben, hat vor allem die Beseitigung von Schwachstellen höchste Priorität, deren Behebung das Funktionieren der WWU verbessern würde. Auch wenn zurzeit Fortschritte bei der Reduzierung von Defiziten gemacht werden, sollten einige Länder ihre Haushaltskonsolidierung beschleunigen und die Reform der Alters- und Gesundheitsversorgung fortsetzen, insbesondere auch um die Auswirkungen des Alterns der Bevölkerung auf die öffentlichen Haushalte aufzufangen. Um eine dynamischere Anpassung innerhalb der Europäischen Währungsunion sicherzustellen, sollten an einem besseren Funktionieren der Märkte gearbeitet werden, insbesondere um eine höhere Faktormobilität sowie eine schnelle Anpassung von Preisen und Löhnen herzustellen. Dies unterstützt auch Innovation und Produktivitätswachstum, um so exzessive und langwierige Unterschiede in der relativen Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Währungsunion zu vermeiden. In der für 2007 vorgesehene Überprüfung der Binnenmarktstrategie werden wesentliche Maßnahmen vorgeschlagen, die die Mitgliedstaaten und insbesondere die Euro-Länder unbedingt ergreifen müssen. Schon jetzt aber sollte der Wettbewerb im Dienstleistungssektor gefördert werden – zum Beispiel durch die schnelle und wirksame Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie und des EU-Aktionsplans für Finanzdienstleistungen. Auch eine Überprüfung der Lohnbildungsmechanismen und Maßnahmen zur Förderung der Arbeitnehmermobilität in den Euro-Ländern sind gerechtfertigt. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass die Mitgliedstaaten des Euroraums:
 - die gute konjunkturelle Lage zu einer ehrgeizigeren Haushaltskonsolidierung nutzen, wobei jene Länder, die ihre mittelfristigen Ziele noch nicht erreicht haben, eine jährliche strukturelle Anpassung von mindestens 0,5% des BIP als Richtwert anstreben sollten;
 - Maßnahmen zur Förderung von mehr Wettbewerb insbesondere im Dienstleistungssektor ergreifen, die vollständige Integration der Finanzmärkte voranbringen und den Wettbewerb bei Retail-Finanzdienstleistungen stärken;
 - für mehr Flexibilität und Sicherheit auf den Arbeitsmärkten sorgen, u.a. durch eine bessere Angleichung von Lohn- und Produktivitätsentwicklung, die Ausbalancierung des Kündigungsschutzes und die Förderung der Arbeitskräftemobilität über Länder- und Berufsgrenzen hinweg verbessern.
24. Mit Blick auf Synergieeffekte und Auswirkungen nationaler Politiken und örtlicher Entwicklungen auf andere Mitglieder der Währungsunion bleiben die Mitgliedstaaten des Euroraums aufgefordert, die politische Zusammenarbeit zu

intensivieren und die Steuerung des Euroraums zu stärken, insbesondere im Rahmen der Euro-Gruppe, aber auch in internationalen Foren. Dies würde in bedeutendem Maße dazu beitragen, politischen Herausforderungen im Euroraum und in der globalen Wirtschaft effektiver begegnen zu können.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

EUROZONE

	EUROZONE							EU25			
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2010 Nationaler Zielwert	2000	2004	2005	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	109.0	108.5	107.6	107.2	106.5	106.3		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	108.5	107.8	107.0	106.6	106.0	105.9		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote							:				70.0
	Insgesamt	61.5	62.2	62.4	62.6	63.0		62.4	63.3	63.8	
	Weiblich	51.4	52.4	53.1	53.6	54.5		53.6	55.7	56.3	
	Männlich	71.6	72.0	71.7	71.6	71.6		71.2	70.9	71.3	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	34.4	35.2	36.5	37.9	38.6		36.6	41.0	42.5	
	Weiblich	24.3	25.2	26.6	28.0	29.0		26.9	31.7	33.7	
	Männlich	44.9	45.6	46.7	48.2	48.6		46.9	50.7	51.8	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		1.85e	1.87e	1.88e	1.88e	1.86e	:	1.86e	1.86e	:	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	72.9	72.6	72.7	72.6	73.3		76.6	77.1	77.5	
	Weiblich	76.3	75.9	76.0	75.9	77.0		79.5	80.1	80.3	
	Männlich	69.5	69.2	69.4	69.3	69.6		73.7	74.2	74.7	
Vergleichende Preisniveaus		99.9	100.3	101.1	102.9	102.7p		100.0	100.0p	100.0p	
Unternehmensinvestitionen		18.9	18.4	17.8	17.5	17.7		18.3	17.1	17.4	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	15.0e	15.0e	:	15.0e	17.0e	:	16.0e	16.0e	:	
	Weiblich	16.0e	:	:	16.0e	18.0e	:	17.0e	17.0e	:	
	Männlich	14.0e	:	:	14.0e	15.0e	:	15.0e	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	12.9	12.7	12.1	11.5	10.5		13.4	12.2	11.9	
	Weiblich	21.6	20.9	20.0	19.1	17.0		20.5	17.3	16.9	
	Männlich	8.2	8.3	8.0	7.9	7.8		9.9	10.2	9.7	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	3.9	3.6	3.6	3.9	4.0		3.9	4.1	3.9	
	Weiblich	5.2	4.6	4.6	4.8	4.9		4.8	4.7	4.5	
	Männlich	3.0	2.8	2.9	3.2	3.4		3.3	3.6	3.5	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		99.2e	100.2e	100.2e	101.7e	102.2e	:	90.7	92.7	:	
Energieintensität der Wirtschaft		188.6	190.0	184.9	186.3	184.7		208.8	204.9		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		104.3e	103.9e	104.7e	102.9e	110.3be	109.7e	100.1e	104.6be	104.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-25

